

Die Neue Gesellschaft

Herausgegeben für
die Friedrich-Ebert-Stiftung von

Holger Börner
Klaus Harpprecht
Johannes Rau
Carola Stern
Hans-Jochen Vogel

Frankfurter Hefte

Redaktion

Peter Glotz
(Chefredakteur)
Norbert Seitz
(verantwortlich)
Linda Pieper
(Volontariat)
Christian Jürgens
(Kritik)

Redaktionskreis

Klaus Bloemer
Tilman Fichter
Eve-Marie Kallen
Christine Pries
Hans-Joachim Schabedoth
Uli Schöler
Johano Strasser

Redaktionsbeirat

Frank Benseler
Jürgen Burckhardt
Gottfried Erb
Iring Fetscher
Horst von Gizycki
Martin Greiffenhagen
Norbert Greinacher
Reimut Jochimsen
Tomas Kosta
Ferdinand W. Menne
Thomas Meyer
Susanne Miller
Peter von Oertzen
Richard Schröder
Wolfgang Thierse
Christoph Zöpel

1 1997
44. Jahrgang

Inhalt

3 Editorial

Aktuelles

- 5 TESSA SZYSZKOWITZ
Gespaltene Nation Israel
- 7 EVE-MARIE KALLEN
Gespräch mit Imre Pozsgay
- 9 FLORIAN GERSTER
Sozialpolitik muß Gestaltungsspielraum zurückgewinnen
- 12 HANS-HOLGER PAUL
Nach dem ÖTV- und DGB-Kongreß

Thema: Europa und seine Nationalstaaten

- 14 PETER GLOTZ
Achtung Europa!
- 16 ECKHARD LÜBKEMEIER
Europäisierung der NATO?
- 22 HELMUT MÜLLER
Renationalisierung in Osteuropa
- 26 VALERIJ LJUBIN
Rußlands mühsamer Weg
- 34 LUDWIG WATZAL
Der Nationalstaat und die deutsch-französischen Beziehungen
- 39 IVAN IVANJI
Auch Restjugoslawien ist kein Nationalstaat
- 43 URSULA RÜTTEN
Auferstanden aus Ruinen
- 47 JOSEF-THOMAS GÖLLER
Das Baltikum steht sich selbst im Weg

Dokumentation

- 50 KLAUS BLOEMER
Chicago Paper '64 (I)

Kontrovers

- 55 GESPRÄCH ANDRÉ BRIE/
JOHANO STRASSER
- 62 BERND RABEHL
Universitätsreform als Karneval?

Kultur

- 65 CHRISTIAN JÜRGENS
Entgegnung auf S. Löfflers ZEIT-Debüt
- 67 SIBYLLE PLOGSTEDT
Vor zwanzig Jahren wurde die ›Charta '77‹ gegründet
- 71 RÜDIGER GÖRNER
Über politische Lyrik
- 75 ULI SCHÖLER
Marathonlauf in New York

Kritik

- 80 STEPHAN KRASS
Helmut Böttiger sucht die ›Orte Paul Celans‹
- 82 RUDOLF MARESCI
Bohrers Blues und d'Annunzios Stoßtrupps
- 85 RENATE WIGGERSHAUS
Brigitte Kronauers Erzählungen
- 87 KERSTIN FREUDIGER
Schweigsame Juristen
- 89 RALF BACHMANN
Echter Brie?
- 91 DIRK DE POL
Kant auf CD-Rom
- 92 IVAN IVANJI
Neue Bücher zum Balkan-Konflikt
- 96 Zu den Autorinnen und Autoren
- 96 Impressum

Titel: Karikatur von Harald Goldhahn
Diesem Heft liegt eine Mitteilung des Verlags bei

Wie sicher alles aussieht; und wie wackelig alles ist, es gibt kein wichtigeres Thema für die deutsche Politik als die Einbindung Deutschlands in einen europäischen Zusammenhang. Aber die Protagonisten haben ganz andere Sorgen. Edmund Stoiber zum Beispiel, der intelligente und arbeitsfähige bayerische Ministerpräsident. Wenn er vom EURO redet, denkt er nur an eines: Ob irgendeine kleine populistische Volksbewegung mit dem Stabilitätsthema in seinem schönen Gäu vier Prozent bekommen könnte, was für die CSU den Verlust der absoluten Mehrheit bedeuten würde. Also tut er so, als ob er für eine Währungsunion sei; verlangt von seinem bedauernswerten Halbbruder Waigel aber gleichzeitig die Quadratur des Kreises: Einen Stabilitätspakt, den von fünfzehn EU-Staaten genau einer will, die Deutschen. Was für Scheindebatten in einem Zentralgebiet der Politik. Wir greifen das Europathema wieder und wieder auf, auch in diesem ersten Heft des neuen Jahres 1997. Wenn die Europäische Union zu einer Freihandelszone verläppert, beginnt auf unserem Kontinent ein neues »geopolitisches Zeitalter«. Ausgang offen.

Wie sicher alles aussieht; und wie wackelig alles ist. Nach quälenden Monaten haben sich Prag und Bonn auf eine einigermaßen akzeptable Resolution über die gemeinsame Geschichte geeinigt. Kein grandioses Werk; aber es ist erstaunlich, wie weit die tschechische Regierung sich an die Wahrheit herangewagt hat. Immerhin heißt es in der Ziffer 3, die tschechische Seite bedauere, »daß durch die nach dem Kriegsende erfolgte Vertreibung (!) sowie zwangsweise Aussiedlung der Sudetendeutschen aus der damaligen Tschechoslowakei die Enteignung und Ausbürgerung unschuldigen Menschen viel Leid und Unrecht zugefügt wurde, und dies auch angesichts des kollektiven Charakters der Schuldzuweisung«. Das ist zwar schwammig; aber es widerspricht der Lebenslüge, auf die alle tschechischen Regierungen seit 1945 die Gründungslegende ihres Staa-

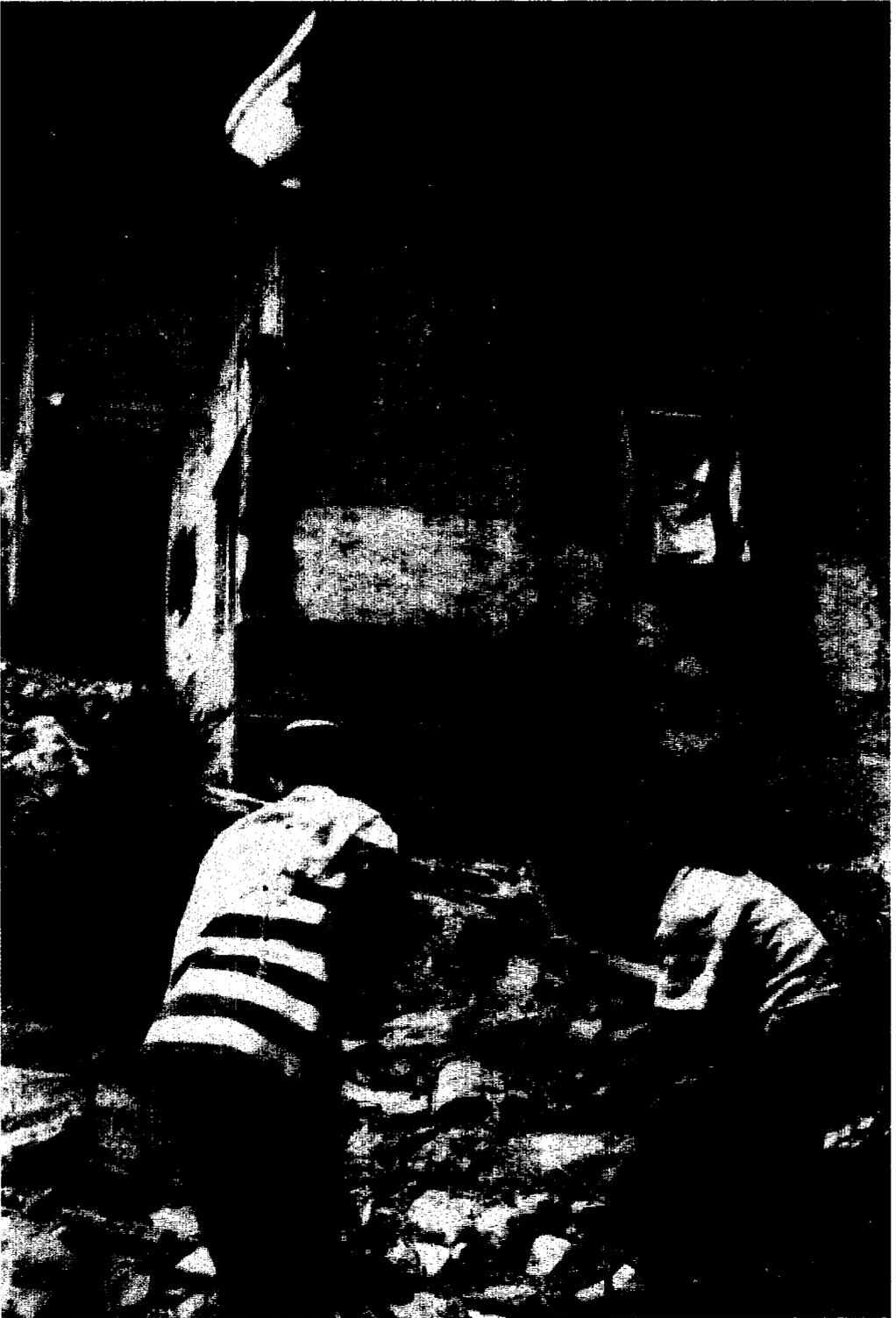
tes gestützt hatten. Vaclav Klaus und Milos Zeman werden mit dieser Formulierung noch viel Ärger in ihrem Volk bekommen.

Was wird der bayerische Ministerpräsident nun tun? Blanke Obstruktion ist ausgeschlossen; dazu ist Kohl zu stark, das Thema zu hochgefahren. Die der Landsmannschaft treuen Sudetendeutschen werden trotzdem verbittert sein. Ihnen ist – von der CSU – über Jahrzehnte mehr versprochen worden. Jetzt liegt offen zutage, was längst klar sein mußte: Eine Entschädigung für erlittenes Unrecht (das Unrecht bleibt) wird es nicht geben. Gut möglich, daß ein paar tausend Familien in Bayern jetzt rechts von der CSU ihr Heil suchen. Und wieder wird der so selbstsicher erscheinende schlanke Herr in der bayerischen Staatskanzlei an der Unterlippe nagen. Ist die absolute Mehrheit gefährdet?

Wie lange hält die deutsche Politik aus, daß ihre Essentials als Funktionen von Landtagswahlen behandelt werden?

In diesem Heft drucken wir ein Streitgespräch zwischen zwei theoretischen Köpfen. Johano Strasser, seit vielen Jahren Mitglied der Grundwertekommission der SPD und André Bric, eines vergleichbaren Gremiums bei der PDS, setzen sich über die Zukunft des Kapitalismus auseinander. Niemand rufe nach dem Riechfläschen: Solche Debatten, in unserer tantenhaften Republik viel zu selten geführt, sind nötig. Fackeln ist von Übel, wer aber vor lauter Taktik die offenen Feldschlachten meidet, muß am Ende an der Unterlippe nagen. Ihn erreichen schließlich die Unwahrheiten von gestern.

Peter Glotz



Jüdische Siedler besetzen Häuser im Westjordanland

Foto: dpa

TESSA SZYSZKOWITZ

Gespaltene Nation Israel

Die Kluft zwischen linksliberalen und rechtsreligiösen Juden wird tiefer

Israelisches Kabarett kennt, grob gesagt, zwei Stoßrichtungen. Ein Mann mit PLO-Tuch stammelt mit starkem arabischen Akzent vor sich hin – Parodien auf Jassir Arafat gehören zu den beliebtesten Lachnummern. Doch die Juden in Israel machen sich auch über sich selbst lustig. Und das, wie aus jüdischen Witzen bekannt, hat meistens einen ernsten, auch melancholischen Hintergrund. Spitzenreiter in dieser Kategorie: Scherze über die Religiösen.

Mit den orthodoxen Rabbinern ist freilich nicht zu spaßen. Einen Sturm der Empörung löste im November ein junger Israeli aus, der in einer Freitagabend-Show eine unorthodoxe Interpretation der Bibel zum besten gab. Die Baseballmütze verkehrt auf dem Kopf las Gil Kopatch jeden Freitag den wöchentlich in den Synagogen gelesenen Bibelabschnitt vor, im modernen Straßenhebräisch ließ er seine Interpretation vom Stapel.

Abraham, so ließ er etwa verlauten, habe das Grab seiner Familie in Hebron seinen rechtmäßigen Erben hinterlassen. Zu denen gehört neben Isaak auch Ismail, den die Araber als ihren Stammvater ansehen. »Aufgepaßt«, grinste Kopatch mit erhobenem Zeigefinger in die Kameras, »auf dieser Tradition sollte unser Handel in Hebron heute beruhen.«

Blasphemie, riefen die Rabbiner. Der Satiriker wurde vor einen Parlamentsausschuß geladen. Nationalreligiöse Abgeordnete drohten, dem Fernsehsender finanziell den Garaus zu machen. Liberale Parlamentarier gingen für das Recht auf freie Meinungsäußerung auf die Barrikaden. Leitartikler vergaßen für einen Tag das Gerangel um den Truppenabzug der Israelischen Armee aus Hebron. Wie auch immer: Zwei Wochen später war die Talkshow, in dessen Rahmen der aufmüpfige Kopatch aufgetreten war, aus »technischen Gründen« abgesetzt. Die religiösen Zeloten haben wieder einmal ihre Macht bewiesen. Und die Israelis haben erneut in die tiefe Kluft gespät, die Säkulare und Religiöse, Linke und Rechte voneinander trennt.

Der Mord an Israels Premierminister Jitzhak Rabin war kein heilsamer Schock. Vor einem Jahr erschoss der nationalreligiöse Jusstudent Igal Amir den Chef der ARBEITERPARTEI, der den Jungen-Staat in die Aussöhnung mit den Palästi-

nensern führen wollte. Der Gegensatz zwischen dem linksliberalen und dem rechtsnationalen Lager in Israel hat sich seitdem vergrößert, die Spaltung ist noch tiefer geworden. Die Nation ist scharf in der Mitte gespalten. »Der Rabin-Mord war im wahrsten Sinne ein politischer Mord«, meint Historiker Dan Diner, »im Gegensatz zu JFK oder Martin Luther King, wo wir es mit Politiker-Morden zu tun hatten«. Rabin verkörperte die Idee *Land gegen Frieden*, die Hoffnung auf die Integration Israels in den Nahen Osten durch einen Kompromiß mit den arabischen Nachbarn. Nicht alle erbitterten Gegner dieses Konzeptes waren zum Mord bereit. Doch alle, die an ein Großisrael glauben, haben vom Rabin-Mord profitiert.

Nicht allein der Tod Rabins hat zum Wahlsieg des rechten Populisten Benjamin Netanjahu geführt. Rabin-Nachfolger Schimon Peres ließ nicht sofort wählen und verspielte so die Sympathie für die ARBEITERPARTEI nach dem Mord. Nicht zuletzt haben die islamistischen Selbstmordbomber der Linken den Wahlsieg gekostet. Die Bomben haben vielen Israelis den »Preis für den Frieden« (Peres) allzu drastisch vor Augen geführt.

Letztlich aber war der vom Kriegsheld zur Friedenstaube mutierte Rabin eine Integrationsfigur, die einige zehntausend Zögernde über die Kluft ins linke Lager hätte ziehen können. Ohne ihn triumphieren nun diejenigen, die den Traum von Großisrael nie aufgegeben haben: Israel soll die 1967 besetzten Gebiete Westjordanland, Gazastreifen und Golanhöhen um keinen Preis aufgeben. Für die Zukunft der zweieinhalb Millionen Palästinenser in diesen Gebieten sieht die größte Rechtspartei LIKUD zwar Selbstverwaltung vor, Bürgerrechte will man den Palästinensern aber nicht zugestehen. Kein Paß, kein Heimatland – die Palästinenser bleiben demnach Menschen zweiter Klasse in Autonomie-Enklaven.

Der Wahrheit die Ehre: Auch die sogenannte »linke« Hälfte Israels ist nicht eindeutig für einen Palästinenserstaat. Schimon Peres träumte von einer Art »Konföderation« zwischen Israelis, Jordaniern und Palästinensern mit offenen Grenzen. Sein wahrscheinlicher Nachfolger Ehud Barak, ein intellektueller Ge-

neral mit Rechtstendenz, kann sich aus »strategischen Gründen« einen völlig unabhängigen Palästinenser-Staat derzeit nicht vorstellen. Der gravierende Unterschied zwischen Linken und Rechten liegt aber darin, daß man sich innerhalb der ARBEITERPARTEI aus pragmatischen Gründen dem Prinzip *Land gegen Frieden* geöffnet hat. Ein Palästinenserstaat ist die logische Konsequenz. Die Linke hat außerdem ein schlechtes Gewissen, die Palästinenser zu unterdrücken.

Ins Mittelalter zurück

Die Rechte dagegen bezieht ihre Moral aus den heiligen Schriften, sie leitet aus der Bibel ein unbedingtes Recht ab, das versprochene Land zu besiedeln. »Du sollst die vertreiben, die vor dir dort waren.« (*Viertes Buch Mose, Kapitel 33*) Ein Zitat, auf das mit einigem Stolz der 25jährige Talmud-Student Oren Cohen verweist. Cohen lebt in einer der vier Minisiedlungen im Zentrum von Hebron. Freilich stellen die Juden in Hebron eine radikale Minderheit innerhalb der rechten Szene. Aber sie haben – wie das monatelange Gezerre um Hebron beweist – unverhältnismäßig viel Macht innerhalb der Gesellschaft. Die moderne Demokratie Israel zieht wie ein verängstigter Hund den Schwanz ein, wenn die Siedler in Hebron verkünden: »Nur wir halten die Tradition des Judentums hoch, die Israelis in Tel Aviv haben unsere Vorväter längst verraten« (Talmud-Schüler Cohen).

Diese Aussage ist bloß Propaganda, die jüdische Tradition hat auch ihre friedvollen Seiten. Der Rabbiner Jochanan Ben Zakkai und seine Jünger etwa ergaben sich bei der Eroberung des Tempels in Jerusalem durch die Römer 70 n. Chr. und zogen sich in eine religiöse Schule zurück – Ben Zakkai gilt als der Gründer der jüdischen Diaspora, des Prinzips *Volk ohne Land*. Doch die Fundamentalisten in Hebron wissen das schlechte Gewissen der Liberalen, die längst nicht mehr nach den koscheren Speisegesetzen leben, für ihre Zwecke auszunützen.

Seit den Wahlen im Mai und der Etablierung einer rechtsreligiösen Regierung, in der rechtsradikale Minister wie Ariel Scharon neben ultraorthodoxen Rabbinern wie Abraham Ravitz sitzen, haben die Hebron-Siedler auch wieder mächtige Verbündete. Zwar hat Netanjahu beschlossen, daß ihm der Abzug aus Hebron ins politische Konzept paßt, er will aber auch die Zahl der Siedler in den kommenden drei Jahren auf rund 300.000 verdoppeln. Bereits ein halbes Jahr nach Regierungsantritt ist Netanjahus

Koalition heftig zerstritten. Da stehen sich die aschkenasischen, also europäisch beeinflussten Juden der ehemaligen CHERUT-PARTEI des Revisionisten Ze'ev Jabotinski und die immer stärker werdenden Anhänger der SCHAS-PARTEI, der Bewegung sephardischer, also nahöstlich geprägter Frommer gegenüber.

Netanjahu profitierte bei den Mai-Wahlen vom deutlichen Ethno-Trend: Die Einwanderer aus dem Nahen Osten lehnten sich gegen die elitäre, aschkenasische Führungsspitze der ARBEITERPARTEI auf und stimmten für die Partei des kleinen Mannes, den LIKUD. Auch die Partei der russischen Einwanderer ISRAEL BE ALLA tendiert aus realsozialistischen Erfahrungen heraus eher nach rechts. Die Nationalreligiöse Partei MAVDAL kritisiert ihren Premierminister zwar für dessen pragmatische Biagsamkeit in Sachen Hebron, hält ihm aber als kleinerem Übel die Stange. Am Ende eint die nationalreligiöse Überzeugung alle Rechtsströmungen.

Zersplitterter ist die Linke. Die ARBEITERPARTEI, die seit David Ben Gurions Tagen die Geschichte des Judenstaats lenkte, hat seit den siebziger Jahren empfindlich an Macht verloren. Als sie zum ersten Mal 1977 Wahlen verlor, machte sich damit schon das Gift der Westbank-Besetzung bemerkbar. Die Entwicklung einer rabiaten, nationalreligiösen Bewegung zog viele Israelis vom sozialistisch geprägten Zionismus zum religiös motivierten Zionismus. Obzwar die Parteichefs seit langem versuchen, attraktive Kandidaten aus dem arabischen, dem russischen, dem sephardischen Sektor aufzubauen, gilt die ARBEITERPARTEI nach wie vor als der Hort aschkenasischer Elitenwirtschaft. Nicht zuletzt deshalb hat Schimon Peres, der Pole, die Wahlen verloren.

Links von LABOUR steht MERETZ, ein Bündnis aus Bürgerrechtsbewegungen. Auch deren Handikap besteht in der Unfähigkeit, die sephardischen Wähler anzuziehen. MERETZ steht für strikten Laizismus. Israels nahöstliche Realität aber bringt immer mehr Religiosität mit sich. Außerparlamentarisch zeigen sich die Friedensbewegungen zur Zeit zahlos. »Friede jetzt!« ist zu etabliert für spontanen Protest, die Neugründung »Eine ganze Generation verlangt Frieden« speist sich aus der Trauer um Rabins Tod. Der – für israelische Verhältnisse – links-extreme FRIEDENSBLOCK von Uri Avnery tritt zwar mit aller Macht für einen Palästinenserstaat ein, besitzt aber kaum Einfluß auf die Bevölkerung. Die Rechte also streitet zwar über kosmetische Fragen, verfolgt aber geeint ein Ziel: den Ausbau der Besetzung des Westjordanlandes. Die Linke dagegen ist planlos. Und depressiv.

»Meine Generation hat einen großen Schritt getan: die Anerkennung der Palästinenser durch den Osloprozeß«, erklärt Dan Diner. »Ich glaube nicht, daß wir noch einmal solche Kraft aufbringen werden für einen zweiten Schritt, nachdem die Netanjahu-Regierung uns wieder ins Mittelalter zurückgeworfen hat.« Der Professor für deutsche Geschichte ist deprimiert. Von vielen Gesinnungsgenossen hört man in diesen Wochen, daß sie »die TV-Nachrichten lieber gar nicht erst aufdrehen«.

Statt kraftvollen Protestmärschen gegen die Politik der Rechtsregierung, versammelten sich die Linken im Spätherbst bloß zu Gedenkstunden für den gefallenen Helden Jitzhak Rabin. Mit flackernden Kerzen bildeten *Peace-now*-Aktivisten eine Menschenkette von Jerusalem Stadtzentrum zum Grab Rabins am Herzl-Berg. Kein LIKUD-Wähler ließ sich blicken. Genauso die Großveranstaltung am Tatort, dem Rabin-Platz in Tel Aviv. Am 2. November versammelten sich dort rund 100.000 Trauernde, die den Friedenshymnen der Nation lauschten. Nur ganz wenige Juden mit Kippa, der Kopfbedeckung der Religiösen, waren gekommen. Selbst in der Trauer ist Israel gespalten. »Die Linke hat Rabins Tod für ihre Zwecke instrumentalisiert«, meinte die Chemikerin Dorit Hoffer. Die aus der Schweiz stammende Sympathisantin der Siedler ging statt zu Rabins Grab zu einem »Massenbegräbnis«.

Die angesengten Schriften stammten aus Josephs Grab in Nablus. Die Grabstätte und die angrenzende religiöse Schule wurden im Zuge des Palästinenser-Aufstands Anfang Oktober gestürmt. Sechs israelische Soldaten starben, eingeschlossen in der israelischen Enklave inmitten des palästinensischen Autonomiegebiets. Die Schule ging in Flammen auf. Zum Bücherbegräbnis versammelten sich tausende Männer mit den gehäkelten Käppchen der Nationalreligiösen, fromme Frauen in langen Röcken und Kopftüchern, auch Anhänger der rechtsextremen, verbotenen Kach-Bewegung standen auf dem Zions-Platz in Jerusalem. Zu den Rednern gehörte Jitzhak Ginsburg, jener Rabbiner, der nach Rabins Ermordung wegen Aufhetzung unter Hausarrest gestellt wurde.

Wie die Linke den ermordeten Rabin zum Symbol für den Frieden stilisiert hat, so benutzt die Rechte die verbrannten Bücher als Zeichen des drohenden Unheils. In beiden Fällen ist die Trauer politisch. Jedes Lager bleibt unter sich. Der Ruf nach einer Großen Koalition zur Konsolidierung der Nation ging bisher im Lärm der links-rechten Schlammschlacht unter. Parteiübergreifende Initiativen scheitern an den alles übertönenden gegenseitigen

Beschuldigungen. Einen der wenigen Versuche, die Kluft zu überbrücken, starteten Jossi Beilin von der ARBEITERPARTEI und Michael Eitan vom LIKUD. Sie wollen im Parlament einen »Dialog« etablieren, man will sich auf Grundsätze einigen, auf deren Basis mit den Palästinensern über eine endgültige Lösung des Konflikts geredet werden soll. Diese Verhandlungen sollten nach dem Osloabkommen von Mai 1996 bis Mai 1999 dauern.

Doch kaum begonnen, blies den potentiellen Koalitionären gleich wieder der kalte Wind ins Gesicht. »Sinnvoller als diese Initiative zur Volksversöhnung«, spöttelt kühl der Chef des MERETZ-Bündnisses Jossi Sarid, »scheint es mir, ein gutes Buch zu lesen«.

EVE-MARIE KALLEN

Gespräch mit Imre Pozsgay

Der frühere stellvertretende ungarische Ministerpräsident Imre Pozsgay wurde 1933 geboren. In den 70er Jahren war er Minister unter Kadar. Mit dem reformkommunistischen Flügel der USAP unterstützte er 1989 die Wende in Ungarn. Heute ist Pozsgay Politikprofessor in Debrecin und Leiter der Privatakademie »Szent Lászlo« in Budapest.

Eve-Marie Kallen: Wie beurteilen Sie die aktuelle Korruptionsaffaire – den Fall Suchman – der sich offensichtlich auf sehr hoher Ebene abgespielt hat. In welcher geistigen Verfassung befindet sich Ungarn derzeit?

Imre Pozsgay: Es ist schockierend, was da in Ungarn geschah, und es stimmt, daß Korruption in Ungarn existiert. Sie schadet der Reputation unseres Landes. Aber sie trifft natürlich nicht nur auf Ungarn zu, sondern breitet sich weltweit aus. Immer wenn es einen Wechsel in der Regierung, in der Administration oder im System gibt und sich dadurch die Besitzverhältnisse ändern, kann es passieren, daß sich jemand bereichert oder auf Korruption einläßt. Aber Ungarn ist ein sehr armes Land. Wenn es hier einen Korruptionsfall gibt, ist sein Ausmaß nicht so groß wie im Westen, wenn etwa ein NATO-Jet in Auftrag gegeben wird, und der NATO-Generalsekretär namens Claes wegen eines Korruptions-

skandals sein Amt aufgeben muß, oder die gesamte Regierung wie in Italien zu gehen hat.

E.-M. K.: Was tun Sie aber in einer solchen jungen Demokratie wie der ungarischen dagegen?

I.P.: Das Phänomen des Korruptionsskandals scheint eine neue und schreckliche Epidemie unserer Zeit zu sein. Ich hoffe, daß mit dem Ende der Privatisierung in Ungarn auch die Korruption zurückgehen wird, denn dann wird es keinen Besitz mehr zu verteilen geben. Ich hoffe, daß wir irgendwann in der Zukunft ein Land haben werden, in dem die hart arbeitenden Bürger allesamt wieder das Gefühl haben werden, in einer anständigen Gesellschaft zu leben. In der gegenwärtigen Situation ist aber die Korruption besonders schlimm, weil sich im Hinblick auf neue Unternehmen der Staat als ihr Feind darstellt. Der Staat ist bei uns jetzt ein riesiger Gigant, der die neuen Unternehmen bedroht. Wenn ein Unternehmen sich z. B. weigert, eine sogenannte »Spezialsteuer«, also eine Korruptionssteuer, an den Staat zu zahlen, kann es sich kaum verbessern. Das ist besonders traurig für Ungarn, weil nach dem Systemwechsel Millionen Menschen sehr arm geworden sind, die nun wieder sehen, daß es erneut Privilegien bestimmter Leute gibt, um an Bildung und ans Kapital zu gelangen.

Es gibt Familien, die bereits mehrere Generationen keinen Fortschritt für sich verzeichnen, und deshalb sehr enttäuscht sind. Ich glaube nicht, daß die USA für uns ein besonders nachahmenswertes Beispiel darstellen. Schließlich besitzen dort nur ein Prozent der Einwohner fünfzig Prozent des GDP.

E.-M.K.: Für wie dramatisch und explosiv halten Sie die derzeitige innenpolitische Situation in Ungarn?

I.P.: Ich glaube nicht, daß wir es im Augenblick mit einer revolutionären Situation zu tun haben. Dafür braucht man einen populären Führer und ein durchschlagendes Programm. Derzeit gibt es hier leider keine solche politische Kraft. Eine solche Situation könnte aber durchaus entstehen, denn es gibt zu viele sehr arme Menschen in Ungarn. Ich möchte mir aber diese Art von Reaktion auf unsere Krisensituation nicht wünschen. Statt dessen erhoffe ich mir einen Regierungswechsel zugunsten einer gerechteren Gesellschaft. Eine Lösung kann nur nach den Regeln der Verfassung stattfinden, die uns die nötige politische Stabilität in Ungarn gibt. Die Regierung sagt zwar, es gebe eine Bedrohung durch Extremisten, aber das ist nur die übliche Beschwichtigungsrhetorik. Oppositionelle werden oft als Extremisten dargestellt. Ich glaube jedoch nicht, daß die beiden politischen Extre-

me besonders gefährlich sind, denn nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Systems gibt es keine Kraft, die es wagt, die Ultra-Linke zu unterstützen. Und es gibt auch keine ultra-rechte Kraft, die gefährlich werden könnte.

E.-M.K.: Herr Pozsgay, Sie haben sich von der Wende 1989/90 sicher eine andere Situation in Ungarn erhofft als sie nunmehr eingetreten ist. Wie waren Ihre damaligen Vorstellungen?

I.P.: Es ist klar, daß ich nicht die Entwicklung wollte, die sich nunmehr eingestellt hat, und zwar nicht nur für Ungarn nicht, sondern auch für die ganze Region Ostmitteleuropa. Wann auch immer ich mich mit meinen Freunden 1989 über die notwendigen Veränderungen unterhielt, sagten wir nie, wir wollten Marktwirtschaft und Kapitalismus schaffen, sondern wir wollten Freiheit und Demokratie. Das ungarische Volk wartete auf dem Bahnhof der Geschichte auf den Zug »Freiheit, Demokratie und Parlamentarismus« und nicht auf den Zug, auf dem geschrieben stand: »Marktwirtschaft und Kapitalismus«. Wie erlebten eine sehr einseitige Entwicklung, bei der das ungarische Volk von den Entscheidungen in der Übergangsphase weitgehend ausgeschlossen wurde. Nur die sogenannte Elite, die Führung des Landes, war beteiligt an den ganzen Verträgen. Die gegenwärtige Führung Ungarns hat ziemlich schlechte Resultate vorzuweisen, wie man auf den ersten Blick schon erkennen kann.

E.-M.K.: Gab es nicht auch Versprechungen für eine Art von Marshall-Plan seitens des Westens?

I.P.: Unter Wirtschaftspolitikern im Westen gab es wohl derartige Gedanken, aber sie wurden nie offiziell bekanntgegeben. Ich bezweifelte immer eine solche Aktion, weil ich sah, daß der Westen auf eine riesige Veränderung im Osten Europas überhaupt nicht vorbereitet war. Es ist wohl keine Übertreibung, wenn ich sage, daß der Westen 89/90 den Dritten Weltkrieg gewonnen hat, ohne eine einzige Kugel abzufeuern. Der Westen hat diese Sache aber nicht als einen Erfolg bewertet, sondern er denkt, es sei jetzt lediglich ein neues Problem entstanden, nämlich der Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums. Der Westen denkt nur noch daran, wieviel zusätzliche Steuern man aufbringen muß, bis man dieses Problem im Griff haben wird. Die Regierungen denken nicht in Kategorien der Weltgeschichte, sie wollen nur bis zur nächsten Wahl ihre Position sichern. Es geht wohl eher darum, wieviel man aus den hinzugewonnenen Einflusssphären herausholen kann. Die einzige Ausnahme ist das ehemalige Ostdeutschland. Was aber Ungarn betrifft – wir bekommen nichts umsonst.

E.-M.K.: Was hätte denn beim Epochenwechsel 1989/90 nach Ihrer Ansicht anders gemacht

werden müssen? Mußte der Übergang zur Privatwirtschaft derart rasch erfolgen?

I.P.: Es gab Probleme in Ungarn, was die Privatisierung betrifft. Ein Plan der Regierung sah vor, möglichst schnell vorzugehen. Es gab aber kein Konzept für die Privatisierung, weder bei der früheren noch bei der jetzigen Regierung. Es gab leider nur Detaillösungen, z. B. das Gesetz über den Landbesitz, das sog. Kompensationsgesetz, das der ungarischen Bevölkerung ihr Land zurückgeben wollte. Dies war ein kleiner Lichtblick, um eine neue Mittelklasse in Ungarn entstehen zu lassen. Aber als es dann umgesetzt wurde, entstand nur ein Kampf aller gegen alle, und der Profit ging an die Spekulanten. Es gab welche, die sagten, die Verhaltensweise der Regierung hinsichtlich der Landrückgabe sei falsch, wo sie doch in Wahrheit nur Einnahmen erzielen wollte, um die Auslandsverschuldung des Landes zu verringern. Wir brauchen aber eine neue Mittelklasse, die leider bisher noch nicht entstanden ist. Außerdem gab die Regierung – anstatt einige profitable Industriezweige zu behalten – diese Strategie auf und verkaufte profitable Teile der ungarischen Industrie an den Westen.

E.-M.K.: War die ungarische Regierung gezwungen, das zu tun?

I.P.: Die Auslandsverschuldung war der Grund dafür. Man hätte eine andere Lösung suchen sollen. Der Ausverkauf war eine falsche Entscheidung, denn die Auslandsverschuldung Ungarns ist seit jener Zeit noch weiter gestiegen, und die Einnahmen aus diesen Privatisierungen haben sich irgendwo in Luft aufgelöst.

E.-M.K.: Wie bewerten Sie die Chancen Ungarns, Mitglied der Europäischen Union zu werden?

I.P.: Es gibt zu viele Illusionen hinsichtlich des Beitritts zur Europäischen Union. Er ist eine Art Droge für die Ungarn, um ihre innenpolitischen Probleme in den Griff zu bekommen. Ich begrüße es, daß Ungarn Mitglied der EU werden soll, aber ich weiß auch, wie steinig der Weg zu dieser Mitgliedschaft ist. Das seit dem Vertrag von Maastricht vereinigte Geldsystem ist noch nicht Wirklichkeit geworden. Die EU ist keine Wohlfahrtseinrichtung. Mitglieder der Union können nur solche Länder werden, die ihre Probleme selbst lösen können. Es ist nicht wie beim Examen, wo wir die Fragen der prüfenden Union zu beantworten hätten, sondern wir müssen einen realistischen Plan entwickeln, der die Vor- und Nachteile der Mitgliedschaft genau kalkuliert. Zu fragen wäre etwa, ob sich ein Teilverzicht auf Souveränität lohnt oder wieviel von unserer Industrie und Landwirtschaft beim Eintritt in die EU verloren zu gehen

droht. Wie sehen die Vorteile für Ungarn aus? Unser Gesetzssystem versuchen wir wohl dem System der Europäischen Union anzugleichen. Aber bei den sozialen Standards wird es schwierig, denn Ungarns GDP ist viel kleiner als das der Mitgliedsstaaten, aber unser soziales Umfeld ist auch völlig anders. Aber trotz aller Desillusionierung müssen wir den Weg in die Europäische Union gehen.

Das Gespräch fand im Oktober 1996 in Budapest statt.

FLORIAN GERSTER

Raus aus der Defensive

Sozialpolitik muß Gestaltungsspielraum zurückgewinnen

Harte Zeiten für Sozialpolitiker. Wer Sozialabbau vermeiden will, muß Umbau-Pläne vorlegen. Die notwendige Verschlinkung des Sozialstaates scheint mittlerweile eine Binsenweisheit zu sein.

Die Globalisierung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, der unmittelbare Wettbewerb mit anderen Volkswirtschaften, wird als unumstößliche Tatsache gefürchtet, aber weitgehend hingenommen. Was soll und kann Sozialpolitik im nationalen Rahmen ausrichten? Während in den USA Arbeitnehmer zu Reallöhnen der 50er Jahre arbeiten müssen, werden in Deutschland bei hoher Arbeitslosigkeit Einfachjobs in die Schattenwirtschaft abgedrängt.

Fundamentalkritik am angeblich ausufernden Sozialstaat lenkt ab von systematischen Konstruktionsfehlern des Sozialsystems, die die Beschäftigungskrise verschärfen: an erster Stelle steht hier die Überlastung des Faktors Arbeit. Ein wesentlicher Teil der überhöhten Lohnnebenkosten ist Ausdruck volkswirtschaftlich kontraproduktiver Finanzierung.

Die Ausgliederung versicherungsfremder Leistungen aus den Sozialversicherungen – laut Bundesbank jährlich über 100 Milliarden Mark – könnte die Zwangsbeiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber um bis zu acht Prozentpunkte senken. Eine Finanzierung aus dem Steuersystem würde Arbeit bezahlbarer machen und die Belastung mit allgemeinen Staatsaufgaben brei-

ter und damit gerechter verteilen: auf Beamte, Selbständige, Verbraucher. Statt damit zu beginnen, will die Bundesregierung ihre gesetzlich verankerte Defizithaftung für die Bundesanstalt für Arbeit aushöhlen.

Auch der Vergleich der Steuer- und Abgabenbelastung der Löhne und Gehälter mit der Besteuerung der Einnahmen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen widerlegt die ständige Klage über konfiskatorische Staatslasten auf Unternehmensgewinnen. In eine extreme Schiefelage gerät der Belastungsvergleich durch die Nichtbesteuerung von (spekulativen) Veräußerungsgewinnen und die Behandlung von Grund und Boden als normalem, d. h. vermehrbarem Wirtschaftsgut. Leistungslose Millionen-gewinne durch Bauerwartungsland nimmt unsere Gesellschaft als gottgegeben hin, während die Bezieher von mittleren Arbeitseinkommen durch Steuern und Abgaben fast um die Hälfte ihres Einkommens gebracht werden.

Aus diesen Gründen, aber auch weil normale Beschäftigungsverhältnisse gegenüber Teilzeitarbeit, geringfügiger Beschäftigung und Schattenwirtschaft ständig zurückgehen, müssen Kapitaleinkünfte zur Finanzierung des Sozialsystems herangezogen werden. Die Forderung nach Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand – etwa in Form des Investivlohns – ist darüber hinaus aktueller denn je. Es geht nicht darum, viele kleine Kapitalisten zu züchten, sondern die dramatische Schiefelage in der Verteilung von Einkommen und Vermögen zu beseitigen.

Horizontale Gerechtigkeit

Am Sockel der Einkommenspyramide müssen sich die Einkommen der abhängig Beschäftigten außerdem mit dem Niveau der Sozialeinkommen, von Lohnersatzleistungen also, messen lassen: Die Familie abstiegsbedrohter Kleinverdiener vergleicht sich mit Haushalten, in denen Sozialhilfe und/oder Arbeitslosenbezüge die wesentliche Einkommensquelle sind. Wer um fünf Uhr aufstehen muß, um mit 2 800 DM brutto im Monat plus Kinder- und Wohngeld eine Familie durchzubringen, empfindet wenig Verständnis gegenüber der Höhe bedarfsgerechter Sozialhilfe-Regelsätze oder der vollen Übernahme von Mietkosten einer relativ teuren Wohnung. In diesem Milieu unserer Städte sinkt die Zustimmung zum politischen und gesellschaftlichen System rapide – mit wachsenden Anteilen der Nichtwähler oder der Parteien am rechten Rand.

In diesem Milieu ist der Verdrängungswettbewerb durch Zuwanderung kein (abstraktes) Bürgerrechtsthema, sondern Ausdruck realer

Konkurrenz. Eine Sozialpolitik, die den Lebenskampf von Kleinverdienern nicht wahrnimmt, aber ihre volle Sorge den an den Rand der Gesellschaft abgedrängten Gruppen zuwendet und Mißbrauch von Sozialleistungen für eine Marginalie hält, untergräbt ihre eigene Legitimation.

Aus dem sicheren Abstand der Mittelschicht wird soziale Gerechtigkeit in erster Linie als Ausgleich zwischen Oben und Unten definiert. Zur Illustrierung des Grundkonflikts zwischen Kapital und Arbeit mußten bisher dickbäuchige Kapitalisten mit Zylinder und Zigarre als Gegenbild zum entbehrungsreichen Leben der arbeitenden Klasse herhalten. Seit der aufgeklärte Kapitalismus im wirklichen Leben der Völker keine Alternative mehr hat, taugt der Unternehmer nicht mehr als Feindbild.

Auf wen richtet sich nun der Volkszorn, wenn »die da oben« verantwortlich gemacht werden für ungerechte gesellschaftliche Verhältnisse? Zunächst und immer wieder auf die politische Klasse. Zurecht, einerseits – denn sie beeinflußt die Rahmenbedingungen. Zu wissen, daß Parlamentarier in Bund und Ländern nicht zu den Großverdienern gehören, verlangt mehr Sachkenntnis und Differenzierung, als man sie üblicherweise verlangen kann.

Blieben die auffälligen Stars der Medienszene und des Sports, über deren steuersparende Exkursionen nach Monaco oder Belgien in der Presse berichtet wird. Erstamlicher Weise leidet die Popularität echter Volkshelden im Ferrari oder in der Unterhaltungsshow wenig unter Berichten über die Raffinesse, mit der hohe, in Deutschland erzielte Einkommen der deutschen Steuer vorenthalten werden.

Demgegenüber gewinnt am unteren Ende der Einkommensverteilung die Dimension der horizontalen Gerechtigkeit zunehmend an Bedeutung. Vergleiche zwischen Lebenslagen werden in konkreten, benachbarten Milieus gezogen – nicht zwischen materiell und im Status weit entfernten Schichten. Der im Status leicht höher eingeschätzte Nachbar beschäftigt die Phantasie mehr als exotische Berichte über bittere Armut oder extremen Reichtum. Zum Vergleich gehört die Nähe.

Verteilungssystem: widersprüchlich und ungerecht

Wie unterschiedlich das Transfersystem bei der Verteilung von Be- und Entlastungen hohe und niedrige Einkommen behandelt, wird durch die Kompliziertheit des Steuer- und Sozialrechts wie mit einer Nebelwand verdeckt. Wie würde ein Volksentscheid ausfallen, wenn darüber abgestimmt werden müßte, daß die Kindergeld-

erhöhung ausgesetzt wird, das Ehegattensplitting aber weiterhin kinderlose Ehepaare mit hohem Einkommen um eine fünfstellige Summe jährlich entlastet? Selbst Fachleuten fällt es schwer, den Unterschied zwischen dem steuerrechtlichen »Dienstmädchenprivileg« alter Art von der für alle Einkommensklassen gleichen Abzugsfähigkeit hauswirtschaftlicher Beschäftigung von der Steuerschuld zu unterscheiden, wie sie zum Beispiel die Koalition in Mainz als Variante vereinbart hat.

Der Sozialstaat als Verteilungsapparat ist voll von Widersprüchen. Wird die soziale Wirkung von wirtschaftspolitisch begründeten Subventionen einbezogen, kann die Schiefelage dramatische Auswirkungen annehmen. So bei der Sonderabschreibung für Investitionen in den neuen Ländern: Mit Hilfe von Luxus-Sanierungen ihrer Immobilien in Dresden und Ostberlin konnten Einkommensmillionäre ihre Steuerschuld auf Null reduzieren.

Mangelnde Gerechtigkeit im Transfersystem ist das eine, die Dimension des deutschen Sozialbudgets im internationalen Vergleich der Volkswirtschaften ein anderes, dringliches Thema. Der Zusammenhang zwischen Staatsquote, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung ist nicht zu leugnen. Da die Produktionsfaktoren Kapital, Arbeit und Information prinzipiell weltweit verfügbar sind, zwingt die wirtschaftliche Globalisierung zum Wettbewerb der Standorte.

Unsere Volkswirtschaft ist durch ein Sozialbudget belastet, dessen Zuwachsraten nicht mehr aus Wachstumsgewinnen finanziert werden können. Arbeitslosigkeit, Altersaufbau der Bevölkerung und Fehlsteuerungen der Sozialversicherung verschärfen die Systemkrise. Stark vereinfacht haben wir die Wahl eines eigenen Weges zwischen der amerikanischen Variante hohen Wachstums, hoher Beschäftigung, geringer sozialer Sicherheit und real sinkender Arbeitnehmereinkommen oder der Fixierung sozialer Standards für eine kleiner werdende Mehrheit relativ gut verdienender Beschäftigter in normalen Arbeitsverhältnissen.

Bei hohen Lohnnebenkosten, wachsender Arbeitslosigkeit und geringem Wirtschaftswachstum wird der objektive Bedarf an Arbeit in Geringfügigkeit, Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit abgedrängt. Diese größer werdende Gruppe marginalisierter Erwerbsfähiger ist auf ergänzende Lohnersatzleistungen angewiesen, deren Standard nicht zuletzt durch die überproportionale Zunahme sozialer Verpflichtungen in den kommunalen Haushalten gefährdet wird. Kein Weg führt an der Erkenntnis vorbei: Die Staatsquote in Deutschland muß gesenkt werden. Da der Anteil der Sozialhaus-

halte nicht auf Kosten anderer Ausgaben der Daseinsvorsorge wachsen kann, muß das Sozialbudget seinen Anteil zur sinkenden Staatsquote beitragen.

Sozialpolitik für wen?

Wer sind die Adressaten der Sozialpolitik; welche Zielgruppe, welche soziale Schicht? Gibt es eine Referenzgruppe für soziale Vergleiche, einen Nullpunkt des Koordinatensystems? Wie wird Gerechtigkeit, wie werden gesellschaftliche Unterschiede materiell verortet?

Die traditionelle Sozialpolitik wird als Bezugspersonen jene Gruppen in den Vordergrund stellen, die (unverschuldet) in Not geraten und somit auf Leistungen des Sozialstaats angewiesen sind. In der Fachsprache wird das »Finalprinzip« dem Kausalprinzip entgegengestellt: nach den Ursachen der Notlage wird als Bedingung für die Hilfeleistung nicht gefragt. Die Gleichbehandlung von Bedarfslagen unabhängig vom soziokulturellen Hintergrund garantiert bosnischen Kriegsflüchtlingen den gleichen Regelsatz der Sozialhilfe wie deutschen Langzeitarbeitslosen, die nach einer Lebensleistung als Arbeitnehmer aus dem Empfängerkreis des Arbeitsförderungsgesetzes ausgesteuert worden sind. Gerecht? Angemessen?

Das System der sozialen Sicherung als Ganzes ist natürlich breiter angelegt: Seit der kaiserlichen Botschaft des Reichskanzlers Bismarck werden die Grundrisiken des Lebens in wachsendem Maße erfaßt; zuletzt das der Pflegebedürftigkeit. Kindergeld und Wohngeld erleichtern Familien mit kleinerem Einkommen das Dasein. Gleichwohl gilt, daß der Familienleistungsausgleich nur einen Teil der Kinderkosten, nicht jedoch die gesellschaftlich wertvolle Erziehungsleistung kompensiert. Im Vergleich mit anderen Zielgruppen des Sozialstaats sind Familien mit Kindern unterversorgt.

Wen belohnt, wen bestraft das System von Steuern, Abgaben und Sozialleistungen in Deutschland? Es belohnt den Erben von Grundvermögen, das kinderlose »Besserverdiener«-Ehepaar, den Beamten des gehobenen oder höheren Dienstes. Es behandelt jene Arbeitnehmer großzügig, die sich mit einem sicheren Arbeitsplatz ohne gravierende Ursache drei Wochen im Jahr krank melden. Das System bestraft die alleinerziehende Mutter, die ihr geringes Nettoeinkommen für Kinderbetreuung aufwenden muß: »Dienstmädchenprivileg«? Das System gewährt der Familie mit drei Kindern ein Kindergeld, das deutlich unter den Regelsätzen der Sozialhilfe liegt.

Das System belohnt den Vermögenden, der die Möglichkeiten der Steuerflucht und »Steuergestaltung« nutzt. Es bestraft den Arbeitnehmer, der aus gläsernen Taschen Lohnsteuer, Solidaritätszuschlag und wachsende Sozialbeiträge zahlen muß. Die Sozialpolitik sollte die Akzeptanz des Verteilungssystems an der Wahrnehmung des Kleinverdieners orientieren, dessen Lebensmühen mit geringem Arbeitseinkommen und hoher Steuer- und Abgabenbelastung vergolten werden. Er oder sie zahlt mehr ein, als jemals zurückfließen können.

Staat und Gesellschaft in Deutschland sind arbeitsteilig organisiert und auf Kooperation angewiesen. Ohne die Bereitschaft der Tarifpartner werden Korrekturen im Sozialsystem kaum möglich sein. Ohne die Fähigkeit der politischen Klasse in Bund und Ländern, Rollenspiele durch Problemlösung zu ersetzen, wird sich in Deutschland wenig bewegen. Die Erfahrungen der letzten Jahre mit Renten- und Gesundheitsreform, mit dem Asylkompromiß belegen die Leistungsfähigkeit des politischen Systems unter der Voraussetzung des politischen Willens aller Beteiligten. Das Bündnis für Arbeit muß neu mit Leben erfüllt werden. Seine Aufkündigung durch Bundesregierung und Arbeitgeber war verantwortungslos. Nur wenn alle sich bewegen, wird sich Deutschland bewegen: in eine bessere Zukunft!

HANS-HOLGER PAUL

Nach dem ÖTV- und DGB-Kongreß Ein Delegierter meldet sich zu Wort

Ohne Zweifel befinden sich die Gewerkschaften in ihrer schwierigsten Entwicklungsphase seit 1945. Die Strukturkrise mit dauerhafter Massenarbeitslosigkeit verschlechterte die Bedingungen für gewerkschaftliches Handeln bereits in den achtziger Jahren kontinuierlich. Danach bewirkte die deutsche Einigung trotz gewaltiger Mitgliedererlöse eine weitere Schwächung, deren Ursache wohl in der Politik begründet liegt. Die ziemlich rücksichtslose Durchsetzung marktwirtschaftlicher Prinzipien in den neuen Län-

dern zwang alle Gewerkschaften, ohne Rücksicht auf die eigene finanzielle und organisatorische Situation so schnell wie möglich handlungsfähige Interessenvertretungen vor Ort aufzubauen.

Für die Industriekonzerne signalisierte der Zusammenbruch des Ostblocks eine neue politische Dimension: das überall vorzeigbare Wirtschaftswunderland Bundesrepublik, früher Schaufenster einer kapitalistischen Alternative zur maroden Ostwirtschaft, war plötzlich überflüssig geworden. Der gewöhnliche Kapitalismus nach dem amerikanischen Vorbild einer *Five-and-Five*-Gesellschaft mit möglichst austauschbaren Belegschaften und schwachen betriebsbezogenen Gewerkschaften soll den Sozialstaat Bundesrepublik ablösen.

Spätestens nach dem Scheitern der Kanzlergespräche mit den Tarifvertragsparteien Anfang des Jahres ist deutlich geworden, daß die Regierung Kohl wesentlich Teile dieser Unternehmerstrategie übernommen hat und mit ihrem »Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung« umzusetzen versucht. Die Gewerkschaften machen nunmehr dagegen mobil und organisieren den Widerstand. Doch die Regierung zog unbeeindruckt ihr gesamtes Konzept der Steuerumverteilung und der gesetzlichen Kürzung der Lohnfortzahlung durch. Als die Arbeitgeber die letztere noch als Vorwand benutzten, um mit offenem Tarifbruch gültiger Tarifverträge zu beginnen, war für viele GewerkschafterInnen die Schmerzgrenze überschritten. In der Frage der Erhaltung der vollen Lohnfortzahlung formiert sich breiter Widerstand. Das haben auch beide Kongresse der ÖTV und des DGB deutlich gemacht. Gleichwohl kann die politische Zielbestimmung über bestehende Widersprüche in den eigenen Reihen nicht hinwegtäuschen.

An erster Stelle sticht hier ein politisches Selbstverständnis ins Auge, das in Funktionskreisen der Gewerkschaften immer häufiger anzutreffen ist: Der Verzicht auf theoretische Durchdringung komplizierter Zusammenhänge geht einher mit der Suche nach schnellen pragmatischen Lösungen und Antworten. Ein Beispiel aus der gewerkschaftspolitischen Diskussion der ÖTV liefert der innerorganisatorisch heftig kritisierte Versuch, über den »Kundenbegriff in der ÖTV« die Außen- und Innenbeziehungen der Gewerkschaft effektiver zu gestalten, weil ja jeder Kunde von irgendwem ist (»Die Dienstleistungen der Hauptverwaltung, der Bezirksverwaltung und der Kreisverwaltung richten sich an der Nachfrage der ÖTV-Hauptkunden aus. Die externen Hauptkunden der ÖTV sind die Beschäftigten und die Mitglieder«).

Ähnliches galt für den ersten vom DGB-Bundesvorstand vorgelegten Programm-Entwurf. Er orientierte sich im Gegensatz zu den vorherigen Programmen in hohem Maße am Begriffsinstrumentarium der Arbeitgeber (z. B. in der Standortfrage) und ging von einem gesellschaftlichen Grundkonsens von Politik, Arbeitgebern und Gewerkschaften bezogen auf Sozialpolitik, Sozialstaat und Beseitigung der Arbeitslosigkeit aus, den Bundesregierung und Arbeitgeber längst aufgekündigt hatten. Zu recht erntete dieser Entwurf in vielen Einzelgewerkschaften, darunter in der IG Metall und ÖTV heftige Kritik.

Zwar wurde das Programm vom Kongreß in einzelnen Passagen sogar radikalisiert; dies kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich in einer Reihe von Passagen eine Konsenslinie der großen Industriegewerkschaften gegenüber den öffentlichen und privaten Dienstleistungsgewerkschaften durchgesetzt hat. So ist in einzelnen Punkten trotz Kritik aus verschiedenen Gewerkschaften von der »Sicherung des Wirtschaftsstandort Deutschland« die Rede, der wachsenden Erosion der Flächentarifverträge wird programmatisch Rechnung getragen, das Lohngefälle wird auch innerhalb der Branchen wachsen, den Betrieben kann Tarifhoheit zuwachsen, ohne daß sie auf die neue Situation vorbereitet sind.

Interessanterweise zerbrach diese Koalition, als gerade ein IG-Metall-Funktionär darauf hinwies, daß die Gewerkschaften nach zahlreichen Jahren des Sozialabbaus nicht nur für den Erhalt, sondern auch den Ausbau des Sozialstaats eintreten müßten. Der Kongreß folgte mit großer Mehrheit nicht nur dieser Position, sondern nahm danach konsequenterweise auch die ÖTV-Anträge zur langfristigen Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme an.

Als Resümee läßt sich für den ÖTV-Gewerkschaftstag ebenso wie den DGB-Kongreß festhalten: Weder im neuen DGB-Programm noch in entsprechenden ÖTV-Beschlüssen finden sich schlüssige strategische Antworten auf die wachsende Arbeitslosigkeit, Armut und soziale Spaltung und die Erosion der Flächentarifverträge.

Daneben halten die Gewerkschaften jedoch mehr denn je an ihrem Anspruch fest, Kampforganisation, Gegenmacht und soziale Gestaltungskraft zu sein.

Beschlüsse zur DGB-Organisationsreform wurden vertagt; trotz Kritik läuft der Fusionsprozeß der Gewerkschaften jenseits der Öffentlichkeit ab.

Langfristig entscheidend wird sein, inwieweit es gelingt, den Unternehmern mit einer für

alle erkennbaren Gegenstrategie konsequenter Interessenpolitik zu begegnen, einer Strategie, die möglichst viele erreicht und ihnen die Chance der Teilnahme eröffnet. Dazu gehört die Mobilisierung der eigenen Basis im Betrieb ebenso wie das offensive Einmischen in die Politik. Als Auftakt zu letzterem kann das Auftreten des DGB-Vorsitzenden auf dem Parteitag der Grünen in Suhl mit seiner Forderung nach einer anderen politischen Mehrheit gewertet werden.

Auch wenn der Entwicklungsprozeß von Gewerkschaft zu Gewerkschaft sehr unterschiedlich abläuft, wird die Rückbesinnung auf die eigene Funktion als Interessenorganisation, die zugleich den Anspruch auf gesellschaftliche Gestaltungskraft und Gegenmacht erhebt, zur Schlüsselfrage werden. Sie entscheidet letztlich darüber, ob Gewerkschaften in die Marginalität geraten oder sich zu einem echten gesellschaftlichen Machtfaktor entwickeln.

Ein Wirtschaftssystem, das es zuläßt, daß ein Drittel der Bevölkerung immer mehr in Armut gerät, zwingt die Gewerkschaften dazu, auch gesellschaftspolitische Alternativen zu entwickeln. Alternativen, die sich zum einen auf die aktuelle Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik beziehen, auf die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen hier und heute. Sie gehören bereits in das neue Aktionsprogramm des DGB. Zum anderen gilt es aber auch, einen politischen Anspruch zu formulieren auf Gestaltung einer alternativen Ökonomie.

Deshalb ist es notwendig, auch mit anderen gesellschaftlichen Multiplikatoren, Ökologen und kritischen Wissenschaftlern das Zukunftsprojekt einer gesellschaftlichen und politisch-ökonomischen Alternative anzugehen. Ein erster Schritt wäre die Gründung von gemeinsamen Workshops, in denen eine möglichst differenzierte Analyse unseres Wirtschaftssystems, die wirtschaftliche Stellung der Bundesrepublik und der anderen europäischen Staaten im System der Weltwirtschaft aufzuarbeiten wäre, um daraus alternative Handlungsperspektiven zu entwickeln. Parallel könnte ein solcher Prozeß auch für andere gesellschaftliche Bereiche angegangen werden. Die vielerorts beklagte Funkstille zwischen Sozialdemokraten, Gewerkschaftern und ihrem gemeinsamen politischen und wissenschaftlichen Umfeld, häufig gekennzeichnet durch allzu große Erwartungen, muß aufgebrochen werden.

Thema: Europa und seine Nationalstaaten

PETER GLOTZ

Achtung Europa!

Kleine Rede am Ende eines großen Kongresses

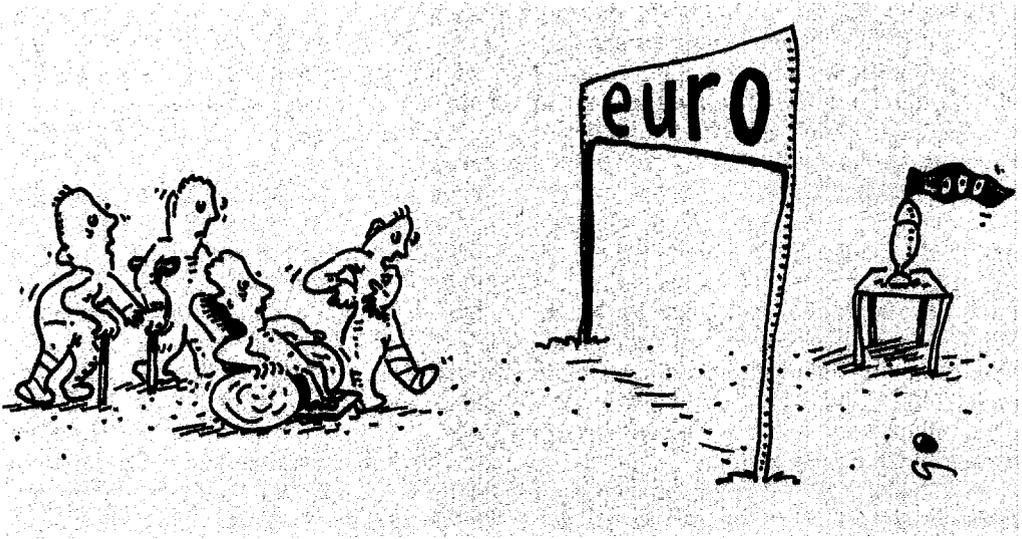
Exzellenzen, meine Damen und Herren, ich bin mir nicht sicher, warum Sie sich am Schluß eines großen Europa-Kongresses von mir die Stimmung verderben lassen wollen. Ich muß Ihnen nämlich bekennen, daß ich die in Deutschland üblich gewordene Europaformel – zwischen der Erweiterung und der Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft gebe es keine Alternative, sowohl die Erweiterung als auch die Vertiefung müsse erreicht und könne erreicht werden – für eine Lebenslüge halte. Da die Einladenden diese meine Position gut kennen müssen – da ich sie nie verschwiegen habe, fällt die Schuld an der Eintrübung eines schwungvollen Europa-Optimismus leider auf sie zurück. Ich will mich zwar bemühen, meine Skepsis konstruktiv zu formulieren. Für eine feierliche und aufbauende Schlußrede fühle ich mich aber trotzdem nur bedingt geeignet.

Ich will die Fakten ungeschminckt ansprechen. In einer Statistik der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahre 1994, für die der beste deutsche Europaexperte Werner Weidenfeld zuständig war, ist die Schätzung aufgestellt worden, daß die Osterweiterung der Europäischen Union um die 4 Länder der Visegrád-Gruppe, also Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn – für die Gemeinschaft 20 Milliarden Mark pro Jahr kosten würde. Ich weiß, daß diese Schätzung von einer Einbeziehung der neuen Mitglieder in alle bisher vergemeinschafteten Bereiche der Europäischen Union. Die Agrarpolitik zu reformieren, könnte man von anderen Zahlen ausgehen. Aber es wäre nicht ganz ehrlich, so zu tun, als ob diese Bereitschaft wirklich schon erkennbar wäre. Meiner Meinung nach ist die Lage, ungeschminkt geschildert, folgendermaßen: Die Altmitglieder der Europäischen Uni-

on wollen ihren Besitzstand wahren. Gleichzeitig wollen die wichtigsten Nettozahler, also Deutschland, Großbritannien, Frankreich und die Niederlande, ihre Beiträge verringern. Und im gleichen Atemzug sollen Beitragserhöhungen als Folge der Aufnahme neuer Mitglieder vermieden werden. Wie das alles funktionieren soll, wird bedauerlicherweise nirgends gesagt.

Die Lage ist also weniger rosig, wie wir uns in vielen mitteleuropäischen Konferenzen gegenseitig versichern. Ich drücke sie Ihnen in zwei unterschiedlichen Sprachspielen aus. Im Sprachspiel der europäischen Technokraten klingt die Wahrheit folgendermaßen: »Die Union muß fähig werden, neue Mitglieder aufzunehmen, ohne daß die Stoßkraft des Integrationsprozesses darunter Schaden leidet, damit der Beitritt des letzten Kandidaten nicht das Ende der Dynamik der Integration bedeutet.« Das hat der Generaldirektor für Außenbeziehungen der EU-Kommission, Burghardt, auf einer Konferenz zum Thema *Fazit Mitteleuropa* gesagt. Das zweite Sprachspiel, das ich Ihnen vorführe, stammt von Tony Judt, Professor für Europäische Studien an der New York University. Er formuliert: »Weit davon entfernt, einer stetig wachsenden Gemeinschaft von Nutznießern die Vorteile seines Wirtschaftswunders bieten zu können, kann Europa nicht einmal mehr sicher sein, sie sich selbst leisten zu können. Die Ereignisse von 1989 legten dieses Problem vollends offen, aber der Ursprung der Unfähigkeit der Gemeinschaft, es in Angriff zu nehmen, liegt 15 Jahre früher.«

Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. Ich habe nicht den geringsten Zweifel, daß die mittelosteuropäischen Staaten zur Europäischen Wertegemeinschaft, zur europäischen Kultur und zur Tradi-



Karikatur: Harald Goldhahn

tion europäischer Demokratie gehören. Ich glaube auch, daß die Osterweiterung der Europäischen Union kommen wird. Der Prozeß mag nicht ganz so schnell gehen, wie ihn Präsident Chirac kürzlich in Polen versprochen hat. Praktiker sprechen vom Jahr 2002. Aber ein Jahr mehr oder weniger fällt bei einem historischen Prozeß dieser Art nur wenig ins Gewicht. Ich finde aber, wir sind es uns gegenseitig schuldig, die reale Situation offen anzusprechen. Und die reale Situation umfaßt die Tatsache, daß das neue größere Europa viele der Hoffnungen, die es auslöst, nicht wird erfüllen können. Im brutalen Sprachspiel, bei Tony Judt klingt das folgendermaßen: »In Westeuropa bekommt man heute desolate Satellitenstädte, verrottende Vororte und hoffnungslose Stadtghettos zu Gesicht. Sogar die großen Hauptstädte – London, Paris, Rom – sind weder so sauber, so sicher noch so vielversprechend wie vor 30 Jahren. Sie und Dutzende von Provinzstädten von Lyon bis Lübeck entwickeln eine städtische Unterschicht. Wenn das bisher noch keine explosiveren wirtschaftlichen und politischen Konsequenzen gehabt hat, liegt der Grund dafür beim System des Wohlfahrtsstaates, mit dem sich die Westeuropäer nach 1945 ausgestattet haben.«

Nun habe ich nicht die Absicht, einfach mit den Schultern zu zucken und die eu-

ropäische Zukunft als ausweglos darzustellen. Richtig ist ja: wenn uns Europa mißlänge, fielen wir in die Bedeutungslosigkeit zurück. Der europäische Kontinent würde zu einem Spielfeld rivalisierender Nationalstaaten und Nationalismen. Seine ökonomische Konkurrenzfähigkeit gegenüber den Vereinigten Staaten, Japan und Südostasien würde zerstört. Die weltpolitische Rolle, die Europa spielen könnte, wäre noch kleiner als die, die sie schon im Bosnienkrieg gezeigt hat. Das alles würde verschärft durch soziale Kämpfe im Inneren der unterschiedlichen Staaten. Und das deutsche Problem käme dazu. Deutschland, der größte europäische Nationalstaat, geriete in sein altes Dilemma: zu klein zu sein, um Europa zu bestimmen und zu groß zu sein, um sich in Europa einzuordnen. Niemand kann ein solches Szenario wollen. Niemand kann ein solches Szenario auch nur dulden wollen.

Wer es aber vermeiden will, muß mehr bieten als wohlfeile Reden von der Vereinbarkeit der Erweiterung und der Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft. Er muß mehr bieten als Rokokosaalreden bei deutsch-ungarischen, deutsch-tschechischen, deutsch-polnischen oder sonstigen Konferenzen. Notwendig sind meiner festen Überzeugung nach *vier* bittere Anstrengungen:

Erstens: Wir müssen Abstand nehmen von der üblich gewordenen Doppelzüngigkeit. Neu eintretende Länder müssen sich an die Regularien anpassen, die die Europäische Union gemeinsam gefunden hat. Wenn sie nicht wollen – gut. Aber der Weg des tschechischen Premiers Václav Klaus ist ausgeschlossen. Er pflegt gelegentlich zu sagen, Tschechien dürfe in der Europäischen Union nicht aufgehen wie ein Stück Zucker in einer Tasse Kaffee. Er wolle der Union rasch beitreten; dann aber dort eine »sanfte Revolution« inszenieren. Ein England genügt uns. Wir brauchen nicht noch ein zweites in unserer prekären Gemeinschaft.

Zweitens: Wer den europäischen Sozialstaat zerstört, wird auch Europa zerstören. Der große französische Soziologe Pierre Bourdieu hat kürzlich in einem fulminanten Essay vor dem *Modell Tiedtmeier* gewarnt. Diese Warnung ist ernst zu nehmen: nicht wegen der Pflege einer unnötigen Antipathie gegen den hochtütigen Neoliberalen gleichen Namens auf dem Sessel des Bundesbankpräsidenten, wohl aber in der Auseinandersetzung mit einer Politik, die immer noch nicht begriffen hat, daß die Gefahr dieser Jahre die Stagnation ist, nicht die Inflation.

Drittens: Europa wird den Europäern nur dann ein plastischer Begriff werden, wenn es mehr bietet als wirtschaftliche Vorteile. Die Zerstrittenheit der drei stärksten europäischen Nationalstaaten Frankreich, England und Deutschland in der Bosnienfrage hat zu der harschen Intervention von Bill Clintons Hausmeister Dick Holbrooke geführt. Tausende Menschen, Bosniaken, Kroaten, Serben mußten krepieren, weil sich Europa zu keiner gemeinsamen Außenpolitik aufraffen konnte. Wenn dies noch ein paarmal passiert, beginnt der Zerfall Europas.

Viertens: Jean Monnet soll einmal gesagt haben, er würde, wenn er Europa neu beginnen könnte, beim nächsten Mal mit der Kultur anfangen. Ob er es gesagt hat oder nicht: Europa braucht ein Bild seiner selbst. Es braucht eine Diskussion über seine Ursprünge, seine Identität. Die Vielfalt ist ein Teil dieser Identität. Niemand will den Bayern, Basken oder Fla-

men Sprache, Geschichte, Eigenart nehmen. Die Frage ist, ob die Vielfältigen sich verbünden können. Im Zeitalter der Globalisierung wäre das die Rettung.

Wenn wir uns die gewaltigen Anstrengungen zumuten, die in diesem Programm stecken, hat Europa eine Zukunft; nicht in der Form von Vereinigten Staaten von Europa, wohl aber in der Form eines engen Verbundes, der wirtschaftlich konkurrenzfähig ist und politisch handlungsfähig. Noch besteht diese Option, aber wir sollten uns nicht täuschen, daß Europa in Gefahr ist. Deswegen ist jeder Populismus unverantwortlich. Es geht nicht um die heilige D-MARK, es geht auch nicht um alle möglichen Kompetenzen des Westminsterparlaments oder die Abtreibungsregelungen im katholischen Polen. Es geht um die Frage, ob die Europäer ein Museum und ein absteigender Kontinent werden oder ob sie noch eine Chance haben, in dieser Welt eine Rolle zu spielen. Wir haben eine Chance. Aber wir müssen uns gewaltig anstrengen.

ECKHARD LÜBKEMEIER

Europäisierung der NATO?

Hintergründe und Hindernisse

Die NATO hat bisher eine für viele überraschende Überlebensfähigkeit bewiesen. Als Kind des Kalten Krieges geboren, hat sie sein Ende überdauert. Und das, obwohl beide Aspekte der »doppelten Eindämmung«, die an der Wiege der NATO standen, ihre Gültigkeit weitgehend verloren haben.

Die Eindämmung der Sowjetunion durch Abschreckung hat sich mit dem Zusammenbruch des Kommunismus und der Auflösung der Sowjetunion erledigt. Rußland befindet sich zwar in einem Übergangsprozeß mit ungewissem Ausgang; verglichen mit der Bedrohung durch die

Direktkonto

hohe Zinsen – niedrige Gebühren – das Girokonto auf Draht



Ja!
Ich will dieses
Girokonto
mit **3%**
Guthabenzinsen
und weltweit
kostenlose
Bargeld

3% p.a. Guthabenzins
ab der ersten Mark. Wo sonst gibt es das?
(Stand Dezember 96)

Dispositionskredit nur 9,5% p.a.
Ihre finanzielle Flexibilität kostet beim Direktkonto nicht viel.

Kontopauschale nur 8 DM

im Monat. Für sämtliche Leistungen rund um das Konto inkl. sämtlicher Buchungen und einem Monatsauszug.

Inklusive VISA Card

für Sie und Ihren Partner. Dazu ec-Karte, ec-Schecks – ebenfalls für Sie und Ihren Partner.

Die Sensation:

weltweit kostenlos Bargeld

Das ist einzigartig: Sie heben kostenlos an allen mit dem VISA Emblem gekennzeichneten Geldautomaten und Bankschaltern Bargeld ab.

Persönlicher Service

persönliche Betreuung zu erweiterten Geschäftszeiten – 11 Stunden am Tag – von 8.00 bis 19.00 Uhr.



**Allgemeine
Deutsche
Direktbank AG**
Ihre Bank zu Hause.

Nutzen Sie die Vorteile einer modernen Direktbank: Bankgeschäfte bequem von zu Hause – per Telefon, T-Online, Fax oder Brief.

Rufen Sie jetzt an: 01 80/2 25 27 29
Sie erhalten völlig unverbindlich Unterlagen zum Direktkonto

kommunistische Sowjetunion und ihr massives Militärpotential ist Rußland jedoch nur ein Restrisiko, das sich in dem Maße weiter verringern wird, in dem es zu einer stabilen Demokratie wird.

Ähnliches gilt auch für den zweiten Aspekt der »doppelten Eindämmung«, die Eindämmung (West-)Deutschlands durch Einbindung. Der Westen stand zu Beginn des Kalten Krieges vor dem Problem, daß die Eindämmung des Sowjetkommunismus eine starke Bundesrepublik erforderte, dieses Deutschland aber nicht so stark sein durfte, daß es erneut zu einer Bedrohung seiner Nachbarn werden könnte. Die militärische Auflösung dieses Dilemmas lieferte die NATO: Kontrolle des deutschen Militärpotentials durch seine feste Einbindung in die NATO-Integration unter amerikanischer Oberaufsicht.

Auch in dieser Hinsicht erfüllt die NATO noch eine Restfunktion. Die Tatsache, daß Deutschland in der NATO militärisch gut aufgehoben blieb, hat unseren Nachbarn und Partnern die Zustimmung zur deutschen Vereinigung erleichtert. Die Situation zu Anfang des Kalten Krieges läßt sich jedoch mit der Situation nach seinem Ende nicht vergleichen: Trotz mancher Vorbehalte wird Deutschland nicht mehr wie nach dem Zweiten Weltkrieg als eine potentielle militärische Bedrohung angesehen.

Gäbe es die NATO nicht bereits, sie würde also zur »doppelten Eindämmung« wohl kaum gegründet werden. Nach wie vor erfüllt die NATO zwar in dieser alten Hinsicht einen doppelten Zweck: zum einen Vorsorge gegenüber russischen Ungewißheiten, zum anderen Vorbeugung gegen eine Renationalisierung von Sicherheitspolitik – wenn auch nicht nur Deutschlands, sondern aller NATO-Mitglieder. Dennoch: Diese beiden Aufgaben erledigt die NATO eher mit, ihr Überleben werden sie auf Dauer nicht sichern können.

Davon zeugt die Diskussion um eine *Europäisierung der NATO*. Ihre Hintergründe hängen eng mit der Auflösung der Ost-West-Konfrontation und der damit einhergehenden Neuorientierung der NATO zusammen.

Inhalte

Bevor darauf eingegangen wird, ist jedoch eine Begriffsklärung notwendig. Unter *Europäisierung der NATO* wird allgemein verstanden, daß bei künftigen NATO-Aktionen europäische NATO-Mitglieder dann eine Führungsrolle übernehmen könnten, wenn die USA sich zurückhalten. Salopp formuliert: Die Europäer spielen die erste Geige, die USA spielen nur mit.

Über diesen definitorischen Konsens hinaus gibt es ein weitergehendes Verständnis, das nicht von allen geteilt wird. Insbesondere Frankreich verbindet mit einer *Europäisierung der NATO* die Absicht, innerhalb der NATO ein europäisches Gegengewicht zu den USA aufzubauen. Als Fundament dieses europäischen Pols wird der EU-Integrationsprozeß einschließlich einer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) angesehen. Diese GASP bewährt und festigt sich durch die Möglichkeit, die NATO für europäisch (bzw. französisch) gesteuerte Militäraktionen einzuspannen.

Hintergründe

Beides, das gemeinsame und das unterschiedliche Verständnis von »Europäisierung«, reflektiert die Hintergründe dieser Frage.

Sie werden deutlicher, wenn man sich vor Augen hält, daß die Diskussion um eine größere europäische Rolle innerhalb der NATO fast so alt ist wie sie selbst. Das auch jetzt wieder bemühte Bild vom »europäischen Pfeiler«, der mit dem nord-amerikanischen Pfeiler das Bündnis trägt, ist bereits von Präsident Kennedy benutzt worden. Und Legion ist die Zahl der NATO-internen Auseinandersetzungen um Einfluß- und Lastenteilung zwischen Amerikanern und Europäern.

Heute geht es jedem NATO-Partner zwar auch wieder darum, möglichst viel Einfluß zu möglichst geringen eigenen Kosten auszuüben; das politisch-strategische Umfeld, in dem diese Debatte geführt wird, hat sich jedoch grundlegend gewandelt.

Gemeint ist damit natürlich das *Ende des Kalten Krieges*. Zum Vergleich: Was

während der Ost-West-Konfrontation für Washington *nur* eine Frage des strategischen Interesses war, nämlich der Sowjetunion die Hegemonie über ganz Europa zu verwehren, war für die Europäer eine Existenzfrage, da sie damit rechnen mußten, auf jeden Fall das Schlachtfeld eines dritten Weltkriegs zu sein. In dieser unterschiedlichen Betroffenheit und im militärischen Supermacht-Status der USA lag eine Abhängigkeit der beschützten Europäer vom amerikanischen Beschützer, die einer *Europäisierung der NATO* enge Grenzen setzte.

Diese Abhängigkeit besteht nicht mehr. Zwar ist Europa auch nach dem Kalten Krieg keine »Insel der Seligen«, und Sicherheit in und für Europa erfordert weiterhin die USA (s. Bosnien); die europäische »Nachfrage« nach amerikanischem Schutz ist jedoch drastisch zurückgegangen. Größere europäische Unabhängigkeit schafft Raum für mehr europäische Eigenständigkeit in der NATO.

Aber nicht nur die Nachfrage nach amerikanischem Schutz, auch das Ange-

bot hat abgenommen. Mit Ausnahme Griechenlands und der Türkei, die sich ihre gegenseitige Bedrohung selbst schaffen, und der Türkei, die an konfliktgeladene Regionen grenzt, ist kein NATO-Land mehr unmittelbar militärisch bedroht. Das hat zu einer Abwertung der NATO als Verteidigungsbündnis geführt, dessen Kern die gegenseitige Beistandsverpflichtung nach Artikel 5 des NATO-Vertrages ist.

Eine Aufwertung hat die NATO dagegen erfahren im Bereich der sogenannten »Nicht-Artikel-5-Operationen«. Das sind Einsätze, die nicht der Verteidigung eines Mitgliedstaates dienen, sondern in einen Konflikt Dritter eingreifen. Auf der Grundlage eines internationalen Mandats kann es sich dabei um friedenserhaltende Maßnahmen (*peacekeeping*) oder auch militärische Zwangsmaßnahmen (*peace enforcement*) handeln.

Ex-Jugoslawien liefert Beispiele für beides: Im Sommer 1995 hat die NATO auf der Grundlage eines UNO-Mandats serbische Stellungen angegriffen und damit zur Kriegsbeendigung beigetragen. An-

Mitteuropäische Staatspräsidenten treffen sich in Keszthely/Ungarn, 1995

Foto: dpa



schließlich kam es zum Dayton-Friedensabkommen, zu dessen Sicherung eine NATO-geführte Friedenstruppe, ausgestattet mit einem UNO-Mandat, in Ex-Jugoslawien stationiert ist. Maßgeblich für beides war und ist das Engagement der USA.

Andererseits hat der Konfliktverlauf auch gezeigt, wie schwer sich Washington mit einem politischen und militärischen Engagement in jenen Fällen tun kann, in denen es nicht um vertragliche Verpflichtungen nach Artikel 5 geht oder keine vitalen amerikanischen Interessen wie im zweiten Golfkrieg berührt sind. Die Weigerung der USA zum Beispiel, sich mit Bodentruppen an der UNO-Mission in Ex-Jugoslawien (UNPROFOR) zu beteiligen, hatte zu Konflikten mit Truppenstellern und NATO-Partnern wie Großbritannien und Frankreich geführt. Diese waren aber nicht in der Lage, eine Wende im Konfliktverlauf ohne die USA herbeizuführen, obwohl sie ungleich stärker als die USA (getötete und verletzte UNPROFOR-Soldaten, Aufnahme von Flüchtlingen, finanzielle Hilfen) betroffen waren.

In diesem Sinne hat auch das amerikanische Angebot an Schutz abgenommen. Dort, wo keine bedeutenden amerikanischen, wohl aber bedeutende europäische Interessen auf dem Spiel stehen, können die Europäer nicht erwarten, daß Washington ihnen beisteht bzw. dies zu ihnen genehmen Bedingungen macht.

Grundsätzlich galt das auch schon im Kalten Krieg. Nach seinem Ende jedoch sind nicht nur die Europäer unabhängiger von den USA, auch Washington ist freier in seinen Entscheidungen, weil Europa nicht mehr wie zur Zeit der Bipolarität Teil einer globalen Macht- und Systemrivalität ist. Die USA sind die einzig verbliebene Supermacht, und sie können es sich leisten, heute selektiver zu sein, wenn es darum geht, wann und unter welchen Bedingungen sie wo eingreifen.

Vor diesem Hintergrund ist die *Europäisierung der NATO* ein Versuch, die europäischen NATO-Partner militärisch aktionsfähiger für solche Fälle zu machen, in denen Washington sich zurückhält.

Die USA ihrerseits sehen eine solche Möglichkeit heute gelassener als noch

vor wenigen Jahren. Das hängt zum einen mit dem Wechsel von der Bush-Administration zur Clinton-Administration zusammen. Wichtiger ist jedoch der in Washington gewachsene Eindruck, daß die NATO auch ohne die sowjetische Bedrohung eine Organisation geblieben ist, in der und durch die man maßgeblichen Einfluß ausüben kann.

Zum Hintergrund der Europäisierungsdebatte gehören neben diesen beiden äußeren Aspekten (Ende des Kalten Krieges, US-Politik) zwei innereuropäische Faktoren.

Der erste, allgemeine Faktor ist der EU-Integrationsprozeß. Seine Vertiefung reflektiert und fördert das Entstehen einer europäischen Identität, die Voraussetzung dafür ist, daß die europäischen NATO-Mitglieder auch als Europäer geschlossen handeln können. Im militärischen Bereich hat dieser Prozeß beispielsweise zum Eurokorps mit belgischer, deutscher, französischer und spanischer Beteiligung geführt, und durch eine Wirtschafts- und Währungsunion könnte er entscheidend verstärkt werden.

Der zweite, spezielle Faktor ist die erwähnte veränderte Haltung Frankreichs. Das betrifft allerdings weniger das Ziel als den Weg dahin. Paris geht es nach wie vor darum, die Dominanz Washingtons abzubauen; im Unterschied zu früher scheint Frankreich aber jetzt den Marsch durch die Institution NATO zu bevorzugen. Seine in letzter Zeit vollzogene Annäherung an die NATO (z. B. Teilnahme an Treffen der NATO-Verteidigungsminister, Unterstellung seines Anteils an der NATO-geführten Friedenstruppe für Bosnien unter operationeller Kontrolle eines US-Generals) spiegelt die Einsicht und Absicht wider, größere europäische Eigenständigkeit in und mit der NATO zu erreichen.

Berlin 1996

Entscheidender Anknüpfungspunkt der Debatte um eine *Europäisierung der NATO* ist die NATO-Ministerratstagung in Berlin im Juni 1996. Im Kommuniqué der Tagung gibt man sich »entschlossen«, die

»Allianz zur Begegnung neuer Herausforderungen noch flexibler und leistungsfähiger zu machen«. Weiter heißt es: »Ein wesentlicher Teil dieser Anpassung ist der Aufbau einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität in der NATO, die alle europäischen Partner in die Lage versetzen wird, als Ausdruck unserer gemeinsamen Verantwortung einen geschlosseneren und wirksameren Beitrag zu den Aufgaben und Aktivitäten der Allianz zu leisten, im Bedarfsfall eigenständig zu agieren und die transatlantische Partnerschaft zu verstärken«.

Nicht nur, aber auch um den Europäern »eigenständiges« Handeln zu ermöglichen, einige man sich auf das Konzept der *Combined Joint Task Forces*, offiziell übersetzt als »Alliierte Streitkräftekommandos«. CJTF sollen die NATO-Streitkräfte flexibler, d. h. einsatzfähiger für jene Fälle machen, in denen es nicht um Bündnisverteidigung geht. In solchen Nicht-Artikel-5-Operationen, in denen keine vertraglichen Verpflichtungen berührt sind, kann es sein, daß nicht alle NATO-Staaten sich beteiligen und/oder auch Nicht-NATO-Staaten beteiligt sind (wie an der NATO-geführten Friedenstruppe für Bosnien).

Was die Europäisierungs-Frage betrifft, soll das CJTF-Konzept »Eventualfalloperationen« ermöglichen, die unter europäischer Leitung (konkret: der Westeuropäischen Union – WEU) durchgeführt werden. Entscheidend dabei ist, daß in solchen Fällen die Europäer auf NATO-eigene bzw. von NATO-Partnern zur Verfügung gestellte militärische Kapazitäten zurückgreifen könnten. Hätten sie diese Möglichkeit nicht, wäre ihre Handlungsfähigkeit stark eingeschränkt, da ihnen für größere Einsätze militärische Schlüssel-Ressourcen (insb. Lufttransport, Aufklärungs- und Kommunikationsmittel) fehlen.

Hindernisse

Das Berliner Kommuniqué ist zunächst nicht mehr als eine Absichtserklärung. Ob und wie sie praktisch umgesetzt wird, muß sich erweisen. Vorerst ist aus vier Gründen Skepsis angebracht.

Erstens:

Wie zitiert sollen die Europäer »im Bedarfsfall eigenständig« handeln können. Dies ist insofern irreführend, als es nicht um eigenständiges Handeln im Sinne einer wirklichen Unabhängigkeit von den USA geht. Zutreffender wäre der Komparativ, d. h. die Europäer sollten eigenständiger handeln können.

Denn die CJTF-Konstruktion impliziert, daß es zumindest ganz ohne den »großen Bruder« auch künftig nicht gehen kann und soll. Nicht gehen kann, weil derzeit nur die USA über die militärischen Transport-, Kommunikations- und Aufklärungsmittel verfügen, die für größere Einsätze außerhalb des NATO-Gebiets gebraucht werden, und weil nicht in Sicht ist, daß die Europäer sich eigenes Gerät leisten werden. Nicht gehen soll, weil sich die USA ihre Mitsprache vorbehalten haben: »Der Nordatlantokrat wird die Freigabe von Kräften und Fähigkeiten der NATO für WEU-geführte Operationen billigen ... und ihre Verwendung ständig prüfen.« (Berliner NATO-Kommuniqué). Als führendes Mitglied des Nordatlantikrats haben die USA also ein Veto- und Aufsichtsrecht.

Zweitens:

Der zweite Grund zur Skepsis liegt auf europäischer Seite. Selbst wenn die USA ihren europäischen NATO-Partnern den Vortritt überließen – die Europäer müßten zunächst einmal den gemeinsamen politischen Willen aufbringen, diese Möglichkeit auch zu nutzen. Hier zeigt der Fall »Ex-Jugoslawien« zwei Seiten: Trotz einer frustrierenden und konflikthaltigen Abhängigkeit der Europäer von den USA und inneramerikanischen Vorgängen (Verhältnis Administration – Kongreß, Präsidentschaftswahlkampf) konnten sie ihre Uneinigkeit lange Zeit nicht überwinden. Das muß nicht so bleiben, aber gewiß ist auch nicht, daß es beim nächsten Mal anders sein würde. Für den sensiblen Bereich gemeinsamer Militäraktionen jenseits von Beistandsverpflichtungen kann jedenfalls auf europäischer Seite die Identität von Interessen und Wahrnehmungen keineswegs vorausgesetzt werden.

Drittens:

Außerdem sind denkbare Einsatzfälle zumindest derzeit schwer auszumachen. Vom Balkan abgesehen liegen in Europa jene Konflikte, die eine internationale Militäraktion mit UNO- oder OSZE-Mandat auslösen könnten, aus heutiger Sicht ausschließlich auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion. Die größeren europäischen Staaten haben bisher keine Neigung gezeigt, sich dort militärisch zu engagieren, auch in der Erwartung, daß Rußland eine Führungsrolle beanspruchen würde. Was Aktionen außerhalb Europas angeht, hat sich die Bundesregierung gerade geweigert, Soldaten für die erwogene Schutztruppe im Grenzgebiet Zaire-Ruanda zu entsenden. Auch Verteidigungsminister Rühes Bemerkung, das Eurokorps sei kein »Afrikakorps«, weist auf die Schwierigkeiten hin, eine gemeinsame europäische Position zu außereuropäischen Konflikten zu finden.

Viertens:

In diesem Zusammenhang bleibt ferner abzuwarten, ob und wie sich Frankreichs weitergehende Absichten mit dem Europäisierungs-Verständnis anderer NATO-Partner vereinbaren lassen. Inzwischen erkennt Paris offenbar an, daß man um die NATO nicht herumkommt; Konfliktstoff liegt jedoch in der französischen Neigung, »Europa« für die eigene Politik in Anspruch zu nehmen (so Präsident Chirac auf seiner Nahost-Reise im Herbst 1996) und die »Europäisierung« mit amerikakritischen Akzenten zu versehen.

Fazit

Ob und wie weit aus der *Europäisierung* der NATO etwas wird, hängt davon ab

- ob die USA bereit sind, mitzuspielen;
- ob die Europäer fähig sind, als ein Spieler aufzutreten;
- ob es geeignete Spielfelder (=Einsatzfälle) geben wird.

Hinter allen drei *Obs* stehen große Fragezeichen. Aber wie auch immer die Antworten ausfallen mögen – es gibt eine Grenze der *Europäisierung*. Wo sie genau liegt, ist unbestimmt, aber daß es sie gibt, ist sicher.

Eine Voraussetzung für die Lebensfähigkeit der NATO ist, daß sie zentralen Interessen der USA entspricht. Zu diesen Interessen gehört es, selbst zu bestimmen, statt fremdbestimmt zu werden. Jeder Akteur hat dieses Interesse, aber die Supermacht USA ist in der Lage, es wie kein anderer Staat auch durchzusetzen. Die NATO kann sich deshalb zwar »europäisieren«, aber eine *europäische NATO* kann es nicht geben.

HELMUT L.MÜLLER

Der Reformzug hat Verspätung

Wahlen und Wandlungen
in Südosteuropa

Sieben Jahre nach der großen Zeitenwende von 1989 gibt es Anzeichen, daß das politische Pendel in Osteuropa wieder zurückschwingt. Die Bürger der Baltenrepublik Litauen hatten 1992 als erste den Reformflügel der einstigen Kommunisten zurück an die Schalthebel der Macht gebracht. Polen, Bulgarien und Ungarn sind der Reihe nach diesem Beispiel gefolgt. Der erneute Machtwechsel in Litauen, bei dem 1996 die Ex-KP aus der Regierung verdrängt wurde, läßt sich als Indiz dafür werten, daß sich das Blatt von neuem wenden könnte.

Vor allem die enttäuschte Hoffnung der osteuropäischen Völker, daß die Umstellung auf eine demokratische Staatsform alsbald auch zu materiellem Wohlstand führen werde, sorgte dafür, daß Politiker

der 1989 schmachlich davongejagten kommunistischen Parteien schon wenige Jahre später an die Macht zurückgeholt wurden. Osteuropas Bürger rebellierten dagegen, daß die ökonomischen Schocktherapien mit hohen sozialen Kosten verbunden waren. Die Rückkehr der ЕХКР bedeutete aber keineswegs die Rückkehr zum alten kommunistischen System. Zwar wurde das Reformtempo gedrosselt; doch haben auch die neuen Regierungen Demokratie, Marktwirtschaft und »Rückkehr nach Europa« auf ihre Fahnen geschrieben. Aber jetzt scheint das Wahlvolk zu entdecken, daß das Wunder rascher Prosperität wohl auch von den exkommunistischen Machthabern nicht zu erwarten ist.

Sieben Jahre nach der großen Zeitenwende von 1989 erkennen wir jedoch auch zusehends, daß es »den« Osten gar nicht gibt. Die Staaten in der anderen Hälfte unseres Kontinents driften politisch und wirtschaftlich auseinander. In Polen, Ungarn, der Tschechischen Republik und Slowenien haben sich bereits parlamentarische Demokratien etabliert, die westlichen Vorstellungen im wesentlichen entsprechen. Albanien, Bulgarien und Rumänien sind immerhin auf dem Weg dorthin. Weißrußland, Serbien, Kroatien und in gewissem Maße auch die Slowakei beschreiten dagegen augenscheinlich einen anderen Weg; in diesen Ländern haben die Wähler bisher autoritäre Herrscher im Amt bestätigt. Politische Eliten solchen Stils neigen stark dazu, ihre Macht mit nationalistischen Parolen abzusichern.

Wende von 1989 jetzt vollenden

Aus diesem groben Raster läßt sich für die politische Geographie der Reformstaaten folgende Formel ableiten: Je weiter die Länder im Osten und Süden des Kontinents liegen, desto weiter sind sie von den proklamierten Zielen Demokratie und Marktwirtschaft noch entfernt; je näher sie zur Mitte Europas liegen, desto konsolidierter sind bereits Demokratie und Marktwirtschaft (Wolfgang Merkl).

In der südöstlichen Ecke Europas sind heuer bedeutsame politische Wandlun-

gen eingetreten. Rumänien hat den ersten demokratischen Machtwechsel überhaupt erlebt. Der Sieg der Opposition bei den Parlaments- und Präsidentenwahlen hat eine Besonderheit des Landes beendet: Rumänien war bis zum November 1996 der einzige Staat des früheren Ostblocks, in dem die alten Kommunisten nach dem Umbruch vor sieben Jahren ununterbrochen weiterregiert hatten. Während in Polen oder Ungarn die Kommunisten die Macht einbüßten und erst als einigermaßen geläuterte, reformorientierte »Sozialdemokraten« zurückkehrten, regierte in Rumänien nach dem Sturz Ceauşescu eine Gruppe der früheren KP um Ion Iliescu bis zu den jüngsten Wahlen.

Rumäniens Opposition meint, daß unzufriedene kommunistische Funktionäre damals den spontanen Volksaufstand gegen den verhaßten Diktator zur eigenen Machtergreifung mißbraucht hätten. Die »gestohlene Revolution« von 1989 sei somit jetzt an den Wahlurnen vollendet worden.

Der Umsturz sei »keine Revolution im eigentlichen Sinne« gewesen, meint der Schriftsteller Mircea Dinescu, »denn da war nichts koordiniert; und es gab keine strategischen Ziele.« Aber Dinescu ist davon überzeugt, daß damals auch in Rumänien eine wahre »Volkserhebung« geschehen sei. Der Autor wendet sich gegen die These, Teile des Regimes hätten 1989 einen »Staatsstreich« gegen Ceauşescu angezettelt. Die Vorstellung, Parteiaktivisten hätten einen Putsch organisieren können, wäre »sehr schmeichelhaft« für die alten Kader gewesen. In Wahrheit sei die Macht dem reformorientierten Iliescu in den Schoß gefallen.

Seine PARTEI DER SOZIALEN DEMOKRATIE war in erster Linie ein korruptes Kartell zur Aufteilung politischer Ämter und wirtschaftlicher Macht. In den ersten Jahren nach dem Umsturz wurde der Besitzstand der alten Seilschaften notfalls mit Gewalt verteidigt. Der neue Präsident Emil Constantinescu und seine Mitte-Rechts-Partei DEMOKRATISCHE KONVENTION stehen wegen der verschleppten Reformen in der Iliescu-Zeit vor einer Riesenaufgabe. Daß die neue Führung im Parla-



Der konservative Politiker Emil Constantinescu wurde im November 1996 zum neuen rumänischen Staatspräsidenten gewählt. Foto: dpa

ment auf die Unterstützung der DEMOKRATISCHEN PARTEI des früheren Iliescu-Weggefährten Petre Roman angewiesen ist, dürfte eine konsequente Reformpolitik deutlich erschweren.

Ein positives Signal bedeutet der Ausgang der jüngsten Wahlen für das Verhältnis zwischen Ungarn und Rumänien, das bisher durch den Streit um die Rechte der ungarischen Minderheit in Rumänien (1,6 Millionen Menschen) belastet gewesen ist. In den Wochen vor der Stichwahl um den Posten des Präsidenten hatte Amtsinhaber Iliescu die Gefahr einer von der ungarischen Minderheit kontrollierten Regierung an die Wand gemalt. Aber die nationalistische Karte, die er damit ausgespielt hat, stach nicht mehr. Auf den Wahlsieg Constantinescus reagierte Ungarns Regierung mit großer Genugtuung. Außenminister László Kovacs erklärte, nun bestünden gute Chancen, daß der im September unterzeichnete ungarisch-rumänische Grundlagenvertrag vollständig in politische Praxis umgesetzt werden könne. Budapest sei bereit, Bukarests

euro-atlantische Aspirationen (EU und NATO) zu unterstützen.

Kleine Hoffnung im Tal der Tränen

In Bulgarien hat der Präsident laut Verfassung zwar nur geringe Vollmachten. Dennoch wurde die Wahl des Oppositionellen Petar Stojanow zum Staatschef im November als ein wichtiges Zeichen gewertet. Die Bürger hatten nämlich nicht nur ihren Unmut über die sozialistische Regierung von Premier Widenow artikuliert, sondern zugleich den Mut zu einem nochmaligen Neubeginn gezeigt.

Im Gegensatz zu Ungarn und Polen oder zur Tschechischen Republik hat Bulgarien die Wende vor allem wirtschaftlich noch nicht geschafft. Sieben Jahre nach dem Kollaps des Sowjetimperiums scheint diesem Land das Schlimmste noch bevorzustehen. Es ist heute ärmer als selbst Rumänien und bildet das Schlußlicht der Reformstaaten.

Das Hauptdilemma seiner Innenpolitik ist nach den Worten des bisherigen Staatspräsidenten Schelju Schelew das »Gesetz des Pendels«. Seit dem Ende des Staatskommunismus zerfällt Bulgarien in zwei etwa gleich starke Lager, die sich unveröhnlich gegenüberstehen und überdies in sich zerstritten sind. Das Oppositionsbündnis UNION DEMOKRATISCHER KRÄFTE (UDK) kam 1991 ans Ruder. Die KP-Nachfolgerin SOZIALISTISCHE PARTEI (BSP) regiert seit den Wahlen Ende 1994 mit absoluter Mehrheit. Beide stürzten Bulgariens Wirtschaft durch das Hin und Her völlig gegensätzlicher Strategien in die Katastrophe.

UDK-Ministerpräsident Dimitrow setzte radikal auf Entstaatlichung und »säuberte« zugleich Verwaltung, Wirtschaftsmanagement und Medien von Angehörigen der alten Nomenklatura. BSP-Ministerpräsident Widenow legte wieder den Rückwärtsgang ein und begann erst auf massiven Druck der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds mit überfälligen Reformen wie der Schließung unrentabler Staatsbetriebe.

Petra Stojanow verweist darauf, daß das kommunistische Erbe die Reformen in Bulgarien bis heute behindere. Das

Land leide darunter, daß die SOZIALISTISCHE PARTEI »Gefangene« ihrer exkommunistischen Wählerschaft geblieben sei. Er hoffe, sein Wahlsieg helfe, »zu einer Sozialdemokratie zu werden wie in Polen oder Ungarn«. Einerseits hängt die Dominanz der alten KP-Elite wie ein Bleigewicht an der SOZIALISTISCHE PARTEI. Nahezu 40 Prozent der einstigen KP-Mitglieder haben sich ihr angeschlossen (in Polen nur 3 Prozent, in Ungarn 5 Prozent). Andererseits haben sich die Exkommunisten vielfach in Erzkapitalisten verwandelt, die den Staat als Selbstbedienungsladen mißbrauchen.

Bulgariens Opposition setzt darauf, daß mit der Wahl Stojanows vorgezogene Parlamentswahlen näherrücken. Mit der Nachhilfe eines auf innenpolitischen Ausgleich bedachten Staatspräsidenten könnte erstmals eine Koalitionsregierung mit Vertretern aus beiden Lagern entstehen, die endlich begreifen, daß der nationale Notstand das Zusammenwirken aller politischen Kräfte erfordert.

Autokraten fürchten um ihre Macht

Bei den Parlamentswahlen in der Bundesrepublik Jugoslawien (Serbien/ Montenegro) siegte im November neuerlich die vereinigte Linke mit der SOZIALISTISCHEN PARTEI von Präsidenten Slobodan Milošević an der Spitze. Anders als Rumänien und Bulgarien erlebte Serbien aber keine fairen Wahlen, sondern eine Wahlfarce. Insbesondere Fernsehen und Radio als Hauptpropagandamittel waren wieder ausschließlich in der Hand der Regierenden geblieben.

Die Tatsache, daß die ultranationalistische RADIKALE PARTEI von Tschetnikführer Šešelj stark in Erscheinung trat, macht allerdings deutlich, daß die Medien die Bundeswahlen nicht allein bestimmten. Miloševićs Stärke ist zu einem Großteil auch die Schwäche der Opposition. Sie hat diesmal in Serbien mit ZAJEDNO (Gemeinsam) zwar ein Wahlbündnis für den Kampf gegen den Machthaber in Belgrad zustandegebracht. Aber sie hat kein klar formuliertes Konzept, und ihre Führer – wie Vuć Drašković oder Zoran Djindjic –

sind, selbst nationalistisch eingestellt, keine wirklich glaubwürdige politische Alternative.

Unerwartet gewann die Opposition Mitte November die Kommunalwahlen in fast allen größeren Städten Serbiens, zum ersten Mal auch in der Hauptstadt Belgrad. Bei diesen lokalen Wahlen war der Medieneinfluß offensichtlich geringer. Die Bürger konnten Vertreter der von Milošević eingesetzten sozialistischen Bürokratie konkret als Schuldige für Mißwirtschaft und Korruption namhaft machen. Weniger überraschend war, daß die Weigerung der herrschenden Sozialisten, ihre Niederlage bei den Kommunalwahlen anzuerkennen, eine breite Protestbewegung auslöste. Eine so eklatante Manipulation wie die Annullierung der Wahlergebnisse wollen Serbiens Bürger nicht mehr schlucken in einem Moment, in dem ihre unmittelbaren Nachbarn wie die Rumänen und Bulgaren unangetastet ihre demokratischen Rechte ausüben können. Miloševićs Imperium bekommt aber auch deshalb deutliche Sprünge, weil sich die politischen Kräfte, die der Machthaber in Belgrad mit seiner »großserbischen« Politik zum Schweigen gebracht hat, nun lautstark zurückmelden.

Die Westmächte halten Milošević als Garanten für den fragilen Frieden in Bosnien vorerst für unentbehrlich. Im eigenen Land aber gilt der Präsident einerseits den radikalen Nationalisten als »Verräter«, weil er die bosnischen Serben im Stich gelassen habe. Andererseits wartet die Bevölkerung vergebens auf die versprochenen »Friedensdividende«, sprich: die Besserung der wirtschaftlichen Lage. Für Milošević könnte die Versuchung wachsen, von solchen innenpolitischen Problemen dadurch abzulenken, daß er die Unterdrückung in der zu 90 Prozent von Albanern bewohnten Provinz Kosovo neuerlich verschärft. Ein politisches Pulverfaß würde explodieren und die ganze Region erneut in den Abgrund reißen.

In der serbischen Öffentlichkeit ist jetzt ein demokratischer Bewußtwerdungsprozeß in Gang gesetzt worden. Die Menschen haben zum ersten Mal gesehen, daß das Regime in Wahlen besiegt

werden kann, und damit eine andere Einstellung zur Staatsmacht gewonnen. Diese psychologische Veränderung bewirkt womöglich auch einen politischen Wandel.

Oppositionsführer Djindjic betont, daß die Ergebnisse der Kommunalwahlen Miloševićs Machtkonzeption ernsthaft in Frage gestellt hätten. Ein Regime, das auf dem totalen Machtmonopol aufgebaut sei, könne Machtverteilung nicht akzeptieren. Durch ihren Wahlerfolg sei die Opposition wie ein Fremdkörper ins System geschlüpft, das aufgebläht sei wie ein Luftballon. Ein Nadelstich – etwa die Durchlöcherung des Medienmonopols – reiche aus, um es zum Platzen zu bringen.

In ähnlichen Schwierigkeiten steckt der kroatische Staatschef Franjo Tuđman. Auch seine Partei – die KROATISCHE DEMOKRATISCHE GEMEINSCHAFT (HDZ) – ist im Volk zunehmend unbeliebt und isoliert. Er werde das Land weg vom Balkan nach Europa führen, hatte der Präsident nach der Abspaltung vom alten Jugoslawien verkündet. Doch der ehemalige Tito-General kann seine Vergangenheit nicht abstreifen. Statt westlicher Werte pflegt Zagreb Personenkult, autoritäre Allüren, Korruption.

Tuđman gerät in Turbulenzen, weil die nationalistische Euphorie verfliegen ist. In Kroatien ist seit der Vertreibung der Serben der »äußere Feind« weggefallen. Eine Mehrheit entdeckt jetzt offenbar, daß man vom Nationalismus nicht wirklich leben kann. Der tägliche Überlebenskampf wird plötzlich wichtiger; die Bevölkerung sieht sich mit der sozialen Misere im eigenen Land konfrontiert und begehrt gegen die Herrschenden auf.

Kummerkind im Kreis der Musterschüler

»Unser Weg in den Schutz der transatlantischen Sicherheitsstrukturen und der Europäischen Union ist in Gefahr,« mahnt der slowakische Staatspräsident Michal Kovač. Tatsächlich werden die Chancen der 1993 von Tschechien abgespalteten Slowakei, bei der Erweiterung von NATO und EU von Anfang an dabei zu sein, immer geringer. Ein erhebliches De-

fizit an Demokratie (etwa durch die Knebelung der Medien), innenpolitische Spannungen (insbesondere der Machtkampf zwischen Präsident Kovač und Premier Mečiar) und Problem in der Minderheitenfrage (speziell der Streit um die Rechte der 600 000 Menschen zählenden Minorität der Ungarn) trüben die Bilanz der Slowakei.

Für das schlechte Bild der Slowakei ist vor allem Ministerpräsident Wladimir Mečiar verantwortlich. Mečiar und seine populistische Bewegung für eine DEMOKRATISCHE SLOWAKEI (HZDS) sind zwar in freien und fairen Wahlen an die Macht gekommen. Und der Premier beruft sich auf das Mehrheitsprinzip. Aber er versteht Politik nicht als Terrain, auf dem sich unterschiedliche Interessen ausgleichen sollen. Er setzt vielmehr eigenen Regierungswillen und Staatsinteresse gleich. Das dient als ideologische Begründung dafür, daß sich die Machtelite an der Wirtschaft hemmungslos bereichern darf. Das muß auch als Rechtfertigung dafür erhalten, daß die Opposition ausgegrenzt und jede Kontrolle abgeblockt wird.

Wenn die Schelte aus dem Ausland lauter wird, forciert Mečiar gern seinen Flirt mit Moskau. Ganz so, als wolle er demonstrieren, daß der Slowakei bei anhaltender westlicher Kritik noch der Große Bruder in Moskau bleibe.

VALERIJ LJUBIN

Rußlands mühsamer Weg

Rußland bleibt auf Kurs. Trotz des am 11. Dezember 1994 begonnenen Krieges in Tschetschenien setzte das Land den eingeschlagenen Weg der Demokratisierung und der Gesellschaftsreform fort. Zweimal wurden Wahlen durchgeführt: die Parlamentswahlen am 17. Dezember 1995 und die Präsidentschaftswahlen in

zwei Wahlgängen am 16. Juni und am 3. Juli 1996. Die Wahlen bestätigten, daß im Land ein Parteiensystem entstanden ist, und daß sich die Wähler mit immer größerer Aufmerksamkeit an der neu geschaffenen politischen Landschaft orientieren.

Dennoch kann sich die Regierung Jelzins nach fünf Jahren keiner herausragenden Erfolge rühmen. Obwohl bei den Präsidentschaftswahlen die Mehrheit der Bevölkerung für Jelzin stimmte, gab es Kritik und Distanz genug. Wenn man sich die ökonomischen Daten der letzten Jahre ansieht, so erweist sich die Russische Föderation im Vergleich zu den anderen Ländern des ehemaligen sozialistischen Lagers als ganz und gar nicht anziehend.

Problemfelder

Die Privatisierung als zentrale Aufgabe der wirtschaftlichen Reformen ist bei weitem nicht auf die beste Weise durchgeführt worden. 1992 aufgerüttelt, entdeckten die Bürger, daß ihre Spareinlagen wertlos waren, weil als Ergebnis der gerade begonnen Reformen sich die Preise um das Tausendfache erhöht hatten. Die Privatisierung selbst – das entsprechende Gesetz wird gerade in der Staatsduma erörtert – nahm einen völlig anderen Verlauf als erwartet. Sie führte zur Bereicherung der alten und neuen Direktoren-Nomenklatur, die den Löwenanteil der Aktien in die eigene Tasche steckte. Das führte zur schnellen Anhäufung von Reichtum in der kleinen Schicht der sogenannten »neuen Russen«, die teilweise über Beziehungen zur Unterwelt verfügen.

Die Verspätungen, mit der die Gehälter in vielen Firmen ausgezahlt werden, waren ein weiteres deutliches Zeichen für den wirtschaftlichen Mißstand. Diese Verzögerungen traten nicht selten auf, weil die Direktoren der Unternehmen mit den Leitern der privaten Banken heimliche Absprachen getroffen hatten und mit großen Geldsummen spekulierten. Die Angestellten und Arbeiter reagierten darauf mit Streiks, aber nicht alle führten zu den gewünschten Resultaten. Diese Ereignisse führten dazu, daß Präsident Jelzin

einen speziellen Ukas erließ, daß die Gehälter rechtzeitig zu zahlen seien und daß Verzögerungen bestraft würden. Doch auch diese Bestimmung des Präsidenten blieb in der Luft hängen und erreichte nicht die richtigen Stellen. Regierungsbeamte verwiesen oft darauf, wegen der Steuervergehen im Budget sei die errechnete Summe für Gehaltszahlungen nicht vorhanden. Wie man die Steuerhinterzieher dazu zwingen kann, Steuern zu zahlen, darüber hat der erste Berater Jelzins, Tschubais, nunmehr gründlich nachgedacht.

Ein weiterer Problemkreis, der in diesen Jahren aufgetaucht ist, sind Migration und Emigration der Bevölkerung nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion. Bis zu 25 Millionen Russen sollen die Föderation verlassen haben. Wollten diese Menschen zurückkehren, Rußland wäre sicher nicht in der Lage, sie wieder aufzunehmen.

Die instabile Situation hat im Land zu einem merklichen Anstieg der Verbrechensrate geführt. Tausende von Verbrechen im Zentrum und auf dem Land bleiben unaufgedeckt. Die mafiösen Kreise wurden immer dreister. Die sogenannte »Russens-Mafia« begann, in internationalem Maßstab zu arbeiten. Terroristische Aktionen, denen unschuldige Menschen zum Opfer fielen, wurden offensichtlich in der Absicht verübt, das Gefühl der Schutzlosigkeit bei allen Bürgern hervorzurufen. Korruption findet sich in jedem noch so kleinen Bereich der staatlichen Verwaltung. Selbst in der nächsten Umgebung Jelzins gibt es käufliche Figuren, z. B. die allmächtigen Herrscher des Sicherheitsbereichs Korschakow und Barschukow. (Sie wurden beide, wie auch Verteidigungsminister Gratschow, in dessen Ministerium nach den Worten Jelzins »die Korruption das Offizierskorps zersetzt«, nach dem ersten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen ihrer Ämter enthoben.) Die staatlichen Gesetzeshüter tragen ein gerüttelt Maß an Schuld an der Tendenz zur allgemeinen Gesetzlosigkeit.

Eine Erscheinungsform des die Gesellschaft ansteckenden Syndroms der Gewalttätigkeit wurde der Krieg in Tsche-

tschenien, der vom Dezember 1994 bis zum August 1996 währte. Das kriegerische Abenteuer bewies, wie sehr das gesellschaftliche Leben in Rußland noch weit von den stabilen Bedingungen entfernt ist, unter denen Reformen durchgeführt werden können. Der Tschetschenienkrieg führte zur Polarisierung der gesellschaftlichen Kräfte, zur neuen Spaltung der Gesellschaft in »Nationalpatrioten« und »Demokraten«.

Mehrheitliche Apathie

Die Mehrheit der Bevölkerung ist apathisch und nimmt keinen Anteil an politischen Organisationen. An die Existenz der größten Massenorganisationen – der Gewerkschaften – erinnerte sich die Bevölkerung, als die Mitgliederbeiträge gezahlt werden mußten. Die ehemaligen sowjetischen Gewerkschaften gingen nahtlos von einem Regime ins andere über und änderten praktisch nicht ihre innere Struktur. So blieben sie als Helfer der herrschenden administrativen Strukturen

erhalten. Einige eiligst zu Anfang der neunziger Jahre geschaffene neue allgemeine und einzelgewerkschaftliche Vereinigungen, die sich selbst demokratisch nannten, fanden keine nennenswerte Unterstützung in der Bevölkerung. Ein Rechtsstaat ist nach Jahrhunderten der Rechtlosigkeit nicht so einfach zu bauen. Für Rußland gilt wie für die anderen postkommunistischen Länder die Feststellung der polnischen Wissenschaftlerin Wolff-Poweska, »daß der Reformfortschritt und das Glaubwürdigmachen der neuen Ordnung nur auf dem Wege der mühsamen täglichen Arbeit an der Demokratie erfolgen kann. Dieser Weg sollte auch die Antwort sein auf die in allen postkommunistischen Gesellschaften gestellte Frage, ob die Abwendung vom Kommunismus eine Bedingung für die Demokratie oder die Demokratie eine Form der Abwendung vom Kommunismus ist«.

Nachdem die Ideologie der KPDSU alle Bereiche der Gesellschaft durchdrungen hatte, entstand im Land ein ideologisches

Boris Jelzin nach seiner Herzoperation mit Enkelin Masha und Ehefrau Najna

Foto: dpa



Vakuum. Es gibt keine großen Ideen mehr, betonte kürzlich der ehemalige Ratgeber Gorbatschows, A. Tschernajew. Dieses Vakuum sei » mit den niedrigsten, banalsten Ideechen angefüllt worden, hauptsächlich chauvinistischer Art«. Die demokratischen Kräfte haben nicht bedacht, daß demokratische Ideale und Werte unbedingt genauso verbreitet und ihr Inhalt den breiten Massen nahegebracht werden muß, wie früher die Kommunisten ihre Ideologie verbreitet haben, indem sie das Land mit einem ganzen Netz von Organisationen zur politischen Aufklärung überzogen haben. Die demokratische Orientierung der politischen Kräfte fand nicht sehr viele Anhänger. Die ständigen Abspaltungen im demokratischen Lager wirkten eher abschreckend. Die Absicht, die orthodoxe Kirche als ideologischen Stützpfeiler zu nutzen, war von vornherein kontraproduktiv. Die Gegner der Demokraten aus den Reihen der Nationalpatrioten glänzten aber auch nicht durch große Geschlossenheit in ihren Reihen. Völlige Handlungsfreiheit erhielten alle möglichen antidemokratischen Gruppierungen bis hin zu offen faschistischen Gruppen. Im Herzen Moskaus, auf dem Roten Platz, wurde sogar Hitlers *Mein Kampf* verkauft. Bei vielen Leuten entstand der Eindruck, daß eben dies »richtige Demokratie« sei, was nur Enttäuschung hervorrufen konnte. Das ideologische Schlagwort kommunistischer Zeiten vom »schädlichen Einfluß des Westens« nahm im Bewußtsein der Menschen konkrete Gestalt an.

Die sich gerade erst formierende politische Klasse Rußlands erweist sich als gespalten in Anhänger der parlamentarischen Demokratie und der Marktwirtschaft und Anhänger eines starken Staates mit und ohne marktwirtschaftliche Orientierung. Dieser Ideenkampf drückt dem Kampf der Elite um Macht und Eigentum seinen Stempel auf und schwächt die russische politische Klasse noch mehr. Den Kommunisten ist es aber nicht gelungen, ungeachtet ihres Erfolges in den Parlamentswahlen, diesen Erfolg weiter auszubauen.

Wahlen 1996

Die erste Hälfte des Jahres 1996 war für alle Akteure auf der politischen Bühne Rußlands äußerst angespannt. Wenn man in Betracht zieht, daß die Russische Föderation entsprechend der im Dezember 1993 angenommenen Verfassung eine präsidentiale Republik ist, in der das Parlament nur eine eingeschränkte Rolle spielt, so hatte der Ausgang der im Sommer bevorstehenden Präsidentschaftswahlen eine weitaus größere Bedeutung als die Wahlen im Dezember 1995. Als klar wurde, daß Präsident Jelzin aufgrund der Wahlvorhersagen bei der russischen Wählerschaft keineswegs große Chancen hatte, geriet die Umgebung des Präsidenten in Panik. Einige der Persönlichkeiten aus diesem Kreis schlugen einfach vor, überhaupt keine Wahlen durchzuführen. Aber der Präsident, der Mitte Februar seine Kandidatur für eine zweite Amtszeit bekanntgab, zeigte, daß er die Regeln der Demokratie angenommen hat und gab bekannt, daß die Wahlen zum festgesetzten Zeitpunkt stattfinden würden.

Trotz zahlreicher Vorbehalte war die Mehrheit der demokratisch orientierten politischen Kräfte auf Jelzins Seite. Obwohl den Wählern am Vorabend der Präsidentschaftswahlen 11 Kandidaten zur Auswahl standen, konnte jedoch niemand daran zweifeln, wer den zweiten Wahlgang gewinnen würde. Trotzdem blieb nach den Ergebnissen des ersten Wahlgangs der Unterschied nicht groß (Jelzin erhielt 35,28 Prozent, Sjuganow 32,03 Prozent). Und hier unternahm der Präsident und seine Umgebung einen Schritt, mit dem sie die unklare Situation zu ihren Gunsten änderten. Am nächsten Tag nach dem ersten Wahlgang holte Jelzin Ex-General Lebed in seinen Stab. Lebed hatte den dritten Platz im ersten Wahlgang eingenommen. Der Bund Jelzins mit Lebed erfolgte völlig unerwartet für die Führer des national-patriotischen Blocks und bestimmte hauptsächlich den Ausgang des zweiten Wahlgangs.

Der am 3. Juli durchgeführte zweite Wahlgang brachte den Sieg Jelzins – 53,82 Prozent, Sjuganov folgte mit großem Ab-

stand – 40,31 Prozent. Die Präsidentenwahlen zeigten, daß die Mehrheit der Bevölkerung trotz aller Enttäuschungen den Reformkurs Jelzins befürwortet. Andererseits wurde aber auch klar, daß eine nicht geringe Anzahl der Wähler (für den Präsidenten stimmten 40 Millionen, für seinen Gegner 30 Millionen von insgesamt 108,5 Millionen Wahlberechtigten) Änderungen oder überhaupt einen Wechsel dieser Politik wünscht. Daher muß Jelzin in seiner zweiten Amtszeit sein Programm in erheblichem Umfang korrigieren und den sozialen Nöten der Menschen mehr Aufmerksamkeit widmen.

Doch gleich nach den Wahlen stellte sich heraus, daß das kranke Land einen kranken Präsidenten gewählt hatte. Der Gesundheitszustand Jelzins stellte vieles in Frage, nicht zufällig tauchte in vielen Kommentaren der ausländischen Presse anlässlich der Amtseinführung des russischen Präsidenten der Vergleich mit den letzten Amtsjahren Breschnews, Andropows und Tschernenkos auf. Das führte zur Verschärfung des Machtkampfes an der Spitze der russischen Politik. Die einander bekämpfenden Gruppierungen versuchten dabei, die rechtliche Unklarheit bestehender Gesetze auszunutzen (nach den Erfahrungen mit Ruzkoj gibt es das Amt des Vizepräsidenten nicht mehr). Der Sekretär des Sicherheitsrates, Lebed, erklärte, daß Tschernomyrdin den Präsidenten vertreten soll. Der bei der Bevölkerung beliebte General Lebed wurde als Ergebnis der Wahlen eine der wichtigsten Figuren der russischen Politik. Rasch erwarb er sich den Ruf eines entschlossenen Menschen, der auch fähig sein würde, den Krieg in Tschetschenien zu beenden und die russische Politik aus der Sackgasse zu führen. Die Mitarbeiter aus der Umgebung des Präsidenten, die Lebed auf ihre Seite zu ziehen verstanden, sollten sich nicht geirrt haben. Zumindest ist Lebed in Tschetschenien das gelungen, was nicht ein einziger Moskauer Politiker geschafft hat. Und wenn es den Intrigen verwickelten Hauptanwärtern auf die Nachfolge Jelzins aus der Präsidentenumgebung nicht gelingt, ihn wirkungsvoll als Konkurrenten auszuschal-

ten, hat er, wie das auch westliche Rußlandsspezialisten anerkennen, keine schlechten Chancen, in das höchste Amt gewählt zu werden.

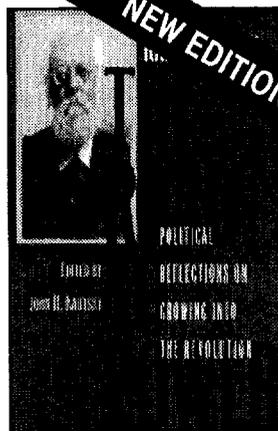
Schillerndes Parteienspektrum

Bis Anfang der neunziger Jahre waren unter den schillernden politischen Vereinigungen besonders zwei von Bedeutung: die kommunistische und die liberal-demokratische, wogegen die dritte, die national-patriotische, ihre Kräfte sammelte und den Ausgang des Kampfes abwartete. Die Parteien der liberal-demokratischen Richtung traten für Marktwirtschaft und die Privatisierung des Eigentums, Individualismus und parlamentarische Demokratie ein. Den Versuch, in der Sowjetunion eine sozialistische Gesellschaft zu schaffen, nannten sie einen historischen Irrtum. Ihre Gegner gaben zu, daß die sowjetische Gesellschaft in der Periode vor der Perestrojka nicht dem sozialistischen Ideal entsprochen hatte. Der Kampf zwischen diesen beiden Richtungen mündete in die bewaffnete Auseinandersetzung vom 19. bis 21. August 1991. Der Sieg der liberal-demokratischen Kräfte bedeutete die endgültige Veränderung der Gesellschaftsform.

Der unbeständige Charakter der wirtschaftlichen und politischen Reformen in Rußland bis zum August 1991, der Verbleib der Macht in den Händen der alten Kader führte zu einer Einengung der gesellschaftlichen Basis der neuen Parteien. Die Startbahn der verschiedenen Parteien blieb leer. Die Situation änderte sich nach dem Augustputsch nur geringfügig. Die Unrisse der Umwandlung des Systems wurden nicht von den neuen Parteien erarbeitet, sondern von den Funktionären in hohen Positionen, den Vertretern der alten Nomenklatur, die ihre Lehrzeit in den Vorzimmern der Macht der KP der alten Sowjetunion abgeleistet hatten. Nicht ohne Bitterkeit stellt Lebed in seinem 1995 erschienen Buch *Für die Großmacht ist es eine Schande* fest: »Das Land wird von den gleichen Leuten regiert, mit den gleichen Wesenszügen, gleicher Weltanschauung, gleicher Methodo-

KARL KAUTSKY
**THE
ROAD
TO
POWER**

POLITICAL REFLECTIONS ON
GROWING INTO THE REVOLUTION



Edited and with an Introduction by John H. Kautsky

New translation by Raymond Meyer

1996 cloth / 0-391-03955-5 / \$49.95 paper / 0-391-03956-3 / \$15.00

- **Contains an excellent new translation of Kautsky's text**
- **Includes a scholarly introduction by the editor, political scientist John H. Kautsky**
- **Includes the author's prefaces to three German editions**
- **Includes, in an appendix, two dozen letters concerning Kautsky's conflict with the Executive Committee of the Social Democratic Party regarding the publication of *The Road to Power***

Karl Kautsky was the leading theorist, interpreter, and popularizer of Marxism in the generation after Marx and Engels, and the most authoritative champion of "orthodox" Marxism in the German Social Democratic Party. His *Road to Power* was a highly controversial political pamphlet when it appeared in imperial Germany in 1909 and is therefore an important document for an understanding of the history of the Wilhelmine empire and especially of the German Social Democratic Party and Kautsky's role in it.

Available from your local bookseller or



HUMANITIES PRESS

165 First Avenue, Atlantic Highlands, NJ 07716, USA

(908) 872-1441 • Fax (908) 872-0717 • hpmail@humanitiespress.com

logie. Sie haben lediglich ihren Parteaustausch gegen demokratische Zeichen eingetauscht«.

Obwohl an den letzten Parlamentswahlen im Dezember 1995 43 politische Parteien, Blöcke und Vereinigungen teilnahmen, ist die wirkliche Bedeutung fast aller dieser politischen Gruppierungen in der Gesellschaft ziemlich gering. Lediglich eine Partei hat unter ihnen Gewicht, die Kommunistische Partei der Russischen Föderation. Sie ist die stärkste Partei des Landes. Es hat sich gezeigt, daß sie sich im Parteienspektrum der Linken des heutigen Rußland deutlich von ihr ähnlichen Parteien unterscheidet, also von den kleineren Parteien mit kommunistischer Orientierung, und sie distanziert sich scharf von Parteien, die nach Ansicht einiger Beobachter versuchen, den bis jetzt immer noch leeren Raum in der sozialdemokratischen Nische einzunehmen.

Als im August 1996 eine umfassende allrussische oppositionelle Bewegung gegründet wurde, der *Volkspatriotische Bund Rußlands*, versuchte die Kommunistische Partei der Russischen Föderation ihre dominierende Zugehörigkeit zu kaschieren. Die Bildung dieses Blockes machte die Absicht der bei den Präsidentschaftswahlen unterlegenen Kräfte deutlich, ihre Einheit zu erhalten, und eine Art von Opposition gegen Jelzin mit Schattenkabinett zu bilden. Die politischen Beobachter halten es für den größten Erfolg Sjuganows, nach den Präsidentschaftswahlen seine Anhänger davon zu überzeugen, den politischen Block zu erhalten und diesem »die Qualität einer neuen politischen Kraft zu verleihen, die bereit ist, zu jeder beliebigen Wahl anzutreten.« Die Demokraten, die Jelzin bei den Wahlen unterstützt hatten, unternahmen »auch einen ihrer ungezählten Vereinigungsversuche« Mitte Juli 1996, weil, wie einige Beobachter glauben, »sich die Bedrohung schon klar abzeichnet: Wenn in der Mehrzahl der Regionen als Ergebnis der Lokalwahlen die prokommunistischen Kräfte zur Macht kommen, was sehr wahrscheinlich ist, so wird der kürzlich errungene Sieg Jelzins sinnlos werden«.

Die Kommunistische Partei

Welche Kraft stellt die gegenwärtige Kommunistische Partei der Russischen Föderation dar? Nach eigenen Angaben zählte sie Anfang 1995 530 000 Mitglieder und 20 000 Basisorganisationen in 88 Regionen Rußlands. Ihre Vertreter stehen an der Spitze der parlamentarischen Strukturen: E. Strojew steht dem Rat der Föderation vor, G. Seljezew der Staatsduma. Der Parteiführer Sjuganow war der einzige Kandidat der oppositionellen Kräfte bei den Präsidentschaftswahlen im Sommer 1996 und erhielt 40,31 Prozent im zweiten Wahlgang. Vorher, bei den Parlamentswahlen im Dezember 1995, errang die Kommunistische Partei der Russischen Föderation den ersten Platz mit 22,30 Prozent der Stimmen und erhielt 157 von 450 Sitzen in der Duma.

Die grundlegende ideologische Einstellung umriß ihr Führer in einem Interview. Die Frage »Auf welche grundlegenden Prinzipien Marx', Engels', Lenins verzichtet die Partei und welche sind für sie unverzichtbar?« beantwortete er: Die KP der Russischen Föderation »verzichtet unter den gegenwärtigen Umständen auf eine revolutionäre Lösung der Probleme«, »die alleinige Vorherrschaft staatlichen Eigentums ist nicht annehmbar« unter den Bedingungen, »wo vielfältige Wirtschaft Realität« geworden ist, und drittens, im Gegensatz zur KP der Sowjetunion, die eine »staatstragende Struktur aufwies«, anerkennt die Partei »die Notwendigkeit eines pluralistischen politischen Systems«. Diese drei »grundlegenden Merkmale« unterscheiden die KP der Russischen Föderation von ihrer Vorgängerin – »plus Volks- und Staatspatriotismus« und die schroffe Ablehnung der Politik »der Machthaber«, fügte Sjuganow hinzu. Eine solche Einstellung und die reale Politik der russischen Kommunisten erlaubt es den ausländischen Beobachtern, sie mit der Kommunistischen Partei Frankreichs in der Epoche des Eurokommunismus zu vergleichen.

In dem unlängst veröffentlichten Bericht der Analytiker der Stiftung »Russisches Gesellschaftlich-Politisches Zen-

trum« unter dem Titel *Die linke Welle im postkommunistischen Europa* (1993 bis 1996) wird die spezifische Situation der KP der Russischen Föderation mit den postkommunistischen Kräften in Mittel-Ost-Europa verglichen. In den meisten postkommunistischen Ländern Mittelosteuropas ist der Übergang der Macht von den Liberalen zu den Postkommunisten ruhig aufgenommen worden, die demokratischen Spielregeln wurden nicht verletzt. In Rußland jedoch gab es eine solche Gewißheit nicht. »Ein großer Teil der Bevölkerung war ernstlich darüber beunruhigt, daß die Machtübernahme durch einen Kommunisten als Präsident negative Prozesse in der politischen Sphäre und der Wirtschaft nach sich ziehen würde und damit gleichzeitig die Einschränkung der Rechte und Freiheiten der Bürger, Umverteilung des Eigentums, Errichtung eines zentralen Planungssystems und scharfe soziale Konflikte«. Obwohl – wie die Autoren des Berichtes feststellten – die Spitze der Partei Bestandteil des russischen Establishments geworden sei, wären viele ihrer Leiter eng mit den größten Banken und Gruppen in der Industrie wie mit westlichem Kapital verbunden. Die Partei zeichne sich durchaus nicht durch ideologische Mäßigung aus. Im Parteiprogramm, angenommen auf dem Dritten Kongreß im Januar 1995, werden die von der KP der Sowjetunion begangenen Verbrechen nicht verurteilt, das Programm ist von ideologischem Konservatismus gekennzeichnet. Im Programm Sjuganovs für die Präsidentenwahlen waren Versprechungen enthalten für eine staatliche Regulierung der Industrie, Staatsmonopol für den Außenhandel, staatliches Eigentum an Boden, staatliche Investitionen. In drei veröffentlichten strategischen Zielen sind die Wiedereinführung des gesellschaftlichen Eigentums, Rückkehr der Macht der Sowjets und die Wiedererrichtung der Sowjetunion aufgeführt. Im Kampf um die alte Sowjetunion stützt sich die Partei auf Nationalstaatliches, die Propagierung der »nationalen Wurzeln« – Kollektivismus, Volksversammlung und Rechtgläubigkeit werden mit nationalistischer Rhetorik

verknüpft, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus. So ist die Plattform der KP der Russischen Föderation ein eigenartiges Gemisch von linken revolutionären Werten und konservativen rechten Einstellungen.

Im politischen Spektrum, links wie rechts von der KP der Russischen Föderation, ist die Situation ziemlich schwierig. Von links bedrängt sie die Bewegung *Werkstätiges Rußland*, die eine reine Wiedergabe der kommunistischen Ideen anstrebt. Daneben existieren weniger einflußreiche kommunistische Organisationen. Rechts von der KP gibt es eine große, nicht ausgefüllte linkszentristische Nische, die vom gemäßigten Flügel der Partei eingenommen werden könnte. Eine Integration der gemäßigten Kommunisten mit anderen Organisationen sozialdemokratischer Richtung ist nicht auszuschließen. Die KP der Russischen Föderation kann nur dann auf die Herausforderungen der Zeit antworten, wenn sie in Theorie und Praxis linke Ideen mit den Ideen der Marktwirtschaft und Demokratie verbindet, wie dies andere postkommunistische Parteien Zentral- und Osteuropas tun, die sich zur Sozialdemokratie hin entwickelten. Dazu bedarf es aber einer schmerzlichen Trennung von den Illusionen der Vergangenheit und ernsthafter innerer Prüfungen. Einen anderen Weg ins 21. Jahrhundert kann es aber für die russischen Kommunisten nicht geben.

Isolierte Demokraten

Die russischen Demokraten hingegen erwiesen sich als isoliert, wenig fähig zur Selbstorganisation. Sie zeigten sich unfähig, einen Dialog mit der Gesellschaft zu führen und das Massenpotential Ende der 80er – Anfang der 90er Jahre zu nutzen. Die Demokraten legten kein klares und genaues Programm vor. Die mit Gajdar der ersten Regierung nach dem Augustputsch vorstanden, haben es nicht für nötig befunden, ihr weiteres Vorgehen zu erklären, ohne die Schwierigkeiten der Übergangszeit zu beschönigen. Die Überlegenheit des staatlich-bürokratischen Charakters der russischen Reformen hat-

te die Schwächung der demokratischen Kräfte wie die Transformation der ehemaligen sowjetischen Parteienomenklatur in die neue russische postkommunistische Bürokratie zur Folge. Deshalb wurde nicht nur die gespaltene demokratische Bewegung mit den ständigen Machtkämpfen ihrer Führer, sondern auch das Verständnis von Demokratie überhaupt diskreditiert. Die traditionelle soziale Basis der linken Kräfte – Arbeiter, Arbeitnehmer – stellt die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung dar. Unter den Bedingungen der unaufhörlichen Degradierung in allen Bereichen des Lebens gaben die Menschen eher Radikalen ihre Stimme als gemäßigten und realistischen Programmen. Tatsächlich wurde die Umverteilung des ehemaligen „allgemeinen“ Staatseigentums zum Nutzen der alten und neuen Eliten ohne irgendeine Art von Kontrolle durch die Gesellschaft durchgeführt. Der Bolschewismus und seine Nachfolger dominieren weiter auf allen Gebieten des politischen Spektrums, und der Menschewismus bleibt weiterhin in der Minderheit.

LUDWIG WATZAL

Der Nationalstaat und die deutsch-französischen Beziehungen

Europa ist nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Weltdeutungssystems zur letzten Utopie sowohl der Linken und Konservativen als auch der Liberalen geworden. Wenn alle führenden politischen Richtungen in Deutschland für eine Idee einstehen, scheint mit der Idee etwas nicht in Ordnung zu sein. Insbesondere die deutsche politische Klasse versucht, diese Utopie für alle anderen europäischen Nationalstaaten verbindlich zu machen. Europa wird also am deutschen Wesen à la Kohl, Waigel und

der DEUTSCHEN BUNDESBANK genesen, oder es wird nicht sein, so ließe sich etwa die Politik der konservativ-liberalen Bundesregierung zusammenfassen. Ist dies aber eine gute Grundlage für die gemeinsame Zukunft? In allen europäischen Staaten regt sich Unmut gegenüber der deutschen Euro-Intransigenz. Bundeskanzler Helmut Kohls Ziel ist es, den Integrationsprozeß durch die Einführung der Währungsunion unumkehrbar zu machen. In Großbritannien führt dies zu massiven anti-deutschen Vorurteilen. Auch in Frankreich gibt es unter dem Firnis der diplomatischen Höflichkeiten tiefsitzende antideutsche Ressentiments im politischen Establishment. Die stattfindende Renationalisierung in Frankreich hat eine germanophobe Spitze. Die deutsche politische Klasse tut jedoch so, als ob es all das nicht gäbe und pocht weiter in maximalistischer Attitüde auf ihre europapolitischen »Visionen«. Wie konnte es dazu kommen? War nicht der europäische Integrationszug auf ein Gleis gesetzt worden, das ihn unweigerlich in die heile Welt der »Vereinigten Staaten von Europa« führen sollte? Wie konnte es kommen, daß dieser Traum einer Seifenblase gleich zerplatzt ist? Liegt es vielleicht an der Widerstandsfähigkeit des nationalstaatlichen Konzepts?

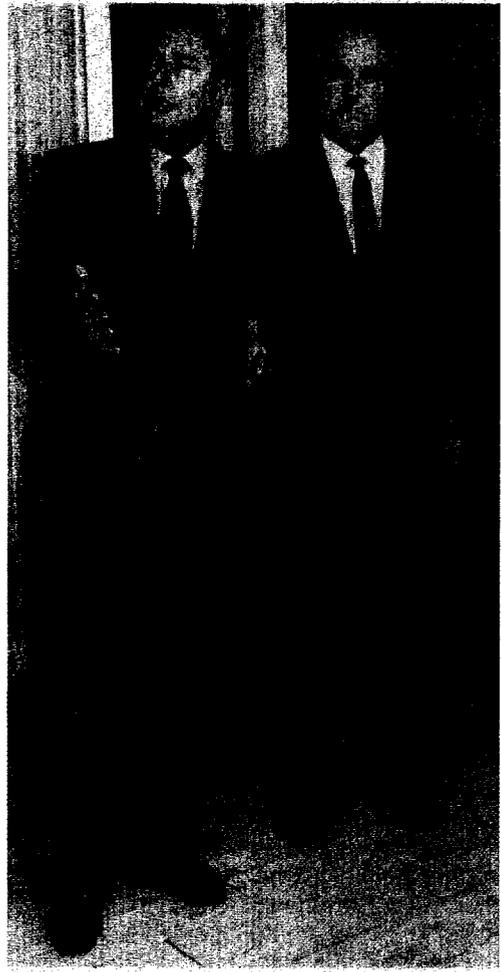
Anstatt nach den epochalen Veränderungen des Jahres 1989/90 über völlig neue politische Konzepte für die Einheit ganz Europas nachzudenken, gebar die Intelligenz der europäischen Eliten nur den Vertrag von Maastricht; ein politischer Anachronismus schon bei seinem Abschluß. Nicht eine vertiefte Integration und Abschottung Westeuropas, sondern die Neuordnung ganz Europas stand auf der Tagesordnung. Das Integrationskonzept à la Maastricht war seit 1990 ein Muster ohne Wert.

Neue Zeiten und altes Denken

Die Zäsur von 1989/90 hat also nicht nur die *raison d'être* der europäischen Integration, sondern auch die Grundlage der deutsch-französischen Beziehungen erschüttert und in Frage gestellt. Mit dieser

Konsequenz will sich die deutsche politische Klasse partout nicht auseinandersetzen. Obwohl in den Beziehungen der beiden Länder so gut wie nichts mehr funktioniert, werden eine heile Euro-Welt und deutsch-französische Gemeinsamkeiten vorgetäuscht, die es in der Realität nicht mehr gibt. Auch die deutschlandkritischen Stimmen in Frankreich werden geflissentlich überhört. Linke und rechte Franzosen fürchten eine deutsche Dominanz der EU. »Deutschland ist heute in der Lage... in Europa und insbesondere in Frankreich sein Modell durchzusetzen: Marktwirtschaft, Konkurrenzfähigkeit, erhoben zur höchsten Instanz der menschlichen Gesellschaft, Konsenszwang, eine Politik, die auf die technische Verwaltung von Problemen reduziert ist, Hierarchisierung der Staaten nach Maßgabe ihres jeweiligen Reichtums«, so Jean-Pierre Chevènement in einem Interview mit der ZEIT. Die Furcht vor einer deutschen Hegemonie hat geradezu neurotische Züge angenommen. Die französische Elite zeigt sich seit diesem Epochenbruch ebenfalls irritiert; sie fürchtet zu Recht um ihre Macht und ihren Einfluß in Europa. Durch die internationalen Veränderungen wurde Frankreich zu einer Regionalmacht am Rande Europas.

Was dieser Epochenbruch ebenfalls zeitigt hat, war der Zusammenbruch der Vielvölkerstaatlichkeit und die Renaissance des Nationalstaates. Ein Totgesagter feiert sein Comeback. Die in postmodernen und surpranationalen Gefilden schwelgenden deutschen Eliten konnten mit der Wiedergeburt des Nationalstaats und der damit einhergehenden Renationalisierung der Politik nichts anfangen. Sie empfahlen als »Gegengift« die Auflösung der Nationalstaaten, obwohl gerade Deutschland seine Einheit nationalstaatlich und nicht über die europäische Integration erreicht hat. Daß ein solcher Vorschlag aus Deutschland kommt, sollte im Ausland nicht verwundern. Kein Franzose, Engländer, Italiener oder Däne würde auch nur im Traum auf diese Idee verfallen. Was berechtigt eigentlich die westeuropäischen Eliten dazu, dem Osten vorzuhalten, daß von dort nur Gefährliches



Chirac bei Kohl, September 1996

Foto: dpa

komme wie Nationalismus, Populismus und Intoleranz? »Ich rede von der Wiedergeburt des Nationalismus in Mittel- und Osteuropa«, so der SPD-Intellektuelle Peter Glotz in seinem Buch *Der Irrweg des Nationalstaats*, in dem er das Konzept des Nationalstaats mit Nationalismus verwechselt. Die Nationalstaatsidee wird als Relikt des ausgehenden 18. Jahrhunderts diffamiert. Sie sei ein Auslaufmodell, weil sie die anstehenden Probleme nicht mehr lösen könne und deshalb durch ein »Vereintes Europa« abgelöst sei. Will man mit der Beschwörung Europas nicht die eigene Entschlußlosigkeit verschleiern?

Die Idee des Nationalstaates ist eine Errungenschaft der Aufklärung und eine Er-

folgsstory par excellence. Sie hat nicht, wie Glotz behauptet, »in der ganzen Welt Unfrieden« gestiftet. Der Nationalstaat ist der einzige Garant der Menschen- und Minderheitenrechte. Die Völker organisieren sich in Nationalstaaten. Die Volksherrschaft ist an den Nationalstaat gebunden. Er ist die historische Antwort auf die Kleinstaaterei. Nationalstaat und Nationalismus haben nur in den seltensten Fällen etwas miteinander zutun. Nicht die Fortexistenz des Nationalstaates wird zu Nationalismus führen, sondern seine Zerschlagung wird regionalistische, separatistische und letztendlich rassistische Vorurteile freisetzen. Der Wegfall der identitätstiftenden Organisationseinheit könnte zu nationalistischen Konflikten führen. Das »Europa der Regionen« oder die Vorstellungen der LEGA NORD und anderer separatistischer Bewegungen muten geradezu mittelalterlich an. Sollten diese Konzepte politisch umgesetzt werden, wird das zu einer massiven Renationalisierung der Politik in Europa führen. Nationalismus und nationalistische Exzesse, vor denen man sich tatsächlich fürchten sollte, werden die Folge sein.

Woher nehmen eigentlich die Europaeuphoriker die Chuzpe, dem Nationalstaat die Handlungsfähigkeit abzuspochen? Hat vielleicht die EU den Konflikt in Jugoslawien oder die Massaker in Ruanda beendet? Außer besorgt klingenden Presseerklärungen war aus Brüssel nichts zu vernehmen. Oder war sie bisher in der Lage, den Nordirlandkonflikt zu lösen, obwohl Irland und Großbritannien EU-Mitglieder sind? Hatte sie irgend etwas Positives im Streit zwischen Griechenland und Mazedonien beizusteuern? Ihr Engagement in Mostar ist nur noch peinlich zu nennen. Wäre es nach ihr gegangen, hätte man heute noch mit Saddam Hussein über die Rückgabe Kuwaits verhandelt. Die Liste der außenpolitischen Fehlleistungen ließe sich beliebig fortsetzen. Die EU hat augenblicklich jedenfalls nicht die Kraft, über die Schicksalsfragen Europas zu entscheiden, geschweige denn in globale Sphären vorzudringen. Ohne den Einsatz und die Entscheidung souveräner Regierungen wie der USA und

Frankreichs hätte sich in einigen Konflikten nichts bewegt.

Die Neugestaltung des deutsch-französischen Verhältnisses

Die politischen Eliten in Frankreich und Deutschland haben die weltpolitische Zäsur von 1989 immer noch nicht verdaut. Deutschland wurde im Zuge der Veränderungen von der Peripherie ins Zentrum europäischer Politik katapultiert. Es ist der Fokus des neu entstehenden Mitteleuropa und eine europäische Großmacht. Frankreichs Rolle in Europa wurde dagegen relativiert. Diese Tatsache erfordert ein neues Denken und bedeutet ein Mehr an außenpolitischer Verantwortung, die man in Deutschland nur widerwillig bereit ist zu übernehmen.

Auch in Frankreich hat die neue Rolle Deutschlands für einige Aufregung innerhalb der politischen Klasse gesorgt. Bis zuletzt versuchte man, die deutsche Vereinigung zu blockieren. Der Schlüssel dazu lag jedoch nicht in Paris. Frankreich befürchtete zu Recht, an den Rand Europas gedrängt, sprich marginalisiert zu werden, und sah in Deutschland die neue Führungsmacht in Europa. Eine Befürchtung die unbegründet ist, weil niemand in Deutschland eine solche Rolle anstrebt. Auch Bundeskanzler Kohl nicht, dessen Statur und Rolle – insbesondere im Ausland – völlig überschätzt wird.

Um seine alte Führungsrolle in Europa wiederzuerlangen, verfolgt Frankreich eine Doppelstrategie: erstens versucht es, durch die Achse EU – WEU den Einfluß der USA zurückzudrängen und die NATO auszuhebeln und zweitens durch die Maastricht-Verträge von 1991 die darin konzipierte Wirtschafts- und Währungsunion dafür zu nutzen, die Dominanz der DEUTSCHEN BUNDESBANK zu brechen und die europaweite Leitwährung, die D-Mark, zu europäisieren, um damit gleichzeitig Deutschlands dominante Rolle zu brechen. Gelänge dies, wäre Frankreich wieder europäische Führungsmacht. Sein Ziel verfolgt Frankreich unter Jacques Chirac mit der gleichen Konsequenz wie unter Mitterrand. Ihr in Brüssel für

Währungsfragen zuständiger Vertreter, Yves-Thibault de Siguy, hat dies unmißverständlich deutlich gemacht: »Unser Ziel ist es, die Europäische Währungsunion so schnell wie möglich zu verwirklichen.« Es gebe keinen Grund, den Termin von 1999 aufzugeben. »Der Vertrag muß erfüllt werden«, fordert er. Die Währungsunion liegt somit im ureigensten französischen Interesse – und widerspricht deutscher Interessenpolitik., wie der Historiker Michel Korinman in seinem Vortrag *Europa – eine geopolitische Sicht* anlässlich des 2. Symposiums der deutschen Akademien der Wissenschaften in Mainz betonte (s. NG/FH 10/96).

Auf lange Sicht kommt Deutschland außenpolitisch nicht darum herum, sich wie ein normaler Nationalstaat zu verhalten und eine eigenständige nationale Interessenpolitik zu betreiben. Beide Termini, *normaler Nationalstaat* und *nationale Interessenpolitik*, sind in Deutschland aus historischen Gründen heftig umstritten. Trotz alledem muß Deutschland sich unter gewissen Voraussetzungen in den internationalen Beziehungen langfristig wie jeder andere Nationalstaat verhalten, da alles andere »Sonderwege« wären und die Nachbarn und Verbündeten irritieren würde. Die sprichwörtliche »deutsche Angst« ist zu einem *terminus technicus* der internationalen Politik geworden. Weder braucht Deutschland selbst vor seiner neuen Größe Angst zu haben, noch besteht bei unseren Nachbarn Anlaß zur Sorge. Ob eine Totalintegration in die EU der geeignete Weg ist, diese Angst loszuwerden und die Bedenken im Ausland zu zerstreuen, darf bezweifelt werden, da es den anderen politischen Eliten in Europa nicht zu vermitteln ist, daß deutsche Interessen ausschließlich durch die EU befriedigt werden können. Eine solche Selbstlosigkeit macht Deutschland wieder suspekt. Trifft der britische Historiker Timothy Garton Ash die geistige Verfassung der Deutschen nicht, wenn er schreibt: »At times, it seems as though the Federal Republic has grown in size but shrunk in spirit.« Außerhalb der deutschen Grenzen sehen nicht alle diese These von einem in

Europa aufgehenden deutschen Nationalstaat mit Befriedigung. »Könnte es nicht sein, daß »Europa« im deutschen Munde tatsächlich das Codewort für den neuen deutschen Nationalismus ist«, fragt Ralf Dahrendorf in der Zeitschrift MERKUR besorgt, um dann fortzufahren, daß dieser »Euro-Nationalismus mitten aus dem Herzen der deutschen Politik, der großen Europa-Koalition der alten Bundesparteien« komme.

Seit der Regierungsübernahme Jacques Chiracs läuft im deutsch-französischen Verhältnis nicht mehr viel, trotz gegenseitiger Treueschwüre. Diese fundamentalen Gegensätze werden nach außen durch publizistisch perfekt aufgemachte rhetorische Luftblasen übertrücht, wie die gemeinsamen Artikel von Klaus Kinkel und Alain Juppé sowie Werner Hoyer und Michael Barnier zeigen. In beiden Texten werden weder die NATO noch die USA mit einem Wort erwähnt. Vollmundig will man eine »gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik verfolgen«, wohlwissend, daß sich ohne den amerikanischen Beitrag Europa nicht stabilisieren läßt. Trotz der rhetorischen Pflichtübungen bestehen große Interessengegensätze: Frankreichs Interessen liegen eher im Mittelmeerraum, wohingegen Deutschland seine Interessen in Osteuropa zu wahren hat. Dieser Prioritätenkonflikt könnte sich nicht nur zu einem zentralen Konflikt in der EU ausweiten, sondern auch zum Gradmesser der deutsch-französischen Beziehungen werden.

Wie läßt sich das deutsch-französische Verhältnis aus der Sackgasse herausführen? Kulturelle Determinanten werden beim Fortschreiten des Integrationsprozesses immer wichtiger. Deshalb gerade ist es unverantwortlich, Europa allein vom Gelingen der Währungsunion abhängig zu machen. Sie müßte am Ende eines ökonomischen Angleichungsprozesses stehen und nicht an dessen Anfang. Diese funktionalistischen Lösungen zeigen, daß die »Berufseuropäer« keine geistige Idee von Europa haben. Sie haben noch nicht einmal Ansätze zur Bildung einer Europation hervorgebracht.

Daß sich die kulturellen Gegensätze zum Stolperstein für den Integrationsprozeß herauskristallisieren könnten, macht auch der französische Politologe Emmanuel Todd deutlich. In seinem Buch *L'invention de l'Europe* vertritt er die These, daß die Vielfalt der Strukturen, der Sitten und Werte einfach zu groß sei, als daß man sie durch die Währungsunion überbrücken könnte. In Zeiten zunehmender Divergenz zwischen Nationen und Regionen könne ein einheitliches Geldsystem die Vielfalt der Probleme nicht lösen, so Todd. Eine fragile Währungsunion berge ein erhebliches Konfliktpotential. Das deutsch-französische Tandem funktioniere nur solange, wie beide Staaten ihre Eigenheiten lebten. Auch auf das Konzept der Nation und des Nationalstaats könne Frankreich nicht verzichten, weil es unter anderem zur Abwehr des reaktionären Nationalismus *Le Pens* diene. Das zeigt die Relevanz kultureller Faktoren, die von deutscher Seite hartnäckig ignoriert wird. Für Frankreich und Großbritannien bilden Nation und Souveränität eine unauflösbare Einheit, die beide nicht bereit sind, für Europa und eine gemeinsame Außenpolitik aufzugeben. In einem Interview in der *SUNDAY TIMES* vom 1. Oktober 1995 sagte der ehemalige EU-Kommissionspräsident Jacques Delors: »Ich habe nie an das Konzept gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik geglaubt. Zu groß! Es konnte angesichts der Unterschiede zwischen den EU-Mitgliedern nicht funktionieren.«

Mit dem Regierungsantritt von Jacques Chirac hat sich Frankreich als souverän handelnder Akteur in den internationalen Beziehungen zurückgemeldet. Chiracs Politik zielt eher auf die Stärkung der Souveränität Frankreichs als auf dessen Schwächung. Überdeutlich wurde das während des Nahostbesuchs des französischen Außenministers Hervé de Charette, bei dem er deutliche Worte über die eigenständige Rolle Frankreichs in der Region fand. Er sprach ausdrücklich im Namen Frankreichs und nicht der EU. Auch die Vermittlung bei der Aushandlung des Abkommens zwischen Israel und der Hisbollah war ein großer Erfolg französischer Außenpolitik. Nur Frankreich

scheint in der Lage zu sein, den prädominanten Einfluß der Amerikaner einigermaßen auszubalancieren. Diesem Ziel diene auch der Besuch des französischen Staatspräsidenten in der Region, der zu einem Triumphzug in den arabischen Staaten wurde, aber zu einer reinen Katastrophe in Israel. Chirac war schlecht beraten, sich tagelang in arabischen Despotien aufzuhalten und vor dem Pseudoparlament der Palästinenser in Ramallah eine Rede zu halten, sich aber einer Ansprache in der Knesset zu verweigern. Seine Nahostinitiative wird europaweit nicht fruchten, da Deutschland und Großbritannien gegen eine stärkere Einmischung in den israelisch-palästinensisch-amerikanischen Dialog sind. Es ist jedoch zu hoffen, daß Frankreich und Deutschland sich doch noch besinnen, die Dominanz der USA im Nahen Osten zurückzudrängen. Eine Neuauflage der Monroe-Doktrin für diese Region ist für Europa nicht hinnehmbar.

Nachdem Frankreich Deutschland mehr als einmal dupiert hatte, wie die Entscheidung über die Wiederaufnahme der Atomtests, die Abschaffung der Wehrpflicht sowie die Auflösung der Truppenstandorte in Deutschland zeigen, stellt sich die Frage, wie in Zukunft kooperiert werden soll. Vielleicht will Frankreich dies zu Kohls Bedingungen gar nicht mehr. Voraussetzung für eine gedeihliche Zusammenarbeit muß sein, daß Deutschland auf die Durchsetzung seiner föderalen Konzeption von einem Bundesstaat Europa offiziell verzichtet und einer Integration auf Nationalstaatsebene das Wort redet. Weder für Briten noch Franzosen kommt eine Aufgabe des Nationalstaates sowie zentraler Souveränitätsrechte zugunsten des Europaparlaments in Frage. John Major glaubt daran, daß es richtig ist, »den Nationalstaat als grundlegende Souveränitätseinheit beizubehalten«. Auch unter einer Labour-Regierung wird sich an der Haltung Großbritanniens gegenüber der EU wenig ändern.

Realpolitik und keine Europatrümelei ist also angesagt. Das könnte auch das ramponierte Image der EU aufbessern. Die Bürger assoziieren mit Europa sowie-

so nur noch Rinderwahnsinn, organisierte Kriminalität, Drogen, persönliche Bedrohung, Flüchtlinge und Einwanderung. In ihrem Bewußtsein ist Europa mit Angst besetzt. Das europäische Bewußtsein, wenn es so etwas je gegeben hat, ist zu einem »antieuropäischen« geworden. Frankreich und Großbritannien sollten zusammen mit Deutschland der Brüsseler Bürokratie und ihrem Zentralisierungswahn einen Riegel vorschieben. Denn das im Augenblick entstehende Europa »hat den Bauch der Industrie gefüllt, aber die Gefühle der Menschen nicht gewonnen«, schreibt Heribert Prantl in der SÜDDEUTSCHEN ZEITUNG. Das Europa, das im Augenblick angestrebt wird, ist ein Europa der Großbanken und multinationalen Konzerne und kein Europa der Bürger. Ein europäischer Superstaat liegt dagegen nicht im Interesse der Verbraucher, der Arbeitnehmer, der Steuerzahler, der Umwelt oder der Entwicklungsländer.

Den größten Nutzen werden die europäischen Staaten aus der Fortsetzung der Integration ziehen, wenn sie sich auf ihre besten Leistungen konzentrieren, nämlich den freien Handel zu fördern und zu praktizieren. Alle weiteren Maßnahmen führen zur Bürokratisierung und zur Lähmung der Handlungsfähigkeit Europas. Erfolg wird sich für die EU erst wieder einstellen, wenn man Abstand von der Abschaffung des Nationalstaates nimmt. Ein Scheitern der Währungsunion wäre aber nicht das Ende des »heterogenen« oder »multikulturellen« Nationalstaates, der doch ein erstrebenswertes Ziel europäischer Politik sein und die Grundlage für die weitere Integration abgeben sollte. Dies zu erreichen, wäre ein großer Fortschritt. Der Nationalstaat wird also noch für eine lange Zeit die reale Bezugsgröße in den internationalen Beziehungen bleiben.

IVAN IVANJI

Auch Restjugoslawien ist kein Nationalstaat

Nachdem Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina und Mazedonien ihre Unabhängigkeit erklärt hatten, beschlossen die beiden verbliebenen Teilrepubliken der Sozialistischen Föderativen Republik Jugoslawien, Serbien und Montenegro, am 27. April 1992 die *Bundesrepublik Jugoslawien* zu gründen. Damit war der Zerfall des »alten Jugoslawiens«, »Titos Jugoslawiens«, noch immer nicht abgeschlossen. Die Serben erklärten das von ihnen bewohnte und mit militärischer Macht ausgeweitete Gebiet in Kroatien zur »Republik Serbische Krajina«, beziehungsweise, in Bosnien, zur »Serbischen Republik«. In ihnen übten Institutionen, die sich z. B. Parlament, Regierung und Präsident der Republik nannten, die tatsächliche Macht aus. Beide Gebilde wurden von Belgrad materiell und militärisch unterstützt. Auf ihre Politik nahm die Führung Serbiens wesentlichen Einfluß, aber als Staaten wurden sie von Jugoslawien nie anerkannt. Auf ihre »Parlamentsbeschlüsse« zur »Vereinigung« mit Serbien wurde nicht einmal geantwortet. Spätestens mit den Verträgen von Dayton und Paris hat die BR Jugoslawien Kroatien und Bosnien/Herzegowina in den alten Grenzen anerkannt, die sie bereits als Teilrepubliken der SFR Jugoslawien hatten. Damit gab man gleichzeitig die »serbischen Staaten westlich der Drina« auf.

Nachdem die UN die Sanktionen gegen Belgrad aufhob, haben die meisten Staaten der Welt die Bundesrepublik Jugoslawien de facto anerkannt, obwohl sie in internationalen Organisationen wie z. B. UN, OSZE, INTERNATIONALER WÄHRUNGSFOND, WELTBANK noch nicht vertreten ist. Damit hat sich auch die Bezeichnung »Restjugoslawien« erledigt. Man spricht nunmehr von der Bundesrepublik Jugoslawien oder nur noch von Jugoslawien.

Slobodan Milošević, als Präsident der Republik Serbien, und die Sozialistische

Partei Serbiens, deren Präsident er gleichfalls ist, sind weiterhin die führenden Kräfte im Lande. Das bedeutet, daß sich die durch seine Person symbolisierte Führung, die schon in Serbien im noch gemeinsamen Jugoslawien an der Macht war, nicht verändert hat. Desgleichen sind, übrigens, Milan Kučan für Slowenien, Franjo Tudjman für Kroatien, Alija Izetbegović für Bosnien/Herzegowina und Kiro Gligorow für Makedonien, auch in diesen auf dem Boden Exjugoslawiens entstandenen Ländern Staatschefs, wie sie es schon 1990 waren. Es sind dieselben Politiker, die über den möglichen Fortbestand des gemeinsamen Staates diskutiert haben und dabei gescheitert sind. Bei Wahlen, die in diesen Ländern inzwischen stattgefunden haben, wurden sie wieder bestätigt.

Kroatien ohne Serben

Die SFR Jugoslawien war ein Vielvölkerstaat. Ihre Verfassung aus dem Jahr 1974 gab den Teilrepubliken eine Selbständigkeit, die den Bundesstaat fast in einen Staatenbund verwandelt hat. Damit waren lautstarke Teile der serbischen Intelligenz insofern unzufrieden, als sich die Serben in den beiden autonomen Gebieten, Vojvodina und Kosovo, die durch diese Verfassung den Republiken fast gleichgestellt waren, benachteiligt und vom politischen Leben des Mutterlandes Serbien ausgeschlossen sahen. Die Bestrebungen, diesen Tatbestand, teils mit politischen Mitteln, teils mit Gewalt, mit organisierten Massenaufmärschen und Kundgebungen, später auch mit Militär, zu überwinden, führten zu erheblichem Widerstand und letztlich zum Untergang des gemeinsamen Jugoslawien.

Das Zusammenleben der südslawischen Völker in einem gemeinsamen Staat funktionierte nicht und endete in einer Katastrophe. Entstanden sind fünf neue Staaten. Unter ihnen ist nur Slowenien national geeint. Die ethnische Zusammensetzung der anderen ist nicht genau bekannt, weil die letzte Volkszählung 1991 stattgefunden hat. Seither sind durch Flucht und Vertreibungen hundert-

tausende von Menschen aus einem Land in das andere gekommen.

Nur in Makedonien hat nach 1991 eine Volkszählung stattgefunden. In diesem Vielvölkerstaat hat sich das Bevölkerungsspektrum nicht wesentlich geändert, weil es gelungen ist, ohne einen Blutstropfen die nur noch vom südlichen Nachbarn Griechenland in Frage gestellte Souveränität zu erringen. Im Juni 1994 deklarierten sich 66,6 Prozent seiner 1 945 932 Bürger als Makedonier, 22,8 Prozent als Albaner. Diese 441 000 Albaner sind für Makedonien ein Problem, ähnlich dem im Kosovo. (Die übrigen Volksgruppen in Makedonien sind kleine Minderheiten: 4 Prozent Türken, 2,2 Prozent Roma und 2,1 Prozent Serben).

In Kroatien lebten 1991 laut Volkszählung 12,2 Prozent Serben, 1948 waren es noch 14,5 Prozent. Nach den beiden kroatischen Offensiven gegen die Krajina und andere mehrheitlich von Serben bewohnte Gebiete 1995, sind die meisten Menschen von dort geflüchtet. In der einzigen noch international verwalteten Region Ostslawonien leben etwa 100 000 Serben. Da nächstes Jahr auch diese Region in Kroatien reintegriert wird, besteht die Befürchtung einer weiteren Flüchtlingswelle. Danach dürfte Kroatien wohl gar keine Serben mehr beherbergen.

In Bosnien und Herzegowina ist die Lage anders, weil keine Volksgruppe eine entscheidende Mehrheit hatte. 1991 bekannten sich 43,7 Prozent der Bevölkerung als Moslems, 31,3 Prozent als Serben, 17,3 Prozent als Kroaten und 7,6 Prozent als Jugoslawen. (Ethnisch sind letztere zum größten Teil Serben oder Abkömmlinge gemischter Familien). Bevor der Bürgerkrieg ausbrach, war die Bevölkerung besonders in den Städten so stark gemischt, daß es unmöglich gewesen wäre ethnische Grenzen zu ziehen, trotzdem aber kann man generell sagen, daß der östliche Teil Bosniens längs des Flusses Drina an der Grenze zu Serbien vorwiegend von Moslems besiedelt war, dafür war der westliche Teil an der Grenze zu Kroatien vorzüglich von Serben bevölkert. Die Kämpfe, Massenmord und bewußt geplante Vertreibungen haben



Milošević macht Wahlkampf, 1996

Foto: dpa

weitgehend ethnisch einheitliche Gebieten geschaffen, aber sie sind willkürlich zusammengepuzzelt, die Grenzen zwischen ihnen durchschneiden logische, im Bergland sogar einzig mögliche Verkehrswege und können nur mit Waffengewalt aufrechterhalten werden.

Die Bundesrepublik Jugoslawien ist Ende 1996 weit davon entfernt, ein Nationalstaat zu sein. Das mag für viele serbische Nationalisten eine große Enttäuschung sein, für Slobodan Miloševićs nicht. Ich unterstelle ihm, daß sein Sendebewußtsein nie nationalistisch war, er wollte einfach Herrscher eines möglichst großen Landes sein. Auf Grund des veröffentlichten Tagebuches seines politischen Weggefährten bis nach Dayton, Borislav Jović, der für ihn im jugoslawischen Bundespräsidium saß und sein Stellvertreter in der Sozialistischen Partei war, war der Plan, Slowenien und Makedonien aus Jugoslawien hinauszuekeln, aber Bosnien und möglichst große Teile Kroatiens über die dortigen Serben zu beherrschen.

Nach der Volkszählung von 1991 hat die Bundesrepublik Jugoslawien 10 441 000 Einwohner, davon 62,3 Prozent Serben und 3,3 Prozent Montenegriner. Nicht mitgezählt die Albaner, die die damalige Volkszählung boykottierten. Die offizielle Schätzung, basierend auf der Volkszählung von 1981 sind 16,5 Prozent der Gesamtbevölkerung Jugoslawiens albanisch. Dies scheint aber zu niedrig geschätzt. Außerdem gibt es 3,3 Prozent Ungarn, 3,1 Prozent Moslems, 1,3 Prozent Roma und 1,1 Prozent Kroaten.

Diese Berechnung ist deshalb irreführend, weil die nationalen Minderheiten auf bestimmten Territorien konzentriert sind. So bilden die Ungarn in fünf nördlichen Bezirken der Vojvodina die absolute, in einer weiteren, die relative Mehrheit, anderswo sind sie kaum vorhanden. Die Moslems haben im Sandshak die absolute Mehrheit. Noch extremer ist die Situation im Kosovo, wo mehr als 90 Prozent der Einwohner Albaner sind, sie haben die absolute Mehrheit, auch im Bezirk Ulcinj in Montenegro, wo

sie die Wahlen nicht boykottierten, und selbst der Bürgermeister von Ulcinj ein Albaner ist.

Aus Serbien sind am Anfang des Krieges etwa 200 000 meist junge und gut ausgebildete Männer geflohen. Im Laufe der beiden letzten Jahren sind etwa eine halbe Million Serben aus Kroatien und Bosnien nach Serbien geflüchtet. Der Prozentsatz der Serben in ihrem eigenem Land mag gestiegen sein, aber nicht besonders stark. Der »Austausch« ist für die Gesellschaft eher negativ. Anstelle junger Männer mit guter Ausbildung kamen meist Menschen aus der weniger qualifizierten Landbevölkerung, darunter viele Ältere und Kinder, ins Land.

Bis zu 50 000 Ungarn sollen weggezogen sein. Das ist für diese Volksgruppe prozentual ein großer Aderlaß. An ihre Stelle in Gemeinden mit früher ungarischer Mehrheit sind viele serbische Flüchtlinge aus Kroatien und Bosnien gezogen.

Chancenloser Nationalismus

Am unübersichtlichsten ist die Situation im Kosovo, das 1991 über 1,8 Millionen Einwohner hatte. Gewiß sind viele Albaner geflohen, fast ausschließlich junge Männer. Allein aus Deutschland möchte man über 100 000 von ihnen zurückschicken. Die Behörden in Jugoslawien behaupten, viele Albaner aus Makedonien und Griechenland, ja sogar aus Albanien, seien mit gefälschten jugoslawischen Reisepässen nach Deutschland gekommen, weil sie mit diesen Dokumenten leichter Asyl zu bekommen hofften. In welchem Tempo sie zurückgeschickt werden können, ist schwer zu sagen. Belgrad ist es nicht gelungen ins Land geflüchtete Serben im Kosovo anzusiedeln, weil diese sich widersetzen. So darf man davon ausgehen, daß sich die Situation für die Kosovo-Albaner, und damit auch in ganz Jugoslawien, verbessern dürfte. Das gilt übrigens nicht nur für Kossowo, sondern auch für einige im Süden gelegene Gemeinden, wo die Zahl der Albaner überwiegt.

Kompakt sind auch die Moslems im Sandschak, die, genau wie die Ungarn,

den Staat nicht boykottieren, an den Wahlen am 3. November 1996 teilgenommen, die Gemeinderäte in drei Bezirken erobert und einen Abgeordneten ins Bundesparlament entsandt haben. Problematisch für Jugoslawien ist, daß sie sich lieber Bosniaken, als Moslems nennen, womit sie betonen, daß sie sich nicht nur als Gläubige einer bestimmten Religion fühlen, sondern als eine nationale Minderheit, deren Mutterland Bosnien ist.

Allerdings anerkennen Ungarn und Moslems Serbien als ihren Staat, nennen sich nationale Minderheiten, kämpfen allenfalls für mehr kulturelle Autonomie. Die Kosovo-Albaner wollen diese Tatsache nicht anerkennen, haben eine von bisher niemandem anerkannte *Republik Kosovo* ausgerufen und nehmen parallele Steuern für ein alternatives Schul- und Gesundheitswesen ein.

Montenegro ist insofern ein besonderes Problem, weil es nur etwa 3 Prozent der Bevölkerung, 4 Prozent des Nationaleinkommens und 5 Prozent des Territoriums des gemeinsamen Bundesstaates bildet, dem es als mit Serbien gleichberechtigte Teilrepublik angehört. Mit Werken über die »Ethnogenesis« der Montenegriener und ob sie ein »serbischer Stamm« oder ein eigenes Volks sind, kann man Bibliotheken füllen. In Montenegro besteht sowohl eine Partei, die den Austritt Montenegros aus Jugoslawien und die Bildung eines souveränen Staates fordert, als auch zwei andere, die davon ausgehen, daß die Montenegriener eigentlich Serben seien und Jugoslawien ein einheitlicher Staat sein sollte. Die Mehrheit fühlt sich in der jetzigen Situation wohl, sie hat am 3. November die Sozialisten gewählt, die ausdrücklich den Status quo in ihr Programm geschrieben haben. Interessanterweise ist Slobodan Milošević Montenegriener, fühlt sich der Metropolit der orthodoxen Kirche in Montenegro, Auphilocheus, als Serbe.

Obwohl die Serben im Rest Jugoslawiens zwei Drittel der Gesamtbevölkerung stellen, ist die Situation für die Nationalisten schlimm, weil, erstens, kein Randgebiet eine serbische Mehrheit aufweist,

zweitens, weil der serbische Bevölkerungsanteil rückläufig ist.

Selbst Dobrica Ćosićs, Schriftsteller und einige Zeit Präsident der Bundesrepublik Jugoslawiens, der als Ideologe des serbischen Nationalismus gilt, gibt Kosovo praktisch verloren. Er möchte es mit den Albanern aufteilen, behauptet, es gebe einen Trend der Serben den Süden zu verlassen, um gen Norden zu ziehen. Auch eine neue Initiative der Serbischen Akademie der Wissenschaften und Künste forderte, *jetzt* müsse mit den Albanern eine Einigung über Kosovo gefunden werden. Die Lage im Norden der Vojvodina ist für die Serben deshalb beruhigender, weil die Ungarn ebenfalls eine negative Natalität beklagen.

Extrem nationalistisch gesinnte Serben lamentieren, Serbien würde auf die Größe des »Belgrader Paschaluk« (des Großbezirks von Belgrad aus der türkischen Besatzungszeit) zurückfallen, um als nationaler Staat bestehen zu können. Der Traum, alle Serben könnten im selben Staat leben, um die Idee ihrer nationalistischen Identität zu verwirklichen, ist ausgeträumt.

Slobodan Milošević hat eingesehen, daß mit Nationalismus kein Lorbeer mehr zu gewinnen ist. Die Bewegung, der seine Gattin, die Soziologieprofessorin Mirjana Marković, vorsteht, die *Jugoslawische Vereinte Linke*, die im Bündnis mit den Sozialisten die Wahlen am 3. November gewonnen hat, setzt nicht auf Serbentum, sondern auf die »Jugo-Nostalgie« aller Volksgruppen, denen es zu Titos Zeiten besser gegangen ist. Von der Bundesrepublik Jugoslawien als einem Nationalstaat kann keine Rede mehr sein. Slowenien hatte von Anfang an alle, Makedonien einige Voraussetzungen für einen Nationalstaat, Kroatien ist es als Sieger des Bürgerkrieges geworden. Nur Bosnien/Herzegowina steht in Hinsicht auf nationale Einigkeit hoffnungsloser da, als die Bundesrepublik Jugoslawien.

Da es keine Aussicht für eine Neuaufgabe Jugoslawiens gibt, besteht für die meisten Völker des Balkans nur die Hoffnung, alles Nationale mit der Zeit zu überwinden.

URSULA RÜTTEN

Auferstanden aus Ruinen

Ein neuer übernationaler Dialog im ehemaligen Jugoslawien

Die Autorin hat 1996 die Sommerschule »Transitions to Democracy« im kroatischen Crikvenica beobachtet.

Das internationale politisch-soziologische Forschungsprojekt *Transitions to Democracy* mit seinen beiden Zentren New York und Belgrad existiert bereits im fünften Jahr. Seine geistigen Väter, der schon vor Jahrzehnten in die USA ausgewanderte Soziologieprofessor Bogdan Denic und der Belgrader Philosophieprofessor Miloš Nikolić gehören zweifellos zu den in Jugoslawien bekanntesten freisinnigen nonkonformistischen Koryphäen alter marxistisch-philosophischer Schule.

Denic, ursprünglich ein gelernter Metallarbeiter, war als Gewerkschaftsfunktionär jahrelang Delegierter in der SOZIALISTISCHEN INTERNATIONALE. Heute ist er, obwohl entweder in New York oder auf der kroatischen Insel Brač lebend, Mitglied des oppositionellen *Belgrader Kreises*.

Miloš Nikolić ist seit zwei Jahren Vorsitzender der regimekritischen Bürgervereinigung für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und Unterstützung der unabhängigen Gewerkschaften in Belgrad. Bis zum Zerfall des BUNDES DER KOMMUNISTEN JUGOSLAWIENS 1990 leitete er das Sozialforschungsinstitut seiner Partei in Belgrad.

Wer nach dem Krieg und all dem Elend, das in Kroatien, Bosnien und auch in Serbien dem Zerfall des sozialistischen Systems und der jugoslawischen Föderation folgte, auf dieses Land blickt, wird vermutlich nach anderen Kräften Ausschau halten, die das Ruder zum Wohle der Menschen dort herumreißen könnten, als nach marxistischen Veteranen. Doch dahinter steckt weder eine jugo-nostalgische Verklärung, noch ist es das Bedürfnis aus politischer Orientierungslosigkeit, einem Guru zu folgen, das die rund einhundert meist prominenten Mitglieder alternativer politischer Gruppen und Bürgerinitiativen zwischen Rijeka und

Skopje zum Meinungs- und Erfahrungsaustausch in diese Sommerschule von Crikvenica geführt hat.

Zweifellos wurde hier ein klarer Anspruch auf Einmischung zumindest in die Weichenstellung der politischen Kultur in dieser Region angemeldet: antinationalistisch, dezentralistisch, demokratisch-rechtsstaatlich bzw. den Menschenrechten verpflichtet. Ein solch offensives basisdemokratisches Selbstbewußtsein ist zwar etwas Neues und eher Experimentelles im ehemaligen Jugoslawien, aber - derartige Sommerschulen haben hier Tradition.

Fragen an Bogdan Denic

U. Rütten: Haben sich in Crikvenica etwa die Enkel der demokratischen Sozialisten Ex-Jugoslawiens eingefunden?

B. Denic.: Es gibt eine indirekte Kontinuität zwischen drei politisch-philosophischen Sommerschulen, nämlich jener von Korcula, Ende der 60er, Anfang der 70er, von Cavtat in den 80er Jahren und jetzt der von Crikvenica. Das gemeinsame Anliegen ist sicher der Versuch, die Debatte zu erweitern über praktische Probleme der Formierung einer neuen, modernen Linken. Weil sich das in verschiedenen Perioden ereignete, handelt es sich natürlich um verschiedene Formen.

Die PRAXIS-Sommerschule erwartete, den offiziellen Marxismus zu liberalisieren und in die Richtung des marxistischen Humanismus zu steuern. Ich erinnere mich aber, daß verschiedene Themen überhaupt nicht angeschnitten wurden. Zum Beispiel die Vorstellung eines Mehrparteiensystems als eines wesentlichen Schrittes in Richtung Demokratie. Das wurde überhaupt nicht diskutiert, aber die meisten führenden Köpfe der Gruppe hatten auch durchaus Einwände dagegen. Außerdem kritisierten sie den offiziellen jugoslawischen Marxismus. Tatsächlich hatten sie in vielen Fällen Recht damit, in anderen Punkten irrten sie sich. Zum Beispiel war die PRAXIS ein entschiedener Gegner des marktorientierten Sozialismus. Sie werteten dies als eine Abweichung vom authentischen

Marxismus. Ein marktorientierter Sozialismus ist aber ein unverzichtbarer Schritt zur Dezentralisierung von Macht.

U.R.: Aber es kamen doch genau wie jetzt nach Crikvenica vor allem junge Leute nach Korcula, aus Unzufriedenheit mit dem Bestehenden, begierig, über Möglichkeiten zu diskutieren, wie die Gesellschaft zum Besseren, Humaneren verändert werden könnte.

B.D.: Da war jede Menge Romantizismus, revolutionäre Rhetorik. Da war noch die Hoffnung, daß die revolutionäre Intelligenzia, verkörpert in den Studenten von Paris, in Deutschland und anderswo, die neuen revolutionären Subjekte würden, während sie nie zugeben wollten, daß sie enttäuscht waren von der Arbeiterklasse. Viele fühlten unbewußt, daß das Proletariat nicht bereit war, ihre Gedanken aufzunehmen und sich dem Sozialismus zu öffnen und daß andere diesen Weg beschreiten müssen. Und so kam diese elitäre, wenn auch sehr dezente Kritik des offiziellen Marxismus zustande. Aber es war ein unentbehrlicher Schritt, um Menschen auf den Weg zu führen, unabhängig zu denken.

U.R.: Was unterschied die PRAXIS-Sommerschule von der Sommerschule von CAVTAT?

B.D.: Die PRAXIS-Schule war eine informelle Organisation, unabhängig von der Regierung, aber innerhalb der Grenzen, die die Regierung so gerade tolerierte. CAVTAT dagegen wurde organisiert vom Bund der Kommunisten Jugoslawiens. Diese Schule - ich gehörte zu jenen wenigen, die sich dort regelmäßig einfanden - war alsbald ein *enfant terrible*, denn sie hatte ein Problem: sie versammelte einerseits relativ regierungs- und parteiunabhängige Marxisten und Sozialisten aus Westeuropa und zugleich offizielle Vertreter von osteuropäischen Parteien, die an der Macht waren. Die CAVTAT-Sommerschule war von daher ein ausgezeichnetes Barometer dafür, wie weit und wohin Reformen und Denkmodelle gehen könnten. Etliche von uns, zum Beispiel auch Eric Hobsbawm aus Großbritannien, sagten, diese ganze Diskussion von Sozialismus und Demokratie ist absurd: Sozialis-

mus ist nur der gesellschaftliche Eckpfeiler von demokratischen Revolutionen. Es kann keinen undemokratischen Sozialismus geben. Das wäre ja sonst etwas wie heißer Schnee. Schon Mitte der 80er Jahre würde wie selbstverständlich über politischen Pluralismus und über das Mehrparteiensystem diskutiert. Das war außerordentlich hilfreich, denn es kamen viele Osteuropäer als offizielle Vertreter ihrer Länder bzw. Parteien, die später Reformstaaten, bzw. Reformparteien wurden. Ich denke, CAVTAT hat das beeinflusst.

U.R.: Aber dieser Einfluß hatte bekanntlich keinen nachhaltigen Erfolg.

B.D.: Die Tragödie hier war: anstatt Jugoslawien zu reformieren und zu demokratisieren, es zu dezentralisieren, was sehr wohl möglich war in den frühen 80er Jahren, zerbrach diese Initiative, denn die Parteiführung hing zu lange an der Macht. Sie war nicht willens, ausreichend radikale Reformen in die Wege zu leiten. In meinen Erhebungen im Jahr 1986 war die Mehrheit der interviewten Leute gegen den Zerfall Jugoslawiens. Und ich kann nicht glauben, daß dieselbe Mehrheit vier Jahre später dafür war. Den Führungseliten wurde dagegen klar, daß sie ihre Macht nicht halten konnten wenn sie zugleich Reformen einleiteten. Sie entschieden sich für die Macht und gegen Reformen.

Ich denke, im Effekt versagte die CAVTAT-Schule, aber es war ein ehrenhaftes Versagen, denn es handelte sich um den Versuch, den Sozialismus an der Macht zu demokratisieren. Unglücklicherweise waren diejenigen, die die Demokratisierung wollten und jene, die die Macht hatten, nicht identisch.

U.R.: Das ist heute bekanntlich nicht anders. Was gibt Ihnen und Ihrem Projekt *Transitions to Democracy* den Auftrieb, in der heutigen politischen Gemengelage gemeinsam - also wieder gesamtjugoslawisch - nach Möglichkeiten zur Demokratisierung und nach Wegen des politischen Widerstandes zu suchen? Ist das nicht viel mehr eine Kampfansage Davids gegen Goliath?

B.D.: Nun, wir sind jetzt eine radikal andere Initiative, obwohl wir im Kern in der

Tradition beider Schulen stehen. Wir unterscheiden uns darin, daß wir weder Repräsentanten herrschender Parteien benötigen noch solche von einer Regierung.

Wenn Sie so wollen, ist unser Projekt eine Schule der Dissidenten und Opponenten von allen Regimes hier und heute im ehemaligen Jugoslawien. Ich will einräumen, daß wir gute Beziehungen haben zu der Regierung in Makedonien und zur ehemaligen Kommunistischen Partei in Slowenien, wenngleich wir ihnen doch ein wenig zu radikal erscheinen in unserer Kritik am Demokratiedefizit.

Ich denke, das Problem liegt nicht darin, möglichst kluge Debatten zu führen. Die wesentliche Idee des Marxismus, nicht von Marx, ist, die einfachen Menschen zu ermutigen und zu schulen, ihr Leben und Handeln selbst zu bestimmen. Die Leute, die hier zu uns kommen, haben durchweg überhaupt nicht diese Elitebildung. Viele von ihnen sind kaum theoretisch geschult, in keiner philosophischen Richtung. Aber ich bin überzeugt, sie haben ein sehr gesundes Verständnis dafür, was Demokratie bedeutet.

U.R.: Aber doch sicher nicht völlig richtungslos, sondern auf der Grundlage eines Konsenses, den man noch vor einigen Jahren stolz und unverbrämt als ›links‹ bezeichnet hätte.

B.D.: Wir haben ganz bewußt entschieden, Leute zusammenzuführen mit ganz unterschiedlichen Lebensläufen und Herkunft. Oppositionelle, Mitglieder sozialdemokratisch orientierter Parteien, Antinationalisten, feministische Organisationen, die ohnehin den Parteien und Autoritäten sehr skeptisch gegenüberstehen und auch einen Teil der alten kommunistischen Intelligenzia, die ehrenwert ihren Weg bis heute gegangen sind, die mit dem Wandel der Zeiten auch ihren Geist bewegten. Nicht nur, daß sie gegen diesen Krieg in Bosnien/Herzegowina waren und gegen den Nationalismus ihrer eigenen Nation kämpften, was für mich ein sehr wesentliches Kriterium von Ehrhaftigkeit ist. Und so ist das auch hier in erster Linie ein Forum für Demokratie und soziale Gerechtigkeit, weil der uns ja eher als Re-

likt erhaltene Sozialismus solange abstrakt bleiben muß, solange diese Basis-kriterien nicht erfüllt sind. Die meisten sozialdemokratischen Parteien, die mächtigste in Deutschland eingeschlossen, haben längst keine sozialistischen Visionen mehr, keine nichtkapitalistischen Visionen. Ich stehe da mit meiner Meinung, daß das sozialistische Projekt erhalten geblieben ist und erhalten bleiben sollte, ziemlich isoliert da. Aber diese Schule steht dennoch im ursprünglichen Sinne auf einer sozialdemokratischen, linken Plattform.

Wir arbeiten heute in der Tat in einem viel komplizierteren Umfeld. Es ist viel schwieriger, intellektuelle Inspirationen zu erhalten, wenn man keine glaubwürdige Utopie hat.

U.R.: Was diesen politischen und normativen Nullpunkt im ehemaligen Jugoslawien zur Voraussetzung hat. Mußte es erst zu diesen politischen Exzessen kommen, damit man sich, wie hier in Crikvenica, wieder zusammenfindet, um über etwas zu diskutieren, was vierzig Jahre lang eine ethische Grundlage, die konkrete Utopie dieses Staates war?

B.D.: Die Tatsache, daß der Krieg überhaupt möglich wurde, ist die Erklärung einer kompletten Niederlage der alten Eliten, nämlich daß sie keine anderen Wege gefunden haben, diesen Staat neu-zuordnen, als diese aggressiven, mörderischen. Das hat sicher das Vertrauen eines jeden jungen Menschen in jegliche politische Führungen erschüttert. Aber die Katastrophe ist noch größer. Es gab nicht nur den Bankrott der Eliten, die nicht vermochten, diesen Krieg zu verhindern – sie hätten das 1988/89 vermocht, nämlich Milošević zu isolieren. Sie hätten eine friedliche Sezession haben können. Sie hätten versuchen können, das zuwege zu bringen, was Makedonien und Slowenien geschafft haben. Makedonien hat mehr Minderheitenprobleme als Kroatien. In Serbien und Kroatien gebrauchen die meisten dieselbe nationalistische Sprache und verfolgen ebenso unverantwortliche politische Ziele. Wer von ihnen hat denn schon dem aufkommenden Faschismus Einhalt geboten, wer in Serbien hat sich –

physisch – Šešelji in den Weg gestellt? In Kroatien gibt es eine offene faschistische Bewegung. Die Art, der offiziellen Rehabilitierung von Kriegsverbrechern dort, von Ustasi aus dem zweiten Weltkrieg, würde niemand unter den deutschen Politikern, auch nicht von der extremen Rechten, zu dulden wagen. Oder: volksverhetzende ss-Lieder in der Armee. Das ist hier in Kroatien aber gang und gäbe, und dagegen erhebt selten jemand Einspruch. Zagreb ruft gleichzeitig nach finanzieller Hilfe im Westen, als Opfer des Krieges, und importiert zeitgleich mehr Mercedeswagen, als in Stuttgart gefahren werden.

Wir haben lateinamerikanische Verhältnisse, was das Gefälle zwischen arm und reich anbelangt. Hier in Kroatien haben wir 300 000 Arbeitslose, 900 000 Pensionäre und nur eine Million Werk-tätige. Dies alles zusammen muß zu einer Katastrophe führen. Die jungen Leute wissen, hier wie in Serbien und Bosnien, daß die meisten von ihnen keinen Job finden werden nach der Ausbildung. Viele wandern ab, bis nach Neuseeland.

Das ist der Hintergrund, vor dem bei den meisten jungen Menschen Zynismus und politische Apathie aufgekommen sind. Was Sie hier in Crikvenica erleben, ist eine Ausnahme, und ich hoffe, daß wir immer mehr junge Aktivisten um uns scharen können. Aber dafür, daß dies gelingt, müssen wir als Linke unser Image verändern.

U.R.: Der Sozialismus ist tot. Es lebe der Sozialismus?

B.D.: Als ich ein junger sozialistischer Aktivist wurde, hatte ich eine klare Vorstellung von Sozialismus. Es war nur eine Frage der Macht. Ich muß gestehen, ich habe diese klare Vorstellung nicht mehr. Was ich sicher weiß, es darf nicht dieses Maß an Ungleichheit geben, dieses Maß an Unsicherheit. Diese liberale Botschaft, daß der Markt alles sei, kann wohl nicht alles gewesen sein. Ich hoffe, daß diese Sommerschule Menschen versammelt, die damit beginnen, nach so etwas wie Antworten auf all diese Probleme zu suchen oder - nicht minder wichtig, die richtigen Fragen zu stellen.

Das Baltikum steht sich selbst im Weg

Mein Lieber, setz Dich zu mir. Die Flasche steht auf dem Tisch. Es ist Herbst, es ist Dämmerzeit, draußen schreien die Krähen, draußen schreien die Winde ... Ich möchte Dir ein paar Geschichten erzählen: Geschichten aus einer alten Stadt hoch droben im Norden, hoch droben im Osten, einer Stadt am Meer.«

Mit diesen Worten zog der Deutschbalte Werner Bergengruen vor vielen Jahrzehnten die Leser in sein Buch *Der Tod von Reval*, eine Sammlung »kurioser Geschichten aus einer alten Stadt«. Seite für Seite lüftet dieses Werk jene Nebelschleier, die von der jüngeren Geschichte über das Baltikum und seine Vorzeit gesenkt wurden. Seit der Unabhängigkeit der drei baltischen Staaten Estland, Lettland und Litauen im Sommer des Jahres 1991, ermöglicht durch die Auflösung der Sowjetunion, ist die »Dämmerzeit« für diese neuen Zwergstaaten am Rande der Ostsee indes schlagartig vorüber. Sie haben sich, wie sie es selbst sehen, »auf dem europäischen Parkett zurückgemeldet« und klopfen laut an die Türen der Europäischen Union sowie der NATO.

Zur großen Verwunderung der Balten-Republiken wurden sie jedoch vom Westen nicht mit offenen Armen empfangen. Sie müßten erst einige politische und wirtschaftliche Voraussetzungen in ihren jungen Staaten schaffen, lauteten die Vorbehalte aus Brüssel; auch ein regionaler Zusammenschluß der drei Staaten wäre zunächst einmal denkbar, bevor der große Schritt in die EU getan werde, hieß es.

Eigentlich hätten die Balten über den mangelnden Enthusiasmus Westeuropas nicht verwundert sein brauchen. Denn schon einmal fiel die Reaktion des Westens ähnlich aus: 1989, als sie sich als Sowjetrepublik gegen Gorbatschow erhoben und ihre Unabhängigkeit einforderten. Damals schon zeigte die westliche, respektive die deutsche Presse und Politik wenig Verständnis für die nationalistischen Töne der Balten und litt mit dem

»armen Gorbi«, der sich neben der schwierigen Umsetzung von Glasnost nun auch noch mit den »übereilten« Forderungen dieser sowjetischen Zwergrepubliken am Rande seines Imperiums herumschlagen mußte. Keine namhafte Stimme stritt damals für Estland, Lettland oder Litauen. Erst als Gorbatschow im Januar 1991 in Vilnius und Riga die Panzerrollen ließ, die russischen Schwarzbarette Massaker anrichteten, wurde der Westen nachdenklich gestimmt. Aber nur für kurze Zeit. Wenig später zog der Balkan die gesamte Aufmerksamkeit auf sich und verschärfte für die Balten die politische Situation beträchtlich. Denn ihre nationalistischen Töne »Estland den Esten«, »Lettland den Letten«, »Russen raus«, wurden im Westen sofort im Kontext mit den ethnischen Säuberungen in Kroatien und Bosnien gesehen.

Antirussische Töne

Litauen spielt in diesem Konzert hin und wieder eine Sonderrolle. Es unterstreicht seine historischen und kulturellen Gemeinsamkeiten mit Polen; ein Großteil der Bevölkerung bekennt sich zur katholischen Kirche. Außerdem hat Litauen nur 20 Prozent Russen im Lande, das ist der geringste Ausländeranteil unter den baltischen Staaten. Daraus resultiert natürlich auch eine geringe emotionale Reibungsfläche mit den Nationalisten Rußlands. Dennoch hat Moskau Litauen ebenfalls wie den anderen beiden Baltenrepubliken schon einmal den Gashahn abgedreht, die wichtigste Energieversorgung für die rund fünf Millionen Balten. Ein permanenter Konfliktpunkt ist die litauische Forderung nach Entmilitarisierung des unter russischer Verwaltung stehenden Teils Ostpreußens. Dieser Konflikt hat neue Nahrung erhalten, seit die Partei des führenden Kopfes der Unabhängigkeitsbewegung, Vytautas Landsbergis, aus den Parlamentswahlen im November

diesen Jahres gestärkt hervorging und nun die größte Fraktion im Seima stellt.

Landsbergis und seine Konservative Partei sind es indes auch, die für ihr Land immer wieder eine von Lettland und Estland losgelöste Sonderrolle anstreben. So hat Landsbergis kürzlich wieder die Möglichkeit laut angedacht, daß Litauen gemeinsam und zeitgleich mit Polen in die NATO eintreten könnte, eine deutliche Entsolidarisierungsgeste gegenüber den beiden Nachbarstaaten. Ohnehin ist der Überbegriff *Baltikum*, der Estland, Lettland und Litauen als politische und geographische Einheit zusammenfaßt, in den baltischen Staaten selbst unbeliebt. Alle drei Zwergstaaten verfolgen seit ihrer Unabhängigkeit vor fünf Jahren eine eigenständige Politik. Erst aufgrund westlichen Drucks haben sie beispielsweise den »Baltischen Rat« gegründet, um durch gemeinsames Auftreten in außen- und sicherheitspolitischen Fragen ihrer Stimme mehr Gewicht zu verleihen. Doch ist allzu deutlich, daß die Zusammenarbeit im »Baltischen Rat« eher ein Zweckbündnis ist, das nur solange Bestand hat, wie dort auch tatsächlich gemeinsame Ziele verfolgt werden. Litauen jedenfalls versucht immer wieder, aus dieser gemeinsamen Politik auszuscheren, vor allem, weil es erkennt, daß für ihn die stramme Nationalitätenpolitik der beiden Nachbarstaaten zu einer Belastung auf den Weg in die EU und NATO ist.

Denn es sind die schrillen antirussischen Töne aus Estland und Lettland, die dem EU- und NATO-Beitritt der Balten bisher am stärksten im Wege stehen. Die größten Probleme verursacht dabei Estland, das von Anfang an versuchte, die im Lande lebenden 600 000 Russen vom politischen Leben auszugrenzen. Bei einem eineinhalb Millionen Volk bedeutet dies die Diskriminierung von fast der Hälfte der Bevölkerung. Ein drastisches Staatsbürgerschafts- und Ausländergesetz vom Juni 1993, das die estnischen Russen nahezu staatenlos gemacht hätte, konnte nur durch Vermittlung des Europarates und der OSZE in ihrer ganzen Auswirkung verhindert werden. Durch dieses Einschalten auf europäischer Ebene ist

gleichzeitig auch Lettland, in dem ähnliche politische Tendenzen erkennbar waren, klar gemacht worden, was die westliche Wertegemeinschaft von solchen ethnisch-nationalen Entscheidungen hält. Allzu offen liegt auf der Hand, was hinter dieser baltischen ethnischen Säuberung steht: späte Rache für die sowjetische Okkupation im Jahr 1940 und der darauffolgenden Deportation hunderttausender Esten und Letten in die Weiten Sibiriens. Ungeachtet dieser Warnungen aus Brüssel, hat das lettische Parlament im August seine Beziehungen zu Rußland verschärft. In einer »Deklaration zur Okkupation Lettlands« wird Rußland als Nachfolger der Sowjetunion für fünfzig Jahre Okkupation angeklagt. Gleichzeitig sind eine Reihe wichtiger Fragen zu Minderheitenrechten und Staatsbürgerschaft immer noch in der Schwebe.

Ein weiteres Reizwort für die westlichen Diplomaten ist die Forderung beider Staaten nach Verschiebung ihrer Ostgrenzen. Sowohl Estland als auch Lettland fordern von Moskau mehrere Gebietsstreifen zurück, die Rußland 1945 von den beiden Sowjetrepubliken abzweigte. Diese Gebiete sind klein, werden aber durch das neugewonnene nationale Selbstbewußtsein der Esten und Letten hochgespielt. In der jüngsten Verhandlungsrunde zwischen Estland und Rußland im November 1996 zeichnete sich jedoch ab, daß Estland in diesem Grenzstreit aufgrund deutlichen europäischen Einflusses einzulenken bereit ist, um eine der Bedingungen für die NATO-Mitgliedschaft zu erfüllen: keine Gebietsansprüche gegenüber Nachbarn. Eine russisch-estnische Einigung hätte außerdem Vorbildcharakter für eine ähnliche Übereinkunft zwischen Lettland und Rußland. Denn die EU hat in Riga, Tallinn und Vilnius immer klar gestellt: Voraussetzung für die Aufnahme der baltischen Republiken in die Union seien gute und vertraglich geregelte Verhältnisse mit Rußland.

Wie schwer sich die Balten mit dem Drängen der Europäer nach gutnachbarschaftlichen Beziehungen zu Rußland tun, wurde kürzlich erst wieder in diplomatischen Kreisen in Bonn deutlich. Sowohl Politiker als auch Diplomaten aus



Soziale Spannungen in Riga: Demonstranten gegen amtliche Einheitsmieten

Foto: privat

den drei baltischen Staaten antichambrieren in Bonn mit folgenden Thesen:

– Die westliche Außenpolitik beruhe auf falschen Prämissen. Nicht Festigkeit, sondern Rücksichtnahme reize Rußland zu Abenteuern.

– In Hinblick auf NATO- und EU-Mitgliedschaft fehle jegliche Transparenz. Die Balten fühlen sich hingehalten und erfahren kein klares Ja oder Nein. Außerdem würden ihnen keine klaren Sicherheitsgarantien in Aussicht gestellt, sondern nur vage Absichtserklärungen. Gemeinsame Manöver mit der Bundeswehr in der Rigaer Bucht oder Beratung der baltischen Streitkräfte durch Bundeswehroffiziere seien unzureichende Maßnahmen.

– Eine Diskriminierung der baltischen Staaten zeige sich auch in den eher symbolischen Akten der Bundesregierung. In keiner Rede des Bundeskanzlers, so wird beklagt, seien, wenn es um Mitteleuropa gehe, baltische Städte genannt. Wenn Bundeskanzler Kohl Krakau und Prag in einem Atemzug nenne, warum nicht auch Dorpat oder Riga.

– Weiterhin wird bemängelt, daß ein offizieller Staatsbesuch des Bundeskanzlers immer noch ausstehe. Auch Außenminister Kinkel, der sich vor drei Jahren

erstmalig als »Anwalt der Balten in Europa« bezeichnete, wird gerügt. Seine drängende Einflußnahme auf baltische Politik wird von baltischen Diplomaten eher mit dem Gebaren eines »Staatsanwaltes« verglichen.

Bonn entgegnet auf solche herbe Kritik in der Regel mit dem Hinweis, es sei besser, die Einbindung der Balten in Europa und in der NATO im Einverständnis mit Rußland zu bewirken als durch ein provokatives *fait accompli*. Notwendig sei auch, die eigene Minderheitenpolitik sowie die Politik gegenüber Moskau nicht als Belastung, sondern als Sicherheitsbeitrag in die westliche Staatengemeinschaft einzubringen.

Den Balten fällt es offenkundig sehr schwer, zu verstehen, daß ihr Verhältnis zu Rußland als Prüfstein gilt für ihre Eignung zum EU- und NATO-Beitritt. Zu tief sitzen fünfzig Jahre Fremdherrschaft durch die Sowjetmacht, als daß dieser Groll binnen fünf Jahren Selbständigkeit von heute auf morgen aus dem Gedächtnis der Menschen »hoch droben im Norden, hoch droben im Osten« weggewischt werden könnte. Insofern sind die Balten selbst ihr größter Stolperstein auf dem Weg nach Europa.

Dokumentation

KLAUS BLOEMER

Chicago Paper '64 (I)

Ein Rückblick mit Ausblick

Der Verfasser dieses Thesenpapiers hatte als Diplomat auf Zeit gute zwei Jahre hindurch Gelegenheit, sich mit dem Immenleben unserer transatlantischen Herren und Hüter (immerdar?) vertraut zu machen. Von seinem Standort Chicago, der »windy city«, aus war er damals, Anfang der sechziger Jahre, zuständig für politische PR und Kulturbeziehungen in sieben Zentralstaaten der USA – von Illinois bis Nebraska (Sitz des Strategic Air Command) und Minnesota im Norden. Der gebürtige Berliner und Begründer des satirischen INSULANER konnte seine Eindrücke, die er vor allem durch laufende Vortragstätigkeit im Kreis von Studenten, bei Veranstaltungen der Rotarier, der Lions-Brüder etc. und in engem Kontakt mit political science-Experten gesammelt hatte, in die folgende Niederschrift einfließen lassen. Bestätigt fand er sich durch Gespräche mit Henry Kissinger, Stanley Hoffmann und George F. Kennan. Das Ergebnis machte er, drei Monate vor seiner Heimreise nach Bonn, privatim einem Kreis politischer Freunde beiderseits des Großen Teichs zugänglich; dazu gehörte auch F. J. Strauss, mit dem ihn ein außenpolitisches Denken im Gleichtakt freundschaftlich verband, aber auch der damalige Staatssekretär im AA, Karl Carstens, der ihm als gemäßigter Deutschnationaler wohlwollend begegnet war. Bei dem Papier handelt es sich um eine perspektivisch angelegte Auseinandersetzung, die ihm zu einer Kritik an seinerzeit gängigen Vorstellungen von deutscher Außenpolitik geriet. Das Résumé seines Forderungskatalogs war und blieb bis heute: Entrümpelt die Deutschlandpolitik gründlich von Restaurationsbestrebungen und meidet nationale Nabelschau; statt dessen bringt unbeirrt unser Land in eine eigenständige europapolitische Kontinentalunion ein, und zwar auf dem Wege, wie ihn Winston Churchill vor gut einem halben Jahrhundert in der Universität Zürich vorskizziert hatte: »Der erste Schritt zur Neuschöpfung der europäischen Völkerfamilie muß eine Partnerschaft zwischen Frankreich und Deutschland sein ... Es gibt kein Wiederaufleben Europas ohne ein geistig großes Frankreich und ein geistig großes Deutschland«.

Bei dem stärksten Verbündeten der Bundesrepublik, den USA, sind zwei politische Programme nicht mehr allzu populär: die Wiedervereinigung Deutschlands und die Schaffung einer autonomen Föderation europäischer Staaten. Dabei handelt es sich um jene beiden Pfeiler, die das Gebäude der westdeutschen Politik tragen sollten. Als Grundlage für das deutschamerikanische Verhältnis ist immerhin noch das gemeinsame Sicherheitsinteresse unverändert geblieben. Für die Bundesrepublik Deutschland aber ist es an der Zeit, die Tragfähigkeit ihrer Maxime zu überprüfen, sie neu zu fundamentieren und die Konstruktion auf die veränderten Umstände einzustellen. Will man in Bonn verhindern, daß in der Strömung einer weltweiten Entspannungspolitik die deutsche Wiedervereinigung und das Europakonzept gemeinsam den Bach heruntergehen, so wird man die Stabilität dieser beiden Elemente gegeneinander abwägen müssen, um festzustellen, welches den stärkeren Belastungen ausgesetzt werden darf. Verlagert man das Schwergewicht einseitig auf die deutsche Wiedervereinigung, so wird sehr wahrscheinlich das Projekt der westeuropäischen Union lebensgefährlich zu Schaden kommen. Entschließt sich Bonn jedoch, alle Kräfte auf die Einheit Europas zu konzentrieren, so sind die Aussichten solider – auch dafür, die Wiedervereinigung der Deutschen in Frieden und Freiheit zu verwirklichen.

Den Weg zu den »Neuen Grenzen« Deutschlands und Europas hat in unmißverständlicher Klarheit ein Amerikaner in Berlin aufgezeichnet; es war Robert Kennedy, der Ende Juni 1964 vor der Freien Universität erklärte, in einem integrierten Europa werde Deutschland auch zu seiner Einheit zurückfinden. – Zu diesem kühnen Programm sollten sich die Deutschen, sollten sich alle Europäer in West und Ost gemeinsam mit den Amerikanern bekennen können. Die Dogmen von den alten Grenzen eines vergangenen Deutschen Reiches und überhaupt von der nationalstaatlichen Konservierung Europas, könnten nur mit politischem Mut, schöpferischer Fantasie und auf amerikanischer Seite mit einer fairen Partner-Mentalität überwunden werden. Der amerikanische Justizminister hat Konrad Adenauers Politik auf

den kürzesten Nenner gebracht, die dieser – konfrontiert mit einer auf falsche Sentimentalität und unrealistischen, überholten Nationalismus abgestellten Parteiparolen – nur vorsichtig andeuten konnte: »Nur in einem integrierten Europa wird Deutschland wieder seine angemessene Rolle finden.«

In der Deutschland- und Berlinfrage ist es offensichtlich zu einer stillschweigenden Übereinkunft zwischen den USA und der Sowjetunion gekommen, die bestehenden Verhältnisse nicht durch neue Initiativen, die unmittelbar in das Einflußgebiet des anderen eingreifen, zu stören. Das heißt, daß die Sowjets sich offiziell erst einmal damit zufrieden geben, ihre bisher gewonnene Position politisch dauerhaft zu festigen, wie das in ihrem Freundschaftspakt mit dem Ulbricht-Regime vom Juni 1964 zum Ausdruck kommt. Offenbar hoffen sie, auf dem Umwege über die »weltweite Entspannung« die Isolierung und spätere Kontrolle bzw. Übernahme West-Berlins durchzusetzen, um schließlich mittels eines Friedensvertrages mit »beiden deutschen Staaten« ihr Hauptziel, die Neutralisierung West-Deutschlands zu erreichen.

Die USA akzeptieren zwar nicht diese Ziele der Sowjetunion, betrachten aber doch deren Abkehr von der ultimativen Politik in Berlin und die zeitweilige Anerkennung des deutschen Status quo als willkommenen Schritt zum Abbau eines akuten Spannungsherd. Indem sie die angebliche Sorge der Sowjets vor einer deutschen Bedrohung als »verständlich« anerkennen, zeigen sie sich praktisch bereit, die Teilung Deutschlands als Voraussetzung für ein der gegenwärtigen Machtkonstellation in Europa entsprechendes »Gleichgewicht der Kräfte« hinzunehmen. Der deutschen These, daß die Teilung ihres Landes eine Ursache der Spannung sei, die es im Interesse einer Entspannung zu beseitigen gelte, vermögen sich die Amerikaner offensichtlich nicht nur nicht anzuschließen; vielmehr neigen sie zu der Gegenthese, daß ein jetzt wiedervereinigtes Deutschland die Spannung in Europa erhöhen würde.

In der Frage der europäischen Vereinigung fällt es den Amerikanern weniger leicht, ihre Ablehnung kundzutun, da diese einer Absage an ihr eigenes Nachkriegskonzept für Europa gleichkäme. Ihre distanzierte Haltung einem nach Selbständigkeit und Eigengewicht strebenden Europa gegenüber bringen die USA vorerst mit ihrer Kritik an den »klein-europäischen« Vorstellungen de Gaulles zum Ausdruck. Den Gedanken an eine politische Union auf deutsch-französischer Grundlage lehnt

Amerika offen ab, so sehr es sich darüber im klaren sein muß, daß auf britischer Seite keinerlei reale Bereitschaft für eine politische Bindung an den Kontinent besteht. Der – allerdings gescheiterte – Versuch, Großbritannien unter psychologischem Druck in die europäische Wirtschaftsgemeinschaft hineinzumanövrieren, um so mit Hilfe des amerikanisch-britischen Sonderverhältnisses ein Leck in das Boot der Sechsergemeinschaft zu schlagen, bevor es eben ausgelaufen war, machte die schwindende Begeisterung Amerikas für das europäische Projekt schon recht deutlich. Kein Zweifel kann nämlich daran bestehen, daß eine zur atlantischen Zollgemeinschaft geöffnete EWG ihren tieferen Sinn, Instrument für eine politische Föderation Europas zu werden, verloren hätte. Daß weder Großbritannien noch die USA die »Zweite westliche Weltmacht« Europa wünschten, war schon daran deutlich geworden, daß beide Regierungen den Vorschlag de Gaulles an MacMillan, die britische und französische Kernwaffen-Rüstung als Nucleus für eine europäische Atommacht zusammenzulegen, ignorierten und im Januar 1963 auf den Bahamas ein Sonderabkommen über die Polaris-U-Boote schlossen. Weiterhin zeigte das plötzliche Zurückgreifen des amerikanischen Präsidenten Johnson auf die ursprüngliche Konzeption der Marshallplan-Politik, die einmal davon ausgegangen war, auch die in der sowjetischen Einflußsphäre gelegenen osteuropäischen Länder materiell und moralisch zu unterstützen, daß Amerika sein westeuropäisches Konzept nicht mehr als Maß aller Dinge betrachtet. Tatsächlich deuten damit die USA an, daß sie bereit wären, das Gewicht der Pseudo-Nationalstaaten östlich der Elbe gegenüber dem auf Integrationsgleisen fahrenden Westeuropa zu erhöhen.

Das europäische Warten auf England kann sich dabei nur fatal auswirken. Großbritannien erfüllt, solange es noch nicht mit dem Kontinent unmittelbar verbunden ist, im Rahmen des Commonwealth für den Westen eine weltweite Funktion gegenüber großen Entwicklungsländern. Sicherlich sind die Tage des Commonwealth gezählt, aber auch das britische Isolationsbedürfnis gegenüber dem übrigen Europa wird nicht ewig währen. Geradezu symbolisch für die innere Entwicklung Europas sind ein Kanal- und ein Channel-Projekt. Der Moselkanal, der Frankreich und Deutschland (über Luxemburg) »körperlich« zusammenwachsen läßt, ist vollendet und in Betrieb; der Tunnel (Channel), der die physische Verbindung zwischen England und dem Kontinent herstellen soll, ist als Projekt gerade erst akzeptiert. Dieser für die psychologisch-politische Entwick-

lung im britischen Volk so eminent wichtige Schritt weg vom Inseldasein wurde, was nicht vergessen sein sollte, von der französischen Regierung, die dem Plan als erste zustimmte, besonders begrüßt.

Auf die Dauer kann die Bundesrepublik Frankreich nicht allein die Rolle des Vertreters europäischer Zukunftsinteressen gegenüber den anglo-amerikanischen Bündnismächten aufhalsen, besonders weil dadurch gewisse reaktionäre, nationalegoistische Tendenzen in der französischen Politik noch weiter gefördert würden. Man argumentiert heute – und zwar nicht nur in der kommunistischen Parteipresse Ostberlins, sondern auch in politischen Kreisen westlicher Hauptstädte – daß sich die Bundesrepublik der Gefahr einer Isolierung aussetzen würde, wenn sie den amerikanischen Entspannungswünschen nicht entsprechen sollte. Das Gegenteil dürfte der Fall sein. Eine Verwirklichung solcher Pläne, wie die Unterzeichnung eines Abkommens über »Einfrieren« der Atombewaffnung in Europa (und das noch dazu gemeinsam mit der Sowjetzone) würde tatsächlich dazu beitragen, die Bundesrepublik aus ihren bestehenden Bindungen mit dem Westen herauszulösen. Ein solcher Akt würde genau auf das sowjetische Ziel zusteuern: die Neutralisierung West-Deutschlands bei gleichzeitiger Aufwertung der »Deutschen Demokratischen Republik« zu einem zweiten (sozialistischen) deutschen Staat. Auch die übrigen Entspannungsprojekte, die von der amerikanischen Administration für Mitteleuropa erwogen werden, wie ein internationales Abkommen über den Zugang von West-Deutschland nach Berlin unter Mitkontrolle der Sowjetzonenpolizei und die Einrichtung von Beobachtungsposten in beiden Teilen Deutschlands zum Schutz gegen Überraschungsangriffe, arbeiten in ähnlicher Weise Moskau in die Hände.

Weder die USA noch die Briten sind praktisch in der Lage, die Bundesrepublik zur Teilnahme an solchen Maßnahmen zu zwingen. Bonn aber hat die Verpflichtung, seine Bedenken rechtzeitig kundzutun, wenn es nicht durch neue vollendete Tatsachen wieder einmal hilflos dem Druck einer öffentlichen Weltmeinung ausgeliefert werden will, wie das beim Abschluß des Atomstoppabkommens über seinen Kopf hinweg bereits einmal geschehen ist. Da die Bundesrepublik auf französische Unterstützung rechnen kann, müssen Amerikaner und Engländer vorsichtig operieren. Es dürfte Bonn nicht schwerfallen darzustellen, daß die Sowjets ihre Zielsetzungen für Deutschland und Europa in die »weltweite Entspannungspolitik« einbetten, nachdem sie vom Kalten Krieg der starren

Front auf europäischem Boden zu einer beweglichen Kalten Kriegsführung übergegangen sind. Wie schon öfter zuvor versuchen die Sowjets, aus ihrer Not eine Tugend zu machen. Indem sie die Isolierung durchstoßen, in die sie durch die vergangene Phase des Kalten Krieges geraten sind, suchen sie, sich aus einer für sie wirtschaftlich und gesellschaftlich lebensgefährlichen Situation zu befreien – und gleichzeitig die Bundesrepublik von ihren Bundesgenossen zu trennen.

Die Bundesregierung muß sich im Gegenzug darauf konzentrieren, ihren wichtigsten militärischen Bündnispartnern attraktive Ausblicke zu eröffnen, um die deutschen Anliegen weltpolitisch in einem neuen Lichte erscheinen zu lassen. Dem an sich gesunden allgemeinen Meinungstrend im Westen, die nun schon über 15 Jahre währende Kriegsdrohung abzubauen, kann und darf sich natürlich auch Bonn nicht verschließen. Nur sollte es sich Bonn zur Aufgabe machen, seinen Bundesgenossen ein anderes Rezept zu offerieren, als es die gegenwärtig für Mitteleuropa ins Auge gefaßte Methode des »stufenweisen Abbaues« der Spannungen darstellt. Allerdings darf man dabei nicht übersehen, daß die amerikanische Regierung in Gefahr geraten ist, zum Gefangenen ihres eigenen Slogans »Je mehr Entspannung – desto größer die Friedensaussichten« zu werden, und daß die öffentliche Meinung ihr mit dieser Parole davonzulaufen droht. Tatsache ist, daß die europäische Einigungspolitik ihr Konzept und ihre bisherigen Ergebnisse jener naturgegebenen Spannung verdankt, die nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges zwischen dem sowjetischen Machtblock und dem Kräfte-Vakuum im westlichen Teil Europas zurückgeblieben war. Bonn steht heute vor der nicht leichten Aufgabe, einer auf Scheinerfolge im Abbau des Kalten Krieges erpichteten öffentlichen Meinung die Forderung gegenüberzustellen, daß jener dynamische Prozeß nicht unterbrochen und gefährdet werden darf, der darauf abzielt, die Spannung in Europa auf natürlichem Wege aus der Welt zu schaffen: nämlich durch die konstruktive Auffüllung des Vakuums in Gestalt der Dritten Weltmacht Europa.

Selbstverständlich ist die EWG so angelegt, daß die wirtschaftliche Integration ein politisch selbständiges Handeln der Beteiligten eines Tages »auf natürlichem Wege« unmöglich machen soll; schon in der Präambel zu den Römischen Verträgen ist deutlich gemacht, daß EWG und EURATOM eigentlich als Mittel zum Zweck der politischen Verschmelzung gesehen werden müssen. Nur ist dieser Prozeß langwierig und sein ungestörter Ablauf ist nicht unbedingt si-

chergestellt, solange nicht politisch ergänzende Instanzen ins Leben gerufen werden, die sowohl beschleunigende als auch abschirmende und kontrollierende Funktionen erfüllen. Dabei muß betont werden, daß die EWG-Länder rein wirtschaftlich bis heute unerwartet große Erfolge vorweisen können: von 1958 bis 1963 ist ihr Brutto-Sozialprodukt um 30 % und ihre Industrieproduktion um 40 % gestiegen – in beiden Fällen ein etwa doppelt so großer Anstieg wie in Großbritannien und ein auch erheblich größerer als in den USA. Dabei hat die EWG sich im Handel mit Drittländern wirklich liberal erwiesen; die Sechs importieren heute Waren im Werte von 25 Milliarden Dollar und haben neuerdings ein Handelsdefizit von über 3 Milliarden Dollar entwickelt. Sie sind nicht »inward-looking«, wie es ihnen die amerikanische Presse, speziell in dem künstlich angeheizten »Hähnchen-Krieg« von 1963, zu attestieren suchte.

Allerdings fehlt es der EWG noch an Mitteln und Möglichkeiten, um wirksam eine gemeinsame Außenwirtschafts- und Finanzpolitik durchführen zu können. Dies jedoch ist von immenser Bedeutung sowohl für das weitere innere Gedeihen von EWG, EURATOM und Kohle- und Stahlgemeinschaft, deren Executiven demnächst fusioniert werden – als auch für die den Gemeinschaften nach außen gestellten Aufgaben.

Eine gemeinsame Finanzpolitik hätte das Ziel, inflationistische Entwicklungen in den einzelnen Partnerländern unter Kontrolle zu bringen, um schließlich zu einer europäischen

Währung zu kommen, für die eine Stabilisierung des inneren Wertes der nationalen Währungen mit entsprechendem Wechselkurs eine Voraussetzung wäre. Eine gemeinsame Außenhandelspolitik der EWG wird indessen immer dringlicher in *drei* Aspekten:

1. um den USA und zur Verbesserung ihrer Zahlungsbilanz solche Exportmöglichkeiten für den europäischen Markt zu eröffnen, die für die Erhaltung und den Ausbau eines gesunden Partnerverhältnisses sinnvoll sind,

2. um die Verhandlungsposition Europas gegenüber dem Ostblock zu stärken,

3. um eine individualisierende Entwicklungspolitik durchzuführen, indem die Industriestaaten es durch spezielle Hilfs- und Begünstigungsmaßnahmen den Entwicklungsländern ermöglichen, sich schrittweise an das marktwirtschaftliche System im Handel anzuschließen.

Man versteht, daß der betont wirtschaftspolitisch denkende deutsche Bundeskanzler Ludwig Erhard unermüdlich nach Mitteln und Wegen sucht, um bei den europäischen Sechs die »politische Kraft, das Recht durchzusetzen« zu installieren.

Der Integrations- und der Konföderations-Gedanke schließen sich auch nicht notwendigerweise aus. Der Präsident der Hohen Kommission der EWG, Professor Hallstein,

Journalisten-
treff am Michi-
gan See. Klaus
Bloemer (m)
mit seinen Kol-
legen Heath
und Allewaert.



erklärte vor dem Europäischen Parlament im Juni 1964: *Es gibt keinen Weg zur politischen Union, oder sagen wir jetzt besser, zu Europas Föderation, der um die sogenannten europäischen Gemeinschaften herumführt. Jeder Weg führt durch sie hindurch.* – Solange der Automatismus des wirtschaftlichen Europäisierungsprozesses in den Gemeinschaften (EWG, Kohle und Stahl, EURATOM) nicht gewaltsam unterbrochen wird, nimmt das Zusammenwachsen der Nationalwirtschaften in eine europäische Volkswirtschaft seinen Fortgang. Diese Vorgänge brauchen nicht etwa durch eine politische Konföderation, wie sie vom ehemaligen deutschen Verteidigungsminister, Franz Josef Strauss, in Anpassung an de Gaulle'sche Ideen vorgeschlagen wird, (Europäischer Rat der Regierungschefs zur Koordinierung ihrer Politik; Schaffung eines gemeinsamen Generalsekretariats und einer politischen Kommission, bestehend aus Delegierten der nationalen Regierungen) behindert zu werden. Wenn sichergestellt wird, daß die konföderativen politischen Gremien den wirtschaftlichen Gemeinschaften erlauben, sich weiter frei zu entfalten, wird deren Entwicklung sogar als Ferment für den beschleunigten Übergang von der Konföderation zur politischen Föderation wirken. Schließlich sind es, wie wir gesehen haben, die modernen technischen Voraussetzungen, die zum kontinentalen Zusammenschluß zwingen. Die Einschaltung einer politischen Zwischenstufe in Form einer Konföderation wäre somit nur als psychologisches Moment zu verstehen, das den Völkern und ihren Führern den geistigen Prozeß der Überwindung nationalstaatlichen Denkens erleichtert, wie Jean Monnet ihm im Februar 1964 in Bad Godesberg formulierte: »Unsere heutige Welt ist eine Welt der großen Einheiten: wir müssen in Kontinenten denken, und es muß ein Dialog zwischen Kontinenten geführt werden.« In das Gespräch zwischen den Kontinenten – oder weniger geographisch ausgedrückt: zwischen den Machteinheiten kontinentaler Größenordnung – gehört auch die deutsche Frage. Monnet drückt das so aus: »Die Vereinigung der Deutschen in der im Entstehen begriffenen Europäischen Gemeinschaft ist zur Sicherung des Friedens eine Notwendigkeit.«

Tatsache ist, daß sich der Anspruch auf Wiedervereinigung des deutschen Volkes heute am sinnfälligsten als ein europäisches Petition vortragen läßt, wenn er im westlichen Lager weithin Verständnis finden soll. Den amerikanischen Status-quo-Wünschen für die absehbare Zukunft in Europa kommt diese Formulierung zunächst einmal entgegen, ohne daß da-

bei die Bundesrepublik ihr politisches Existenz-Programm aufzugeben gezwungen wäre, als der Deutsche Staat schlechthin für die Interessen aller Deutschen zu sprechen und zu sorgen. Im Zuge einer politischen Vereinigung mit den Nachbarstaaten würde bei schrittweiser Aufgabe der nationalstaatlichen Souveränität automatisch die Rechtsposition und die Sprecherfunktion, wie sie heute von Bonn ausgeübt wird, auf die west-europäischen Bundesorgane übergehen. Die Wiedervereinigung der Deutschen als einen europäischen Anspruch schon zu diesem Zeitpunkt darzustellen, hat – außer der Beilegung des gegenwärtigen deutsch-amerikanischen Dilemmas – noch weitere Vorteile: die Partner der Bundesrepublik werden bei allen Verhandlungen über die westeuropäische politische Integration mit in die volle Verantwortung zur deutschen Wiedervereinigung gezogen; weiterhin wird der Trend zu einer späteren Ausweitung der europäischen Föderation auf die osteuropäischen Territorien westlich der sowjetischen Grenzen deutlich gemacht.

Der Forderung auf Europäisierung der deutschen Wiedervereinigungsfrage liegt eine schwer zu widerlegende Logik zugrunde: schließlich wären es ja »die Deutschen«, »die Franzosen« usw., die sich in einem neuen Staatsgebilde vereinigen wollen. Es ist also das deutsche Volk und nicht ein Teil desselben, – es ist außerdem auch die Bundesrepublik, die seit ihrem Bestehen den Rechtsanspruch besitzt, für ganz Deutschland zu sprechen – die sich mit ihren Nachbarvölkern bzw. -staaten zu einer Gemeinschaft zusammenschließen. Kann auch jener Teil des deutschen Volkes, der in einer fremden Einflußsphäre lebt, den Vereinigungsprozeß in der ersten Phase nicht mitmachen, so ist es doch selbstverständlich, daß jede europäische Union sich unzweideutig für den Einschluß aller Deutschen in die Vereinigten Staaten Europas erklären muß. Die Frage der Wiederherstellung eines Deutschlands etwa in den Grenzen von 1937 (Oder-Neisse-Problem) brauchte und sollte in diesem Zusammenhang gar nicht gestellt werden, da von einer »Wiedervereinigung der Deutschen« als europäisches Konzept, aber aber mehr von der »Wiedervereinigung Deutschlands« die Rede wäre. Die These von einer so gearteten Europäisierung der deutschen Frage dürfte bei den westlichen Nachbarn der Bundesrepublik ein positives Echo finden, nachdem gerade bei einer Meinungsumfrage in Frankreich die Mehrheit der Angesprochenen die deutsche Wiedervereinigung als wünschenswert bezeichneten.

(Fortsetzung, folgt)

Kontrovers

Über neue ökonomische Politik

Ein Streitgespräch zwischen
André Brie und Johano Strasser

Das Gespräch fand am 1. November 1996 in Berg am Starnberger See statt. Die Fragen stellten Tilman Fichter und Peter Glotz.

NG/FH: Beginnen wir damit, daß wir André Brie bitten, für unsere Leser in ein paar Sätzen seine Biographie zu schildern.

André Brie: Ich habe in der DDR Außenpolitik studiert, etwa 15 Jahre am INSTITUT FÜR INTERNATIONALE BEZIEHUNGEN auf dem Gebiet der internationalen Politik gearbeitet, das sich vornehmlich mit dem Thema Abrüstung und zum Schluß mit den globalen Problemen *Sicherheit, Ökologie* und dem *Nord-Süd-Verhältnis* beschäftigte. Ab 1987 habe ich damit begonnen, an dem Projekt *Moderner Sozialismus* mitzuarbeiten. Dann bin ich Anfang 1990 zu Gregor Gysi gegangen und habe ihm angeboten, Wahlkampf für die PDS zu machen; ich wurde Wahlkampfleiter und wurde über diesen Weg in kurzer Zeit Mitglied des Präsidiums und stellvertretender PDS-Vorsitzender. 1992 bin ich zurückgetreten wegen nicht bekanntgegebener inoffizieller Zusammenarbeit mit dem MfS, 1993 wurde ich wieder in den Bundesvorstand der PDS gewählt und leite seither die Grundsatzkommission der Partei.

NG/FH: Im PDS-Programm von 1993 wird der moderne Kapitalismus folgendermaßen definiert: »In früher unbekannter Dynamik entwickeln sich die produktiven Kräfte und das gesellschaftliche Leben in den kapitalistischen Metropolen. Diese vom Kapital beherrschte Dynamik hat einen letztlich zerstörerisch wirkenden Fortschritt gebracht.« Und nur wenige Seiten davor heißt es: »Eine neue, sozial gerechte und ökologisch verantwortbare Weltwirtschaftsordnung ist nicht in Sicht.« Mit anderen Worten: Der Kapitalismus hat in unserem Jahrhundert gesiegt und die PDS, aber auch wahrscheinlich fast alle anderen Marxisten, sind mit ihrem »Latein am Ende«. Teilen Sie diese Ansicht aus Ihrem Programm?

A.B.: Daß wir mit unserem »Latein am Ende« sind, steht natürlich nicht im Programm. Aber die Sicht teile ich in beiden Richtungen. Ich denke, daß es eine wirklich ungekannte Dynamik gibt. Im übrigen haben Marx und Engels schon im »Manifest« darauf hingewiesen. Im sogenannten Marxismus-Leninismus wurde dies aber geleugnet. Diese Entwicklungsöffnen-

heit – Produktivkräfte, Produktionsverhältnisse, also alle gesellschaftlichen Verhältnisse ständig zu revolutionieren – das erleben wir heute in neuer Qualität. Ich denke, durch den Wegfall von Barrieren innerhalb der modernen kapitalistischen Gesellschaften sind Gegenmächte geschwächt, die äußere Herausforderung durch den osteuropäischen Staatssozialismus ist weg. Und nun nimmt das eine zerstörerische oder selbstzerstörerische Tendenz an, wie Claus Koch im Heft 10 der NG/FH geschrieben hat. Eine Alternative ist zur Zeit aus vielerlei Gründen nicht in Sicht. Es gibt eine Lähmung der kapitalismuskritischen Kräfte, der Gegenkräfte, die es in dieser kapitaldominierten Gesellschaft natürlich immer gab. Es gibt die Globalisierung, eine Entwicklung, die man sehr kritisieren muß hinsichtlich der dominanten konservativen und neoliberalen Bewertung dieses Prozesses. Aber es ist auch ein realer Prozeß, der uns damit konfrontiert, daß diese kapitalistische Wirtschaft sich heute in völlig neuem Ausmaß international abspielt, und international gibt es die politischen Institutionen nicht, die den Kapitalismus im 19. Jahrhundert eingehegt haben: der Kampf um das Wahlrecht im 19. Jahrhundert, die Arbeitszeitverkürzung, gewerkschaftliche Rechte usw. Wir haben zusätzlich im Innern dieser Gesellschaften, in denen wir vorrangig handeln, in den Nationalstaaten, eine wachsende Segmentierung von Klassen, Schichten. Individualisierungsprozesse, die Chancen böten, aber heute handlungsfähige gesellschaftliche Subjekte zerstören.

NG/FH: Teilt Johano Strasser diese Analyse?

Johano Strasser: Ich bin mit vielem einverstanden. Nur an einem Punkt, glaube ich, stimmt es nicht, nämlich daß dies bestätige, was die Marxsche Lehre schon immer gesagt hat. Die Erwartung von Marx war ja, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse zu Fesseln der Entfaltung der Produktivkräfte werden und daß das die entscheidende Krise werden sollte. Davon ist aber gar nichts zu erkennen. Viele der Probleme, die Sie aufgezählt haben, Herr Brie, hängen damit zusammen, daß es offenbar nicht funktioniert mit der Fesselung des Kapitalismus und daß die Produktion eines überbordenden Reichtums auf der einen Seite, auf der anderen Seite als Rückstoßeffekt auch



André Brie: »Mir geht es nicht um Orthodoxie«

neue Gefährdungen und neue Mängel erzeugt. Was mich an der Analyse stört, ist, daß man versucht, aus einer durchaus richtigen Sicht der modernen Entwicklung ein Argument zu machen für die Orthodoxie. Das ist, glaube ich, nicht möglich. Davon sollte man sich mutig trennen. Die modernen Probleme, insbesondere wenn wir die ökologischen Probleme mit einbeziehen, sind so in der marxistischen Tradition – außer einer Reihe richtiger Hinweise, beispielsweise bei Engels – systematisch nicht gesehen worden.

Ein zweiter Punkt: Es geht ja nicht nur um Kapitalismus, sondern es geht auch um Demokratie und Sozialstaat. Ich behaupte, daß Demokratie und Sozialstaat einer anderen Logik folgen als Kapitalismus pur. Wir haben es nicht nur mit dem Kapitalismus zu tun. Das System ist nicht aus einer Logik konstruiert, sondern die Fortschrittsgeschichte, insbesondere Westeuropas und auch Nordamerikas, beruhte auf einer Mischung unterschiedlicher Logiken, zu der auch die Umverteilung von Macht, Einkommen und Besitz gehört, die Logik des Sozialstaates, die die Risikoträchtigkeit des reinen Kapitalismus abgemildert hat. Unser Problem heute liegt wohl darin, daß es in den 80er Jahren – ausgehend von den USA – eine Wiederbelebung marktliberaler Illusionen gegeben hat, die suggerieren – heute bei uns von der FDP besonders wahrgenommen –, daß eine optimale

Verteilung von Lebenschancen am besten über die Radikalisierung von Marktbeziehungen erfolgt. Dafür spricht nichts, wenn wir uns beispielsweise die Realität der USA oder auch Großbritanniens anschauen.

NG/FH: Herr Brie, was sagen Sie zu dieser Analyse?

A.B.: Mir geht es nicht um Orthodoxie. Ich weiß, daß das bei Marx sehr ambivalent ist. Mir geht es darum, im »Manifest« auf eine ungeheure Entwicklungs Offenheit der kapitalistischen Produktionsweise zu verweisen. Ich glaube, das ist schon zutreffend. Ich weiß, daß es bei Marx auch andere Tendenzen gibt. Das berührt das zweite Problem. Da komme ich natürlich aus einer Tradition, in der diese Autonomie der politischen Systeme, des Sozialstaates, der kulturellen Entwicklungen – da muß man mit Marx hart ins Gericht gehen – nicht angelegt, nicht untersucht wurde und im Marxismus-Leninismus völlig unterschätzt worden ist. Das ist genau der Punkt, der diese kapitalistische Entwicklung der letzten 100 Jahre so erfolgreich gemacht hat: die Herausbildung dieser Autonomie, das, was dort an Gegenmächten erkämpft worden ist. Genau das steht heute in Frage, wird durch Neoliberalismus, durch Marktradikalismus zerstört. Meiner Meinung nach eine törichte Strategie. Es werden damit genau die Vorzüge, die diese kapitalistische Gesellschaft unter Druck entwickelt hat, auch mit viel Einsicht Beteiligten, heute in Frage gestellt.

NG/FH: Claus Koch hat bei uns in einer literarischen Intervention gefordert, die Linke müsse den europäischen Kapitalismus verteidigen.

J.S.: Vor dem Hintergrund dessen, was beispielsweise Michel Albert in dem Buch *Kapitalismus contra Kapitalismus* geschrieben hat, kann man mit einer solchen Strategie durchaus etwas anfangen. Albert unterscheidet zwei Großtypen des Kapitalismus: den einen, den er den *rheinischen* nennt und in dessen Nähe er übrigens auch den japanischen Kapitalismus bringt und den anderen, den *angelsächsisch* geprägten. Es gibt in der Tat erhebliche Unterschiede: eine größere Langfristigkeit der Perspektive im rheinischen Kapitalismus. Auch die Versicherungssysteme, die er alle nur unter diesem Begriff subsumiert, sind im rheinischen System anders als im angelsächsischen, das doch dazu neigt, den eigentlichen Sinn der Versicherungssysteme, daß die schlechten von den guten Risiken mitgetragen werden, zu durchlöchern usw. Dennoch würde ich nicht sagen, es kommt darauf an, den europäischen oder westeuropäischen Kapitalismus zu verteidigen, weil ich nicht der Meinung bin, daß die erfolgreichen Systeme Westeuropas wirklich unter

dem Rubrum »Kapitalismus« vollständig begriffen werden können. Es kommt darauf an, die Kombination unterschiedlicher Logiken zu verteidigen: einerseits die Dynamik und Innovationsfähigkeit weitgehend freier Märkte und eines freien Unternehmertums zu erhalten und andererseits die Entschlossenheit, einen politischen Rahmen zu setzen und den Staat, die Demokratie für Ausgleichs- und Umverteilungsmechanismen zu nutzen, wie das in der sozialstaatlichen Tradition Westeuropas üblich war.

NG/FH: Ludwig Erhard hat das *Soziale Marktwirtschaft* genannt.

J.S.: Der Begriff liegt mir deswegen nicht so, weil er suggeriert, die Marktwirtschaft sei an sich sozial. Das ist sie nicht. Sie muß durch eine andere Logik korrigiert werden. Wenn das damit gemeint ist, denke ich...

NG/FH: Gelegentlich muß ja Ludwig Erhard heute – gemessen an den Neoliberalen – als »Linksradikaler« bezeichnet werden.

J.S.: Ja, das ist durchaus richtig. Seine Vorstellung war: Wohlstand für alle. Seine Vorstellung war, die Wachstumsgewinne der Wirtschaft unzuverteilen auf die Löhne – und zwar ohne Rest. Das war es, was er als Programm propagiert und – mit Abstrichen – auch praktisch betrieben hat. Das wirkt heute, gemessen an dem, was beispielsweise einige aus der FDP vertreten, tatsächlich »linksradikal«.

NG/FH: Man muß ja konstatieren, daß nur noch der Begriff *Soziale Marktwirtschaft* derzeit überlebt. In Deutschland, in der jetzigen Regierungskoalition, setzen sich immer stärker neoliberale Tendenzen durch, die eigentlich mit den Grundsätzen der *Sozialen Marktwirtschaft*, dieser Korrektur des reinen Kapitalismus, nichts mehr verbinden. Was ist darauf die Antwort der SPD, was ist darauf die Antwort der PDS?

J.S.: Ich glaube, daß die SPD im Prinzip darauf antworten muß, indem sie die sozialstaatlichen Korrekturen wieder stärker in den Blick nimmt. Dies geht nicht ohne tiefgreifende Veränderungen des Sozialstaates. Man kann nicht einfach die alten Strukturen fortschreiben. Um ein Beispiel zu nennen: In den Bismarck'schen Systemen des Sozialstaats haben wir eine fast ausschließliche Orientierung der sozialen Sicherungsleistung an der Erwerbsarbeit. Bei der Veränderung der Erwerbsbiographien, die heute nicht nur eine Frage der Frauen ist, sondern auch sehr viele Männer betrifft, muß man teilweise diese Systeme von der Erwerbsarbeit entkoppeln. Das heißt nichts anderes, als daß man von der Beitragsfinanzierung übergehen muß zur Steuerfinanzierung. Das ist einer von vielen Punkten, die notwendig sind, im Umbau des Sozialstaates. Aber im Prinzip ist und bleibt

es richtig, daß eine Marktwirtschaft nur dann *auf Dauer* effizient funktionieren kann und auch die entsprechenden Wohlstandseffekte für die Mehrheit der Menschen haben kann, wenn diese sozialstaatlichen Korrekturen da sind. Ich bin davon überzeugt, daß das heute nicht mehr im nationalstaatlichen Rahmen zu leisten ist. Wir können im nationalen Rahmen sehr viel mehr tun als die gegenwärtige Regierung tut. Aber ich glaube, daß wir uns *auf Dauer* an die Perspektive gewöhnen müssen, daß diese sozialstaatlichen Sicherungen in einem größeren Rahmen – und das heißt in Europa im EU-Rahmen – abgesichert werden müssen.

NG/FH: Ist das ein Konzept der Regionalisierung der Weltwirtschaft?

J.S.: Das ist ein Konzept der Regionalisierung der Weltwirtschaft. Ich glaube, daß das Minimum an Regulierung, das wir in der Weltwirtschaft brauchen, um die Finanzströme, um die Warenströme zu kontrollieren und so zu lenken, daß durch kumulierte Effekte nach menschlichem Ermessen keine Katastrophen eintreten können, nur dann herstellbar ist, wenn die großen Wirtschaftsregionen, von denen es zur Zeit drei, vier, fünf gibt, sich auf ein solches Minimum an Regulierung einigen. Alle Staaten der Welt in einem großen Diskussionsprozeß dazu zu bringen, sich auf ein Regelgerüst zu einigen, ist völlig unmöglich. Es geht daher nur über die Bildung von Großregionen.

NG/FH: Soll das bedeuten, daß z. B. der unter »Globalisierung« begriffene Prozeß der Verlagerung von Arbeit aus Deutschland in Billiglohnländer Südostasiens durch Regionalisierung begrenzt oder gar verhindert werden kann?

J.S.: Das ist nicht der entscheidende Punkt. Ich glaube, man kann und sollte es auch nicht prinzipiell verhindern. Es gibt ja auch ein paar gute Gründe dafür, daß andere Weltregionen eine größere Chance erhalten an der Wohlstandsproduktion teilzuhaben. Das Ärgerliche daran ist, daß die Regionen, wo es am schlechtesten steht, überhaupt nicht daran partizipieren – beispielsweise Schwarzafrika. Aber es kommt darauf an, diesen Prozeß zu gestalten und zu verlangsamen, daß er politisch gestaltbar ist. Das Problem, das wir heute haben, ist, daß wir in einen Prozeß hineingezogen werden, bei dem die Gestaltungsfähigkeit der Politik rapide abnimmt. Das heißt für Westeuropa, daß der Sozialstaat tatsächlich in Gefahr ist. Da der Sozialstaat die geheime Geschäftsgrundlage der Demokratie ist, ist dies auch eine Gefahr für die Demokratie.

A.B.: Ich will noch einmal zurückkommen auf die Charakterisierung dieser Gesellschaft. Ich

spreche im allgemeinen von kapitaldominierter Gesellschaft. Ich gehe auch davon aus, daß es in politischen Systemen – im Bereich Kultur, Bildung usw. – Autonomie gibt und Kapitaldominanz nicht unbedingt existiert. Aber ich sehe eine Tendenz, daß sich die Kapitaldominanz, die auf den Finanzmärkten und einem großen Teil der Wirtschaft eindeutig und unbezweifelbar existiert, sich auch in anderen Bereichen der Gesellschaft immer weiter durchsetzt.

Für mich gibt es beim Gehörten zwei Probleme: Erstens, bei aller Wertschätzung wichtiger Differenzen zwischen rheinischem und angloamerikanischem Kapitalismus denke ich, daß beide Kapitalismen vor tiefgreifenden Wandlungen stehen. Beide hatten als Grundlage für ihren Erfolg in den letzten Jahrzehnten die fordistische Produktionsweise. Der Kuchen, den man verteilen konnte, mit dem Massenwohlstand gesichert wurde, wuchs. Ich halte das für die Zukunft aus ökologischen Gründen nicht mehr für realistisch angesichts eines neuen Produktivkrafttyps. Es wird mit weniger Erwerbsarbeit mehr Reichtum herstellbar sein. Das ist ein Problem, das Sie ja schon in bezug auf die Sozialversicherungssysteme angesprochen haben. Wenn die Linke die Sozialstaatlichkeit, den Wohlfahrtsstaat verteidigen will, wird es darum gehen, neue Grundlagen zu erreichen. Es geht hier um Wandlungen der letzten zwanzig, dreißig Jahre. Man kann nicht nur einfach verteidigen. Das geht schief. Ich beobachte so etwas mit Hochachtung bei gewerkschaftlichen Kämpfen, aber es funktioniert nicht. Wir brauchen eine neue Grundlage. Auch die Linke muß sich den Fragen der Wirtschaft zuwenden, wenn sie die Wirtschaftsweise, wenn sie Sozialstaat und Massenwohlstand verteidigen will. Außerdem geht es darum, die soziale Seite von Marktwirtschaft in einer neuen Weise zu gestalten: Flexibilisierung von Arbeitszeit und Veränderungen in den Sozialversicherungssystemen können kein Tabu sein. Es ist bisher, um beim Beispiel Flexibilisierung zu bleiben, immer nur ein Thema der Unternehmensseite gewesen. Aber ich halte es auch im Interesse der Beschäftigten für eine große Chance, sich diesem Thema zu stellen: Samstagsarbeit oder die Akkumulation freier Zeit. Es ist auch die Frage zu stellen, ob Arbeitszeitverkürzung nicht doch einhergehen kann mit Lohnsenkung. Es geht nicht in Ostdeutschland bei dem niedrigen Lohnniveau. Es geht natürlich nicht für die unteren Lohngruppen. Aber hier muß Reichtum und Wohlfahrt neu definiert werden.

Eine These, bei der wir wahrscheinlich einen größeren Dissens haben, ist, daß es nicht einfach abgeht mit einer Stärkung von demo-

kratischer Gegenmacht gegenüber der Wirtschaft. Meiner Meinung nach sind antikapitalistische Elemente auch in die Wirtschaft hineinzubringen. Es beginnt bei ganz aktuellen Fragen, z. B. ob es nicht eine Novellierung des Bundesbankgesetzes geben müßte, die die pure Unabhängigkeit der Bundesbank aufbricht. Ob man nicht, wie Horst Afheldt vorgeschlagen hat, das Bankengeheimnis beenden sollte. Seiner Ansicht nach würde das bedeuten, daß rund 40 Prozent der Bankmittel in den produktiven Bereich – weg vom spekulativen Bereich – umgelenkt werden könnten. Natürlich geht es um solche Fragen wie die Tobin-Steuer. Ich denke, daß insgesamt ein neuer Mix an Regulation gegenüber dem Markt notwendig ist. Deswegen spreche ich eigentlich nicht von »Marktwirtschaft«. Ich halte den Markt für unverzichtbar. Aber ich halte es für problematisch, wenn Kapital und Markt das dominierende oder das fast alleinige Regulierungsinstrument in der Wirtschaft sind.

NG/FH: Was sind die Ersatzbegriffe für »Marktwirtschaft«? Wie nennen Sie das dann?

A.B.: Ich würde eine Wirtschaft sehen, die mit einer strategischen Rahmenplanung, die gesellschaftlich und demokratisch organisiert wird, mit marktinnem Mechanismen, mit normaler Marktregulierung, aber auch mit tiefen Eingriffen einen neuen Mix darstellen würde. Dann geht es um die internationale Seite. Was meiner Meinung nach am meisten fehlt, sind internationale Regulierungsmechanismen. Ich stimme dem Konzept einer Regionalisierung zu. Das ist kein Allheilmittel. Es wird einige Prozesse geben, die nur international – auch ökologisch – sinnvoll sind, erst recht in bezug auf Entwicklungschancen der sogenannten Dritten Welt. Europa wäre eine Chance, dem ungeheuren Globalisierungsdruck Widerstand zu leisten. Das wäre für mich ein Ausweg, um die großen Zerstörungsprozesse aufzuhalten.

NG/FH: *Antikapitalismus light?*

J.S.: Ich glaube, es ist nach wie vor relativ normal für Menschen, die Verstand *und* Herz haben, daß sie Antikapitalisten sind. Dies halte ich geradezu für einen Ausweis von Intellektualität und menschlicher Integrität, weil die Auswirkungen des Kapitalismus, wenn er die Gesellschaft immer mehr durchdringt, derart verheerend und mit der humanistischen Tradition nicht vereinbar sind. Es ist leicht, antikapitalistisch zu sein, es ist allerdings sehr schwer, zu sagen, was die Alternative sein soll. Ich glaube, daß es historisch ein großer Fehler war, Kapitalismus als das Supersystem aller Systeme zu sehen und dagegen ein alternatives Supersystem zu suchen und in einem revolutionären

Umschlag oder in vielen kleinen Schritten erzeugen zu wollen.

NG/FH: Sie sprechen jetzt über die zentrale Planwirtschaft...

J.S.: ...zentrale Planwirtschaft oder auch anarchistische Modelle, die ebenso global als Gegenmodell gedacht waren, das waren, glaube ich, Irrwege. Damit man nicht in die Hoffnungslosigkeit verfällt, wenn man nicht mehr glauben kann, daß der revolutionäre Donner Schlag uns von allen Übeln erlöst, ist es wichtig zu sehen, daß es diese wasserdichte Systemqualität des Kapitalismus nicht gibt. Deswegen beharre ich darauf, zu sagen, wir leben nicht nur im Kapitalismus, sondern wir leben in Westeuropa immer noch in Sozialstaaten; wir leben in Demokratien, wir leben in Lebenswelten, die durch ganz andere Werte geprägt sind als diejenigen, die die neoklassische Theorie des Kapitalismus in den Vordergrund rückt. Es scheint zu den beängstigenden Vorgängen zu gehören, daß ein Kapitalismus, der versucht, die Fesseln abzustreifen, die Wertgrundlagen, von denen er bisher auch profitiert hat und unter denen er nur funktionieren kann, zunehmend zerstören wird. In den USA gibt es mittlerweile wieder eine durchaus kritische Diskussion über den Kapitalismus. Wirtschaftswissenschaftlern fällt jetzt wieder auf, was es

bedeutet, wenn die sogenannten Interaktionskosten nach oben schießen, weil man sich nicht mehr darauf verlassen kann, daß durch verbreitete Werte Verträge eingehalten werden. Da sind Werte notwendig, um die Interaktionskosten gering zu halten, die dieser »Kapitalismus pur« (so ganz »pur« ist er ja immer noch nicht) selbst nicht produzieren kann, die er im Gegenteil selbst zerstört. Deswegen wäre ein kluger Kapitalist gut beraten, wenn er sagt: »Um Gottes willen nicht die ganze Gesellschaft mit meiner Logik durchdringen. Wir brauchen andere Logiken, lebensweltliche Logiken, sozialstaatliche Logiken, das was in der Demokratie drinsteckt«.

NG/FH: Was ist zu der konkreten Forderung von André Bric zu sagen, beispielsweise die Macht der Banken, auch der Bundesbank einzuschränken?

J.S.: Das Bankenkapital hat in Westeuropa mit dazu beigetragen, daß die Entwicklungsperspektive im Kapitalismus langfristig blieb zu einem Zeitpunkt, als es in den USA der Aktionärskapitalismus sehr stark auf kurzfristige Rendite setzte und damit Zukunftsinvestitionen in einer verhängnisvollen Weise vernachlässigte und sehr viele kritische Entwicklungen hervorrief. Insofern glaube ich nicht, daß das der vordringlichste Ansatzpunkt ist.

»Für Menschen, die Herz und Verstand haben, ist es relativ normal, Antikapitalisten zu sein.« – Strasser, Glotz, Bric (PDS) und Fichter diskutieren am Starnberger See. Fotos: Jürgen Sauer



Was die Bundesbank angeht, spricht einiges dafür, daß man eine Instanz hat, die im Prinzip die politischen Instanzen daran hindern kann, wenn es aus Gründen der Gewinnung von Massenzustimmung opportun erscheint, sich so inflationär zu verhalten, wie sie wollen. Ich bin nicht ganz sicher, ob es wirklich »das Ei des Kolumbus« ist, die Bundesbank ganz dem politischen Regime zu unterstellen.

A.B.: Das meine ich auch nicht. Meine Erfahrung ist, daß *balances of power* ein ausgesprochen unfähiges Konzept ist. Mir geht es nur um die Unabhängigkeit der Bundesbank durch Gesetz gegenüber der Politik. Wir haben ja auch ein wirtschaftliches Grundgesetz in der Bundesrepublik, das Stabilitätsgesetz von 1967, das eigentlich vier Fragen in den Mittelpunkt gestellt hat: Vollbeschäftigung, stetiges Wachstum, Währungsstabilität und äußeres Zahlungsbilanzgleichgewicht. Seit 1974 hat sich Monetarismus bei der Bundesbank durchgesetzt. Zumindest das erste Ziel – die Vollbeschäftigung – natürlich auch unter dem Einfluß von ungeheuren Umbrüchen, wird es nicht mehr geben. Dieses Ziel ist praktisch aufgegeben worden. Das kann man meiner Meinung nach nicht himmelhnen.

Ich komme auf die Finanzbedingungen zurück. Das ist ja eine Erscheinung erst der letzten zwanzig Jahre, z. B. der Entkoppelung und Entfesselung der internationalen Finanzmärkte. Tausend Milliarden Dollar pro Tag internationale Finanzströme bei nur 13 Milliarden Dollar Warenströme. Da ist sehr viel Spekulation dabei. Das schlägt sich in diesem Land nieder. Einkommen aus selbständiger Tätigkeit waren vor 10 Jahren noch ungefähr 90 Prozent aus unternehmerischer Tätigkeit und 10 Prozent aus Vermögen, heute ist es fast 1 : 1. Da kommen wir zu dem Punkt, daß zum Beispiel die Frage der Arbeitszeitverkürzung, die noch bis nach der Wende in der DDR zumindest in den Gewerkschaften eine *mainstream*-Diskussion war, heute rückläufig ist. Eine rot-grüne Regierung in Niedersachsen hat 1994 die Lehrerarbeitszeit heraufgesetzt. Inzwischen ist es schon so, wenn man das Thema einer radikalen Arbeitszeitverkürzung noch diskutiert, daß es wie ein Anachronismus wirkt. Es gibt aber keinen anderen Ausweg. Gesellschaftliche Klugheit, sogar kapitalistische Klugheit, würde eigentlich gebieten, sich nicht damit abzufinden, daß wir diese anhaltende Massenarbeitslosigkeit haben, daß wir unter dem Kosten-/Nutzen-Denken die ganze *Agenda '21* hintanstellen, daß wir uns damit abfinden, daß soziale Standards geopfert werden. Aber genau das setzt sich durch. Ich weiß, daß es utopisch

klingt, das Thema Profitdominanz – nicht Profit, nicht Unternehmerisches, nicht Kapital – in Frage zu stellen, aber die Dominanz dieses Prinzips, die muß durch Gegenmächte eingehegt werden.

NG/FH: Durch welche?

A.B.: ...eine Devisenumsatz- und Kapitalerwerbssteuer auf internationale Prozesse. Ursprünglich sollten es 0,5 Prozent sein, aber bei dem heutigen schnellen Umschlag würden wahrscheinlich schon 0,05 Prozent reichen, um hier wesentliche Veränderungen herbeizuführen. Es würde eine Zurückdrängung des spekulativen, von den produktiven Prozessen abgekoppelten Finanzbereiches bedeuten. Diese Tobin-Steuer würde natürlich verlangen, daß man ein neues Maß an Öffentlichkeit über die deutsche Bankenaufsicht hinaus herstellen würde, mit Richtung auf Aufhebung des Bankgeheimnisses. Das ist vielleicht zuviel gesagt, aber es verlangte doch deutliche Veränderungen in dieser Hinsicht.

NG/FH: Man darf sich doch keine Illusionen darüber machen: Solange es international oder europäisch keine politische Macht gibt, die so etwas durchsetzen kann, ist das alles reine Beschwörungslitrik.

A.B.: Ja natürlich geht es darum. Die Vergesellschaftung von Produktion, da bleibe ich doch mal bei Marx, hat heute ein globales Ausmaß angenommen. Aber es gibt global und international – außer im europäischen, regionalen Maßstab – keine wirksamen Regulierungsmechanismen. Die G 7 oder die Welthandelsorganisation existieren, aber sie sind embryonal. Sie werden den Ansprüchen, die notwendig wären, nicht gerecht.

J.S.: Da besteht überhaupt kein Zweifel. Das, was wir hier diskutieren und fordern, wird ja keineswegs nur von irgendwelchen Linken als Forderung erhoben. Die Tobin-Steuer und andere Dinge, die angesprochen worden sind, kommen ja von durchaus bürgerlichen Ökonomen, sehr häufig aus den USA. Es ist gar nicht so aussichtslos, daß, nachdem in den USA nun einmal der deregulierte Kapitalismus eine volle Runde gedreht hat, Bilanz gezogen wird und man feststellt, was das gebracht hat und was es auch an Zerstörungen mit sich gebracht hat. Ich erkenne in der intellektuellen Diskussion in den USA jedenfalls, daß dieser sogenannte »Casinokapitalismus« oder »Turbokapitalismus« jetzt sehr viel kritischer gesehen wird, als noch vor einigen Jahren. Es regt sich auch in der Bevölkerung Widerstand.

Im übrigen gibt es ja gar keinen Zweifel, daß die ökologische Frage uns zu Überlegungen zwingt, die auf einen tiefgreifenden Umbau un-

serer Gesellschaft insgesamt und unserer Wirtschaft hinauslaufen. Die Frage, die mich seit langem umtreibt, ist die, daß es wohl nicht zu leugnen ist – und in diesem Punkt hat Marx ja durchaus recht –, daß eine Kultur der Freiheit auf der Basis von radikaler Knappheit wohl nicht existieren kann. Es ist ja kein historischer Zufall, daß so etwas wie Demokratie sich erst dort allmählich entwickelt hat, wo die Knappheitsverhältnisse sich langsam entspannten und wo Wohlstand sich auch als Massenwohlstand entwickeln konnte. Unsere strategische Kernfrage heute heißt meiner Meinung nach: Wie können wir – als Grundlage für eine Kultur der Freiheit – einen anderen Typus von Reichtumsproduktion finden, der nicht zur ökologischen Zerstörung führt, der nicht zur stillschweigenden Voraussetzung hat, daß ein großer Teil der Welt aus der Perspektive des Fortschritts ausgeklammert wird. Denn wir wissen, daß unser Lebensstil nicht generalisierbar und nicht auf Dauer durchhaltbar ist. Wenn man darüber nachdenkt, kommt man zu Überlegungen, die möglicherweise ein sehr viel tiefer gegründeter Antikapitalismus sind als der, der sich im 19. Jahrhundert manifestiert hatte. Ich glaube, daß es drei Dinge sind, die zu einer neuen Reichtumsproduktion führen könnten. Das *eine* ist etwas, was einfach zu machen ist und was im Grunde auch durchaus in der herkömmlichen Fortschrittsrichtung liegt, das ist die Steigerung der Effizienz der Nutzung von Ressourcen. Das ist lange nicht ausgeschöpft, weil die Preisrelation beispielsweise im Energiebereich das nicht erfordert, ist die Energieeffizienz ungeheuer gering. Wir könnten sie dramatisch steigern.

Das *zweite*, wir könnten auch Wohlstand erhalten und sogar steigern, wenn wir nach menschlichen Möglichkeiten verhindern würden, daß Schäden erst eintreten. Dies ist schon schwieriger, weil große kapitalistische Unternehmen von nichts anderem profitieren, als entstandene Schäden wieder zu reparieren, Entsorgungsindustrie ist ja eine wichtige Industrie.

Das *dritte* ist wahrscheinlich das, was am weitesten geht. Ich persönlich glaube, daß es, wenn wir von den dramatischen Ungerechtigkeiten der Verteilung vorübergehend einmal absehen, keinen Sinn mehr macht, auf unserem hohen Niveau in Westeuropa und in Nordamerika den Ausstoß an Gütern und Dienstleistungen pro Kopf der Bevölkerung ständig weiter zu steigern, sondern daß die sinnvolle Reichtumssteigerung bei der Verfügbarmachung wirklich freier und frei gestaltbarer Lebenszeit liegt.

NG/FH: Es gibt aber für diese Position keine ausreichend starken Kombattanten, denn das

würde natürlich bedeuten, daß eine erhebliche Abminderung des Lebensstandards notwendig ist. Wenn man heute über die Frage diskutiert, ob man 100 Prozent Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder 80 Prozent Lohnfortzahlung hat, bekommt man die Antwort, das haben wir im Jahre 1957 erstreikt, das kommt überhaupt nicht in Frage. Dieselbe Antwort bekommt man bei 170 anderen entsprechenden Vorhaben, d.h. die Unterstützung für eine derartige Politik ist auch in der Linken de facto nicht vorhanden.

J.S.: ...noch nicht vorhanden. Das ist völlig richtig. Aber dennoch ist es wohl unabweisbar so, daß wir Fortschritt anders heute nicht mehr definieren können. Ich glaube, daß das Problem auch der sozialdemokratischen Reformpolitik heute darin liegt, daß sie eine ganze Menge mehr oder weniger vernünftiger Einzelvorschläge, aber keine wirkliche kompakte Vorstellung mehr davon zu bieten hat, wie die Menschen morgen sinnvoll leben können, wie wir eine humane Gesellschaft in Zukunft gestalten können, so daß wir uns nicht selbst das Grab graben.

NG/FH: Herr Bric, noch schärfer stellt sich diese Frage ja im Grunde an Ihre Partei, die dazu neigt, sehr populistisch bestehende Besitzstände zu unterstützen.

A.B.: Das ist ein sehr schwieriges Problem. Wenn man solche Positionen vertritt, und ich halte es für unabweislich, daß die Entwicklung in eine solche Richtung gehen muß, dann bläst einem der Wind ins Gesicht. Man ist nicht in der Lage, in Kategorien einer neuen Wohlfahrt zu denken, die sich zum Beispiel nicht mehr in ständig steigenden Löhnen und materiellen Lebensbedingungen, sondern in kulturellem und kommunikativem Reichtum und freier Zeit ausdrücken würde. Es ist unpopulär. Die Schwierigkeit ist, daß das alles auch nicht mit 51- oder 55-Prozent-Mehrheiten durchsetzbar sein wird. Es ist ja nicht so, daß Lebensstandard oder Wohlfahrt sinken sollen. Es wäre eine andere Wohlfahrt, wahrscheinlich eine viel höhere. Daß man von seinen 70 oder 80 Jahren auf dieser Erde, in einer Zeit, in der man vielen fragwürdigen Dingen hinterherjagt, tatsächlich leben könnte. Aber bevor man das erlebt, gehen wir durch eine Periode, in der man nur Verlust- und Verzichtsgefühle hat. Dann kommt Widerstand gegen solche Veränderungen. Da wären ganz andere Mehrheiten erforderlich, um diese Transformationsphase durchzustehen. Das führt dann doch an die Probleme der Funktionsweise kapitalistisch organisierter Wirtschaften heran. Die beruhen auf Wachstum und auf Beschleunigung. Wir brauchen in bestimmtem Maße eine Entschleunigung, was nicht eine

Absage an Innovationen, auch nicht technische Innovationen bedeutet.

NG/FH: Ist das nicht ein Problem, das Sie nicht einmal in Ihrer eigenen Partei durchsetzen können? Wenn ich mir die Blöcke anschau – etwa 75 Prozent Traditionsmitglieder, die geprägt worden sind in den letzten vierzig Jahren der DDR, ca. 5 Prozent junge Genossinnen und Genossen, die eher fundamentalistisch eingestellt sind, die vom Kapitalismus alles fordern und dann höchstens 20 Prozent, die wie Sie denken –, ist das dann nicht im Grunde ein Konzept, das wahrscheinlich realistisch gesehen nicht mal in der PDS mehrheitsfähig wäre?

A.B.: Mir ist klar, daß da gegenwärtig ein Wettlauf stattfindet und Erosionsprozesse schneller sind als das Ringen, solche Fragen in der PDS mehrheitsfähig zu machen. Aber es trifft, glaube ich, andere ähnlich. Zweitens, ich halte es wirklich für alternativlos. Auf diese Fragen kann man andere Einzelantworten finden, aber sie müssen gelöst werden, ansonsten werden wir das nicht überleben. Ich will keine Katastrophenszenarien malen. Aber hier sind grundlegende Veränderungen bis in die Lebensweise erforderlich, die auch eine Verabschiedung von traditionellen linken sozialen Zielen notwendig machen. Die sozialen Fragen werden in völlig neuer Weise gestellt werden müssen. Drittens, ich bin nicht pessimistisch. Es *muß* gelingen. Da liegt die Chance: die Fragen von politischen Innovationen, direkter Demokratie, Ausweitung kommunaler Selbstverwaltung, auch wieder die Frage von Gegenmächten im Bereich der Wirtschaft – traditionelle sozialdemokratische Konzepte also auf eine neue Grundlage der Partizipation zu stellen. Das müßte bis hin zu öffentlichen Aufsichtsräten gehen, in denen das Konzept der *balances of power* in einer breiteren Weise als nur zwischen Kapital und Arbeit organisiert werden könnte. Kommunen und Parlamente, unabhängige Wissenschaftler und Ökologiegruppen wären in diese Aufgabe integriert. Hier finden wir, glaube ich, eine Vermittlungsmöglichkeit zwischen der heute zersplitterten Betroffenheit der Leute in Tarifauseinandersetzungen, beim Konflikt um die Lohnfortzahlung, in der Abwasserproblematik, der ostdeutschen Problematik mit Möglichkeiten, vielleicht doch gemeinsam einen solchen Aufbruch in der Gesellschaft zu organisieren. Es *für* die Leute zu organisieren, das wird nicht funktionieren. Wenn sie nicht einbezogen sind in diese Wahrnehmungsprozesse, dann geht das schief.

NG/FH: Wie müßte die Sozialdemokratie umgebaut werden, um einige dieser Vorstellungen

in der Realpolitik durchzusetzen? Ist es nicht auch in der SPD im Moment noch so, daß eine Mehrheit da ist für die Verteidigung sozialer Errungenschaften aus den letzten 40 Jahren und neue Ideen als »linker Biedermeier« abgetan werden?

J.S.: Das ist tatsächlich so, obwohl im Grundsatzprogramm eine ganze Reihe von diesen Ideen formuliert sind. Ich predige nicht Verzicht. Ich glaube, daß die Traditionalisten, die heute die Errungenschaften aus guten Gründen meinen verteidigen zu müssen, sich auch damit abgefunden haben, daß der Weg bedeutet, immer weiter Zugeständnisse zu machen. Der Weg des klassischen Fortschritts ist heute der Weg des Verzichtes. Es ist aber ein Verzicht ohne Perspektive. Was ich anbiete zu überlegen, ist, ob wir nicht über natürlich schwierige Umstellungen und Opfer auch eine Menge gewinnen könnten, wenn wir endlich begreifen würden, daß so die Geschichte nicht weitergehen kann. Meine Frage ist: Was haben wir denn zu gewinnen, wenn wir uns auf den wirklichen ökologischen Umbau einlassen würden? Wir können mehr freie Lebenszeit gewinnen. Können wir daraus auch etwas rein existentiell an Gewinn schöpfen? Ich denke ja. Es ist nicht so, daß die einen Verzicht predigen und die anderen halten an ihrem schnöden Materialismus fest. Es ist leider so, daß die Fortschrittsentwicklung, die der Kapitalismus heute nimmt, der Mehrheit der Bevölkerung immer neue Verzichtslösungen aufzwingt – auch noch den Verzicht auf eine Sinnperspektive. Ich behaupte, daß dies ein sehr viel herberer Verzicht ist, als wenn man eher in meine Richtung geht. Ich hoffe, das irgendwann auch meiner eigenen Partei klarmachen zu können.

BERND RABEHL

Universitätsreform als Karneval?

Anmerkungen zu Dietrich Schwanitz

Gleich zu Beginn des Gesprächs läßt Dietrich Schwanitz einen Satz fallen, der seine ganze Betrachtung der Universität in die Beliebigkeit treibt. Die Grundlage aller Absurditäten des heutigen Universitätsalltags soll darin bestehen, daß die Studentenrevolte der endsech-

ziger Jahre »die Universität karnevalisiert hat«. Eine derartige Sicht ist nicht nur einseitig und deshalb falsch. Sie spart fast alle die Weichenstellungen aus, die in Reaktion von Parteien und Staat auf diese Revolte gestellt wurden und die als Bündel von Maßnahmen die Universität verändert haben zu dem »Monstrum«, das sie gegenwärtig darstellt.

Es darf daran erinnert werden, daß die »Revolte« einen historischen Schnittpunkt festlegte, der die heutige Universität und Schulbildung trennte von der alten Elite- und Ordinarienuniversität bzw. von der Gymnasialbildung der Nachkriegszeit. Eine derartige Trennung besteht auch zwischen den gegenwärtigen Verhaltensweisen und der Alltagskultur der jungen Bundesrepublik. Nicht daß die Revolteure eine neue Gesellschaft geschaffen hätten. Sie brachten allerdings grundlegende Veränderungen zum Ausdruck, die deutlich machten, daß die kulturelle Restauration nach 1945, die sich absetzen mußte von der NS-Diktatur, nicht mehr harmonisierte mit der Dynamik eines modernen Kapitalismus. Oder anders ausgedrückt: Die Bindung von Millionen von Entwurzelten, die durch Krieg, Vertreibung, Zerstörung eine neue Heimstatt suchten im westlichen Deutschland, lief vorerst über die christlichen und sozialdemokratischen Grundwerte von Leistung, Disziplin, Solidarität und Anstand. Sie waren deshalb »künstlich« und einem Gemeinwesen »aufgepfropft«, weil sie aus der Not kamen und Proklamation der neuen Parteien und Verbände waren, die dieses Teildeutschland politisch erst repräsentieren sollten. Das Experiment gelang zwar über eine »Wohlstandsgesellschaft«, trotzdem waren die Werte von Anfang an veraltet, inadäquat, Produkt des vergangenen Jahrhunderts, die sehr schnell neuen Werten und Verhaltensweisen wichen. Die nachwachsenden Generationen waren die Träger derartiger kultureller Veränderungen. Die generative und kulturelle Reproduktion der Gesellschaft gelang nicht mehr.

An allen Universitäten und Fachhochschulen erreichte 1968/69 die Studentenrevolte eine Radikalität über Streiks und Besetzungen, die die verantwortlichen Politiker zwang, unmittelbare Maßnahmen zu treffen, die alle Erörterungen und Reformvorschläge über den Haufen warfen. Zuerst galt es, der Universität die Autonomie zu rauben und sie unter die Hoheitsrechte des Staates zu stellen. Da die politischen Gruppen im Universitätssektor offensichtlich die Mehrheit der Studenten ansprachen, bezogen sich die Maßnahmen auf unterschiedliche Formen der Kooptation. Der Masse der Assistenten und Dozenten wurden Professorenstel-

len gewidmet. Die Universität wurde aufgebläht durch mittlere Lehr- und Forschungsfunktionen, um letztlich den aktiven Revolteuren eine Laufbahn zu bieten, um sie abzuhalten von der Karriere des Berufsrevolutionärs. Der Universitätsneubau wurde als doppeltes Konjunkturprogramm betrachtet. Es gab der Bau- und Betonwirtschaft antizyklische Nachfrage. Es verpflanzte in wirtschaftliche Notregionen den kräftigen Mittelstand der Universitäten, die hier ihr Geld ausgaben und immer auch Beschäftigung brachten. Außerdem wurde den Facharbeitern und dem unteren Mittelstand, der Wählerklientel der Parteien der Sozialliberalen Koalition, Zugeständnisse gemacht. Ihren

DER SINN DER SINNE INTERNATIONALER KONGRESS 30. JANUAR BIS 2. FEBRUAR 1997

Seit 1993 geht das Forum der Kunst- und Ausstellungshalle in einer Kongreßreihe der Frage nach der Zukunft der Sinne nach. Sie findet nun in dem viertägigen Kongreß „Der Sinn der Sinne“ ihren Abschluß. Über 30 Fachleute aus dem In- und Ausland werden sich in Vorträgen, Diskussionen und Aktionen mit den Deutungen und Bedeutungen der Sinne auseinandersetzen:

Marc Augé, Louis Bec, Klaus-Ernst Behne,
Olaf Breidbach, Heinz Brüggemann,
Michael Diers, Hinderk M. Emrich,
Andreas K. Engel, Anne Friedberg,
Josephine Grieve, Francis Heylighen, Dietmar Kamper, Sybille Krämer, Geert Lovink, Thomas Macho, Hans Moravec, Max More, Oskar Negt, Heiko Neumann, Nancy Paterson, Martin Pawley, Hans Ulrich Reck, Florian Rötzer, Richard Sennett, Sigrid Weigel u.a.

iii **KUNST- UND AUSSTELLUNGS-
HALLE DER BUNDESREPUBLIK
DEUTSCHLAND • INFORMATIONEN
(0228) 9171-236, FAX (0228) 234154**

Töchtern und Söhnen wurden die Pforten der Universität geöffnet.

Später wurde der Zugang sogar noch erweitert, um die Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Durch derartige konjunkturelle Maßnahmen wurden die Universitäten aufgeblüht und ausgebaut. Politischer Pragmatismus und Opportunismus waren vorherrschend, nicht jedoch die Sichtweise von abwägenden Reformern. Erst als durch die paritätische Mitbestimmung der einzelnen Funktionsgruppen die Universitäten unregierbar schienen, wurden über eine Verfassungsklage die Professoren in ihre Ordinarienfunktion wieder eingesetzt. Sie sollten jetzt die Ordnungs- und Entscheidungsträger der Universität sein. Sie besaßen allerdings oft nicht die Qualifikation dazu. Die Lehre entfernte sich immer stärker von der akademischen Berufsausbildung, und die Forschung trennte sich mehr und mehr von den gesellschaftlichen Bedürfnissen. So entstand ab Mitte der siebziger Jahre die staatlich festgelegte Massenuniversität, die gerade auch nicht über die Professoren an Format gewann, sondern Objekt war von unterschiedlichen Experimenten, die teils von den zuständigen Ministerien, teils von den einzelnen Parteien in Gang gebracht wurden.

Kritische Universität oder Agitprop-Theater?

Chaotisiert wurde jetzt diese Bildungsanstalt auch von studentischer Seite. Sie war zu Revoltezeiten angetreten, die »kritische Universität« hineinzutragen in die einzelnen Fachbereiche, um zu gewährleisten, daß die 1933 verbotene und verbrannte Literatur und Wissenschaft eine späte Anerkennung fand. Dadurch sollte auch die politische Verantwortung der akademischen Intelligenz aktualisiert werden. Diese »Politisierung« der Universität sollte geschehen über einen »kritischen Marxismus«, der so etwas sein sollte wie eine Leittheorie bzw. Philosophie aller Wissenschaften. Dieser Aufgabe war der Marxismus nicht gewachsen. Er konnte weder die neuen Erkenntnisse der Natur noch die der Medizinwissenschaften kommentieren und gewichten. Er war außerdem unfähig, über die politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse zu befinden. Er wurde Einfallstor für die unterschiedlichen Ideologien und machte Teile der Sozialwissenschaften sogar unfähig, Realitäten in Ost und West zu erfassen. Der innere Zerfall der studentischen Revolte in unterschiedliche Gruppen und Sekten und der Einstieg neuer Studentengenerationen und Karriereträger spaltete die Studenten-

schaft, entpolitisierte sie und machte sie unfähig, irgendeine Rolle an der Universität zu finden. Jährlich stattfindende Studentestreiks wiederholten lediglich die Revolte als Agitprop-Theater, mystifizierten sie und sorgten für die wachsende Distanz der Studenten zur politischen Verantwortung.

Die Überforderung der Professoren, die unklare Position des Mittelbaus und die Asozialisierung der Studentenschaft, immer auch getrieben durch die Einfältigkeiten der Politik, sorgten für einen »permanenten« Karneval, der die Universität trennte von einer Wissenschaftsrevolution, die alle Wissenszweige, Fachbereiche und akademischen Berufe erfaßte. Das passierte jedoch in den achtziger und neunziger Jahren. Der wirkliche Skandal der deutschen Universität ist darin zu suchen, daß schier unbemerkt blieb, daß die neuen Informationstechnologien mit dem Ausbildungsstand akademisches Wissen entwerten und daß gerade im mittleren Bereich von Management, Planung, Konzeption, Koordination wissenschaftliche Arbeit überflüssig gemacht wird. In diesem Bereich werden in den nächsten Jahren ca. 60 % der Positionen abgebaut. Das betrifft Soziologie oder Rechtswissenschaften genauso wie Mathematik, Maschinenbau oder Medizin. Die Ferne zur Forschung und zur Übersetzungsarbeit der neuesten Erkenntnisse für alle Wissenszweige und die Distanz zu akademischen Berufen machen alle Universitäten zu riesigen Museen, die vielleicht noch Jugendlichen oder alten Damen und Herren in der skurrilen Rolle von Studenten und Professoren Beschäftigung bieten, Spiele für Hobby und Muße, eine Art Selbstinszenierung, die jedoch kaum noch Bezüge haben zu Wirtschaft, Dienstleistung und Beruf.

Deshalb treffen die Überlegungen von Herrn Schwanitz nur die Phänomene einer dysfunktionalen, beliebigen, ineffektiven Universität, die auf vielfältige Art und Weise den Anschluß verpaßt hat bzw. verpassen sollte. Sie ist heute im Kern verrottet. Wären nicht die privaten und staatlichen Forschungsanstalten bzw. einzelne Lehrstühle, die sich abgekoppelt haben vom Studienbetrieb und Forschung betreiben können als Sonderanstalt innerhalb der Universität, so hätte die Technik- und Industriegesellschaft Deutschland längst ihren Forschungs- und Entwicklungsmotor verloren. Aber vielleicht soll es so sein, daß die Universitäten gehalten werden als Bewahranstalten für Arbeitslose und daß sie nur in kleinen Ausschnitten Rekrutierungsfeld sind für die außeruniversitären Forschungsinstitute. Trotz dieser Eindeutigkeiten bleibt guter Rat teuer, denn eine derartige Massenuniver-

sität mit ihren Verformungen und unzähligen Privilegien und Beamtenstellen ist nicht kurzfristig abschaffbar, nicht einmal reformierbar. Die Politiker flüchten in das Kalkül der Sparmaßnahmen und wollen der Universität die Selbstregulierung und Kürzung überlassen. Das führt zu Chaos. Faulle und sinnlose Kompromisse werden gefunden werden.

Verkleinerung des Massenbetriebs

Wichtig wird deshalb sein, den unproduktiven und unübersichtlichen Großbetrieb zu verkleinern in Gestalt vieler Einzeluniversitäten oder Massenuniversitäten, die gebildet werden über eine Vielzahl von Forschungsinstituten und Lehranstalten. Forschungs- und Lehrschwerpunkte können dabei helfen, Zielsetzungen zu finden und den institutionellen Rahmen abzustechen. Ohne die Interdisziplinarität der einzelnen Fächer kann eine Teiluniversität nicht existieren. Sie ist bedeutsam für die Berufsorientierung und für den gesellschaftlichen Bezug. Derartige Teiluniversitäten oder Universitätsbereiche brauchen für die Leitung die doppelte Koordination von Management und Professionalität in Forschung und Lehre. Der Abbau von Berufsbeamten wird Vorrang haben, um jüngeren Zeitangestellten eine Chance zu bieten und um Zusammenhänge herzustellen zwischen Teiluniversität und gesellschaftlichen Zusammenhängen. Auch der Zugang der Studenten sollte geregelt werden über Aufnahmeprüfungen, um all jene fernzuhalten, die letztlich gar kein Interesse haben an Forschung und akademischer Ausbildung und die sich nicht für bestimmte Erkenntnisse und Themen interessieren. Um zu vermeiden, daß eine derartige Universitätsanstalt reduziert wird auf pure Betriebswirtschaft, wird die Mitbestimmung aller Funktionsträger über den Betriebsrat von Nöten sein. Ein solcher »Teilbetrieb« kann für Drittmittel sorgen. Er kann sich außerdem einer jährlichen Evaluation stellen. Der Staat kann sich kaum aus der Verantwortung lösen, ihn zu finanzieren. Privatuniversitäten können jeweils nur Impulse setzen für eine Rationalisierung und Umorganisation der Universität. Sie stellen keineswegs die Alternative. So wird auch in Deutschland eine Hierarchie von Universitäten entstehen, die teils hervorragende Ausbildung bieten, teils gut oder schlecht sind bzw. im alten Trott verharren. Für alles muß bezahlt werden, auch für die Ausbildung. Deshalb dürfen Studiengelder oder Gebühren kein Tabu sein. Allerdings muß gewährleistet sein, daß die Stipendien oder Darlehen diese »Kosten« berücksichtigen.

Kultur

CHRISTIAN JÜRGENS

Festmahl des Teufels

Ein Kartenspiel – als Entgegnung auf S. Löfflers ZEIT-Debüt

*Beschäftigt sich der Teufel jemals mit etwas anderem als mit dem Teufel?
(Michel Serres, Der Parasit)*

Von Zeit zu Zeit, meint Mephisto, sehe er den Alten ganz gern. Mit Gott kann man zwar nicht lachen, aber trefflich um Menschen wetten. Der Teufel will seinen Spaß haben, und sei es nur, indem er Gott in ein Spiel verstrickt. Bei Büchner wird aus der Wette ein Kartenspiel. Die Welt, meint der Narr Valerio, sei ein Wirtshaustisch »und wir liegen darauf wie Spielkarten, mit denen Gott und der Teufel aus Langeweile eine Partie machen«. Den Theologen war es immer ein Skandal, daß der Teufel die interessanteste deutsche Bühnenfigur ist. Der Teufel ist naturgemäß nichts als das Verbotene und Böse. Also ist er der Spaß und der Genuß. Es ist endlich an der Zeit, den Teufel zu rehabilitieren: Hätte er Eva nicht überredet, von den Äpfeln zu naschen, wären wir heut noch Tiere in paradiesischer Langeweile, sagt Hegel.

Der Teufel ist eine Figur der Zeitlichkeit. Er läßt den Menschen die göttliche Ewigkeit gegen die Diesseitigkeit eintauschen. Wer wie *Faust* einen Pakt mit dem Teufel schließt, der will alles haben und zwar sofort. Letztlich ist Faust ein Drama der Endlichkeit, der Zeit und der Übereilung. Wenn nun gegenwärtig überall der Ruf nach Ethik laut wird, ist es dann nicht an der Zeit für eine *diabolische* Gegenwartsdiagnostik?

Spielen wir für den Moment die Zeitdiagnose als Kartenspiel: das alte Spiel von Gott und Teufel, Gut und Böse, mit zwei Karten. Im Spiel ist erstens eine Dame, »eine schöne Dame mit einem riesigen Lebkuchenherzen« (Büchner), die gerade das Feuilleton der ZEIT übernommen hat, und zweitens ein böser Bube, der den schwarzen Peter gibt. Und während Sigrid Löffler das »Ende der Spaßkultur« verkündet, ist Harald Schmidt deren exponiertester Vertreter.

Die Wochenzeitung ZEIT geriet in letzter Zeit in den Ruf, etwas antiquiert und langweilig zu sein. Die Leser liefen ihr davon. Als Trumpf zog man eine neue Feuilleton-Chefin aus dem Ärmel. Sigrid Löffler verkündete in ihrem ersten großen Artikel vom 29. 11. das Programm, wie

sie ihr Feuilleton zu gestalten und Leser zu gewinnen sucht. Zunächst ihr Fazit: Es habe sich »ausgewitzelt« mit der Spaßkultur der 80er Jahre. Die ästhetisierte Alltagsgesellschaft sei der Spiele müde und werde die Verantwortung neu entdecken. In der Konsequenz werde das Feuilleton wieder eine ernste »Erdung« bekommen und ethische Projekte auf seriös diskursiver Basis verfolgen.

Sieht man mal davon ab, daß es vielleicht etwas kühn ist, einen biographischen Einschnitt (Übernahme des Feuilletons) gleich zu einem epochalen (Ende der Spaßgesellschaft) zu stilisieren, so fällt vor allem auf, daß es sehr dürftig ist, als einziges Indiz für das Ende der Spaßkultur ein einziges Buch anzuführen (Michael Roes' *Leeves Viertel – Rub' Al-Khali*). Nicht nur im Talkshow-Kult des Massenmediums Fernsehen, auch auf dem Buchmarkt haben Publikationen zum Genuß und den Sinnen, zu Mode, Kochen und *Self-Fashioning* Konjunktur. Die Welt, so meinte Peter Sloterdijk unlängst, sei heute weniger denn je alles, was der Fall ist, sondern alles, »womit wir auf Teufel komm raus experimentieren«. Es bleibt für den Moment festzuhalten, daß die zerr ihr Teufelchen namens Spaßgesellschaft gefunden hat und eine Erlöserin namens Ethik. Wir haben, so glauben wir, die Theologie noch nicht verlassen.

Überall wird der Ruf nach Ethik und Moral laut. Besonders bei der Linken. Auch die SPD rief bei ihrem Versuch einer Verjüngungskur auf dem Kölner Parteitag, die in den Medien ein bißchen wie ein Kinderkarneval wirkte, laut danach. Die Altlinken in der SPD beispielsweise haben auch eine Teufelsvision. Die heißt globalisierter Kapitalismus. Und die neuen Altlinken, die den Part der zornigen Jungen gaben, trugen in Köln rote Schlapperpullis und die Erlösungshoffnung des Ausstiegs vor, indem sie brav die sozialistischen Parolen von vor zwei oder drei Jahrzehnten nachbeteten. Was uns verwunderte, war nur, daß die alten Texte so authentisch aufgesagt wurden. Immerhin hatte man auch Spaß: Nach getaner Arbeit unrauten rote Groupies den Oskar auf dämonisch beleuchteter Parteitagsschuhne. Kameraraschwenk. Ein leerer Sitzungssaal im Neonlicht.

Links und rechts, das war einmal das Spiel von leicht und schwer. Links und modern sein, das war der Versuch, an einem Erleichterungsprojekt teilzunehmen, das die Schwere des Daseins abwarf. Rechts hingegen war man davon überzeugt, daß Menschen nicht nur an etwas sterben, sondern ab und zu auch für etwas. Die linke Leichtigkeit hat sich verflüchtigt. Geblieben ist, so scheint uns, die Moralisererei.

Ethik und Moral sind Orientierungshilfen und Sinngewinnungsstrategien in einer komplexen Welt. Der ethische Reflex entsteht aus Hilflosigkeit. Der Teufel wird aus der Langeweile, Gott aber aus der Orientierungslosigkeit geboren. Nur kann man komplexe beispielsweise ökonomische oder medientechnische Zusammenhänge nicht moralisch, sondern nur analytisch beurteilen, weil sie nicht moralisch funktionieren. Ethik und Moral scheinen hingegen zu den Worten zu gehören, deren bloßes Aussprechen ein zivilisatorisches Hochgefühl bereitet. Der ethische Blick verschafft die narzißtische Befriedigung, sich selbst für etwas besser zu halten als den anderen. Wer da nicht mitspielt, wird sofort verteufelt. Es folgt noch immer kein Fazit. Um die Verwirrung zu lösen, muß zuvor noch der Narr auftreten.

Im Jahr 1587 erschien in Frankfurt ein *Faust*-Buch eines anonymen Verfassers. Über den Umweg nach England, wo Marlowe den Stoff dramatisierte, kam das Motiv vom Streit, den Gott und Teufel um das Schicksal des Faust ausfechten, wieder nach Deutschland. Da den Deutschen der Stoff sich schwer vermitteln ließ, wurde als eine Art Conférencier der »Hanswurst« erfunden, der durch das Stück führt. So kam *Faust* als Puppenspiel auf die Jahrmärkte und so lernte Goethe es kennen.

Augenscheinlich bedarf es des Hanswurstes als eines Mediums, das den Konflikt erklärt. Der Hanswurst in unseren Spielchen ist natürlich Harald Schmidt, dessen Show sich jüngst zum ersten Mal jährte. Für die Kulturkritiker, die die individualistische Spaßkultur verfluchten, hat *Dirty Harry* sich als ein ganz geeigneter Dämon erwiesen, zynisch, hedonistisch, dekadent. Aber wer Schmidt heißt, kann nicht der Teufel sein, nur der Hanswurst. Nach einigen Anlaufschwierigkeiten verwirrte Schmidt die Kritiker seiner Show mit politischen Unkorrektheiten, ausländer- und frauenfeindlichen Witzen. Ist Schmidt ein Rassist? In Bret Easton Ellis' Roman *American Psycho*, den Schmidt in einem SPIEGEL-TV-Interview als sein Lieblingsbuch preisgab, gibt es eine wunderbare kleine Sequenz, in der Bono, der Sänger der Band U2, während eines Konzerts zum psychopathischen Massenmörder Pat Bateman sagt: »Ich bin der Teufel, und ich bin wie Du«. Der kleine Satz birgt das Geheimnis der Schmidt-Show in sich: Es ist völlig unsinnig zu fragen, ob Schmidt wirklich ausländer- und frauenfeindlich ist, weil seine Show programmatisch nicht als Antwort auf diese Frage, sondern als diese Frage selbst funktioniert. Sie wirft so den Betrachter zurück auf seine eigenen Phantasmen und sein

eigenes obszönes Genießen. Ich bin der Teufel, und ich bin wie Du.

Mitleid, Moral und Kulturkritik kommen bei Schmidt nur noch als parodistische Effekte einer Unterhaltungsshow vor. Was Schmidt in seinem virtuosen Spiel mit den Zensurmechanismen der *political correctness* zeigt, ist, daß Kulturkritik und Ethik längst integrale Bestandteile des Medienspiels sind. Medien inszenieren den Skandal und *zugleich* die Betroffenheit darüber. Die Bußprediger des Kapitalismus und des Spaßes verdienen selbst gut am schlechten Gewissen von Konsum und Genuß. Und anders als die Kulturkritiker, die meinen, aus einem vermeintlichen authentischen Außen die von sex, crime und Spaß barbarisierte Gesellschaft zu kritisieren, spielt Schmidt sein dekodierendes Spiel mit der Medienlogik aus dem Inneren der Medien heraus. Schmidt, der bislang noch jede Sendung exekutierte, ist ein Parasit, der alle Kanäle blockiert, ein Joker, der alle Farben annehmen kann. Der Hanswurst spielt sein Spiel mit dem Teufel und zeigt parodistisch, daß die Kritik an der zeitgeistigen Spaßkultur selbst ein Zeitgeistphänomen und ein Medientrend ist. Moral und Ethik sind von den Medien konditioniert. *Das Ende der Spaßkultur wird deshalb immer nur und immer wieder im Rahmen des Medienspiels, d. h. der Unterhaltungsindustrie verkündet werden.* Wie tauglich diese Verkaufsstrategie ist, wird sich erweisen. *Sex and crime sells.* Ethik verkauft sich vielleicht auch.

Ohne den Teufel funktioniert gar nichts. Ohne ihn kann man sich nicht mal die Seele retten lassen. Nun wollen wir der ZERR und Sigrid Löffler ja gar nichts Böses. Vielleicht ging bei Löffler nur der erste Versuch daneben. »Und hüt' mich wohl, mit ih(r) zu brechen«.

Nur, wenn es so wäre, daß uns wieder die pädagogische Aufklärungspostille und das Feuilleton als moralische Schaubühne erwartete, so würde uns das nicht nur langweilig und unkreativ erscheinen, sondern auch ärgerlich. Ist es nicht ein deutsches Mißverständnis, Literatur und Kultur immer wieder mit Erbaulichem und Bildendem zu verwechseln? »Bin die Verschwendung, bin die Poesie«. Neben Schillers himmelblauem Idealismus gibt es schließlich auch immer eine Literatur des Krieges bei Kleist, eine Poetik des Phantastischen bei Hoffmann und Büchners Protokolle des Wahns, der Politik, der Liebe und der Gewalt.

Wagen wir eine letzte Definition: *Literatur ist der Versuch, ein Festmahl mit dem Teufel zu feiern.* Wer sich als Feuilletonist zum Teufel an die Tafel setzt, das wußte schon das Faust-

Buch des 16. Jahrhunderts, der hat mit zwei Varianten zu rechnen. Entweder sind all die köstlichen Speisen und Getränke nur Gaukelei und Blendwerk, oder aber sie sind gestohlen und geklaut. In jedem Fall ist es Teufelswerk, weil man nie etwas Authentisches bekommt. Das Gastmahl mit dem Teufel ist kein Abendmahl, etwas Substantielles gibt es hier nicht zu beißen. Der Teufel gewinnt die Partie also immer. Michel Serres, der ihm gleich ein ganzes Buch widmete, resümiert das Festmahl des Teufels: »Worte, mit denen Sie sich einschläfern können. Kein Brot für die Armen, keine Liebe für die Menschen, kein Wein für die Feste, nichts, immer nichts, Wind, nichts als Wind. Die dort geben ihnen nie etwas, sie behalten alles für sich, sie werden nie etwas geben, nicht einen Bissen, nicht ein Glas, nicht das mindeste, nur Worte, nichts als Worte«.

SIBYLLE PLOGSTEDT

»Wir sind das schlechte Gewissen der Bevölkerung«

Vor zwanzig Jahren wurde die »Charta '77« gegründet

Wie die Zeit vergeht. Gestern waren sie noch die Helden im Kampf um die Menschenrechte, hatten jahrelang mit Knast für ihren Einsatz gezahlt und 1989 schließlich die samtene Revolution in Prag bewirkt, und heute, nur 7 Jahre später, sind sie bei uns schon fast wieder vergessen.

In Prag ist das nicht anders, wenn auch aus anderen Gründen. Die Menschenrechtler von einst, die im Samizdat Dokumente, Bücher und Zeitschriften herausgaben und die Zustände in der Tschechoslowakei dokumentierten, die von Partei-Medien nur im sozialistischen Playback geschönt erschienen, werden nicht gefeiert. Dabei hatten sie unter höchstem persönlichen Risiko ökologische Katastrophen, wirtschaftliche Fehlplanungen recherchiert, die von der Regierung in Helsinki unterschriebenen Menschenrechte fürs eigene Land propagiert und kontinuierlich über die Lage der politischen Gefangenen berichtet. Ihr Mut ist heute keiner offiziellen Würdigung wert. Auch der 25. Jahrestag von 1968 ist in Prag übergangen worden. Die Aktivisten von einst bleiben sich treu, geben selbst einen Sammelband zum Jahrestag

der Chartagründung heraus. Später einmal wird der 1. Januar 1977 in den Geschichtsbüchern neben den Jahren 1956, 1968 und 1989 seinen Platz finden, dann, wenn die Prager ihre Aversion gegen die Väter und Mütter ihrer »samtenen Revolution« verloren haben.

»Wir sind das schlechte Gewissen unserer Bevölkerung«, erklärt die Sozialwissenschaftlerin Jiřina Šiklová von der Prager Karlsuniversität den Stimmungsumschwung. »Wir sind für die Leute ein lebendiges Beispiel, daß es möglich war, etwas gegen das Regime zu machen, statt sich zu unterwerfen à la: ›Maul halten und weiter dienen. Und aus diesem Grunde gibt es unterschwellige Aversionen gegen Leute, die Dissidenten waren.« Beliebt seien heute schon wieder Politiker wie der Industrieminister Vladimír Dlouhý, der von sich sage: »Ja, ich war Mitglied der Partei, aber ich habe nicht an das Programm geglaubt. Ich war nur in der KPTSČI, weil es gut für meine Qualifikation war und weil ich ins Ausland fahren wollte.«

Unmittelbar nach der samtenen Revolution Ende November 1989 war das anders. Die Charta hatte das Milieu für die konstruktive Machtübernahme vorbereitet, und es gab genügend Menschen, die ihr übel nahmen, daß das System in Scherben ging. »Natürlich haben eine große Zahl von Leuten, die von dem kommunistischen Regime profitiert haben, versucht, die Wertschätzung, die die Charta genoß, kaputt zu machen. Da kamen Pamphlete heraus, daß die Charta in Verbindung gestanden habe mit dem KGB, dem Mossad, mit dem CIA und den Freimaurern, und daß in der Charta alles Juden wären. Solche Angriffe des politischen Boulevard haben genügend Leute beeinflußt«, berichtet Petruška Šustrová, einst Sprecherin der Charta.

In Hetzkampagnen einigten sich kommunistische Boulevard-Blätter und ganz rechte Medien auf die Charta-Leute. Manche dieser Artikel führten zu Übergriffen. Der einstige Charta-Sprecher Jaroslav Šabata wurde fünf Monate nach der Wende von einer antikommunistisch fanatisierten Gruppe tätlich angegriffen. Petr Uhl, langjähriger Dissident mit neunjähriger Haft, bekommt regelmäßig Drohbriefe, weil er '89 auf dem Höhepunkt der samtenen Revolution einer gezielten Fehlinformation der tschechoslowakischen Staatssicherheit über den Tod eines Studenten aufsaß und öffentlich verbreitet hatte. Dafür kam er sogar noch einmal kurz ins Gefängnis. »Ich weiß, daß wir von diesen Leuten nicht geliebt werden«, seufzt Hanka Šabatová. Seit Jahrzehnten gehören solche Feindseligkeiten zu ihrem Leben.

Einen Teil des Sympathieverlustes haben sich die Chartisten allerdings selbst zuzuschrei-

ben. »Anfangs haben sich noch alle an die Chartisten gewandt, aber das war voreilig, denn es gab von unserer Seite auch Fehler und Irrtümer«, erzählt Petruska Šustrová. Tapferkeit und Integrität des einzelnen bedeuten noch nicht, daß jemand ein guter Minister oder Botschafter wird. Dazu gehören noch andere Begabungen.

»Sie hatten eine ambivalente Beziehung zur Macht«. Darin liegt nach Ansicht der Soziologin Jiřina Šiklová der Hauptgrund für den Machtverlust nach der samtenen Revolution. »Auf der einen Seite haben sie gewußt, daß sie für jede Änderung der Politik die Macht übernehmen mußten. Sobald sie aber in politischen Positionen waren, wurden viele von ihnen unsicher. Mir erklärten neue Mandatsträger zum Beispiel immer wieder, warum gerade sie im Parlament seien. Ich sagte dann: ›Mein Lieber, warum erklärst du mir das? Wenn ich ein Interesse gehabt hätte, im Parlament zu sein, hätte ich ja auch die Möglichkeit gehabt. Ich habe nichts dagegen, daß du im Parlament bist. Jemand muß es ja machen. Darauf kam in der Regel zurück: ›Ja, du hast recht, jemand muß es machen. Aber warum denn ich!‹ Das wirkte lächerlich, aber es war auch psychologisch interessant, das zu sehen.«

Ein zweiter Grund für den Machtverlust eines Teils der Chartisten dürfte eine Folge der politisch verfügten Berufsverbote sein, die ja zwangsläufig eine Dequalifizierung nach sich ziehen. Einige Intellektuelle waren schon kurz nach 1968 aus ihren Berufen herausgedrängt worden, arbeiteten als Heizer, Putzfrauen oder in Schwimmbädern. Auch Jiřina Šiklová hat erst eine Weile in der Karlsuniversität, später in der Nationalbibliothek geputzt, um mit viel Mühe schließlich einen Job als Sozialarbeiterin in der Gerontologie zu ergattern. Die erzwungene Dequalifizierung hatte bei vielen eine zerstörerische Wirkung auf die Arbeitsmoral, die nicht mit dem Tag der samtenen Revolution wieder hergestellt war.

Unterschiedliche Repression

Jiřina Šiklová hat diesen Verlust an Arbeitsdisziplin schon während der Illegalität beobachtet. Damals war sie für die Transporte von Manuskripten und Nachrichten ins Ausland zuständig, von wo die gedruckten Werke in Paketen von 200 kg in Hohlräumen von Truckern zurückkamen. Entwickelt und gebaut waren diese LKW ursprünglich für den Waffenhandel mit Nordirland, für die Frauenforscherin ein besonders gelungenes Beispiel einer Konversion von kriegerischen in geistige Waffen. Natürlich mußten für

diese Transporte präzise Verabredungen eingehalten werden. »Ich hatte die Verbindungen, und die Daten standen fest, wann jemand zu uns kam und mit den Manuskripten oder den Nachrichten ins Ausland fuhr. Ich kann noch heute an unseren Politikern zeigen, wer damals die Termine einhielt. Einige kamen sehr pünktlich, aber im letzten Moment. Zum Beispiel Jan Ruml. Er kam völlig verschwitzt, sah schrecklich aus und war sehr müde. Aber er erfüllte es. Havel hatte dafür seine Leute, seine Manuskripte wurden durch seine Frau Olga oder den Bruder Ivan gebracht. Es wäre auch zu gefährlich gewesen, wenn er selbst hier erschienen wäre. Andere wie Jiří Dienstbier kamen und sagten (bzw. wir schrieben damals wegen der Mikrofone): »Es ist schon zu spät, schade! Ich komme zum nächsten Mal wieder.« Ich denke, daß diese innere Disziplin heute sehr wichtig ist für die politische Arbeit.« In der Politik halten konnten sich nur die, die diese Disziplin erfüllten.

Daß auch psychische Beschädigungen aus der Gefängniszeit eine Rolle gespielt haben könnten, müßte in Prag erst noch untersucht werden. Aus Studien über Traumata weiß man, daß zum Beispiel KZ-Opfer unter Streß schnell versagen. Angst, Nervosität, reduzierte Arbeitsfähigkeit und Ausdauer, sind häufige Symptome. Manche Krankheiten und psychische Störungen werden erst nach Jahren sichtbar, wenn die Kraft aufhört, die Folter zu verdrängen. Menschen, die Traumata erlebt haben, steigen sozial ab, während andere aufsteigen. Vielleicht ist das einer der tieferen Gründe, warum so viele Lichtgestalten der Revolutionen mit ihren hohen utopischen Menschheitszielen so selten eine Chance hatten, diese selbst durchzusetzen.

Dennoch: Es gibt genügend Chartisten, die bis heute durchgehalten haben. Petruška Šustrová rechnet vor: »Wenn wir von den grob 12000 Charta-Leuten und den Mitgliedern unabhängiger Bürgerbewegungen hundert finden, die im öffentlichen Leben wirksam sind, und das in Vergleich zu 10000 anderen Menschen aus der normalen Bevölkerung setzen, dann ist das ein anständiger Erfolg.« Natürlich: Jan Ruml ist Innenminister, Vaclav Havel ist Präsident, unter den Botschaftern gibt es Charta-Leute und Mitglieder von unabhängigen Bürgerbewegungen.

Und doch haben einige der Chartisten ihre Funktion eingebüßt, die Frauen nämlich, Petruška Šustrová zum Beispiel die der stellvertretenden Innenministerin. Sie schlägt sich als freie Journalistin und Übersetzerin durchs Leben. Übergangsgelder für ehemalige Minister und Staatssekretärinnen werden in Prag nicht gezahlt. An der Spitze der Ministerien gibt es



Jiřina Šiklová, 1989

Foto: Josef Snobl

keine Frauen mehr, lediglich zwei stellvertretende Ministerinnen sind übriggeblieben. Im Prager Parlament sitzen heute zwar 17 Prozent Frauen – der größte Teil gehört zu den Sozialdemokraten und zur kommunistischen Partei. In den konservativen Reform- und Regierungsparteien wie der ODS oder der ODA sind Frauen zu einer fast unsichtbaren Größe geschrumpft. Manche der in der Opposition bekannten Frauen sind in andere Bereiche gegangen. So leitet Dana Němcová den noch von Olga Havlová gegründeten unabhängigen »Rat des guten Willens«, der sich um Wohltätigkeit kümmert, Libuše Šilhanová ist Vorsitzende des Helsinki-Ausschusses. Immerhin erhielten in den Senatswahlen im November 1996 die Frauen neun von 81 Sitzen.

Bislang ist die Frauenquote in Prag tabu, weil es früher keine parlamentarischen Rechte, dafür aber Quoten gab: Quoten in den Betrieben und in der Produktion, Quoten von Bauern, Arbeitern, Künstlern und Intellektuellen im Parlament. Die Kritik, daß Frauen so unterrepräsentiert sind, formiert sich. Šustrová dazu: »Alle versichern, daß sie sich nur an den Fähigkeiten orientieren. Aber ich denke, daß die politische Struktur der tschechischen Reformparteien wie die ODS oder die ODA Frauen kaum

Chancen gibt. Dort herrschen so viele Intrigen und Schleichwege, daß jemand der sich dort hineinbegibt, viel Aggressivität und einen starken Machtwillen haben muß. Die Welt der politischen Parteien ist tatsächlich eine Art männliche Welt, wo jeder eine beträchtliche Rücksichtslosigkeit braucht und nur an sich denken darf. So wie es jetzt ist, läuft es nicht richtig. Aber die Zeit wird es ändern.«

Während der Zeit in der Opposition und im Untergrund war die Rolle der Frauen eine andere. Hanka Šabatová, ebenfalls einst Sprecherin der Charta, erinnert sich fast wehmütig: »Das war ein interessantes Phänomen. Die Haushalte, die in der Charta waren, wurden zu Punkten des natürlichen Zusammentreffens. Und zwar gerade die Haushalte, in denen junge Frauen waren, die Kinder hatten und wegen der Kinder oft zu Hause sein mußten. Die Mütter, die im Zentrum Prags lebten, wurden zu Anlaufstellen. Da hatte man die Sicherheit, immer jemanden anzutreffen. Und das hat dieses natürliche Zentrum ausgemacht. Das war so bei Petruška, bei mir, bei der Familie Benda und auch bei Anna Marvonova, einer älteren Frau, die krank war und deswegen immer zu Hause war. Frauen waren auch oft die Sprecherinnen der Charta, sie waren bereit, dasselbe Risiko zu tragen, wie die Männer.«

Entsprechend lebendig und vielfältig war das Leben in der Opposition. Geburtstage wurden groß gefeiert, es war ja die einzige Art, Versammlungen durchführen zu können. Es wurden Picknicks und Bälle organisiert und Popkonzerte veranstaltet und sogar ein Theaterstück inszeniert. Die Charta bestand ja aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Kräften: Den Kommunisten, die nach 1968 die Křesťan verließen, den Künstlern, den Jugendlichen, Musikern und der Kirchenopposition. Manche haben im Verlauf der Jahre unabhängige Bürgerrechtsgruppen gebildet, wie die »Gesellschaft für ein lustigeres Leben«: Mit Gurken bewaffnet und auf dem Kopf ausgehöhlte Wassermelonen schlugen sie als Happening auf Demonstranten ein – bis die Polizei eingriff, um die Parodie ihrer selbst festzunehmen.

Auch wenn die Bedingungen damals hart waren – vor der Wohnung von Hanna Šabatová saßen anderthalb Jahre Tag und Nacht zwei Polizisten und kontrollierten jeden, der zu ihr oder Petr Uhl hineinwollte. Manche durften in die Wohnung, andere wurden nach der Feststellung ihrer Personalien abgewiesen. Wieder andere wurden gleich zum Verhör aufs nächste Polizeirevier gebracht. »Es war nie klar, nach welchen Regeln das entschieden wurde. Es war jeden Tag anders. Manchmal haben sie nur die

Leute kontrolliert, manchmal haben sie ihnen den Eintritt verboten, manchmal haben sie die Leute, die zu Besuch kamen, zum Verhör mitgenommen. Wir mußten uns an diese Beschränkungen anpassen, einen anderen Weg gab es nicht. Zum Beispiel konnten wir nur die Menschen besuchen, die bereit waren, uns auch zu empfangen. Wir waren ja für alle eine Gefährdung. Damals hatten wir zwei sehr kleine Kinder. Und was für mich sehr unangenehm war, daß sie selbst beim Spaziergehen immer zwei Schritte hinter uns gegangen sind. Wenn wir ins Schwimmbad gegangen sind, dann sind sie auch mitgeschwommen – sie haben alles gemacht, was wir getan haben.«

Dennoch gab es in der Repression einen Unterschied. Männer kamen häufiger als Frauen ins Gefängnis. Jiřina Šiklová meint, »die Frauen mußten nicht so provozieren wie die Männer. Aber sie brauchten es nicht, dabei sichtbar zu sein. Ich denke, daß die Frauen in diesem Fall besser waren als die Männer, daß die Frauen das größere Interesse an der Sache hatten und sich nicht so sehr um ihre eigene Persönlichkeit kümmerten. Manchmal hatte ich den Eindruck, es gibt eine riesige Frauenbrigade in der Charta, phantastische Frauen. Frauen hatten mehr Phantasie. Die Männer waren immer ein bißchen rigid, sie mußten alle Artikel mit ihrem Namen unterschreiben. Manchmal mußte ich einschreiten und sagen: Du verlierst dann jeden Wert für mich. Du wirst für die Polizei sichtbar und damit wird unser Kontakt gefährdet. Aber die Männer konnten nichts ohne Namen machen.«

Hanka Šabatová benutzt sogar einen feministischen Begriff, um zu erklären, warum mehr Männer als Frauen ins Gefängnis kamen. »Das war ein phallokratisches Denken der Gesellschaft und der Staatsstrukturen. Aber es war nicht nur eine Unterschätzung der Frauen, sondern auch das Wissen, daß wenn Frauen Kinder hatten, durch ihre Verhaftung größere Probleme erwachsen würden.« Sie nimmt ein Modellbeispiel eines Paares mit Kindern. Da war es für die Polizei einfacher, den Mann zu verhaften und die Frau bei den Kindern zu belassen. »Hätte man die Frau verhaftet, hätte das die Leute eher empört.«

Kürzlich hat Vaclav Havel seinen 60. Geburtstag gefeiert. Er begibt ihn in einem Theater. Jiřina Šiklová war dort: »Fast alle alten, sogenannten Dissidenten waren eingeladen. Zusammen mit uns war dort die neue Klasse der Leute, die in der Regierung sind oder waren. Selbstverständlich war auch eine große Gruppe von Slowaken eingeladen und sie kamen auch. Ich habe gesehen, wie sich diese

Über politische Lyrik

*Die Poesie ist die letzte
politische Methode, die uns
noch zur Verfügung steht.
(Mircea Eliade)*

neuen Leute in der Politik zwischen uns inadäquat fühlten. Als Vaclav Klaus oder der Herr Lux mit Frau kamen, trugen sie Pelze. Und wir waren gekommen, wie es für uns normal ist. Das Treffen war ohne Polizei oder Bodyguards organisiert worden, für uns war es normal so. Aber ich habe unserer neuen Regierung angesehen, wie verunsichert sie sich fühlten, als wenn sie nackt unter uns wären. Es war gut, daß wir die Möglichkeit hatten, miteinander ins Gespräch zu kommen.«

Was bleibt nach all den Risiken, der Repression und am Ende der Kapitulation der KPTŠČL, nachdem schließlich sogar die Fabriken in roten Kladno streikten und Arbeiter einen Tag arbeiteten und ihren Lohn an politische Gefangene spendeten? Was bleibt von der Euphorie, die in Prag ebenso groß war wie in Ostberlin und die Änderungen sich noch schneller als in Berlin vollzogen? Wo die Arbeit der Runden Tische schneller beendet war und es – anders als in Polen und Rußland – keine Quoten für Kommunisten im Parlament gab? Der Umgang mit der Freiheit fällt schwerer, als gedacht. Auch denen, die die Grundrechte am längsten einforderten. »Der Mensch ist frei. Ja«, schrieb einst Paul Valéry und fragte weiter: »Ist man frei, ohne daran zu denken? Ist man frei ohne Anstrengung?« Ein nach Deutschland emigrierter Tscheche meint, er habe erst jetzt, wo er sehe, was heute in Prag los sei, »ein bißchen schätzen gelernt, was man in der Bundesrepublik geschafft habe.«

Der Gewinn für die einzelnen scheint nicht in Orden oder Karriere zu liegen, sondern in einem heimlichen, persönlichen Stolz. Durch ihre Arbeit etwas dazu beigetragen zu haben, daß die gesellschaftlichen Verhältnisse sich änderten, hofft Petruška Šustrová bescheiden. »Ich erinnere mich an diese Zeit im Widerstand mit einer gewissen Sentimentalität«, meint Hanka Šabatová. »Das war schwierig, aber mein Leben war wirklich interessant«. Es klingt nach einem Schlußstrich, wenigstens vorläufig. Jiřina Šiklová ist froh, daß sie ein Leben ohne innere Spaltungen, ohne jede Teilung zwischen Denken, Fühlen und Sprechen führen konnte. Allein wäre ihr das so nicht gelungen: »Ich bin sehr froh, daß ich die Möglichkeit hatte, so viele charaktervolle Leute zu kennen, mit ihnen in Verbindung zu sein und mit ihnen zu arbeiten. Das ist ein großer Wert für mich und ich bin dankbar dafür.«

Ein Stück Entzauberung aber läßt sich nicht leugnen, wenn Jiřina Šiklová von jenen Oppositionellen schwärmt, die 1990 auf dem Höhepunkt der samtenen Revolution gestorben sind. »Sie hatten einen schönen Tod. Ihnen ist erspart geblieben, was danach kam.«

Im Café Laumer zum Beispiel. Frankfurter Westend, an einer von Ahorn und Linden belebten Straßenecke, von Großbanken umgeben, ein Großverlag in Reichweite. Stühle fast wie in Paris. Kuchen, wienersch. Polierter Marmor. Ich blättere in Büchern, die ich gekauft habe in der Stadt. »Ein Sommambule vor zehn Mikrofonen, der kein Ende findet, schärft seiner müden Insel ein: Nach mir kommt nichts mehr.« Zeilen aus Enzensbergers Band *Zukunftsmusik*, die zu einem Gedicht gehören, das *Alte Revolution* heißt. Dann schlage ich ein Taschenbuch auf, das ich in einem Modernen Antiquariat gekauft habe. *Ulrike Meinhof und die deutschen Verhältnisse*. Mir war subversiv zumute gewesen, der Griff zur abgestandenen Radikalität mithin unvermeidlich.

Seinerzeit habe ich gehört, aus siebenter bis achter Hand, daß man in der Zelle der Meinhof (einen Vornamen gestand man ihr längst nicht mehr zu) ein aufgeschlagenes Exemplar von Hölderlins *Empedokles* gefunden hatte. Bildungsziel: Vulkanisch werden, Worte in Lava verwandeln.

Grauer Einband, den Titel in roten Schreibmaschinenlettern, einem Fahndungsblatt ähnlich, darunter ihr Photo, das ein ebenmäßiges Gesicht zeigt, volles Haar, einen gesenkten, in sich gekehrten Blick, sinnliche ungeschminkte Lippen. Das Gegenbild einer Terroristin.

Auf Seite 94 lese ich: »– im Café Laumer. 1968. Der Geschäftsführer des Café Laumer, Rimbach, in der Nähe der Universität Frankfurt, verbot im Herbst 1968 Studenten, oder jungen Männern und Frauen, die er für Studenten hielt, sein Café – angeblich störten sich seine anderen Gäste an der saloppen Kleidung und den langen Haaren der Jungintellektuellen und Künstler.« Es folgen detaillierte Beschreibungen von Gewaltszenen, die sich dann zgetragen haben, hier, auf den steinernen Treppen des Laumer, im kleinen Vorgarten. Rimbach ließ die Torten in Sicherheit bringen von seinem verängstigten Personal.

Schließlich Ulrike Meinhofs *Brief einer Gefangenen aus dem Toten Trakt*, geschrieben irgendwann zwischen Juni 1972 und Februar 1973. Unter anderem: »Das Gefühl, die

Zelle fährt. Man wacht auf, macht die Augen zu: die Zelle fährt; nachmittags, wenn die Sonne reinscheint, bleibt sie plötzlich stehen... Man kann nicht klären, ob man vor Fieber oder vor Kälte zittert.« Material für eine Elegie für Ulrike Marie M.? Zu einem Gedicht über eine Frau, die aus allem ausbrechen wollte, die zur Chaofin wurde, zur Gejagten und Gefangenen. Selbst die Zelle war ihr noch ein Ort der Eruption. Oder hieße das, eine Märtyrerin aus ihr zu machen, die Terroristin in ihr zu verharmlosen? Wäre eine poetisch geglückte Erinnerung an Ulrike Marie M. gefährlich in einer Gesellschaft, die wie die deutsche an einer schweren Orientierungskrise laboriert? Oder sind das falsche, verquere Fragen? Kann ein Gedicht über Ulrike Meinhof heute überhaupt noch politisch verstanden werden? Oder kennzeichnet die politische Lyrik nicht vielmehr das jeweilige Zeitmoment? Veraltet sie folglich nicht ebenso rasch wie die Zeitung?

I.

Man sitzt im Laumer, einem Pulverfaß von gestern, mitten in konditorierter Satttheit; doch selbst sie trägt jetzt, sie schien echter vor 1989. Denn unter dem Laumer, in den U-Bahn-Stationen, im Hauptbahnhof betteln die Ausgestoßenen, die Gescheiterten, betäuben sich mit billigem Fusel, versumpfen, wie das im Deutschen so mitmenschlich heißt, heute Abertausende mehr als gestern. Und unweit von hier, meinem Café Laumer, blüht der Drogenhandel, im Parkgürtel, im Schatten des Goethe-Denkmal und des Spiegelglaskomplexes der DEUTSCHEN BANK. Dazu ein Gedicht über das Antlitz der Ulrike Marie M.?

Gedichte gegen den Straßenterror von rechts? Man spürt es, die Fragen treffen noch immer nicht die Sache selbst, das Wesen dessen, was sich politische Lyrik nennt, dieses Gemisch aus Spontaneität und Reflexion, aus sublimiertem Aktionismus und ironisch-zynischer Resignation.

Eines merkt man der Lyrik an, die »politisch« wirkt: Sie setzt noch auf die Wirkung des Wortes; sie traut ihm zu, etwas zu bewegen.

Andererseits liegt der Verdacht nahe, daß das politische Gedicht immer auch geschrieben wird, um das Gewissen seines Verfassers zu entlasten. Ein Gedicht über Somalia, über Bosnien, geschrieben am Tegernsee oder Timmendorfer Strand beweist doch immerhin Teilnahme, Betroffenheit. Man hat seinem Bedürfnis zur »Entäußerung« Genüge getan, hat reagiert in Wort und Vers, freilich verschleiert, verhalten, ohne unschickliche Emphase, versteht

sich, ohne Pathos. Politische Gedichte heute gleichen lyrischen Momentaufnahmen, den Nachrichten abgelauscht, mit ein, zwei Pointen gewürzt.

Die Ungenießbarkeit des Pathetischen hat der politischen Lyrik etwas genommen, worauf einst ihre Wirkung beruhte: Eine geradezu fieberhafte Parteinahme für eine bestimmte Sache. Man denke an die *Griechen-Lieder* und *Polen-Lieder* aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, an die *Freiheitslieder* aus der Zeit der napoleonischen Kriege, an die Lyrik um 1848, die Flugblätter glich. Daß in diesen Liedern die Begeisterung auf Kosten der Besinnung eine bis dahin unerhörte Intensität annahm, daß in ihnen schamlos idealisiert wurde, daß nicht Informationen diesen Gedichten zugrunde lagen, sondern Gerüchte, Phantasien, beeinträchtigte ihre Wirkung nicht. Was wußte Platen von Polen? Wilhelm Müller, der Dichter der *Winterreise* von Griechenland? Nichts aus eigener Anschauung. Und doch schrieben sie mit einer Inbrunst für die Sache der polnischen und griechischen Freiheit, die ihre Leser »begeisterte« - so das Wort der Zeit - und Metternichs Zensoren Vollbeschäftigung sicherte. In der »vaterländischen Lyrik« von Kleist bis Arndt, von Körner bis Herwegh, grenzte das Pathetische nicht selten ans Pathologische.

Herwegh jedoch, als Kritiker ungleich begabter denn als Lyriker, behauptete: »Das harmloseste Lied ist, wenn man Konsequenzen daraus ziehen wollte, hochverrätherisch.« Lyrik war für ihn Protest, Einspruch gegen die Verhältnisse und gleichzeitig Aufruf, sie und sich zu verändern. Was sind nun die »Konsequenzen« aus einem Lied? Was ist das potentiell »Hochverrätherische« an ihm? Die wichtigste Folge aus einem Gedicht ist die Sensibilisierung, die es bewirkt. Das Gedicht öffnet Augen und Sinn; es erhöht die Wahrnehmungsfähigkeit, macht aufgeschlossener, bewegt etwas im Inneren des Lesers. Es will Stolperstein sein und das »verraten«, was sich in der Konformität eingerichtet hat.

So gesehen, kann ein Gedicht über Somalia eben doch an der Alster geschrieben werden; denn der politische Lyriker ist kein Reporter, sondern sensibler Beobachter, ein Zeuge im Abseits, der aber in seinem Gedicht einen Brennpunkt zu schaffen versucht, ein Sensorium bereitstellen will, von dem seinerseits Impulse ausgehen können.

Das politische Gedicht drückt Mißtrauen aus, Sinn für das Hintergründige, Doppelbödiges - auch der eigenen Sprache.

Zu viele Hymnen haben Tyrannen verklärt, ihre Verbrechen verbräunt, Blutgerüste mit

Wortgirlanden verziert; zu viele haben den Kampf besungen und Blut zu Nektar erklärt. Diese Art politische Lyrik hat sich gründlich diskreditiert; aber sie hat immer auch andere Texte hervorgebracht, von Mandelstam bis Dinescu, von den Liedern gegen den Vietnam-Krieg bis zu den Gedichten gegen den Atom-Tod, die nicht wegzudenken sind von dem, was unser Bewußtsein geformt hat.

II.

Politische Lyrik ohne eine sie durchdringende Gesinnung bliebe fahl. Ist sie dogmatisch, dann ruiniert sie das Gedicht. Versteht sie sich gleichbedeutend mit Kritik, dann kann das Gedicht erhellend bis aufklärend wirken. Das war die Gesinnung Heines, dessen Gedichte bis in den glattesten Reim fragten, nagten, wagten.

Zeilen aus politischen Gedichten, jenseits deutscher Befindlichkeiten: »Einst eine Erinnerung und ein Lied./jetzt eine Stelle/im Mark/des fehlenden Knochens.« *Afrika* nennt der ghanesische Lyriker und Diplomat, Kofi Awoonor, dieses Poem.

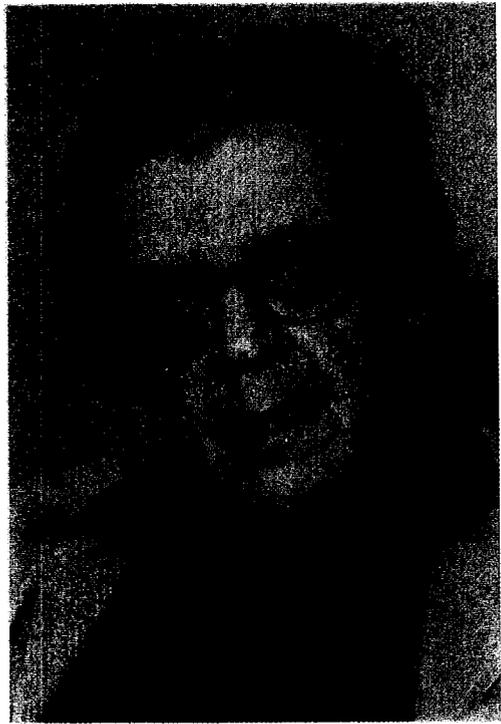
»Als wär die Freiheit wie ein Stein gefallen/ und eingebeult das ganze Land«, dichtet der indische Lyriker Kailesh Vejpeyi.

»Die Welt sehen, das heißt: sie buchstabieren.« So Octavio Paz, geradezu europäisch senzenhaft, selbst in seinen epischen Gedichten.

Im politischen Gedicht kommt das zur Sprache, was ist, was fehlt, selten das, was bleibt. In ihm finden sich keine Kompromisse; das politische Gedicht deckt auf, stellt bloß. Es will ein Stück Um-Welt erfassen, sie »buchstabieren«. In den leidlich unabhängig gewordenen Staaten Afrikas, Asiens und Lateinamerikas hat die politische Lyrik sich eine klare Aufgabe gestellt: Sie will zur Selbstvergewisserung dieser Länder und Kulturen beitragen, will das eigene ethnische Bewußtsein reflektieren – im Verhältnis zu den Habenden auf dieser Welt, nicht dogmatisch, sondern fragend, wie Kofi Awoonors stille Zeilen veranschaulichen. Für ihn gleichen politische Gedichte den Schmerzstellen in amputierten Gliedern.

III.

»Politisch« war noch um 1700 gleichbedeutend mit weltklug, praktisch, schlau, diplomatisch. Noch Goethes Werther gebraucht das Wort in dieser Bedeutung, um Alberts Konventionalität abzuqualifizieren. Entsprechend verachtete Goethe »politische« Gedichte; konnten sie doch, so verstanden, nicht wirklich zu Herzen gehen. Er mißbilligte sie und mit ihnen jeden



Erich Fried, 1988

Foto: dpa

Anklang an Bänkelsang. Wer (politische) Moritaten zum besten gab, konnte, so das Urteil an Frauenplan, kein Dichter sein. Goethe hatte das kritische Potential der politischen Lyrik genau erkannt und sie ablehnen müssen, weil er kein Verhältnis zur kritischen Kultur der Aufklärung hatte. Bei allen Sympathien für das Volkslied – im Grunde mißtraute er auch ihm, weil er, gewiß nicht zu Unrecht, in ihm die Nähe zum politischen Gedicht ahnte. Das Volkslied als Stoff für ethnologische Studien fand Goethes Interesse; dafür hatte längst Herder gesorgt. Aber das national aufgeladene Volkslied, gesungen mit der Marseillaise im Ohr oder mit anti-napoleonischer Absicht, war ihm zutiefst verdächtig. In diesen Volksliedern mittelalterte es nach seinem Geschmack zu sehr, wie seine überaus kuriose Rezension der Sammlung *Des Knaben Wunderhorn* belegt. Das Altdeutsches nun sogar das nationale Bewußtsein beleben sollte, war ihm zutiefst zuwider.

Goethes kategorische Ablehnung politischer Lyrik wirft freilich Licht auf eine Grundproblematik dieser Seite des Lyrischen: Wie läßt sich der appellative Charakter des politischen Gedichts mit jener Subtilität verbinden, die nun einmal den poetischen Charakter eines Textes ausmacht und ihn vom bloßen Pamphlet trennt? Warum wählt man überhaupt die Form

des Gedichts für eine politische Aussage? Oder gerät einem beim Schreiben dieser oder jener Vers politisch? Fragen, die von Tucholsky bis Brecht, von Becher bis Biermann von Bedeutung geblieben sind.

Von Celan haben wir gelernt, sparsam umzugehen mit der Sprache. Das politische Gedicht aber braucht in der Regel mehr Worte, weil es überzeichnen muß, plakativer sich darstellt, eine gewisse minimale Emphase bewahren möchte. Die Sprachverknappung der spät-modernen Lyrik, zumal jener nach Auschwitz, widerspricht diesem Verlangen, widersetzt sich jeder getragenen klingenden Lyrik.

Die Scham vor großen Worten, die sich allzu leicht mißbrauchen lassen, hat uns Nachgeborenen die Ethik des Schweigens gelehrt; aber auch jene des Widerspruchs, des Widerstandes gegen Sprachwunder der Medien, gegen unverantwortliches Gerede. Kann man schweigend seine Stimme heben? Kann sich das Schweigen Gehör verschaffen? Die Minimalisten unter den Lyrikern scheinen dies vorsichtig zu bejahen. Die anderen, Nachfahren der wortreichen Bänkelsänger, wollen neues Sprachvertrauen schaffen, begleitet von ihrer Gitarre – ohne Verstärker. Sie wollen sich einsingen in unser Gewissen. Die Aufklärer unter den Lyrikern, außer Enzensberger fallen mir da fast ausschließlich britische Lyriker ein, von Craig Raine bis Tony Harrison, reden ein auf uns, verhalten, rhetorische Mittel als Gags kennzeichnend, Wörter aus dem Alltag demaskierend.

Wieder die Frage: Warum Gedichte als »politische Methode« (Eliade)? Hält man etwa noch immer den Vers für daswendigste Rapier, wie noch der späte Heine glaubte? Mit dem Pathos ist auch die Angriffslust der politischen Lyrik geschwunden. Nein, im politischen Gedicht artikuliert sich Unbehagen wohl am prägnantesten. Die Aura seiner Worte und Verse leuchtet nicht verklärend; sie belichtet Dunkelstellen in der *res publica*, sie besteht aus durchleuchtenden Gamma-Strahlen. Im Gedicht läßt sich bündeln, komprimieren, was im Prosatext diffus werden muß. (Zwischen Lyrik und Prosa ist das Flugblatt angesiedelt, der Aufruf, das Pamphlet, Büchners *Hessischer Landbote* ebenso wie die eminent politischen Manifeste der Moderne, von Dada bis zu den Futuristen.) Epigrammatisch kann es auftreten, das politische Gedicht, kühl, ironisch – wie Erich Frieds Zeilen »Nichtwissen/tut niemand weh/mit Ausnahme derer/denen wehgetan werden kann/weil es niemand weiß.« Dem Meister des pointierten Wortspiels gelang in seinen bedeutenden lyrischen Zyklen mehr als ein bloßes lyrisch-politisches Statement. In seinen knappen Versen er-

scheint jedes Wort *dringlich*, den Leser bedrängend, weil es selbst bedrängt gewesen ist – durch traumatische Erfahrungen und den unbeugsamen Willen zur permanenten Veränderung.

Mehr noch: Fried glückte, was wenige ausgesprochen politische Lyriker vermögen. Logik und Gefühl, Kritik und Liebe wurden in dieser Lyrik eins. Die sprachliche Arbeit an der Veränderung war ihm Herzenssache gewesen.

Das gelungene politische Gedicht, das sich im nachhinein als mehr erweist als zu viele, zu rasch geschriebene Worte über flüchtige Themen, will seinen Leser nicht überzeugen; darin unterscheidet es sich vom politischen Propaganda-Gedicht; denn es ruft zur Auseinandersetzung mit Denkkonventionen auf, und zwar durch eine betont widerständige bis widerspenstige Sprache.

Das traf bereits für die ersten bekannten politischen Gedichte zu, für die Elegien des legendären Gesetzgebers Solon wie für jene des Alkaios, des »Anführers der Mittelmeerwelt«, der um 600 v. Chr. sich zwischen alle Stühle setzte, weil er den Tyrannen ebenso wie »dem Volk« mißtraute. Sein Gedicht *Das Staatsschiff* dürfte das früheste, wertvollste Zeugnis politischer Lyrik im modernen Sinne des Wortes sein:

*Nicht mehr zu deuten weiß ich der Winde Stand
Denn bald von dorthier wälzt sich die Wogherau
Und bald von dort, und wir inmitten
Treiben dahin, wie das Schiff uns fortreißt,*

*Mühselig ringend wider des Sturms Gewalt;
Denn schon des Masts Fußende bespült die Flut
Und vom zerborstnen Segel trostlos
Flattern die mächtigen Fetzen abwärts.*

Aus diesem Staatsschiff kann allenfalls noch ein Floß für Medusa werden. Die von Wechselwinden, den Wechselfällen der Zeiten, aufgepeitschte See bringt die Polis gefährlich ins Wanken. Sie verliert ihren Halt, ihre Verankerung in der Tradition. Sie scheint die Bewegung der Wogen in sich aufgenommen zu haben (»wie das Schiff uns fortreißt«), aber es hält diesen energiegeladenen Zustand nicht lange aus: Die »zerborstnen Segel« kündigen von Unheil. Die Pointe ist, daß Alkaios sich als derjenige sah, der diese unberechenbaren Winde entfesselt hat, der seine Polis, Mytilene auf Lesbos, völlig verändern wollte.

Solon gab sich verhaltener, auch in seiner Lyrik: »Mächtige Männer stürzen die Stadt, dann sinkt in des Königs/ Fessel das Volk, und beweint seine Betörung umsonst.« Damit künf-

tig nichts mehr umsonst sei, plädiert Solon in dieser Elegie indirekt für eine Verfassung. Nicht Veränderung durch Willkür oder Naturgewalt (= Schicksal), sondern durch eine in sich wandlungsfähige Verfassung.

Politik der Metaphern, seit solonischen Zeiten ein Verfahren, um die Formen der Macht zu illustrieren, um den Einfluß der Worte zu erproben, um sprachlich sinnfällig zu machen, was sonst als politischer Kalkül anonym bliebe. Sie dient aber auch dazu, Stimme der Machtlosen zu sein, ihre Welt in Wortbildern zu vermitteln. Das Volk, das sein Betörung umsonst beweint; zeitloser hätte sich Solon nicht ausdrücken können. Auch »zeitlos« bedeutet hier: immer gegenwartsbezogen. Das politische Gedicht als Lied der Schwachen – der Gestrandeten, als das Staatsschiff barst –, setzt jedoch immer etwas frei, eine zage Hoffnung, ein Zuspruch – bei aller relativierenden Ironie und demaskierenden Satire.

IV.

»Komm zu dir, Gedicht, Berlins Mauer ist offen jetzt«, forderte Durs Grünbein in seinem Gedicht mit dem Titel *12/11/89*. Die Wendezeit stand in ihrem Zenit. Das politische Gedicht beanspruchte vorübergehend neue Aufmerksamkeit. Was ereignete sich in ihm? Die Verwertung von Resten gewisser Utopien? Die Entdeckung intellektueller Larmoyanz? Lutz Rathenow schrieb: »Allein/die Vielfalt der Neurosen lebt sich aus« – im deutschen Wendege-dicht. Der mit Abstand überzeugendste poetische Zyklus aus der Wendezeit stammte von Barbara Köhler. Ihr Band *Deutsches Roulette* führte unter anderem politisch motivierte Gedichte vor, in denen Resignation und Hoffnung ununterscheidbar geworden sind: »Der Elbe bei Dresden sieht man den Atlantik nicht an/und nicht die Gezeiten./Hier ist Ebbe, sagt jemand.« Das politische Gedicht der Wendezeit wirkt eher zahm, verhalten, abwartend, menetekelnd allenfalls, selten auffordernd, plakativ, »engagiert« polemisch. Karl Otto Conradys Wendeanthologie *Von einem Land und vom andern* liest sich wie eine Sammlung politisch gemeinter Elegien, Abgesänge – ohne wirkliche Konturen. Sucht man nach dem trotzig aufbegehrenden Gedicht, dann am ehesten in den Wendetexten von Volker Braun: »DIE EISERNE RATION DES BEWUSSTSEINS,/ AUFGEFRESSEN/ DAS IST DIE MAHLZEIT, GENOSSEN, DER/ FREIHEIT.« Welches politische Gedicht bedient sich dieser Tage noch der Majuskel, des plakativen Satzes? Braun empfindet sich als Don Quichote des Sozialis-

mus, der Nachhutgefechte mit Schattengestalten ficht.

Einen lyrisch-politischen Wendetext ganz anderer Art hatte Heiner Müller 1993 veröffentlicht. Auch in ihm regiert die Majuskel; gemeint ist *Mommsens Block*. Die mit dem Text verbundene Frage: Warum hat Theodor Mommsen seine *Römische Geschichte* nicht vollendet? Weshalb hat er den Band über das Zeitalter der Cäsaren nie geschrieben? Verstumte er, als es um die entscheidende Analyse der Macht ging? »DER MUT ZUM IRRTUM«, »DIE VERBRANN-TEN WÖRTER« und die These »Wer ins Leere schreibt, braucht keine Interpunktion« beherrschen diesen Text; gemeint ist die Leere nach der Wendezeit. Aber auch: die Unbrauchbarkeit der bisher gültigen Wörter. Das wiederum bedeutet, daß auch die Verständigung über das, was politisch ist, unmöglich wird. »Mommsens Block«, seine Schreibhemmung, symbolisiert demnach auch die Infragestellung des Politischen in Zeiten des Umbruchs.

Wovon sie auch immer handelt, die politische Lyrik, ob von Ulrike Marie L., von abstrusen »logischen Folgen« vermeintlicher Sachzweige, von sozialen Nöten, von berstenden Staatsschiffen oder desillusionierten Reformen, vom Windmühlenritt der Unentwegten oder vom Zweifel an Überzeugungen, sie bringt im günstigen Falle Versgebilde hervor, deren Zeilenbrüche uns zum Absprung vom Gewohnten nötigen.

ULI SCHÖLER

Man quält sich ja sonst nicht!

Impressionen vom größten Marathonereignis der Welt

Wie siehst Du denn aus?« Klar wußte ich, daß gut 42 Kilometer nicht spurlos an mir vorbeigegangen waren. Aber statt der erwarteten Glückwünsche solch eine Frage! Dabei hatte der Tag besser angefangen als befürchtet. Die zweieinhalb Stunden endlosen Wartens vor dem Start wurden trotz bitterer Kälte von einer strahlenden Sonne wenigstens einigermaßen erträglich gemacht. Die zurechtgeschnittene Mülltüte hielt den Wind ab, Gatorade sorgte für

den Flüssigkeitsnachschub und die Blasenentleerung vor dem erschten Startschuß klappte problemlos. Rührend die Ansprache des ältesten Teilnehmers, eines 89jährigen, der erzählte, wie er mit Anfang siebzig mit dem Marathonlaufen angefangen hatte. Wer denkt da noch ans Schlappmachen!

Wenn da nur nicht diese verflixte, unberechenbare Wade wäre. Knapp sechs Monate langsam sich steigender Trainingsaufbau. Die ersten Lockerungsübungen für die über den Winter eingeroostete Muskulatur im April in Lieboch bei Graz im Arbeitsurlaub zwischen dem Nachdenken und Schreiben über Gorbatschow, Marx und Andre Gorz. Und dann jede Woche zwei- bis dreimal den Venusberg rauf und runter und durch den Kottenforst, oder mit Happy von der Margaretenhöhe über Rheinbreitbach runter an den Rhein, am alten Adenauer in Rhöndorf vorbei und hoch zum Drachenfels und zur Margarethenhöhe zurück. Oh Du schönes Siebengebirge, wieviel Liter Schweiß sind dabei schon die einsamen Waldwege heruntergeflossen? Und dann das: Anfang Oktober bei Sonnenschein und Kälte in kurzer Hose den Venusberg rauf, natürlich vorher nach einem langen Bürotag keine Lust auf ausgiebiges Warmmachen gehabt und anschließend ein verdächtiges Zwacken im unteren Wadenmuskel. Wird schon wieder weggehen! Aber die fünf Runden rund um den Charlottenburger Schloßpark während der Dienstreise nach Berlin dürften der Zerrung wohl den Rest gegeben haben.

Diagnose: Entzündung der Wadennuskulatur; aber zugleich Entwarnung: kein Muskelfaserriß – ich darf es in drei Wochen in New York wenigstens probieren. Aber für drei Wochen ist jedwedes Training gestrichen, statt dessen gibt's Spritzen und Tabletten zum Entzündungsabbau, und der Muskel wird stillgelegt. Wartezeit. Wir stehen in New York vor dem UNO-Gebäude. International Friendship Run als letzter Test am Vortag des großen Ereignisses ist angesagt. New Yorker Studentinnen und Studenten halten Schilder und Fahnen der teilnehmenden Staaten hoch, hinter denen sich die Teilnehmerinnen und Teilnehmer versammeln. Während die UNO-Vertreter in schönen Reden die Völkerverständigung beschwören und uns die Nasen zufrieren, hält nebenan Jörg Haider Hof. Nach dem letzten Wahlsieg ist sein selbstsicheres Grinsen noch unerträglicher geworden. Ein ganzer Troß von Mitläufern (Bodyguards?) schirmt ihn ab, natürlich hat er sein eigenes Kamerateam dabei. So werden wir wohl demnächst die moderne Form des Austrofaschismus als körperertüchtigtes Gesamtkunst-

werk in einer zeitgenössischen Leni-Riefenstahl-Fassung bewundern dürfen. Endlich hat das Reden ein Ende und wir dürfen los. Acht Kilometer lockeres Traben – nur an den Österreichern sprinten wir etwas schneller vorbei; wenigstens einmal dem Haider die Hacken gezeigt haben! Wichtiger aber: Die Wade gibt keinerlei Anlaß zur Beunruhigung.

Startschuß Sonntag 10.55 Uhr. Sofort sind alle Gedanken und Zweifel aus dem Kopf geblasen. Bloß nicht in eine der wegeworfenen Tüten, Jacken oder Pullover treten und in diesem Gedränge stürzen! Von Staten Island geht's über die Verrazano Bridge rüber nach Brooklyn. Hier unter uns, durch die Narrows kamen all die Schiffe mit den Einwanderern herein, bevor sich die einzelnen dann auf Ellis Island den Leibesvisitationen unterziehen und in die bürokratischen Mühlen der Einwanderungsbehörde begeben mußten, bevor sie ins begehrte »Land der unbegrenzten Möglichkeiten« hineingelassen wurden. Erst in den Narrows öffnet sich der Blick auf die Freiheitsstatue, dieses Dauer Geschenk der Franzosen, allegorisches Symbol eines Geistes, mit dem amerikanische Außenpolitik in den Zeiten des Kalten Krieges so oft in Widerspruch geriet. Aber der Blick des Betrachters der neunziger Jahre bleibt nicht mehr an der *Statue of Liberty* hängen, er wird sofort wie magisch von der Silhouette Manhattans angezogen. Glücksgefühle – alleine für diesen unvergleichlichen Blick von Verrazano auf Manhattan, nicht beeinträchtigt durch den normalen Autoverkehr. Schon alleine dafür hat sich der ganze Aufwand gelohnt.

Das Glück hat ein schnelles Ende. Das Gros der Läufer drängt zur Brückenmitte, es regnet – bei Sonnenschein? Die herrlichen Wasserfontänen unten vor der Brücke können es auch nicht sein. Die mit den größeren Blasenproblemen haben sich auf der Etage über uns an den Rand gestellt, und der Wind weht es auf unserer Brückenplattform wieder herein. Sich bloß nicht vollpinkeln lassen! Das Brückennende naht schneller als gedacht und beansprucht nun die ganze Aufmerksamkeit. Eine enge Biegung drängt die Läufer noch mehr zusammen. Bloß Happy nicht verlieren, 42 Kilometer als »Alleingang« sind absolut ätzend. Ständiges Slalomlaufen an den Langsameren vorbei mit stetem suchenden Blick nach dem Mitlaufenden ist angesagt und kostet wohl wegen der immer neuen Tempoveränderung reichlich Kraft, was man – je nach Betrachtung glücklicher- oder bedauerlicherweise – erst am Schluß merkt. Da war Berlin vor zwei Jahren geradezu ein Spaziergang. Das um die Hälfte kleinere Teilnehmerfeld und breitere Straßen auf den ersten Kilo-

metern entzerrten dort sofort das Feld, so daß man schnell in seinen Laufrhythmus kam. Und nun: Erst nach vier Meilen vereinigen sich die beiden auf zwei Brückenebenen verteilten Teilnehmerfelder, das Gedränge wird ziemlich unerträglich.

Aber wann wäre ich sonst je nach Brooklyn gekommen, hätte so viel von diesem eher abgelegenen New Yorker Stadtteil gesehen? So ganz allmählich kommen wir schneller voran, geht der Blick nach oben und öffnet sich für Straßenzüge und die zuschauenden Menschenmassen. Alles ist bunt, fröhlich, freundlich, klatscht, schwenkt Fähnchen, feuert an und erfreut sich an den 30 000 Verrückten, die ihrem Körper gerade einen kleinen Horrortrip zumuten. New Yorker Vorstadtstraßen – die vielbeschriebenen roten Backsteinbauten, die man in Manhattan eher selten zu sehen bekommt. Ganze Straßenzüge, die durch gar nichts mehr daran erinnern, daß sich gleich nebenan, nur getrennt durch den East River, die protzigen Phallussymbole der mächtigsten Finanzoligarchie auf diesem Globus emporrecken. Ständig wechselnde Bilder – die schwarzen Kinder können gar nicht genug Hände berühren, Läufer »abklatschen« und auf diese Weise das Spektakel zum eigenen Ereignis machen. In den

Schwarzenvierteln heizen Rockbands ein; den bleibendsten Eindruck hinterläßt der groovige Sound einer Frauenband, deren fetzige Show auch ohne Bühne fast zum Bleiben und Mitrocken einlädt – aber noch sind Beine, Körper und Kopf nicht müde, hallt nur der Rhythmus in den Ohren nach und verändert für kurze Zeit das so allmählich automatisierte Taktgefühl der Beine.

Aber es kommt, was kommen mußte. Wir haben gerade mal zehn Kilometer geschafft und meine Wade meldet sich. *Ne schöne Jrooß* singt Wolfgang Niedecken, so schießt es mir durch den Kopf. Aber der Gruß ist alles andere als schön. Dieses quälende Ziehen kannte ich ja schon. Aber ich hatte es so bei Kilometer 30 erwartet und mir vorgenommen, den »lächerchen« Rest von zwölf Kilometern auf die Zähne zu beißen und »irgendwie« durchzukommen. Und jetzt? Der »Rest« war auf dreißig Kilometer angewachsen. Schöne Aussichten. Abschalten, abschalten, verdrängen. Noch mehr von draußen aufnehmen, sich von den ständig wechselnden Bildern ablenken lassen. Das trotzigste Gefühl erhöht die Konzentration bei den Schlängeleien und Rhythmuswechseln an den Langsameren vorbei. Ausgerechnet jetzt fragt Happy: »Was macht Deine Wade?« Ich lüge:

Marathonlauf in New York mit 30 000 Teilnehmern, darunter auch Jörg Haider und der Autor Foto: privat



»Keine Probleme.« Aber manchmal hilft wohl auch Zweckoptimismus – nach drei bis vier Kilometern ist der ziehende Schmerz wieder weg. So langsam wird nun auch der Asphalt zum vertrauten Freund. Das Tapp-Tapp-Tapp der Füße braucht keine Synchronisation mit der Atmung mehr, es stellt sich das beschwingte – und trügerische – Gefühl ein, jetzt könntest Du ewig laufen, die Maschine ist angestellt und macht es von ganz alleine.

Nicht ganz so euphorisch wie in den Straßenzügen der Schwarzen, aber trotzdem freundlich unterstützend geht es bei den zu schaukelnden Puertoricanern zu. Ein bißchen erstaunt und befremdet hingegen schauen die Bewohner der jüdischen Viertel auf uns buntes Völkchen Laufverrückter aus einer anderen Welt: kein Anfeuern, kein Klatschen, nur eine kleine Portion ungezügelter Neugier; jedes Jahr das gleiche Novemberspektakel in den sonst eher ruhigen Straßen. Es wird Zeit für Flüssigkeitsaufnahme. Alle paar Kilometer der gleiche Streß: Freundliche Helfer halten den Läufern an langen Ständen Pappbecher mit Wasser oder Gatorade entgegen. Auf dem Boden davor schwimmt die Brühe, Läufer bleiben stehen, scheren nach links oder rechts aus. Bloß nicht Stehenbleiben, Kollidieren, Stürzen oder den Partner verlieren. Bloß Gatorade und kein Wasser erwischen, so mahnt der Kopf nach der Lektüre des Marathon-Buchs. Das stark chlorierte Leitungswasser hat schon manchen Läufermagen zum Auswurf des Inhalts veranlaßt. Weiterlaufend trinken und schlucken – die Flüssigkeit schwappt mehr ins Gesicht als daß sie in die Kehle gelangt. Weg mit dem Becher und keine Zeit verlieren.

Wir sind – für unsere Verhältnisse – höllisch schnell unterwegs, und es macht ungeheueren Spaß. Der Laufrhythmus ist da, die Unterstützung von außen geht durch den Bauch direkt in die Beine und wir nähern uns langsam dem Treffpunkt in Queens, an dem die mitgereisten Frauen stehen werden, um Bananen und frische Laufshirts bereitzuhalten und natürlich Fotos zu machen. Ich brauche nichts, aber trotz fliegenden Hemdwechsels bei Happy sind wir so schnell an ihnen vorbei, daß der Fototermin scheitert. Zeit zum Ärgern bleibt nicht, weil es nun auf Kilometer 25 zugeht, die berühmte Queensboro-Bridge, die Verbindung hinüber nach Manhattan. Schon von weitem sieht man, wie sich die vor uns Liegenden in Massen und dazu relativ langsam den Anstieg bis zur Brückenmitte hochquälen. Also nochmal etwas trinken und dann los, so schlimm kann's nicht sein, schließlich ist der Aufstieg zum Drachenfels von ganz anderem Kaliber. Ich kriege erst

einen Becher am Ende des Gatorade-Standes – und erwische Wasser. Wegschütten oder Trinken? Zurück geht nicht, Happy ist schon weiter. Trinken muß ich. Also Trinken, wird schon nichts schiefgehen.

Die Brücke ist schwerer, als ich dachte. Der Schweiß läuft stärker als zuvor. Aufatmen beim Herunterlaufen, überstanden. Wir biegen auf die First Avenue ein. Jetzt noch hoch bis in die Bronx und dann zurück durch Harlem. »Du mußt unbedingt hinterher erzählen, wie es in der Bronx und in Harlem aussieht«, bekam ich von Anja mit auf den Weg, »da traut man sich ja sonst nicht rein«. Aber daraus wird nichts. Die First Avenue ist zwar breiter als alle bisherigen Straßen, aber nicht so breit, daß ich von den Zuschauern links und rechts nichts mehr mitbekommen könnte. Aber ich nehme nichts mehr wahr. Sehe nichts außer den Läufern vor mir, höre keine Anfeuerungsrufe mehr, muß Happy ziehen lassen, kann das Tempo nicht mehr halten. Mir ist kotzübel! Ich laufe in eine tiefe Röhre hinein und verliere jedes Gefühl dafür, ob und wann sie sich wieder öffnen wird. Die Mauer? Das ist der Punkt, an dem der Körper von der Verbrennung von Kohlehydraten in der Muskulatur auf Fettverbrennung umstellt. Er führt einen schockartigen Erschöpfungszustand herbei, über den man hinweglaufen, also wie »durch eine Mauer hindurch« muß. Aber dafür ist es bei Kilometer 27 noch zu früh!

Aufhören, nur noch ein einziger, dieser Gedanke. Nein, nicht nach sechs Monaten Vorbereitungszeit! Aussteigen – nein, Du hast keinen »Token« mit, um überhaupt mit der U-Bahn zum Zielbereich zu kommen. Sich ausruhen – nein, wofür hast Du zwei Monate auf jeglichen Alkohol verzichtet? Sich einfach am Straßenrand hinlegen – nein, so verschwitzt holst Du Dir in der Kälte nur eine Lungenentzündung. Aufhören – nein, alle vier anderen Mitlaufenden schaffen es, nur Du nicht, mach weiter, Schlappschwanz. Aussteigen – nein, beweis Dir, daß Du einen starken Willen hast. Aufhören – nein, Kopf hör auf, denk an die 50 000, die sich angemeldet haben und keine Startnummer bekommen haben! Kilometerlang andauernde Selbstbeschäftigung in der Röhre. Ich verliere jegliche Orientierung. Bin ich nun seit der Brücke 300 Meter, drei oder zehn Kilometer gelaufen? Die »Mauer« – sonst aus dem Nichts auftauchend – trifft mich diesmal »gut« vorbereitet. Die lähmende Übelkeit breitet sich im ganzen Körper aus. Weiterlaufen, weiterlaufen, bloß nicht auf Gehen runterschalten. Ich sehe keines dieser verfluchten Meilenschilder mehr, die sowieso angesichts der vielen Läufer viel zu niedrig angebracht sind. Filzmatten über die

beiden Brücken rein in die Bronx, raus aus der Bronx – viel mehr bekomme ich von diesem Stadtteil nicht mit.

So ganz allmählich hebt sich der Nebel. Mein dumpfer Eindruck, daß sich hier in Harlem kaum jemand für diesen verfluchten Lauf interessiert, bestätigt sich, als ich endlich wieder wahrnehme, daß hier kaum Zuschauer stehen. Ich kriege die zweite Luft. Die Beine wollen wieder. Der Vergleich von Meilenschild und dem Blick auf die Uhr beflügelt zusätzlich. Kilometer 35 und eine Durchgangszeit, die mich trotz knapp zehn Kilometer »Röhre« immer noch eine Zeit klar unter vier Stunden erreichen läßt. Fifth Avenuc, das klingt doch auch schon wieder viel vertrauter. Am Central Park vorbei gehts einen langen, mühseligen Anstieg hoch. Ich lasse mit meinen steigungserprobten Beinen wieder viele hinter mir, die noch müder sind als ich. Fünf Kilometer euphorische Illusionen. Kein Gedanke mehr an Dustin Hoffman und den *Marathon Man*, als die Strecke in den Central Park einmündet. Ich hätte es doch wissen müssen: Ab jetzt geht es nur noch rauf und runter. Ich schleppe mich am Kilometerschild 40 vorbei. Nur noch zwei Kilometer und hundertfünfundachtzig Meter! Auf der anderen Seite vom Park, um dessen Südzipfel ich noch ganz herum muß, liegt das Ziel, ich kann es fast sehen, und weiß: Ich schaffe es nicht. Vierzig Kilometer zurückgelegt – und ich schaffe es nicht. Vierzig Kilometer hat die Wade gehalten – und ich komme trotzdem nicht ins Ziel. Ich habe das Gefühl, ich komme nicht mehr voran, bleibe stehen, alle laufen an mir vorbei. Gleich gehen mir die Lichter aus, und ich falle um. Irgendwie bewegen sich die Beine weiter. Ich verspreche ihnen: Nie wieder Marathon, aber diese eineinhalb Kilometer noch.

»You're looking good«, »you got it«, »only one mile left« – wenn die Zuschauer, die die Läufer antreiben, um meine inneren Wechselbäder wüßten! Welch ein Zynismus! Die Anfeuerungsrufe treiben mir abwechselnd einen warmen Schub durch den Bauch und Tränen in die Augen. Noch ein Kilometer, und ich schaffe es nicht! Aber mein ganz privater kleiner Höhlentrip hat noch einen letzten Höhepunkt zu bieten: Den letzten Kilometer begleiten mich anhaltende Muskelkrämpfe. Wie die Ironie des Schicksals es will nicht in den Waden, sondern in den Oberschenkeln. Das übelkeitsbedingte Schwitzen hat über Gebühr Mineralien und Magnesium hinausgeschwemmt. Nun sagt die Muskulatur: genug, genug. Mein kläglicher Rest an Willensenergie sagt: weiter, weiter! Und dann auf einmal doch das Ziel: Euphorie, mit den Tränen kämpfen, völlige Erschöpfung. Vier

Minuten über der Vierstundenmarke – die letzten drei waren die langsamsten Kilometer meines Lebens. Die freundlichen Helferinnen möbeln wieder auf: Alufolie gegen die Kälte, Getränke, etwas zu essen, die Medaille und eine Rose als Glückwunsch. So langsam breitet sich das Glücksgefühl aus. Bis man es teilen, mitteilen kann, muß noch ein endloser Weg zu Fuß durch den Central Park zurückgelegt werden, an den Gepäckbussen vorbei, bis man schließlich von den Wartenden in den Arm genommen werden kann.

Wie siehst Du denn aus? Anjas entsetztes Gesicht lockert sich erst, nachdem sie mir die dicken Salzkrusten von den Schläfen geschält hat. Glücklich? Glücklich. Nie wieder Marathon? Ich sollte mit meinen Versprechungen etwas vorsichtiger sein. Wachsender Stolz, als die Ergebnislisten der *NEW YORK TIMES* am nächsten Tag dokumentieren, daß ich trotz aller Übelkeit und Strapazen immer noch zwei Drittel der Teilnehmer hinter mir gelassen habe. Nie wieder Marathon? Es muß ja nicht nochmal New York sein. Und schließlich: Man quält sich ja sonst nicht!

Klaus Bloemer
ABSCHIED VOM NATIONALSTAAT
Die Zukunft der deutsch-französischen Union



BOUVIER

Die Europäer sind verspielt, verzinkt, mürbe, sprunghaft, geschichtsvergesen. Dann allerdings droht erneut das, was Nietzsche den „europäischen Hornviehnationalismus“ genannt hat. Bloemers Buch ist eine Warnung vor diesem Irrweg.

Peter Glotz

KLAUS BLOEMER

ABSCHIED VOM NATIONALSTAAT

Die Zukunft der deutsch-französischen Union

287 Seiten, geb., DM 44,- ISBN 3 416 02678 4

BOUVIER
VERLAG · BONN

STEPHAN KRASS

Nichts als das Laub der Platanen

Helmut Böttiger

sucht die ›Orte Paul Celans‹

Auf einem Vorstadtfriedhof im Pariser Südwesten, unweit der Einflugschneise des nahen Airports Orly, liegt Paul Celan begraben. Zugedeckt von dem Lärm startender und landender Flugzeuge. Auch ein Sohn Trotzki's liegt hier, ein französischer Innenminister und Joseph Roth. Ansonsten fehlt der bei Pariser Ruhestätten übliche Prominentenandrang gänzlich. Helmut Böttiger beschreibt das trostlose Umfeld des Vorstadtfriedhofs, der in ein Gewerbegebiet aus Industriebauten und Reihenhäusern eingebettet ist, als »anonyme Endlandschaft«. Orte Paul Celans.

In 65 unauffälligen Behältern lagert im deutschen Literaturarchiv in Marbach der Nachlaß des Dichters. Mehr als ein Drittel nimmt seine Korrespondenz ein; die nicht abgeschickten Briefe eingeschlossen. Auch seine *Carnets*, die Notiz- und Tagebücher enthalten und einmal Aufschluß geben sollen über seinen Kampf mit Verfolgungsangst und Wahnsinn, liegen hier in Packpapier gewickelt und versiegelt. Als Sperrfrist wurde das Jahr 2020 festgelegt. Wie sich der einzige Erbe, Celans 1955 geborener Sohn Eric, dazu verhält, ist ungewiß. Von Beruf ist er Zauberer und scheint von der Erblast wenig beeindruckt. Orte Paul Celans.

Mit der Judenemanzipation 1867 begann in Czernowitz das »goldene Zeitalter«. Sechzig Prozent Juden lebten in der Hauptstadt der Bukowina, die seit 1849 ein selbständiges Kronland Habsburgs war. Die entlegene deutsche Sprachinsel entwickelte in der Diaspora ein überaus produktives kulturelles Klima. Als Celan 1920 in diese »geschlossene Wortwelt« (Böttiger) hineingeboren wurde, gehörte die Bukowina schon zu Rumänien. Ab Juni 1940 wurde Czernowitz zum Synonym des Terrors. Die einfallenden Truppen der Roten Armee verschleppten Tausende von Einwohnern nach Sibirien, die nachfolgenden Nazi-Truppen löschten die jüdische Tradition der Stadt aus. Celans Eltern wurden deportiert und im Lager ermordet, er selbst konnte den Todeskommandos nur knapp entkommen und wurde zur Zwangsarbeit eingezogen. Die Stadt als »habsburgische Enklave am Rande Europas« hatte aufgehört zu existieren. Orte Paul Celans.

Heute heißt die Stadt Tscherniwzi, liegt in der Ukraine und hat 260 000 Einwohner. Sie beherbergt in ihren Mauern den alten Stadtkern von Czernowitz, der nahezu unbeschadet überdauert hat. Viele der einstigen Bewohner des habsburgischen Vorpostens sind in Lagern ums Leben gekommen, die Landesgrenzen um die Stadt wurden auf dem politischen Schachbrett hin und her rochiert. Doch das Bau-Ensemble aus Kaiser Franz Josephs Tagen ist weitgehend erhalten. Helmut Böttiger findet mühelos die Orte von Celans Kindheit und Jugend. Die alten Gebäude stehen noch. »Es ist der Alltag, der ausgetauscht ist.« Mittlerweile besinnt man sich auch in Tscherniwzi wieder auf den berühmtesten Sohn der Stadt. 1993 erschien in einer Übersetzung des ukrainischen Germanisten Peter Rychlo als erstes Buch Celans eine Auswahl von Gedichten. Auf Initiative des Partnerlandes Kärnten steht in der Nähe des Volksgartens auch ein Denkmal Celans. Sein Schöpfer – so Böttiger – kam allerdings kaum verhehlen, daß er zu anderen Zeiten auch schon Lenin-Standbilder modelliert hat.

Die Poesie der Spurensuche

In Bukarest, wo Celan nach dem Krieg als Verlagslektor arbeitete, erschien im Mai 1947 zum ersten Mal eines seiner Gedichte gedruckt. *Die Todesfuge* – auf deutsch verfaßt – erschien in einer rumänischen Übersetzung. Bukarest war auch der Ort, wo Paul Celan, der als Paul Antschel geboren wurde, die Anagramm-Version seines Nachnamens zum Pseudonym bestimmte. Bukarest, so Böttiger rückblickend, »war die glücklichste Zeit in Celans Leben«. Als 1952 in der Deutschen Verlagsanstalt das schwarze Bändchen mit dem Titel *Mohn und Gedächtnis* erschien, lebte Celan bereits in Paris. In der Stadt des »Malte Laurids Brigge« hatte er 1948 Quartier bezogen und hier wühlte er 22 Jahre später den Tod. Bereits drei Monate nach seiner Ankunft bemerkte er in einem Brief an seinen Zürcher Freund Max Rychner, »daß ich sehr einsam bin. Mitten in dieser wunderbaren Stadt, in der ich nichts habe als das Laub der Platanen.«

Es gehört zu den großen Vorzügen des Celan-Essays von Helmut Böttiger, daß er es

nicht bei einer literarischen Recherche oder einer Philologie der Spurensuche bewenden läßt. Wenn er die »Orte Paul Celans« aufsucht, versteht er es, den biographischen oder historischen Stationen in diesem bewegten Leben eine poetische Lesart abzugewinnen. Orte sind eben nicht nur topographische Erhebungen auf der Landkarte eines Lebenswegs, Orte haben ihre Wurzeln auch in der Sprache, im Gedicht, im Brief, im Buch. Sie sind eingewoben in die Freundschaft, grundieren Begegnungen und werden zu Stätten des Zweifels an sich selbst oder anderen. Auch die Angst, der Wahn und die Unmöglichkeit, als Überlebender weiter zu existieren, haben ihren Ort. Bei Celan war der zentrale Ort die Dichtung. Allein der poetische Ort konnte ihn so lange davor bewahren, an der Erfahrung der Judenvernichtung und an der Obsession von dem Wiederaufstehen der Nazis in der restaurativen Adenauer-Ära nicht zu zerbrechen. Insofern liest sich Böttigers Buch der Orte Celans auch als erhellende Studie eines Lebens, das seine eigene Geschichte bewußt im Dunkeln gelassen hat.

Eine zentrale Textpassage ist der Analyse biographischer und literarischer Bezüge zwischen Celan als Autor des Gedichts *Corona* und

Ingeborg Bachmann als Verfasserin des Romans *Malina* gewidmet. Zwischen Dezember 1947 und Juli 1948 verband das aus unterschiedlichen Gründen in Wien zusammengeführte Schriftstellerpaar eine »Liebesbeziehung auf Entfernung« (Milo Dor), deren poetische Orte Böttiger in bestechender Manier aus den beiden Texten rekonstruiert.

Die Überwindung der Täterdiktion

Daneben sind es vor allem die Briefwechsel mit Nelly Sachs und Franz Wurm, denen der Autor ausführlichere Darstellungen einräumt. Franz Wurm war es auch, der Böttiger von den »gequälten Gesprächen« berichtete, in denen Celan um ein poetologisches Konzept rang, in dem sich die Sprache des Dritten Reichs, die Diktion der Mörder, überwinden ließe. Celan suchte Zuflucht bei einer botanischen und geologischen Terminologie, die gegen die faschistische Vereinnahmung resistent geblieben war. Aus dieser »neutralen Quelle« schöpfte er. So wurde aus Mineralogie Poesie.

In karstiger Reduktion konnte sich die Sprache noch einmal einen bewohnbaren Ort schaffen, eine Schutzzone zwischen »Zeiten-

Paul Celan, dritter v. links, erhält 1964 den NRW-Kunstpreis. Links Ministerpräsident Meyers (CDU)

Foto: dpa



schrunde« und »Atemkristall«. Auch weil Celan seinen Gedichten die »schwarze Milch« der auf Schulbänken »lesebuchreif gedroschenen Todesfuge« (Böttiger) austreiben wollte, führte er seine Poesie immer weiter von eindimensionalen Lesarten weg. Denn das Gedicht – so Celan – »ist einsam und unterwegs. Wer es schreibt, bleibt ihm mitgegeben.«

Celan und Heidegger

Im Sommer 1967 las Paul Celan auf Initiative des Germanisten Gerhart Baumann im Auditorium maximum der Freiburger Universität. Über tausend Zuhörer strömten in den überfüllten Saal. Nie zuvor waren es bei einer Celan-Lesung so viele gewesen. Als prominenter Zuhörer saß Martin Heidegger in der ersten Reihe. Das Verhältnis zwischen dem Denker, der 1933/34 als Rektor der Freiburger Universität angetreten war, die Gleichschaltung der deutschen Hochschulen voranzutreiben, und dem Dichter, der das Trauma der NS-Herrschaft niemals überwinden würde, war von einer widersprüchlichen Affektlage aus Faszination und Abwehr geprägt. Als historisch handelnde Individuen mußten sie sich fern bleiben, allein in der Korrespondenz ihrer Werke konnte der andere erscheinen. Am Morgen nach der Lesung steigen Celan und Heidegger zu dessen Hütte in Todtnauberg auf. Seine Eintragung ins Hüttenbuch schließt Celan »mit einer Hoffnung auf ein kommendes Wort im Herzen«. Auch ein »Ort« Paul Celans. Böttiger erwähnt ihn nicht. Ganz offenbar ist diese Begegnung seinem Heidegger-Affront zum Opfer gefallen. Nicht der Vollständigkeit halber, wohl aber um die historische und persönliche Bedeutung der Begegnung zu dokumentieren, wäre dieser »Ort« eine Darstellung wert gewesen. Bei einem zweiten Treffen zwischen Heidegger und Celan im Frühjahr 1970 kommt es zum Bruch zwischen beiden. Die Gräben waren zu tief.

Die Dichtung ist der letzte bewohnbare Ort, aber es gibt von ihr keinen Weg zurück ins Leben. Das wußte Celan. Dichtung ist die »Unendlichsprechung von lauter Sterblichkeit und Umsonst«. Danach kommt das Verstummen. Als der »poète autrichien« im Frühjahr 1970 auf dem Pariser Vorortfriedhof begraben wurde, herrschte Schweigen. Bei seiner Bestattung wurde kein Wort gesprochen.

Helmut Böttiger: Die Orte Paul Celans, Zsolnay Verlag, Wien 1996, 176 S., DM 29,80

RUDOLF MARESCII

Unwiederbringlich verloren?

Bohrers Blues und D'Amunzios Stoßtrupps

*Du, Erde, warst auch diese Nacht
beständig.
(Goethe, Faust, 2. Teil)*

Benjamins »Engel der Geschichte« muß ein Zentraleuropäer gewesen sein, oder zumindest ein Fan links- und rechtsrheinischen Gedankenguts. Wie anders ist zu verstehen, warum gerade in diesem Teil der Welt so vergangenheitsfixiert gedacht und wider das Vergessen geschrieben wird. Und wie anders ist zu erklären, warum in den 80er Jahren gerade hier und nicht anderswo die Endzeit-Topoi anwuchsen und ihrem finalen Höhepunkt entgegenfeierten. Während jenseits von Atlantik und Pazifik längst die Zukunft, im buchstäblichsten Sinn des Wortes, »programmiert« wird, übt sich in Alteuropa ein Großteil der intellektuellen Elite immer noch im Schwanengesang. Sie beklagt das Verschwinden von Diesem und Jenem, sie trauert verpaßten Chancen nach und setzt auf die Einlösung uneingelöster Versprechen. Der Schock, den der auf Elektronik basierende Wandel momentan herbeiführt, scheint, je näher das Millennium rückt, das Jammern und Lamentieren noch zu verstärken. Die Trauer über das Leerdrehen des Projekts der Moderne wird, so mutmaßt Bohrer, zum »beliebten Ruhekissen«, auf dem eine gewisse akademische Elite »Kraft schöpfen will für neue, quasi-teleologische Entwürfe.«

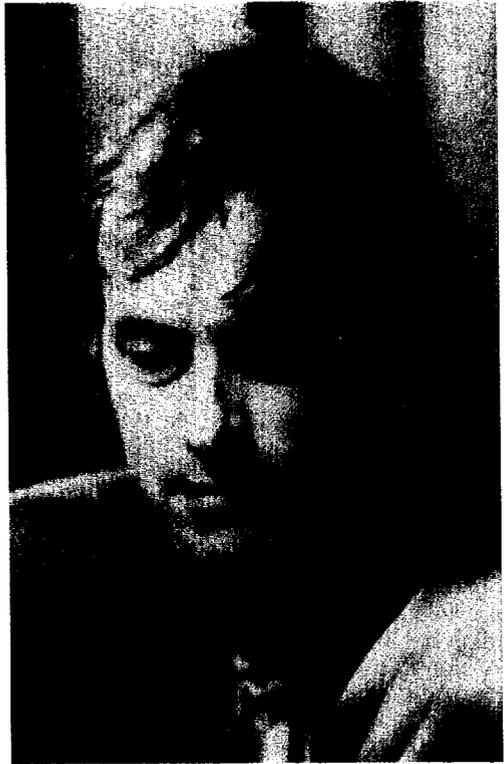
Jean Baudrillard, der dieses Gerede über Abschied, Ende und Tod zunächst selbst in ungeahnte Höhen getrieben hatte, erteilte, als die Mauern des Kalten Krieges fielen und von der Siegesgewißheit der sozialistischen Ideen nur noch Ruinen blieben, diesem Diskursgenre als erster eine Absage. Dem Ganzen überdrüssig, schockte der soziologische Schelm seine verblüffte Kundschaft mit der Behauptung einer Recycelbarkeit aller Ideen und Theorien: Weder die heiligen Errungenschaften der Moderne: die Vernunft, die Emanzipation, die Geschichte, das Soziale usw., stürben ab, noch ihre bösen Schattenseiten: Nationalismus, Rassismus, Barbarei, Männlichkeitswahn usw.. Nichts von dem, was ist oder war, verschwinde wirklich. Wie weiland jene russischen Kosmonauten von Ballard, seien wir dazu verdammt, um die Erde zu kreisen, ohne jede Aussicht auf Rettung.

Daß Karl Heinz Bohrer, Literaturprofessor in Bielefeld und Herausgeber des MERKUR, ausgerechnet jetzt, wo der »Geschmack am Ende, ja am Tod« (J. Derrida) sein Ende erlebt, sich in die Debatte um *Zukunft oder Ende* einmischt und dem Abschiedsdiskurs ein sechshundertseitiges theoretisches Werk widmet, überrascht den Beobachter der Szene. Eigentlich hätte man von ihm, dem Nekromantiker und Krieger für ein metropolitantes Denken wider die Bonner Republik, diese Wortnahme viel früher erwartet. Aber, wie meist in solchen Fällen, gibt es dafür eine simple Erklärung. Bohrer hat die Diskussion verschlafen oder sie nicht wahrgenommen oder sie nicht für wichtig erachtet. Erst ein Kolloquium der *Poetik und Hermeneutik*-Gruppe habe ihm die ästhetische Bedeutung dieser (post)modernen Thematik eröffnet und ihn dazu gebracht, das Abschiednehmen sogar zu einem eigenständigen Genre der poetologischen Modernität zu erheben.

Auch wenn Bohrers Wortmeldung ziemlich spät kommt, so mutet das Ergebnis insgesamt doch beeindruckend an. So hart und radikal hat in diesem Jahrhundert wohl noch niemand Abschied genommen. Keiner hat mitleidloser und theoretisch konsequenter das Verlustigehen liebgewordener Gegenstände formuliert. Keiner hat provokativer gegenüber Melancholikern, Apokalyptikern oder sonstigen postmodernen Erinnerern und Wiederholern Stellung bezogen. Und keiner hat in der letzten Zeit Eigenart und Eigenständigkeit des ästhetischen Diskurses vor seiner Vereinnahmung durch alle anderen heftiger verteidigt, emphatischer Partei für das irritierende und abgründige Potential ästhetischer Erfahrung ergriffen als er.

Was aber bedeutet Abschied für den Ästhetiker Bohrer? Abschiednehmen ist zuallererst etwas Unvermeidliches und Unhintergebares, es ist unwiederbringlich und endgültig. Abschied zu nehmen, heißt damit zugleich: Abschied genommen haben (werden) von jedem Erwartungshorizont, richte er sich auf eine verborgene Anwesenheit (Theologie), oder auf eine künftige Erlösung (Messianismus) oder Versöhnung (Romantik). Bohrers *Theorie der Trauer* nötigt zur totalen Hinnahme der Vergänglichkeit der Dinge. Für sie ist der Tod »keine Metamorphose zu einer höheren Sphäre«, sondern das allerletzte Wort. Ohne Anflug von Trauer weiß seine Abschiedsrede immer schon um das Fliehen der Gegenwart. Zukunfts-, gedächtnis- und erinnerungslos wie sie ist, kennt sie auch keine Durcharbeitung im Freudschen Sinn.

»Abschied« ist weder eine psychologisch noch soziologisch, philosophisch oder gar politisch zu bewältigende Aufgabe. Das »Gesetz



Karl Heinz Bohrer

Foto: Suhrkamp Verlag

des Immer-schon-gewesen-Seins« anzunehmen, ist ein genuin ästhetisches Problem. Sie wird exklusiv von der Literatur bearbeitet. Allein sie besitzt jene »kontemplativ-präsentistische Form«, die das »Vergänglichkeitsmotiv«, die »Leidenschaft für Phänomene, die ihrem Ende entgegengehen« duldet, während die Philosophie stets auf ihre Optimierung in Gestalt eines Kontinuums aus ist. Daher ist Verschwinden auch kein Gedanke, sondern eine Intensität, das von einem Subjekt gespürt und erlitten wird. Die Flüchtigkeit, mit der der »Umschlag vom Jetzt zum Eben-noch« erlebt wird, entgleitet dem Bewußtsein des Habenwollens. Ihr momenthaftes Auftauchen, mitunter chockhaft erfahren, kann nicht angeeignet werden. Die Haltung, die der poetologische Flaneur dazu höchstens einnehmen kann, ist eine kontemplative, die »Permanenz des Verschwindens« gleichermaßen tragisch erfahrend und genießend. Weist nicht genau hier das verborgene »Erinnerungsmotiv« von Bohrers (Ästh)Ethik des Untergangs, das der Hermeneutiker unfreiwillig exekutiert, wenn er die historischen Texte darüber liest und auslegt.«

Wie auch immer! Mit dem soziologischen Beobachter unserer Tage hat das alles gar nichts

gemein. Der Vorsatz, Dinge, Phänomene und Vorgänge beobachtend zu beschreiben, verkennt laut Bohrer das verstörende ästhetische Potential, das in dieser »aktiven Melancholie« liegt.

Abschiedsbewußtsein und Zukunftsversprechen

Charles Baudelaires Abschiedsbewußtsein, von Bataille einmal als »Onanie einer Trauerpoesie« bezeichnet, ist der ästhetische Maßstab dafür. Der Zustand des »Ennui«, der das Ich angesichts des Fehlens jeglicher Zukunftsversprechen befällt, unterstreicht die imaginative Macht des Subjekts, seine Vorrangigkeit im ästhetischen Geschehen. Teilnahmslos und innerlich leer, ohne Erwartungshaltung dem plötzlichen Eintreten eines Ereignisses gegenüber, das ihn dem Strom des Vergessens entreißt, sieht es dem Verstreichen der Zeit zu. Schrecken verarbeitet der derart Abgekühlte mit gekonnt zur Schau getragener kontemplativer Indifferenz, von Baudelaire »Spleen« genannt. Reizschutzausfall besorgt der einsame, sich von allen sozialen Bezügen gelöste Dichter imaginativ selbst. Deswegen bedarf er, sollte das Reale drohen, keines (technischen) Mediums, das heute diese Schutzfunktion ausübt.

Diese Parteinahme für das Übermenschliche überzeugt nicht. Wahrnehmung ist immer medien determiniert, sie kann nicht gegen eine nicht-mediatisierte ausgespielt werden, wie Bohrer glauben machen will. Auch das Bits imaginativ verwandelnde lyrische Ich verarbeitet medienabhängig. Nicht nur Schrift, Sprache und Papier, auch »untergehende Sonnen« und »vorübergehende Passantinnen sind Medien, wenn auch keine technischen. Ohne sie wüßte der Poet nichts vom Vergehen der Dinge in der Zeit, ohne sie würden seine Sinne nicht aktiviert. Der Unterschied zum Alltagsmenschen besteht in seiner »fehlerhaften« Verarbeitung. Sie ist die Möglichkeit der Lyrik wie der Kunst überhaupt, nicht aber die Verarbeitung selbst.

Unerheblich finde ich die für Philologen spannende Frage, ob Bohrer mit seiner Kritik an Benjamin, mit dem Ernennen Nietzsches und Goethes zu Zeitzeugen seines Abschiedsdiskurses immer richtig liegt. Bücher sind Medien, die, weniger zum Interpretieren und Bedeuten als zur Entnahme, zum Ankoppeln und zum Experimentieren auffordern. Deshalb finde ich zum Schluß die Frage weit spannender, ob der Ästhetiker mit seiner Aufforderung, ein für alle mal Schluß zu machen mit Wertvorstel-

lungen, Sinnkonzepten und Glaubensinhalten, die imaginäre Glücksversprechen enthalten, Chancen hat, vom Publikum gehört und nachgelebt zu werden. Daß die Leute tatsächlich jemals so radikal diesseitig und cool werden, um es in der Immanenz »radikaler Zukunftslosigkeit« auszuhalten, mag man gelinde bezweifeln. Bohrer gibt am Ende auch zu, daß man Baudelaire nicht wirklich leben kann, weder heute noch morgen noch als verbeamteter Literaturprofessor. Wie Bohrers Zeuge Goethe schon wußte, folgt dem »Blut der untergehenden Sonne« und dem Schrecken der darauf folgenden Nacht sehr schnell die Geburt und der Aufgang einer neuen. Die letzte Jahrhundertwende zeigt, wie der melancholische Dandy-Selbstkult vom Bewußtsein des Auserwähltheits einer Kriegerkaste (ARDITI, SA, SS) abgelöst wird, wie aus Baudelaires Bewegungslosigkeit Mobilisiertsein erwächst.

Virtuell utopische Weltbilder

Dieser Wechsel der Semantik bildet die Folie eines faszinierenden, von den Herausgebern wunderschön komponierten Readers, der indirekt Bohrers Anstrengung des Abräumens, Entgeistens und Entmythisierens bestätigt, zugleich aber die Vergeblichkeit desillusionierenden Tuns unterstreicht. Am Beispiel einer konkreten geschichtlichen Situation, dem Marsch auf Fiume-Rijeka, demonstrieren die AutorInnen in mitunter brillanten Einzelstudien, wie mittels »Eingedenken« (Benjamin) virtuelle utopische Weltbilder generiert werden und sich zu Phantasmaten der Wiederauferstehung, Erneuerung und Erlösung verdichten. Sie legen eindringlich dar, wie die sprichwörtlich leer gewordene Zeit mit techno-theologischen Phantasien angereichert wird, die sich aus neuen Medien- und Waffentechnologien herleiten.

Im ersten Weltkrieg wurde Italien für den Eintritt in den Krieg als Siegerbeute, so die Vorgeschichte, ein großer Teil der dalmatinischen Küste und der Adria-Inseln versprochen, die Stadt Fiume davon aber ausgespart. Als nach dem Krieg Italien diesen Raum beanspruchte, wurden sie auf Betreiben des amerikanischen Präsidenten Wilson dem neuen Staat der Serben, Kroaten und Slowenen zugesprochen. Von einer bestimmten politischen Elite wurde dies als Schmach empfunden. Sie sah sich um die Früchte ihres Einsatzes, ein größeres Italien, gebracht, das in den mythischen Erzählungen Dantes besungen wird. Diesen »mystischen Raum« zu erobern, ihn für eine »ideelle Herankunft« des alten und neuen Roms urbar zu machen, wurde als nationale Aufgabe verstanden,

die den Einsatz und Mobilisierung aller Herzen und Körper rechtfertigte. An die Spitze dieser »Stoßtrupps« (F. Kittler) stellte sich Gabriele D'Annunzio. »Il comandante«, wie der Dichterstürz sich rufen ließ, Fliegerheld, Abenteurer und Kenner der allerneuesten Waffentechnik wurde zum Dispositiv einer Avantgarde, die sich berufen fühlte, auf den Ruinen der alten eine neue Ordnung zu gründen. Der Marsch auf Fiume sollte zum Fanal, zur »Nacht der Schöpfung und Neuschöpfung, der Geburt und Wiedergeburt« (J. T. Schnapp) werden.

Bekanntermaßen wurde aus D'Annunzios Erlösungs-Obsessionen nichts. Knapp ein Jahr dauerte seine Regentschaft. Nur für kurze Zeit konnte der »selbsternannte Erlöser« (H. U. Gumbrecht) dem aus dem Mythos abgeleiteten Anspruch auf das *Mare Mediterraneo*, dem Mare Nostrum, faktisch Nahrung geben, die Leidenschaft für die Geburt eines neuen Imperium Romanum aufrechterhalten. Verjagt aus dem kurzzeitig »erlösten Gebiet«, bastelte der Dichterprophet, enttäuscht über das Scheitern seiner Mission, an einem profanen Ort an seiner eigenen Legende. Die Hinterlassenschaft von dem, der sich »autorisiert« fühlte, »den Willen des Gottes zu verkünden«, weil D'Annunzio »Verkünder dieses Willens heißt« (B. Siegert), ist heute zu besichtigen am Gardasee im »Il Vittoriale«. Von der Suche bleibt nur das Mausoleum. An die Stelle von Göttern und geflügelten Himmelsboten rückt der Sarkophag. Wie er zu lesen ist, darüber ist zu reden.

Zweifelloos ist der Faschismus in Fiume erfinden worden (H. U. Gumbrecht), im Erinnern an die Helden und Toten, im Einfordern von Blutopfern und im Verlangen nach Erlösung. Daß er sich mit allerneuesten Waffen- bzw. Medientechnologien paart und sich im Wunschbegehren äußert, auch das offenbart das Abenteuer Fiume. Auf die Vorrangigkeit dieser »Sakramente der Erlösung« (B. Siegert) nachhaltig aufmerksam gemacht zu haben, ist das Verdienst dieses Readers. Hier unterscheiden sich die Autoren klar von Bohrer, der alles dem Subjekt, der Kategorie »Intensität« zurechnet.

Karl Heinz Bohrer: Der Abschied. Theorie der Trauer: Baudelaire, Goethe, Nietzsche, Benjamin, Suhrkamp Verlag, Frankfurt/M 1996, 626 S., DM 58,-

Hans Ulrich Gumbrecht/Friedrich Kittler/Bernhard Siegert (Hg.): Der Dichter als Kommandant. D'Annunzio erobert Fiume, Wilhelm Fink Verlag, München 1996, 340 S., DM 58,-

Eine architektonische Anlage, die den Tod, bei allem Respekt, freundschaftlicher, vertraulicher in ihre Mitte nimmt als der Holm in Schleswig, ist kaum denkbar. In einem Kreis aus kleinen Fischerhäusern liegt, von einer ringsumführenden Straße umschlossen, der Friedhof, der auf alle Anwohner des Holms wartet. Der Tod ist immer gegenwärtig, sobald die Menschen aus ihrer Tür treten, bei jedem Blick aus dem Fenster, als allen gemeinsames Geschick, als Lebensendpunkt, zugesicherte Heimat.« So beginnt der erste von acht Essays, die, eingebettet in 21 Erzählungen, das Herzstück von Brigitte Kronauers neuem Prosaband *Die Einöde und ihr Prophet* bilden. Beinahe friedlich klingt hier das Thema an, das sich leitmotivisch durch alle Texte des Bandes zieht: die Vergänglichkeit allen Lebens und was man dem entgegensetzen kann.

Diesem versöhnlichen Auftakt folgen Exkurse in die Literatur und die bildende Kunst. Als Freund Hein, Gevatter Tod, Sensen- oder Knochenmann erweckt der Tod trotz seines furchterregenden Auftretens den Eindruck, er sei ansprechbar, ließe sich »in den Griff kriegen«. Diese vertraute allegorische Gestalt konfrontiert Brigitte Kronauer mit Szenerien aus Pieter Brueghels Gemälde *Der Triumph des Todes* aus dem Jahre 1562, aus einer Zeit also, als in Europa die Inquisition und in den Niederlanden der spanische Diktator Philipp II. herrschte. Im Gegensatz zu anderen zeitgenössischen Todesdarstellungen – z.B. den Totentanzfriesen oder Hans Holbeins *Bildern des Todes* –, auf denen jedes Individuum oder zumindest doch jeder Repräsentant eines bestimmten Ranges oder Berufes einen eigenen Tod erhält, treten auf Brueghels Gemälde ganze Armeen von Skeletten auf, die in starren geschlossenen Formationen operieren oder einzeln als roboterhafte Henker fungieren. Hier gibt es kein Entrinnen – die Regentschaft des Todes ist gleichbedeutend mit totaler Vernichtung.

Was bei Brueghel allerdings als Vergeltung der Sünden gedacht war und was sich in der Schreckensvision vom Tod »als gleichgeschalteter Masse« und von der Reduktion des Individuums »zur puren Materie in ganzen Karren voller Schädel« Bahn bricht – das wurde im 20. Jahrhundert so konsequent und effizient in die Praxis umgesetzt wie in keinem Jahrhundert zuvor. Immer wieder schlagen Kronauers



Brigitte Kronauer

Foto: Isolde Ohlbaum

Interpretationen diese Brücken in die Gegenwart und zeigen beiläufig, daß gerade die ganz konkrete Darstellungsweise der alten Meisterwerke ihnen eine die Zeiten überdauernde Kraft und Bedeutung gibt.

Als brueghelerfahrene Bildbetrachterin weiß Kronauer, daß der Maler oft ein entscheidendes Motiv an die Peripherie seines Gemäldes plaziert. So erscheint auch auf der Tafel »Der Triumph des Todes« abgedrängt in die untere rechte Ecke und unberührt von der Todesmaschinerie der Skelette ein Liebespaar, ein Lautenspieler in den Armen seiner Geliebten: die Liebenden als Widerpart der Phalanx des anonym wütenden Todes, als einzige Kraft, die die Todesfurcht besiegen kann. In ihrer Hochschätzung der Unverwechselbarkeit des jeweils Anderen stellen die Liebenden eine Bastion gegen die Auslöschung des Individuellen dar.

Um die Rettung des Individuellen, Einzigartigen, Unwiederholbaren geht es in allen Essays des Buches: ob es sich um das zufällig aus Wolken hervorbrechende Licht handelt, das über das von Wouverman gemalte »weiße Pferd« streicht, und durch dieses Zusammentreffen zweier alltäglicher Elemente plötzlich eine mythische Erscheinung entsteht, durch die das Gemälde einen rätselhaften Charakter er-

hält; oder um das singuläre Rot inmitten eines ansonsten braun-grünen Gemäldes von John R. A. Constable, das die Weste des Schleusenwärters darstellt und dessen zentrale Rolle als Lenker des Schiffsverkehrs unterstreicht; oder um Christa Biederbiks Polyesterfigur »Schriftstellerin«, die einerseits Agatha Christie darstellt, unaustauschbar, unverwechselbar, andererseits Inbild der alten Frau schlechthin ist. Bei dieser Einzelfigur, diesem »Denkmal des Individuums« gehe es – so Kronauer – »um die Prominenz von jedermann, der, ob alt oder jung, Mann oder Frau, bekannt, namenlos, alle Beachtung zu erwarten hat, die ihm im normalen Leben kaum, wenig, nie gewährt wird, in dem er verschwindet, entmutigt von den Mengen der Fußgängerzonen, der Statistiken, Erdbevölkerungszahlen, Hochrechnungen, Katastrophopferziffern.«

Um die Singularität der Individuen, die Einzigartigkeit ihrer Erscheinungsweisen, ihrer Haltung, ihrer Gesten, der eigensinnigen Behauptung von Menschenwürde angesichts der Vergänglichkeit allen Lebens, angesichts von Kränkungen und Schmerz geht es auch in den die Essays einschließenden Erzählungen. Es sind unspektakuläre Geschichten von gewöhnlichen Menschen in alltäglichen Situationen. Die drei alten Frauen der ersten Geschichte z.B., von denen jede von einem schmerzlichen Ereignis betroffen ist, kommen zu der ernüchternden Erkenntnis, daß Liebe und Glück vergänglich und nicht weltbewegend sind. Die Autorin erinnern die drei, die sich nie begegnet sind, deren parallele Lebensschicksale sie jedoch zusammenklingen läßt, an drei Domglocken, die »zart, ebern, sich aufschwingend« tönen.

Es ist diese Verdichtung zu eigenwilligen Bildern, die Kronauers Erzählungen Leuchtkraft und Intensität geben und die zuweilen an Gemälde des 16. Jahrhunderts erinnern, auf denen noch der kleinste Nebenschauplatz mit unscheinbaren Pflanzen und Insekten liebevoll ausgestattet ist. So mündet eine Landschaftsbeschreibung in der Geschichte *Zazzera*, die von der Unentwegtheit des Lebens noch in der Weltabgeschiedenheit einer unbekanntem Insel handelt, in die Erwähnung einer Ratte, die »eine Kirsche mit den Vorderpfoten hält, die sie im Pfefferminzgebüsch gefunden hatte«.

Dann wiederum, in *Himbeereis*, wird ein gewaltiger, von weißen Palästen umgebener Platz geschildert, der zum Meer hin offen ist. Eine »wahrlich freigebige, anspornende Leere«, geht es Anton Pilz durch den Kopf, eine Leere, die er jedoch nie genutzt hat – anders als der von Geertgen tot Sint Jans gemalte Johan-

nes in dem Titelessay *Die Einöde und ihr Prophet*, der in der ihn umgebenden Natureinsamkeit aufgeht. Während Johannes der Täufer Teil ihrer Weite und Schönheit wurde, erstarrt Anton Pilz angesichts der räumlichen Offenheit in der Erkenntnis, daß er sein Leben verpaßt hat.

Immer wieder finden sich in Brigitte Kronauers Erzählungen und Essays Anspielungen auf ältere Meister und Meisterinnen, auf *nouveau-roman*-Schriftsteller genauso wie auf Virginia Woolf oder Marcel Proust. »Sehen Sie doch bloß den Fleck auf dem Kleid dieser Frau an. Es sollte so was sein, sollte wer weiß was bedeuten.« Mit diesem Ausruf aus dem letzten grandiosen Prosastück *Ja oder Nein oder Zuendebringen des Selbstporträts* und mit den spöttischen Variationen dieses kleinen Themas spielt Kronauer auf Virginia Woolfs berühmte Erzählung *Der Fleck an der Wand* an, die schon Ilse Aichinger mit ihrem Prosatext *Flecken* ironisch-witzig variierte. Die Gesellschaft, in der diese Worte fallen, erinnert an jene so illusionslos geschilderte *Matinée* im letzten Band von Prousts Romanzyklus *Auf der Suche nach der verlorenen Zeit*, bei der der Ich-Erzähler Marcel, ein Schriftsteller, angesichts des eigenen nahenden Todes sich vornimmt, die Vollendung seines Werkes voranzutreiben. Kronauers Ich-Erzählerin, Irene Gartmann, verläßt die nicht weniger gnadenlos geschilderte Gesellschaft, um in der Bergeinsamkeit Heilung von einer Krankheit zu finden. Anders als bei Proust löst die Natur ihr einstiges Glücksversprechen nicht ein. »Was sucht man dort noch törichterweise heutzutage? Die eigene Kindheit. Und was erhält man? Eine Abfuhr, eine höfliche, eine grobe.«

Reflexionen über die Liebe, über das Glück folgen, die nicht geleugnet, aber ihres illusionistischen Plitters beraubt werden. Das alles in einer bildstarken und präzisen Sprache, deren Schönheit und Poesie die Wehmut, die die letzten vom Warten auf den Tod handelnden Zeilen überschattet, erst mit einer gewissen Verspätung eintreffen lassen: »Jetzt aber das letzte Fleckchen, dort ganz oben das letzte, das sich nicht länger aussparen läßt, denn zu all dem senkt sich die Türklinke meines Schlafzimmers, in dessen Doppelbett ich wie jeden Abend ohne Begleitung liege, in dieser von innen abgeschlossenen Wohnung, in der ich allein lebe, zu der kein anderer als ich den Schlüssel besitzt, in diesem von anderen Menschen nicht benutzten Haus, am Klingelschild nichts als mein eigener Name, Irene Gartmann, senkt sich sehr langsam. Jemand muß sie also von außen niederdrücken, ich soll es nicht bemerken, ich weiß es aber längst. Lauter voreinan-

der getrennte Bilder des Senkens und Weiter- und Tiefersenkens und bekräftigend, eins ums andere: Von Einbildung kann keine Rede sein! Auch scheint mir, daß es sich bei diesem Vorgang des lautlosen Niederpressens der Türklinke um den Ausgangspunkt meiner in Wirklichkeit vielleicht rasend schnellen Bergwanderung handelt – wer versucht hier, sehr unwillkommen, einzutreten? – von der ersten Überlegung und Simulantenhoffnung an: Vielleicht bin ich ja nur ein bißchen krank?«

Brigitte Kronauer: Die Einöde und ihr Prophet. Über Menschen und Bilder, Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 1996, 243 Seiten, DM 44,-

KERSTIN FREUDIGER

Schweigsame Juristen

Wie die Justiz in die NS-Krankenmorde verstrickt war

Sicher waren die Juristen im nazistischen Unrechtsstaat nicht besser und nicht schlechter als ihre Zeitgenossen Gevatter Schneider und Handschuhmacher. Es macht aber einen Unterschied, ob jemand Hochfrequenztechniker, Tiefbauingenieur, Dentist ist oder ob er sich dem Recht und dem Rechten verschrieben hat oder doch verschrieben haben sollte ...«

Diese Worte des hessischen Generalstaatsanwalts und Sozialdemokraten Fritz Bauer aus seinem Aufsatz *Die »Ungesühnte Nazijustiz«*, der 1960 in der *NEUEN GESELLSCHAFT* erschien, machen eine der großen Verzerrungen im Nachkriegsdeutschland deutlich: die damals sich abzeichnende, heute klar erkennbare Tendenz, Justizverbrechen gegenüber anderen Tötungsverbrechen aus der NS-Zeit zu privilegieren und Richter, die grausame Unrechtsurteile zu verantworten hatten, freizusprechen oder die Verfahren einzustellen. Dieser Verkehrung lag argumentativ der »Schutz der richterlichen Unabhängigkeit« zugrunde.

Der erste Band aus der wissenschaftlichen Reihe des Frankfurter FRITZ-BAUER-INSTITUTS widmet sich nun einem Kapitel der NS-Justizgeschichte, das außerhalb richterlicher Tätigkeit geschrieben wurde: Im April 1941 rief das Reichsjustizministerium das Führungskorps der deutschen Justiz, d. h. sämtliche Oberlandesgerichtspräsidenten und Generalstaatsan-

wälte sowie weitere Spitzenjuristen, zu einer Konferenz nach Berlin, um es über die seit 1939 laufende sogenannte »Euthanasie«-Aktion zu informieren und auf die Mitarbeit am störungsfreien Ablauf zu verpflichten. Die Ausführungen wurden von den Konferenzteilnehmern widerspruchsfrei hingenommen und die Weisungen weitergeleitet. In Fritz Bauers Augen erfüllten sie damit den Tatbestand der Beihilfe zum Mord. Er leitete 1960 ein Ermittlungsverfahren gegen noch lebende Teilnehmer ein, das schließlich 1970 eingestellt wurde.

Die damit zusammenhängenden Fragen waren 1994 Gegenstand eines Symposiums des FRITZ-BAUER-INSTITUTS, der Gedenkstätte Hadamar sowie des Hessischen Justizministeriums. Sie werden in dem nun vorliegenden Band durch fünf Beiträge in weitergehender Form behandelt und damit erstmals umfassend ausgeleuchtet. In einem umfangreichen Anhang finden sich außerdem die relevanten Dokumente, u.a. bisher nicht ohne weiteres zugängliches Aktenmaterial.

Susanne Benzler und Joachim Perels qualifizieren die »Euthanasie«-Aktion als »Maßnahme im Rahmen eines »Herrschaftssystems der unbeschränkten Willkür und Gewalt, das durch keinerlei rechtliche Garantien eingeschränkt ist«, als Element des Maßnahmenstaates im Sinne Fraenkels: Eine zunächst vorbereitete gesetzliche Grundlage für den Anstaltsmord scheiterte am Einspruch Hitlers. Dessen auf den 1. 9. 1939 rückdatierter »Euthanasieerlaß« legitimierte die Aktion notdürftig, konnte sie aber juristisch nicht legalisieren. Als die »außernormativen Maßnahmen der »Euthanasieaktion« mit dem »normativen Ordnungsgefüge der Justiz« in Konflikt kamen, wurde 1941 die Juristenkonferenz durchgeführt, womit sich »auch die Justiz von normenstaatlichen Regelungen verabschiedet« hatte und »zum willfähigen Handlanger der »Euthanasie-Mordorganisation« geworden war. Die maßgebliche Beteiligung der traditionellen Eliten – Ärzteschaft, Justiz und z. T. die Kirchen – an der NS-»Euthanasie« habe für deren juristische Aufarbeitung nach 1945 Folgen in der Form gehabt, »daß die durch die Strafrechtslehre entwickelten Formen der Ahndung bzw. der Exkulpation der NS-»Euthanasie« vom jeweiligen politisch-gesellschaftlichen Kontext in besonderem Maße abhängig waren«. Das heißt: Relativ günstige Bedingungen für die Aufarbeitung bestanden 1945/46, als »die institutionelle Basis der traditionellen Eliten – in der Justiz und z. T. auch in der Rechtslehre – stark geschwächt war«. Ab 1948/49 kam es dann durch deren Reintegration zu der Situation, daß die »weit-

gehend wieder etablierten Interpretationseliten ... nun vielfach vor der Aufgabe standen, die Tötungspraxis jenes Regimes theoretisch und praktisch zu bewerten, dem sie teilweise aktiv gedient hatten«. Die zu dieser Zeit von der Strafrechtslehre entwickelten Grundpositionen zum Anstaltsmord seien einer Tendenz zur Exkulpation gefolgt und sie fänden sich in der Rechtsprechung von 1948 bis zu den letzten Urteilen in den 80er Jahren wieder. Angesichts jener Rechtsprechung, so bilanzieren Benzler und Perels ernüchternd, sei die juristische Aufarbeitung der NS-»Euthanasie« in der Bundesrepublik »als völlig unzureichend, wenn nicht als gescheitert zu betrachten«.

Michael Förster geht näher auf die Juristenkonferenz von 1941 und deren Vorgeschichte ein. Spätestens Mitte 1940 seien Richtern und Staatsanwälten gerichtlich die Massentötungen an Behinderten bekannt geworden und einige hätten sich an Reichsjustizminister Gürtner gewandt – der bekannteste Vorstoß ist der des Vormundschaftsrichters Kreyszig. Gürtners geschäftsführender Nachfolger Schlegelberger briefte dann die Berliner Konferenz ein und ordnete an, alle Strafanzeigen in »Euthanasie«-Sachen unbearbeitet dem Reichsjustizministerium vorzulegen bzw. die Landgerichtspräsidenten über die Aktion zu unterrichten. So sei die Situation eingetreten, daß es – entgegen einer bis heute vertretenen Auffassung – im »Dritten Reich« zwar durchaus Rechtsschutz für Behinderte gegeben habe, »nur keine Juristen mehr, die es wagten, diesen Rechtsschutz im Interesse der Opfer und der potentiell Gefährdeten umzusetzen«. Daher stelle die Frage strafrechtlicher Verantwortlichkeiten für die Anstaltsmorde allenfalls eine der persönlichen Schuld (im Sinne des Strafrechts) dar.

Der Beitrag Helmut Kramers, eine überarbeitete und erweiterte Fassung eines Aufsatzes, der 1984 in der KRITISCHEN JUSTIZ erschien und erstmals die Beteiligung der Juristen an der NS-»Euthanasie« öffentlich thematisierte, wendet sich dem von Fritz Bauer 1960 in Frankfurt initiierten Verfahren zu. Nach einem Umweg über die Staatsanwaltschaft Stuttgart begannen eingehende Ermittlungen durch Bauer erst 1963, der 1965 beim Landgericht Limburg die Eröffnung des damals obligatorischen Voruntersuchungsverfahrens beantragte. Nachdem der zuständige Untersuchungsrichter sich zunächst geweigert hatte, wurde dieses Verfahren 1967 eröffnet – allerdings nicht gegen den am schwersten belasteten Beschuldigten Schlegelberger. Bald nach dem unerwarteten Tod Fritz Bauers im Jahr 1968 »müssen Überlegungen eingesetzt haben, wie man das Verfahren« auch

gegen die anderen Beschuldigten »unauffällig zu Ende bringen könne«. Bauers Nachfolger beantragte dann 1970, die inzwischen auf vier reduzierte Zahl der Angeschuldigten außer Verfolgung zu setzen. Das Landgericht Limburg entsprach diesem Antrag, dem Kramer gravierende juristische Mängel nachweist. Die Gründe für das Scheitern dieses Strafverfahrens sieht Kramer »in einem seit langem tradierten, bis heute ungebrochenen beruflichen Selbstverständnis der Juristen« wonach »die richterliche Entscheidung das Ergebnis einer rein logischen Denkkoperation, ohne eigene Wertung und Gestaltung, ohne jegliche Gefahr des Einfließens politischer oder sonstiger Vorverständnisse« ist.

Soweit in den letzten Jahren nicht schon geschehen, entzieht der vorliegende Sammelband einer für dieses Selbstverständnis konstitutiven Legendenbildung endgültig den Boden und ist unter anderem deswegen lohnende Lektüre für all jene, die sich mit der Rolle der Justiz im nationalsozialistischen Unrechtssystem beschäftigen: der Vorstellung, wonach das damalige Versagen der Juristen auf ihre »Gesetzestreue« und ihre »positivistische Erziehung« zurückzuführen sei (Kramer). Denn wie in den Beiträgen immer wieder deutlich gemacht wird, gab es für den Krankmord der Nationalsozialisten schlicht keine gesetzliche Grundlage, auf die die Juristen sich hätten stützen können. Wohl aber existierte auch vor 1945 der Mordparagraph 211 StGB, der eindeutig nicht zwischen Gesunden und Kranken unterschied. Dennoch wußten die versammelten Spitzenjuristen in Berlin dazu überhaupt nichts zu sagen – oder auch nur zu fragen; zum Beispiel nach der Fortgeltung von §§ 211, 212 (Totschlag) StGB oder § 152 StPO (Verfolgungszwang). Die Staatsanwaltschaft fand es 1970 nicht abwegig, diese Schweigsamkeit mit der Nutzlosigkeit eventueller Protestschritte zu rechtfertigen. Damit setzte sie, wie Kramer feststellt, die Anforderungen an Juristen entschieden zu niedrig an – und verkehrte, so ist hinzuzufügen, Fritz Bauers Position ins Gegenteil. Kramer weiß dem darüber hinaus entgegenzusetzen, daß die »Euthanasie«-Aktion 1941 in der bis dahin praktizierten Form tatsächlich eingestellt wurde, als öffentlich auf § 211 StGB hingewiesen wurde: in einer Kanzelabkündigung des Bischofs von Münster, Clemens Graf von Galen.

Hanno Loewy/ Bettina Winter (Hrsg.): NS- »Euthanasie« vor Gericht, Fritz Bauer und die Grenzen juristischer Bewältigung, Campus Verlag, Frankfurt/ New York 1996, 199 Seiten, DM 38,-

RALF BACHMANN

Echter Brie?

Der PDS-Querdenker zwischen den Stühlen

Hinter geschickt ausgewählten Zitaten kann man sich und seine Meinung ganz komfortabel verstecken. Daß das bis zu einem gewissen Grade auch mit Selbstzitaten möglich ist, dafür liefert André Brie, Querdenker im PDS-Vorstand, mit seinem jüngsten Buch *Ich tauche nicht ab* einen Beweis. Obwohl diese *Selbstzeugnisse und Reflexionen* zum größeren Teil aus wörtlichen Anleihen bei früheren Bries – Briefen, Artikeln, Kabaretttexten, Ausarbeitungen und Programmklärungen -- bestehen, reibt man sich am Ende die Augen und fragt sich ein wenig verunsichert: Welcher Brie ist denn damals der ganz echte gewesen? Der sachlich Kritische im Brief an den Vater, der mit dem Augurenlächeln im Brief an den Freund, der aggressiv Polternde in der Leserschrift an den JUNGE WELT-Chef, der provokatorisch kesse Kabarettist? Oder der Mitautor der wohl etwas zwiespältig ausgefallenen *Studie zu sicherheitspolitischen Konsequenzen militärstrategischer Diskussionen in der UdSSR*, die im Kollegium des DDR-Außenministeriums auf »eisige Ablehnung« stieß und dann doch als »beste Studie des Jahres« prämiert wurde, der Schreiber des Canossa-Briefes an Leitung und Parteileitung des DDR-Instituts für Internationale Beziehungen, den er selbst als »dumm, weinerlich und feige« wertet, der langjährige überzeugte IM des Ministeriums für Staatssicherheit?

»Brie, so scheint es, sitzt zwischen allen Stühlen« vereinfacht der Verlag das Problem im Klappentext. Er vergißt offenbar, daß es durchaus auch Stühle gab, deren Sitzfläche Brie als Dozent und Leiter täglich und nicht ungern benutzte. Nur über sie findet man jedoch die Antwort auf viele weit über die Person Bries hinausreichende Fragen, die das Buch aufwirft. Er sah sehr wohl und Tag für Tag mehr, daß etwas faul war im Staate DDR. Aber er zog daraus – ebenso wie ich und viele andere – vor allem die Schlußfolgerung: um ihn zu retten, muß ich meine Arbeit besser machen, meine »Pflicht erfüllen«. Man hatte schließlich ein Amt in dieser DDR, und um den Meinungsfrust abzulassen, konnte man mit den Gartennachbarn Witze austauschen, mit Gleichgesinnten über die Idioten »da oben« schimpfen, Eingaben an den Staatsrat richten, im Falle des entsprechend begabten Brie sogar Aphorismen und Kabarettsszenen als

Pfeile abschießen. Manchmal war das eine Gratwanderung. Im kleinen Kreis durfte man schon einmal ein positives Wort über Gorbatschow, Glasnost und Perestroika wagen, aber wenn das so weit ging, daß man im Namen der sozialistischen Ideale einen Protestbrief der eigenen Parteiorganisation gegen das »Sputnik«-Verbot an das ZK der SED initiierte, dann schlug der Apparat zurück, und man hatte nur noch die Wahl zwischen Ausreiseantrag, innerer Emigration oder Kotau. Das mußte Brie noch elf Monate vor dem Fall der Mauer erfahren, und er entschied sich – symbolisch für die Haltung der meisten Kritiker innerhalb der SED – für die dritte Variante. Schizophrenie nannte ein Rezensent diesen Zustand zwischen Skepsis und Anpassung, zwischen Aufnutzbarkeit und Unterwerfung, zwischen Karrierestreben und Selbstzweifel, zwischen Hoffnung und Resignation. Und er hat mit dieser Diagnose leider nicht nur im Falle Brie recht.

Streckenweise fühlte ich mich mit dem Autor beim Lesen eng verbunden. Sein und mein Lebensweg haben so viele Parallelen, daß daraus beinahe zwangsläufig auch ähnliche Denkmuster entstanden: die jüdische Herkunft, das linksintellektuelle Umfeld, der fast vorprogrammierte Aufstieg in Leitungspositionen, die (ausschließlich dienstlichen) Reisemöglichkeiten ins westliche Ausland, das ambivalente Verhältnis zum Staate DDR, den wir doch als den unseren betrachteten, und zu seiner engstimmigen politbürokratischen Führung. Ich kann deshalb nachvollziehen, was ihn trieb, und glaube an die Ehrlichkeit seiner Abrechnung mit sich selbst, obwohl die Proportionen zwischen jenen Brie-Zitaten, die schon damals alles durchschauten, und denen, die parteikonform waren, arg verschoben sind. Das gilt auch für die Darstellung seiner M-Aktivitäten, derentwegen er sich heute, wie er schreibt, »sehr, sehr ungut« fühlt. Der Fall von 1970, den er als einzigen ausführlich schildert, ist ein wenig überzeugendes Beispiel. Am Enttarnen eines Hakenkreuzschmierers hätte ich mich ohne Skrupel und Scham beteiligt, vielleicht weil ich dank der Ungnade der früheren Geburt weiß, daß hier der Endpunkt der Freiheit sein muß.

André Brie hat sich eine Riesenaufgabe gestellt: »In diesem Buch schreibe ich ... über mich, über das Land, aus dem ich komme, so wie ich es erlebt habe, über den Umbruch 1989/90 und die Jahre danach, über die PDS und ihre gesellschaftspolitischen Ziele.« Diese Aufgabe konnte er nicht befriedigend lösen, weil sie so umfassend wohl unlösbar ist. Das ist Stoff für drei Bücher. So gut da passagenweise formuliert wird, so viele kluge Sentenzen Brie

immer wieder gelingen, ganz glücklich wird wohl keiner damit werden. Der autobiographische Teil, das »Über mich«, bleibt bruchstückhaft, die Fotos sind da oft aussagekräftiger als der Text. Nur der Vater, Ex-Botschafter der DDR unter anderem in Peking, als Briefpartner und der Bruder Micha als politischer Weggefährte, über den er dem staunenden Leser sogar verrät, daß er ihn nie Michael nennt, tauchen mit einiger Kontinuität auf. Auch wer vom Insider der Nachwendejahre politische Sensationen erwartet, kommt kaum auf seine Kosten, sieht man einmal davon ab, daß im August 1990 in der Wohnung von Bärbel Bohley zwischen Bürgerrechtlern aus Ost und West (darunter Petra Kelly und Gert Bastian) und der PDS über die Bildung einer Wahlpartei verhandelt wurde und daß Brie einer Dame vom BAUER-VERLAG einen Umschlag mit 100 Millionen Mark zusteckte, um von der PDS den Berliner Verlag aus dem alten SED-Vermögen zu bekommen.

Am meisten erfährt man noch über die Lage in der PDS und über die Probleme, die Brie mit ihr hat. Abgesehen von Gregor Gysi, der verhältnismäßig gut wegkommt, erhalten die meisten Vorstandskollegen schlechte Noten. Der Vorsitzende Bisky erscheint als Zauderer, der Problemen ausweicht. Der Ehrenvorsitzende Modrow habe zwar unbestreitbare Verdienste um die Wahrung von legitimen DDR-Interessen und um den friedlichen Verlauf der Wende, bringe aber heute keine Impulse für eine moderne Wandlung der PDS, die stellvertretende Vorsitzende Angela Marquardt habe über die ZER mitteilen lassen, Brie möge »abtauchen«, die Sprecher der Kommunistischen Plattform, namentlich Sahra Wagenknecht, rechtfertigten die stalinsche Gewaltpolitik und den ČSSR-Einmarsch und seien bemüht, aus der PDS eine kommunistische Partei zu machen. Auch die PDS insgesamt wird recht kritisch gesehen. Keine Werbung neuer Mitglieder, mangelnde Diskussion und Kommunikation, fehlendes Interesse für Programmatik sind einige Hauptvorwürfe. »Die PDS hat einen widersprüchlichen Charakter«, konstatiert Brie, Vorsitzender ihrer Grundsatzkommission. »Ihre Perspektive ist weder politisch noch ideologisch oder gar parlamentarisch entschieden.«

Worum es bei den internen Querelen der letzten Monate zwischen Brie und der Vorstandsmehrheit der PDS ging, macht das Buch also in und zwischen den Zeilen einigermaßen klar. Alles mündet in dem Punkt, wie weit man in der geistigen Aufarbeitung der Vergangenheit gehen, wie konsequent man dabei sein muß. So bleibt nach dem verheißungsreichen, programmatisch orientierten Schlußkapitel

»Dritter Weg: Demokratischer Sozialismus – was sonst«, der eine indirekte Auseinandersetzung mit Politik und Programm der SPD enthält, die Frage: Wer soll das verwirklichen? Diese Partei? Und mit oder ohne Brie?

André Brie: *Ich tauche nicht ab, Selbstzeugnisse und Reflexionen, edition ost, Berlin 1996, 286 S., DM 24,-*

DIRK DE POL

Total digital

Kant auf CD-ROM

Keine Information ist mehr sicher vor Digitalisierung und unendlicher Duplizierung. Schließlich ist die Digitalisierung Voraussetzung für eine Verbreitung über das *World-Wide-Web* oder – bei umfangreicheren Informationen – für eine Vermarktung als CD-ROM. Daß uns in dieser Form neuer Medientechnik ausgerechnet Klassisches, und zwar vor allem klassische Texte immer häufiger begegnen, verdanken wir dem Umstand, daß 70 Jahre nach dem Tod eines Autors alle Urheberrechte erlöschen. Der willkürliche Kanon einiger Literatursammlungen auf CD-ROM hängt davon wesentlich ab. Die beiden bekanntesten Beispiele dafür sind die aktuelle CD-ROM des amerikanischen *Gutenberg Project* und die noch umfangreichere Sammlung *Library of the Future*. Von *Alice in Wonderland*, über *Moby Dick*, *Huckleberry Finn*, *The Heart of Darkness* bis hin zur *Magna Charta* und *King James Bible* (um einige beliebige der über 1 700 Titel zu nennen): Alle Werke, die nicht mehr urheberrechtlich geschützt sind, versammeln sich dort als beliebig kopierbare digitale Texte.

Der Grundgedanke ist klar und eigentlich überzeugend. Der Massenspeicher CD-ROM wird genutzt, um für wenig Geld einen digitalen Zugriff auf eine große Menge Literatur zu bieten. Da man diese ungeachtet ihrer Qualität allerdings schwerlich mit Muße am Monitor lesen wird, sind diese Sammlungen tatsächlich nicht mehr als ein Hilfs-

mittel für die Suche von Zitaten. Doch leider taugen sie auch dafür nicht. Zitate blitzschnell zu finden, nützt nämlich nichts, wenn man sie dann trotzdem mühsam einer Standardausgabe zuordnen muß. Das ist nötig, da häufig Angaben zum Erscheinungsjahr, verwendeten Ausgaben und Herausgebern fehlen, falsch oder unvollständig sind. Daß originale Paginierungen, aber auch Kursivierungen, Fettdruck und sonstige typographische Hervorhebungen gefilgt sind, trägt zum Eindruck bei, auf dem Bildschirm durch einen homogenisierten Endlostext zu scrollen, der bis zur Unkenntlichkeit entstellt, kurz: unbrauchbar ist. Genau das Richtige für den kulturell ambitionierten Preisjunkie, der sich einredet, für unter hundert Mark zwei Regale voll Literatur kaufen zu können.

Daß man die tatsächlich verlockenden Möglichkeiten, die das Urheberrecht für CD-ROM-Publikationen bietet, wesentlich geschickter nutzen kann, beweist die neu erschienene CD-ROM *Kant im Kontext*. Sie umfaßt einen großen Teil des Kantischen Werks. Der Kant-Kenner wird zwar einige der vorkritischen Schriften vermissen. Doch alle wichtigen Texte der kritischen Phase und selbst Eislers *Kant-Lexikon* sind enthalten. Daß als Vorlage dieser CD-ROM die Akademie-Ausgabe dient, von deren insgesamt dreiunddreißig Bänden die neun wichtigsten eingescannt und sorgfältig bearbeitet wurden, hat mehrere Gründe. Nicht nur ist sie die nach wie vor umfangreichste Ausgabe, auf die jeder Kant-Adept vereidigt wird, sondern sie ist natürlich gleichfalls urheberrechtlich nicht mehr geschützt.



So bietet die CD-ROM *Kant im Kontext* nicht ein reformiertes oder das gewohnte Neudeutsch aktueller (und geschützter) Ausgaben, sondern verwöhnt mit den authentischen und das heißt auch gewöhnungsbedürftigen, da altertümlichen Schreibweisen der Akademie-Ausgabe. Die schnell arbeitende Suchfunktion führt uns durch alle Werke des digitalen Pendant zu den Fundstellen eines beliebigen Stichwortes. Die überall problemlos einfügbaren Anmerkungen des Nutzers werden selbstverständlich bloß auf der Festplatte gespeichert. Dahin oder auf andere Speichermedien lassen sich die Originaltexte dankenswerterweise ohne weiteres exportieren.

Man darf gespannt sein, welche Auswirkungen diese Digitalisierung Kants auf die wissenschaftliche Arbeit haben wird. Sicherlich eröffnen sich dem mit dieser CD-ROM bewaffneten Forscher neue Möglichkeiten: ob es nun darum geht, gezielt die Metaphorik des Grundes in Kants Gesamtwerk nachvollziehen, von deren Bedeutsamkeit Jacques Derrida uns überzeugen möchte, oder ob es ein werkübergreifendes Register sein soll.

Es bleiben natürlich Wünsche offen. Sie sollen aber sukzessiv befriedigt werden. Denn die Kant-CD-ROM ist als fortzusetzendes Projekt angelegt. Noch fehlt etwa der für Kantforscher interessante Nachlaß. Die Neuauflagen, so verspricht die Firma *InfoSoftWare* immerhin, sollen weitere Bände der umfangreichen Akademie-Ausgabe berücksichtigen, zunächst aber eine Auswahl der philosophisch bedeutsamen Korrespondenz.

Bleibt nur zu hoffen, daß die kommenden Neuauflagen und Nachfolgeprojekte (als nächstes ist Fichte vorgesehen) auch Versionen für jene beinhalten, die sich nicht dem WINDOWS 95-Diktat beugen.

Kant im Kontext. Werke auf CD-ROM. Karsten Worm InfoSoftWare, Berlin 1996, DM 148,-, Studenten: DM 128,-

Frau N.: Meine Probleme erdrückten mich. Mit niemand konnte ich reden. Dann entdeckte ich die Briefseelsorge. Dort fand ich verständnisvolle Partner.

**Evangelische Briefseelsorge,
Postfach 10 1142, 70010 Stuttgart**

IVAN IVANJIC

Neue Bücher

Einblicke in den Balkan-Konflikt

Die Zeiten als Politiker und Staatsmänner ihre Erinnerungen mit dem Auftrag versiegelt, sie erst Jahrzehnte nach ihrem Tod freizugeben, sind längst vorbei. Immer ungeduldiger verwerten heutzutage ihre Nachfolger ihr Wissen vom Geschehen, das sie vielleicht mitgestaltet, mindestens aber aus nächster Nähe gesehen haben, meist versuchen sie sich zu rechtfertigen, jedenfalls noch zu Lebzeiten zu erfahren, wie man sie historisch bewerten wird, und das können sie am besten, wenn sie die Rezensionen ihrer Memoiren lesen. Aber noch nie hat sich ihresgleichen so beeilt, Bücher über sich selbst zu schreiben, wie heute in den Ländern des zerfallenen Jugoslawiens.

Einer von ihnen, Ivan Stambolić, der Vorgänger von Slobodan Milošević als Präsident Serbiens, bekennt sich in seinem als 280 Seiten langes Interview mit dem Journalisten Slobodan Inić unter dem Titel *Weg in die Ausweglosigkeit* veröffentlichtem Buch dazu, sein größter Fehler sei gewesen, eben diesen Milošević als seinen »Schützling« und »Favoriten« gefördert zu haben. Zur für uns wesentlichsten Frage sagt Stambolić: »Der Krieg war weder notwendig noch unvermeidbar. Keine unlösbaren Gegensätze verursachten diesen brudermordenden Exzeß. Er entbrannte nicht einmal aus unversöhnlich verschiedenen Interessen. Er hat uns nur unermäßlichen Schaden und Schande eingebracht. Selbst wenn Jugoslawien aus objektiven Gründen nicht weiterbestehen konnte, und ich bin davon überzeugt, daß es sehr wohl hätte weiterbestehen können, einer friedlichen Trennung oder größeren Verselbstständigung seiner Teile stand nichts im Wege.«

Warum ist der Krieg trotzdem ausgebrochen? Wer eine Antwort sucht, wird ohne diese Bücher, die, wenn sie auch subjektiv geschrieben sind, miteinander verglichen, insgesamt jedoch den besten Einblick in das Geschehen hinter den Kulissen geben, nicht mehr auskommen.

Die bisher aufregendsten Erkenntnisse gewinnt man im Tagebuch von Borislav Jović, veröffentlicht im Oktober 1996 unter dem Titel *Die letzten Tage der SFRJ* im Verlag des Zeitungskonzerns *Politika*. Jović war Vizepräsident der SOZIALISTISCHEN PARTEI SERBIENS (Präsident Slobodan Milošević), vom 15. Mai 1989 bis zum 8. Juli 1992 erst Vizepräsident, dann Präsident, am Ende einflußreichstes Mitglied

des jugoslawischen Staatspräsidiums, (des kollektiven Staatsoberhauptes des Landes, das formal auch Oberbefehlshaber seiner Streitkräfte war), bis November 1996 Vorsitzender des außenpolitischen Ausschusses des Parlamentes von Restjugoslawien.

Das Buch erschien, während Milošević in Dayton war. Dessen erste Amtshandlung wieder zu Hause war, Jović als Vizepräsidenten abzusetzen, seinen Rücktritt aus dem Parlament zu fordern und den Direktor der *Politika* zu feuern. Das Buch verschwand aus den Schaufenstern. Jović war zu offen gewesen.

Jović behauptet, im Oktober 1989 Milošević vorgeschlagen zu haben, das Mehrparteiensystem in Serbien einzuführen, weil ihre Partei siegen würde. Milošević habe abgelehnt, weil dann die Albaner eine Partei bilden und Kosovo an sich reißen könnten. Als letzte jugoslawische Teilrepublik mußte Serbien dann doch ein Jahr später am 9. Dezember 1990 Wahlen ausgeschrieben. Aber Jović gibt zu, daß schon vorher der Plan der serbischen Führung feststand, der zum Zerfall des Landes führte. Er notiert im März 1990: »Falls eventuell der Staat zerfällt, rechnen wir mit der Einigkeit mit Montenegro. Makedonien werden wir nicht lange bitten ... Unser Ziel ist es... eine Grenze zu ziehen, innerhalb derer kein Krieg geführt wird. Außerhalb dieser Grenze ist der Krieg unvermeidbar, denn Bosnien und Herzegowina kann als Staat nicht existieren und eine Schlacht um ein Territorium ist ohne Blut undenkbar.«

Das ist ein Beweis für das, was viele auch schon vorher wußten, daß der Zerfall und Krieg in Jugoslawien von der Führung um Milošević vorausgeplant oder mindestens in Kauf genommen worden ist. Neu ist, daß die jugoslawische Generalität und die serbische Führung keineswegs die ganze Zeit über am selben Strang gezogen haben. Über niemand schreibt Jović verächtlicher und mit größerer Abneigung, als über seinen Verteidigungsminister Veljko Kadijević: »Mal will er etwas, dann wieder nicht. Erst kann er, dann kann er nicht. Unglaublich, wie unstabil und unentschlossen dieser Mensch ist.«

Auch über den Innenminister, Petar Gračanin, der vorher Generalstabschef war, hat Jović eine sehr schlechte Meinung: »Er wirkt verloren, erschrocken, desorientiert, er weint fast ... Er stottert, drückt sich unklar aus, man sollte mit den Albanern reden, mit ihren alten Familienoberhäuptern, die politische Arbeit verstärken. Mein Gott, wir verlieren die Macht, und der schwatzt und schwatzt ...«. Das wurde nach einer Sitzung notiert, auf der über die Demonstration der Albaner im Kosovo im Januar 1990

diskutiert wurde. Gračanin forderte Hilfe von den Streitkräften, die führenden Generäle lehnten ab, »redeten um den heißen Brei herum« (Jović), das Heer sei für so etwas nicht ausgebildet, habe nicht einmal Schlagknüppel. Aber zwei Wochen später sagte Slobodan Milošević in Anwesenheit von Jović zu Kadijević und Gračanin: »Es gibt Krieg!« Das war schon im Februar 1990. Der Krieg in Slowenien hat am 27. Juni 1991, in Kroatien offen am 1. August 1991 begonnen.

Kadijević hat noch vor Jović ein Buch unter dem Titel *Meine Ansicht über den Zerfall* geschrieben und die »politische Führung« bezichtigt, den Staat hinter dem Rücken der Armee vernichtet zu haben. »Wir konnten das nicht verhindern, außer, wir hätten die legale gewählte Macht im Lande mit Gewalt abgelöst.« Überlegungen in dieser Richtung habe es bei der Armee gegeben. Kadijević flog auch geheim nach Moskau, um sich mit seinem dortigen Kollegen Jasow darüber zu beraten. Dazu schreibt er aufrichtig: »Ein klassischer Putsch mit dem Ziel mit militärischer Macht Jugoslawien zu erhalten, hatte nach Titos Tod nie Aussichten zum Erfolg, zumindest zu keinen dauerhaften. Ein solcher Putsch hätte am leichtesten sofort nach Titos Tod durchgeführt werden können.«

Hier kann man nur feststellen: Kadijević ist bis zur Naivität aufrichtig. Er beweist in seinem Buch auch, wie schlecht er über das politische Geschehen im Lande und seinem Umfeld unterrichtet war. Auf Grund der Berichte seines Nachrichtendienstes glaubte er, Urheber der Zerstörung Jugoslawiens seien: »Deutschland mit seiner expansionistischen und revanchistischen Politik, unterstützt von der prodeutschen Strömung in den USA; der Vatikan mit unverborgenem antiprawoslawischen und geschickt eingewobenen antikommunistischen Motiven; einige islamische Länder, die eine Gelegenheit sahen, im Zentrum des Balkan einen islamischen Staat zu errichten; und jene unserer Nachbarn, die offene oder verdeckte Ansprüche auf Teile des jugoslawischen Territoriums stellen.«

Was der jugoslawische militärische Nachrichtendienst, der ausländische Militärattachés abhörte, jedoch nicht wußte, obwohl es ihn viel mehr hätte interessieren sollen, erfahren wir im Buch von Janez Janša: *Die Entstehung des slowenischen Staates 1988–1992*. Janša war der erste slowenische Verteidigungsminister, Kadijević der letzte jugoslawische. Kadijević Viersternegeneral, Janša Feldwebel der Reserve. Als freier Journalist wurde Janša im Mai 1988 wegen Verrat von militärischen Geheimnissen verhaftet, er hatte ein Dokument, das gar nicht als geheim bezeichnet war und das er von ei-

nem slowenischen Unteroffizier bekommen hatte, veröffentlicht. Ein Vergleich dieser beiden Bücher zeigt, wie das kleine Slowenien die schwer bewaffneten, mächtigen jugoslawischen Streitkräfte besiegte, aber schon im Vorfeld erfährt man, daß in Slowenien vor Ausbruch der bewaffneten Auseinandersetzungen die Territorialverteidigung über den ganzen Herbst, Winter und Frühling 1990/91 in Manövern die Möglichkeit einer Aggression der Armee durchgespielt hat. Während er über die Gefahren, die vom Vatikan drohten, spekulierte, wußte der jugoslawische militärische Geheimdienst nichts von dem, was sich vor seiner Nase im damals noch eigenen Land abspielte.

Am 15. Juli faßte das noch gemeinsame Staatspräsidium den Entschluß, die Armee aus Slowenien zurückzuziehen. Dagegen war seltsamerweise nur der Präsident, der Kroaté Stipe Mesić. Um seine turnusgemäße Wahl gab es vorher viel Tauziehen, darüber schreibt er in seinem Erinnerungsbuch, dessen erste Auflage unter dem Titel *Wie ich Jugoslawien zerstört habe*, die zweite aber verändert *Wie Jugoslawien zerstört wurde* heißt. (Diese Veränderung spricht Bände.) Jović schreibt, nachdem die vier Serben im Präsidium die Wahl Mesićs verhindert hatten, waren die führenden Generäle, Verteidigungsminister Kadjić und Generalstabschef Adžić, wütend. Adžić sagte Milošević und Jović: »Am liebsten würde ich euch verhaften lassen!« Milošević antwortete: »Versuch es doch!«

Seine seltsame Haltung zu Slowenien erklärt Mesić mit einer logischen Frage:

»Jović meinte, die Sache wäre gelöst, wenn sich die Armee aus Slowenien zurückziehen und im Rest Jugoslawiens aufgestellt würde. Ist das nicht das Drehbuch, auf Grund dessen Slowenien vertrieben, Kroatien aufgeteilt werden sollte?«

Aus allen Büchern geht hervor, daß die Pläne der Gruppe um Milošević vor allem aus einem Grund nicht verwirklicht werden konnten, wegen der Ablehnung der Jugend Serbiens, sich für diesen Krieg mobilisieren zu lassen.

Kadjić klagt, die Fahnenflucht sei organisiert gewesen, aber auch die schon gebildeten Einheiten verweigerten oft den Gehorsam, verließen die Front. Er schreibt sogar »alle Probleme strategischen und taktischen Charakters« seien »ausschließlich« durch das »Mißlingen der Mobilisierung und durch Desertion« bedingt gewesen und stellt fest, verschiedenste Aktionen »von Eltern, Müttern, Schwestern, Friedensstiftern, Pazifisten usw.« seien nur gegen die Jugoslawische Armee gerichtet worden, nicht aber in Kroatien und Slowenien gegen die dort aufgestellten Einheiten.

Janša behauptet, er sei schon im Juni 1991 auf Grund der »hervorragenden Arbeit« seines Nachrichtendienstes davon überzeugt gewesen, daß die Jugoslawische Armee nach der Proklamation der Selbständigkeit Sloweniens und Kroatiens nicht in der Lage sein würde, einen Angriff mit genügend Einheiten durchzuführen. Belgrad habe nicht genug Soldaten gehabt, er nicht genug Waffen für die Freiwilligen.

Mesić berichtet in seinem Buch wie die Generalität gedroht habe, mit Raketeneinheiten und der Luftwaffe auch ohne Reservisten den Krieg zu gewinnen. Er sei jedoch nicht erschrocken, weil er überzeugt war: »Um mit der entsprechenden Technik gewünschte Ergebnisse zu erzielen, muß der menschliche Faktor auf der entsprechenden Höhe der Entschlossenheit motiviert sein.«

Nachdem die jugoslawischen Streitkräfte, genau so wie ihr Staat, auseinandergefallen waren, begannen auch die Serben vor allem auf freiwillige Freischärlertruppen zu setzen. Jović beschreibt unter anderem eine Sitzung mit Veljko Kadjić, an der nur Milošević, das montenegrinische Präsidiumsmitglied, Branko Kostić, und er teilnahmen: »Veljko wirkt verwirrt, fast verloren. Spricht von Niederlage des Heeres, Deserturen, Mangel an Motivierung ... Er zieht den Schluß, das Heer verliert den Krieg gegen Kroatien... Nachdem Veljko und Branko gingen, kamm Slobodan und ich zum Schluß, Veljko würde am liebsten feig seinen Hals aus der Schlinge ziehen...« Und tatsächlich, General Kadjić reichte bald danach sein Rücktrittsgesuch ein.

In seinem Buch stellt der General auch etwas fest, was zwar bekannt ist, so hart ausgesprochen aber allen Behauptungen gegenübersteht, Jugoslawien habe keinen Krieg in Bosnien geführt: »Die Kommandostellen und Einheiten der Jugoslawischen Volksarmee mit ihrer kompletten Ausrüstung bildeten das Rückgrat des Heeres der bosnischen Serben.«

Hier ist kein Platz, Dutzende von Büchern zu beschreiben, die in Serbien, Kroatien, Slowenien und Bosnien von führenden Akteuren des Geschehens in der letzten Zeit veröffentlicht worden sind. Fast wöchentlich erscheinen neue. Es nimmt Wunder, daß die meisten westlichen Jugoslawienexperten ihre Feststellungen voneinander abschreiben, aber die Werke jener Autoren, die den besten persönlichen Einblick hatten, nicht kennen oder zumindest nicht berücksichtigen. So hat, zum Beispiel, der letzte Präsident des BUNDES DER KOMMUNISTEN BOSNIENS UND DER HERZEGOWINA, Nijaz Duraković, vor kurzem ein Buch unter dem Titel *Der Fluch der Mostems* in Sarajevo veröffentlicht.

Man kann über einige seiner Schlußfolgerungen streiten, aber es ist eines der besten Handbücher über die Geschichte der Moslems. Vereinsamt und verbittert im umzingelten Sarajevo, hat wohl Duraković die Muße gefunden, die Vergangenheit seines Volkes zu studieren. Noch niemand hat im Westen von diesem Werk Kenntnis genommen.

Es ist nur zu menschlich, daß ein jeder Autor, wenn er über sich schreibt, versucht sich zu rechtfertigen. Gegen ein jedes einzelne Buch eines Akteurs des Zeitgeschehens ist deshalb Vorsicht angebracht. Aber wenn man Bücher des vorletzten und des letzten Staatspräsidenten Jugoslawiens, Borislav Jović und Stipe Mešić, des letzten Verteidigungsministers Jugoslawiens, Veljko Kadžević, und des ersten Verteidigungsministers Sloweniens, Janez Janša, zum selben Thema, sogar Notizen über die selben Tage des Krieges oder die selben Sitzungen, an denen sie teilgenommen haben, parallel zueinander liest, gewinnt man neue Einblicke.

Für mich war eine der wichtigsten Erkenntnisse, wie entscheidend die Rolle der Kriegs-

dienstverweigerer war. Der Ankläger des Tribunals in Den Haag sollte alle diese Bücher studieren. Ich aber wünschte mir in Belgrad ein Denkmal für den Unbekannten Deserteur. Ohne die massenweise Flucht vor falschen Fahren wäre der Krieg noch furchtbarer geworden.

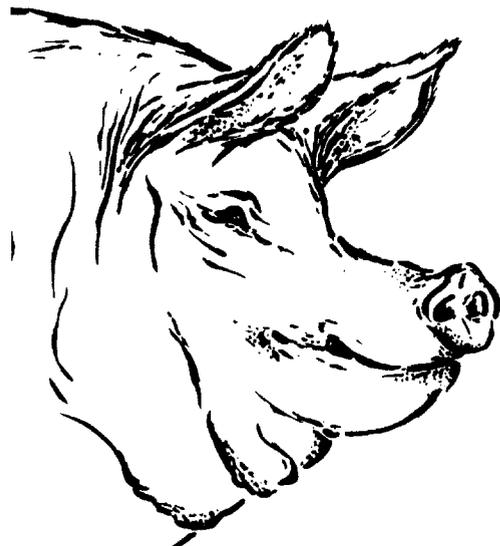
Janez Janša: Die Entstehung des slowenischen Staates 1988-1992 – der Zerfall Jugoslawiens, Verlag Hermagores/Mohorjeva, Klagenfurt/Ljubljana/Wien, S.278, DM 47,-

(Die anderen besprochenen Bücher sind noch nicht auf Deutsch erschienen. Wir nennen ihre Titel in der Übersetzung von Ivan Ivanji.)

Ivan Stambolić: Weg in die Ausweglosigkeit, Borislav Jović: Die letzten Tage der SFRJ, Stipe Mešić: Wie Jugoslawien zerstört wurde, Veljko Kadžević: Meine Ansicht über den Zerfall,

Nijaz Duraković: Der Fluch der Moslems.

Saustark



**ist die Arbeit,
die der Naturschutzbund Deutschland
(NABU)
für den Natur-
und Umweltschutz leistet.**



Werden auch Sie aktiv!

Gegen Einsendung dieser Anzeige informieren wir Sie kostenlos über die Arbeit des NABU.
NABU-Bundesgeschäftsstelle
Postfach 30 10 54
53190 Bonn

Zu den Autorinnen und Autoren

RAINER BACHMANN, geb. 1929, Publizist, lebt in Berlin.

KERSTIN FREUDIGER, geb. 1971, Politikwissenschaftlerin und FES-Promotionsstipendiatin, lebt in Hannover.

FLORIAN GERSTER, geb. 1949, Minister für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes Rheinland-Pfalz.

JOSEF-THOMAS GÖLLER, geb. 1958, Amerikanist und Politikwissenschaftler, lebt als freier Journalist in Bonn.

RÜDIGER GÖRNER, geb. 1957, Professor für Deutsche Literatur an der Aston University/GB.

IVAN IVANJI, geb. 1929, war Diplomat und Dolmetscher Titos, lebt als freier Schriftsteller und literarischer Übersetzer in Wien.

STEPHAN KRASS, geb. 1951, Kultur- und Wissenschaftsredakteur des SÜDWESTPUNKTS in Baden-Baden.

VALERIJ LJUBIN, geb. 1946, Historiker, Abteilungsleiter »Westeuropäische Parteien« am Institut IMION IAN der russischen Akademie der Wissenschaften in Moskau.

ECKHARD LÜBKEMEIER, geb. 1951, Mitarbeiter der Studiengruppe Sicherheit und Abrüstung im Forschungsinstitut der FES.

RUDOLF MARESCII, geb. 1954, Autor und Kritiker, lebt in Regensburg.

HELMUT L. MÜLLER, geb. 1954, außenpolitischer Redakteur der österreichischen Tageszeitung SALZBURGER NACHRICHTEN.

HANS-HOLGER PAUL, geb. 1945, 1992-94 Mitglied des Hauptvorstandes der ÖTV, wissenschaftlicher Archivar im ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE DER FES.

SIBYLLE PLOGSTEDT, geb. 1945, von 1969-71 in politischer Haft in Prag, lebt als freie Publizistin in Bonn.

DIRK DE POL, geb. 1964, Literaturwissenschaftler, promoviert an der Freien Universität Berlin.

BERND RABEHL, geb. 1938, lehrt Soziologie an der Freien Universität Berlin.

URSULA RÜTTEN, geb. 1950, freie Journalistin und Autorin, Schwerpunkte: Politik und Kultur in Südosteuropa, Veröffentlichung: Im unwegsamem Gelände. Paul Parin - erzähltes Leben, Hamburg 1996.

TESSA SZYSZKOWITZ, geb. 1967, ist Nahostkorrespondent in des österreichischen Wochenmagazins PROFIL, in Jerusalem.

LUDWIG WATZAL, geb. 1950, Redakteur der »Parlaments-Beilage AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

RENATE WIGGERSHAUS, freie Publizistin, lebt in Kronsberg/Is.

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:

Godesberger Allee 139
53175 Bonn
Tel.: (0228) 883540-43
Telefax: (0228) 883539

Verlag und Anzeigenverwaltung:

Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger GmbH
In der Raste 2
53129 Bonn
Tel.: (0228) 238083
Telefax: (0228) 234104
Anzeigenpreisliste Nr. 25 vom 1. 1. 1997
Anzeigenverwaltung: Margret Reichert

Gesamtherstellung:

satz+druck gmbh, Düsseldorf

Bezugsbedingungen:

DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE erscheint monatlich. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738. Einzelheft DM 14,80,-/sFr 14,80/6S 108,00 frei Haus; Jahresabonnement DM 99,00/sFr 92,00/6S 723,00 frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt ist (Lieferende mit Heft 12). In den Bezugspreisen sind 7 % Mehrwertsteuer enthalten.